REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 381 · 24.8.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Balkankrieg ohne Ende - he., Hamburg
2. Erlöst vom Erlöser? - ga.
3. Ein flämischer Internationalist jüdischer Herkunft. Ernest Mandel, 1923-1995 - Marcel van der Linden
4. Hoffen auf den Aufschwung? Interview mit Ernest Mandel (aus "Inprekorr")
5. Schneller Vorstoß der grünen Eingreiftruppe. Nach Fischers Plädoyer für Militäreinsätze sind die Pazifisten in der Defensive - Js.
6. Militärischer Lebens- und Zivilisationsschutz statt Gewaltfreiheit? Diskussionsbeitrag des Kom. f. Grundrechte und Demokratie
7. Wie Deutschland Kroatien zum Sieg verhalf. Deutsche Waffen im Einsatz im Krieg auf dem Balkan - Ulla Frey, Thomas Klein
8. Hiroshima und Nagasaki: Zwei Bomben gegen die Sowjetunion. Eine Ausstellung in Washington führt zu heftiger Debatte ... - Michael Hahn
9. Waren die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki Kriegsverbrechen? - Michael Hahn
10. Kunstwerke auf Zeit. Aspekte einer Kunstströmung der Moderne: Land Art - ge., Hamburg
11. §218: Nicht mehr als ein Schulterzucken. Der Kampf um die Abtreibungsfreiheit muß neu definiert werden - V. Krieger, B. Ritter
12. Paradoxien feministischer Realpolitik. Zum Kampf um die Frauenquote - Frigga Haug
13. Sex, Geld, Gewalt und Sport. Eine feministische Analyse des O.J. Simpson-Prozesses - Frances Olsen
14. "Fanal für ein rot-grünes Jahrzehnt" - mb., Berlin
15. "Körperliche Eingriffe waren notwendig ..." Zwischenfall an der ostdeutschen Wohlstandsgrenze - mb., Berlin
16. Hausfriedensbruch in der Neuen Wache. Prozeß gegen die BesetzerInnen der Neuen Wache - Florian Schmaltz
17. Solidarität kennt keine Grenzen. Europäischer Kulturkongreß gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut vom 5.-8.10.95 in Hamburg
18. Kurdischer Hungerstreik. "Wir fühlen uns in Deuschland daheim - die Unterdrückung ist wie in der Türkei" - Peter Nowak
19. Was kommt nach dem PKK-Verbot? - j., Hamburg
20. Nordirland: Friedensprozeß in der Krise - Dietrich Schulze-Marmeling
21. Betr.: Antisemitismus und kurdischer Nationalismus - ak 379
22. "Wir sind keine kurdische Partei ..." Interview mit Vertretern der Komala Iran - Thomas Uwer, WADI
23. Österreich und die Europäische Union: Neues Profil für die "Ostmark" - Hannes Hofbauer, Wien
24. Vom MSI zu Alleanza Nazionale - und nun? Zu den Perspektiven des Neofaschismus in Italien - Jean Cremet
25. "Normalität ist unser Ziel." Italiens Linksdemokraten drohen mit der "liberalen Revolution" - Js.
26. Zwei Völker - zwei Staaten. Uri Avnery über Israel und Palästina - Klaus Mellenthin
27. "Germany is our problem". Die Morgenthau- Legende - Buchvorstellung - Js.
28. Ganz normale MigrantInnen. Balsero-Krise: Kuba und die USA einigen sich am Verhandlungstisch - kuk
29. Südafrika nach dem Ende der Apartheid - Neville Alexander, Kapstadt
30. "Der demokratische Prozeß darf nicht stehenbleiben". Gespräch mit Jeremy Cronin vom Politbüro der Südafrikanischen KP
31. Etappensieg: Hinrichtungstermin aufgeschoben. Der Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal geht weiter - mi.
32. Buchbesprechung: Antifaschisten - Unbequeme Zeugen - Dietrich Marquardt
33. Gesamtschule im Gegenwind - Phylax
34. Die kleinste Minderheit der Welt. Zum Gedenken an Alexander Langer - Js.

35. "Das verstummte Gespräch". Der Kulturbund feiert sein 50jähriges Bestehen - Angela Martin
36. Tunnelmenschen - Gerd Bedszent
37. Quelldatei 13.htm
38. Quelldatei 34.htm
39. Anschläge

1. Balkankrieg ohne Ende

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/balkan.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:balkan

Balkankriegohne Ende

Es bedurfte keiner besonderen Fähigkeit zur Hellseherei, den am 4. August begonnenen Krieg Kroatiens zur Rückeroberung der von kroatischen Serben besetzten und zur eigenständigen Republik erklärten Krajina vorauszusehen. Als Kroatien Ende 1994 das bis Ende April 1995 laufende Abkommen über die Stationierung der UN-Truppen in Kroatien aufkündigte, konnte man voraussehen, daß dies mit einer militärischen Option gegen die von den kroatischen Serben gehaltenen Teilgebiete verbunden war. Die UN-Truppen waren seit 1993 als Puffer an den Grenzen dieser ausgerufenen Teilrepubliken stationiert. Der Forderung Kroatiens, diese Truppen zu reduzieren und sie an die Grenze zwischen Kroatien und Serbien zu verlegen, wurde von den UN nachgegeben (siehe ak 378). Am 26. April begannen die ersten Kriegshandlungen in Westslawonien mit der Einnahme von Pakrac. Vor diesem Angriff lebten dort nach Angaben der UNO ca. 15.000 Serben, von denen die meisten flüchteten bzw. vertrieben wurden.

Der am 4. August begonnene Kriegsabschnitt, mit dem mystischen Decknamen "Gewittersturm", war kein heimlich vorbereiteter Schlag. Der Truppenaufmarsch fand vor den Augen der Weltöffentlichkeit den gesamten Juli über statt. Alle Kriegsbeteiligten, die Mitglieder der "Kontaktgruppe" und die UN konnten also täglich auf den Beginn der Offensive warten. Den gesamten Juli über fanden in Genf unter Federführung der "Kontaktgruppe" Verhandlungen zwischen der kroatischen Zentralregierung und der Regierung der kroatischen Serben statt. Diese wurden von kroatischer Seite sichtbar mit dem Ziel geführt, kein Ergebnis außer der vollständigen Kapitulation und Unterwerfung zu akzeptieren. Selbst minimale Autonomieregelungen standen nicht zur Diskussion.

Es sind keinerlei Schritte der kroatischen "Schutzmächte", USA und Deutschland, bekannt, Kroatien vom Entschluß zur Kriegsführung abzubringen. Zwar gab es von beiden Regierungen "Warnungen" an die Regierung Kroatiens, durch einen solchen Schritt die Situation nicht weiter zu eskalieren, aber es gab keine Androhung von wirksamen Sanktionen, um den Eintritt in den Krieg wirklich zu verhindern.

Im Vergleich zu anderen Kriegsabschnitten kostete diese Militäroffensive zwar relativ wenige Menschenleben, sie hat aber ein katastrophales Ergebnis für die Menschen in der Krajina: 150.00 Serben befinden sich seit Anfang August auf der Flucht: in der Krajina, seit Jahrhunderten serbisches Siedlungsgebiet, leben derzeit fast keine Serben mehr. Der Behauptung der kroatischen Regierung, keine Vertreibung veranlaßt und durchgeführt zu haben, kann nur teilweise gefolgt werden. Zwar hat sie diese nicht angeordnet, hat sogar ausdrücklich zum Bleiben aufgefordert und zugesichert, daß keinerlei "Strafaktionen" durchgeführt würden. Aber der bisherige Kriegsverlauf und die Militäraktion selbst haben diese Fluchtwelle fast zwangsläufig herbeigeführt.

Der vielfach geübten Kritik, sie würde damit den Weg für eine friedliche Lösung des Konflikts vollständig verbauen, hält die kroatische Regierung entgegen, daß die UNO ihren Verpflichtungen aus dem Mandat von 1993 nicht nachgekommen ist oder sie nicht durchsetzen konnte. Teil der Vereinbarung von 1993 war, daß Kroatien in seinen Grenzen, die aus der jugoslawischen Konföderation überliefert sind, anerkannt wird, daß angestrebt werden sollte, daß die kroatische Republik über das gesamte Gebiet souveräne Hoheitsrechte erhält und daß Sorge dafür getragen werden sollte, daß alle Kriegsflüchtlinge (es handelt sich um ca. 40.000 von den Serben 1991 vertriebene Kroaten) in diese Gebiet zurückkehren könnten. Diese Anerkennung Kroatiens in seinen aus der jugoslawischen Konföderation herrührenden Grenzen erfolgte durch die UNO nach deren starren Statuten, die eben nur Staaten kennen; und unter Mißachtung der Situation, daß das Zerbrechen eines aus mehreren Staaten und Nationen bestehenden politischen Gebildes so komplizierte Verhältnisse hervorbringt, die nicht durch Rückgriff auf historische Grenzen zu erledigen sind. Der in Belgrad lebende Philosoph Milos Nikolic, selbst ein scharfer Kritiker der großserbischen Politik und Ideologie, weist darauf hin, daß das eigentliche Problem nicht in Bosnien-Herzegowina, sondern in Kroatien liege: "Kompliziert ist Kroatien - nicht weil sich dort Serben gegen Kroaten erhoben haben, sondern weil die Serben den Kroaten dort immer völlig gleichgestellt waren. Plötzlich wurden sie zu einer nationalen Minderheit gemacht, was auf dem Balkan heißt, zu Menschen zweiten Grades. Das schockiert sie um so mehr, als Tudjman von Anfang an eine

nationalistische Politik betrieb und sogar Ustaschas in sein Regime holte."(In einem Interview mit dem ND, 19.6.1995) Dieses Problem hat Kroatien nun auf eigene Weise gelöst.

Die UNO stand diesen Handlungen Kroatiens machtlos gegenüber. Zwar kann sie gegen die Verletzung von Waffenstillstandsabkommen opponieren, kann aber nicht die Kriegsziele Kroatiens im inhaltlichen Kern angreifen, da sie den "Hoheitsanspruch" Kroatiens auf die von den kroatischen Serben ausgerufene autonome Republik anerkennt. Das war der politische Vorteil Kroatiens.

Das Tudjman-Regime nutzte zwei Umstände für den Kriegsbeginn, die Erfolg und Nichtverurteilung sichern sollten. Zum einen war die serbische Regierung bzw. die Regierung Rest-Jugoslawiens mittlerweile auf eine Linie eingeschwenkt, ihre Kriegsziele gegenüber Kroatien, aber auch gegenüber Bosnien-Herzegowina einzuschränken bzw. stillschweigend fallenzulassen. Die oftmals befürchtete Eskalation des Krieges durch Eintritt Serbiens bzw. Rest-Jugoslawiens auf Seiten der kroatischen Serben konnte fast sicher ausgeschlossen werden und blieb letztlich ja auch aus.

Zum anderen nutzte die kroatische Regierung die im Juli begonnene militärische Offensive der bosnischen Serben gegen die UN-Schutzzonen auf dem Gebiet Bosnien-Herzegowinas als moralische Absicherung. Am 12.7. eroberten die bosnisch-serbischen Truppen Srebnica. 40.000 muslemische Bosnier waren eingeschlossen und wurden in den folgenden Tagen vertrieben. Am 19.7. war die zweite "Schutzzone", Zepa, eingeschlossen. Weitere 16.000 Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Der französische Präsident forderte den militärischen Schutz der Schutzzonen durch den Einsatz der "Schnellen Eingreiftruppe". Dies wurde von der UNO und den anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe abgelehnt. Als die bosnisch-serbischen Verbände auch noch drohten, die dritte Schutzzone, Gorazde, anzugreifen, wurde ihnen mit Militäraktionen gedroht. Gleichzeitig gab es wieder gemeinsame Kriegsaktionen der bosnisch-serbischen und der kroatisch-serbischen Verbände um Bihac. Wären all diese Kriegsaktionen erfolgreich beendet worden, hätte es ein geschlossen serbisches Gebiet auf dem Territorium von Bosnien-Herzegowina und Kroatiens gegeben.

Der Kriegseintritt Kroatiens ist Folge der Entwicklung seit 1991. Den Unabhängigkeitserklärungen einzelner Teilstaaten der Föderation Jugoslawien begegnete die serbisch dominierte Zentralregierung mit Krieg. Seitdem wird von den verschiedenen Seiten versucht, die Ergebnisse von Teilung und Krieg durch militärische Aktionen zu "korrigieren". Nur wenn es gelungen wäre, den Ausbruch dieses Krieges zu verhindern, hätte es eine Chance für die vielbeschworene politische Lösung gegeben. Das Agieren der Großmächte in allen seit 1991 stattgefundenen Friedensverhandlungen hat alle Seiten darin bestärkt, daß letztlich die durch Krieg geschaffenen Fakten anerkannt werden. Die Teilungspläne für Bosnien-Herzegowina änderten sich Zug um Zug mit den militärischen Erfolgen der bosnischen Serben. Diese Logik wird den Krieg solange am Leben halten, wie es den jeweiligen Seiten gelingt, noch Menschen in den Krieg zu schicken.

Diese Logik ist von den Großmächten und nicht von der meistgescholtenen UNO losgetreten worden. 1990/1991 hatten sie nur im Sinn, den Balkan ruhig zu halten. Die Entwicklung der ehemaligen UdSSR vor Augen, sollte ein Zerfall verhindert werden, wobei wie im Fall der UdSSR auf Rußland in diesem Fall auf die vermeintlich stärkste Kraft, Serbien, gesetzt wurde. Als die Zentralregierung nicht in der Lage war, die Lostrennung Sloweniens und Kroatiens zu verhindern, brachen zwischen den Großmächten Widersprüche auf. England und Frankreich setzten, unterstützt von Rußland, weiter auf die serbische Zentralregierung, die USA und Deutschland wollten mit Kroatien einen weiteren Machtfaktor anerkennen. Mit der Gier eines Zuspät- und Zukurzgekommenen ergriff die deutsche Regierung Partei für Kroatien und machte sich zur Schutzmacht im internationalen Reigen. Mit dieser Konstellation war die Chance vertan, durch einheitliches Handeln alle Seiten von kriegerischen Aktionen abzuhalten. Vielmehr konnten alle Seiten darauf hoffen, Unterstützung auch für militärische Aktionen zu erhalten. Aber auch die Politik der Großmächte war in den folgenden Jahren nicht einheitlich und kohärent, sondern veränderte sich je nach der militärischen Lage. Wollten beispielsweise die USA noch Ende 1994 Bosnien-Herzegowina fallenlassen, weil es gerade eine scheinbar entscheidende militärische Niederlage hatte einstecken müssen, wird jetzt massiv auf eine Bewaffnung gedrängt. Während Frankreich lange auf Serbien als Ordnungsfaktor setzte, ist die französische Regierung derzeit der Haupttreiber für ein militärisches Eingreifen gegen die bosnischen Serben.

Der Krieg auf dem Balkan ist so nicht nur eine Folge des Zerfalls Jugoslawiens, sondern auch ein Ausdruck des Konkurrenzkampfes der Großmächte. Der "Guardian Weekly" (gemeinsame Wochenzeitschrift von "Le

monde" und der "Washington Post") schreibt dazu: "Die tiefere Wahrheit ist, daß die Politik der US über die Frankreich und Englands gesiegt hat."

Vor diesem Hintergrund ist es fatal, daß ausgerechnet diese konkurrierenden Kräfte mit der Kontaktgruppe die Hauptverantwortlichen für die Friedensverhandlungen sind, auch wenn es derzeit keine Alternative hierzu gibt.

Schon jetzt ist absehbar, daß Bosnien-Herzegowina und hierbei besonders die bosnischen Muslime die Hauptverlierer des Krieges sein werden. Jeder denkbare Friedensplan, der eine minimale Chance auf eine Durchsetzung und langfristige Einhaltung hat, wird von einer Aufteilung Bosnien-Herzegowinas nach den im Krieg geschaffenen Fakten ausgehen. Dies ist auch die Grundlage der neuesten Initiative der US-Regierung. Die Teilung des Landes wird die Vertreibung sanktionieren; die Chance auf Rückkehr der Vertriebenen ist gering. Eines der wichtigsten Probleme wird deshalb die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage werden. Es besteht die Gefahr, daß bei Offenhalten dieser Frage Lager entstehen, in denen die Forderung nach Revanche am Leben gehalten wird. Um das zu verhindern und den Flüchtlingen und Vertriebenen wirksam zu helfen, wären die Mittel, die jetzt für die "Schnelle Eingreiftruppe" und die NATO-Einsätze ausgegeben werden, allemal besser angelegt.

he., Hamburg

2. Erlöst vom Erlöser?

Autor: ga. · Rubrik: Kirche und Religionen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:37

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) schien auf den ersten Blick nicht nur harmlos, sondern auch längst überfällig: Die Anweisung im bayerischen Schulrecht, daß in jedem Klassenzimmer ein Kreuz (wahlweise mit aufgenageltem Erlöser) hängen muß, ist verfassungswidrig.

Zur Glaubensfreiheit gehört eben nicht nur, einen Glauben zu haben, sondern auch die Freiheit, keinen Glauben zu haben. Angenagelte, halbnackte, blutüberströmte Männer, aber auch schlichte Holzkreuze sind denen, die ihr Recht auf Nicht-Glauben wahrnehmen wollen, nicht zuzumuten. In einem laizistischen Staat sollte dieses Urteil eigentlich niemanden in Erstauen versetzen können. Aber weit gefehlt. Einer losgetretenen Lawine gleich rollten Richterschelte, Verweigerungsaufrufe und Morddrohungen gegen die KlägerInnen - bis hin zu Überlegungen, die Macht des BVG zu beschränken - in die Medien. Allen voran wetterten die bayerischen Politiker. Ihr Wehklagen über den jetzt unweigerlich folgenden Zusammenbruch der zivilisierten Gesellschaft wird seit der Urteilsverkündung mediengerecht aufgearbeitet und verbreitet. Und wer in diesem Chor einen falschen Ton anstimmt, wird von höchster Stelle frontal angegriffen. So verlangte Leo Kirch, Großaktionär des Springer-Verlages, daß der Chefredakteur der Welt gefeuert werde: Er hatte einen Kommentar, in dem das Karlsruher Urteil für juristisch einwandfrei befunden wurde, nicht aus der Zeitung gekippt.

Manchen Politikern fallen in dieser Auseinandersetzung plötzlich wieder Wörter ein, die sie seit langem gut verpackt in der Mottenkiste liegen hatten: Toleranz, gleichberechtigtes Nebeneinander, Demokratie. Toleranz ist, wie wir lernen, wenn ich einverstanden bin mit dem, was der bayerische Staat und/oder die Kirche für richtig hält. Gleichberechtigtes Nebeneinander ist das Schulgebet unter dem Kreuz, ergänzt um den Hinweis an die türkischen SchülerInnen, dabei an Allah zu denken. Und Demokratie ist das Recht der Herrschenden, das für alle so festzulegen.

Kein Argument ist töricht genug, um nicht in die Debatte eingebracht zu werden. Eine Beschränkung der Macht der Karlsruher RichterInnen fordert CSU-Chef Waigel. Seiner Meinung nach verstößt das Urteil gegen das Grundgesetz. Sein Stellvertreter Ingo Friedrich ruft gar die bayerischen Behörden dazu auf, das Urteil einfach nicht zu befolgen. Kohl sieht die Werte der abendländischen Kultur in Gefahr, ist doch die freiheitliche Gesellschaftsordnung seiner Meinung nach wesentlich auf christliche Grundwerte aufgebaut. Vergessen die Kreuzzüge, die Massaker im Namen der Christianisierung, die Zusammenarbeit der christlichen Kirche mit den Nationalsozialisten? Volksverhetzung betreibt Edmund Stoiber, der darauf verweist, daß auch Hitler Befehl gegeben habe, die Kreuze aus den Klassenzimmern zu entfernen. Wenn es politisch ins Konzept paßt, dann wird das BVG mal eben mit der Nazi-Rechtsprechung gleichgesetzt.

Der erste Richterspruch in Sachen Kreuz erging 1973, als die Kreuze aus den Gerichtssälen verbannt wurden. Damals wie heute wurde in der Begründung das Recht auf Minderheitenschutz über das Recht des Mehrheitswillen gestellt. Damals hielten sich die KritikerInnen zurück. Es war ein jüdischer Rechtsanwalt, der den Antrag gestellt hatte. In der Rückbetrachtung wird dieser Umstand für den aktuellen Kreuzzug instrumentalisiert. 1973 sei das Gericht "... vielleicht aus Wiedergutmachungsgründen, jüdischen Klägern weit entgegengekommen", mutmaßt das Hamburger Abendblatt (19.8.1995).

Bleibt zu hoffen, daß das Urteil Eltern und Jugendliche ermutigt, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, ihren Kindern bzw. sich selber den Anblick des ans Kreuz Genagelten, in dessen Namen Mord und Totschlag auf der ganzen Welt legitimiert wurden und werden, zu ersparen.

ga.

3. Ein flämischer Internationalist jüdischer Herkunft. Ernest Mandel, 1923-1995

Ernest Mandel, 1923-1995 - von Marcel van der Linden

Autor: Marcel van der Linden · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:12

Marcel van der Linden, ehedem Mitglied des Internationale Kommunisten Bond, der niederländischen Sektion der IV. Internationale, ist Herausgeber der International Review of Social History des Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG). Das Thema seiner Dissertation war Der westliche Marxismus und die Sowjetunion (in deutscher Sprache 1992 beim dipa-Verlag erschienen). Seine vergleichende Analyse der sozialdemokratischen Parteien Nord- und Mitteleuropas von ihrer Entstehung bis zur Gegenwart veröffentlichten wir in ak 378.

Am 20. Juli ist Ernest Esra Mandel in Brüssel an Herzversagen gestorben. Mandel (sprich: Mándel), der sich selber gerne einen "flämischen Internationalisten jüdischer Herkunft" nannte, war seit vielen Jahren führendes Mitglied der 1938 von Trotzki gegründeten Vierten Internationale und galt als einer der wichtigsten marxistischen Theoretiker der Nachkriegszeit.

Flämischer Revolutionär

Mandels Eltern stammten aus Deutschland. Sein Vater Henri Mandel war im ersten Weltkrieg in die Niederlande desertiert, hatte sich dann dem Spartakusbund und der Anfang 1919 gegründeten KPD angeschlossen und war ein paar Jahre später, als eine Revolution in Deutschland nicht mehr zu erhoffen war, nach Belgien emigriert. Ernest wurde dennoch am 5. April 1923 in Frankfurt/Main geboren, da seine Mutter ihren zweiten Sohn unbedingt in der alten Heimat bekommen wollte. Seine Kindheit und Jugend verlebte der Junge in Antwerpen. In den dreißiger Jahren war sein Vater aktiv in der örtlichen radikalen Linken. Briefe an Trotzki unterzeichnete er mit "Schaked" (hebräisch für Mandel).

Ernest Mandel schloß sich bereits als Gymnasiast 1939 der trotzkistischen Bewegung an und wurde während der deutschen Besetzung Belgiens im sozialistischen Widerstand aktiv. 1941 oder 1942 wurde er beim Verteilen subversiver Flugblätter unter deutsche Soldaten verhaftet; seine Bewacher, unter denen sich, wie in Gesprächen deutlich wurde, frühere SPD- oder KPD-Anhänger befanden, ließen den Jungen jedoch fliehen. Nach seiner zweiten Verhaftung im März 1944 wurde Mandel nach Deutschland deportiert. Während des folgenden Jahres war er in Zuchthäusern und Lagern in Rheinbach, Siegburg, Eich, Dieburg und Nieder-Rosen/Wollwald inhaftiert. Im April 1945, kurz vor Kriegsende, wurde er befreit.

Während der Besatzungsjahre hatte Mandel sich, zusammen mit einem anderen jungen Belgier, dem 1944 in Auschwitz gestorbenen Abraham Wajnsztok (alias Léon; über seine Theorie der "jüdischen Frage" siehe ak 380, S. 33), zu einem der neuen Führer der Vierten Internationale entwickelt. 1946 wurde er auch formal Leitungsmitglied.

Nach Kriegsende arbeitete Mandel zunächst als Journalist. Er war u.a. Korrespondent der Amsterdamer Tageszeitung Het Parool und des französischen Wochenblattes (France) Observateur und Redakteur der belgischen Tageszeitungen Le Peuple (1954-58) und La Wallonie (1958-60) und widmete sich vornehmlich Sozial- und Wirtschaftsfragen. Daneben war er von 1954 bis 1963 als wirtschaftswissenschaftlicher Berater für den belgischen Gewerkschaftsbund ABVV-FGTB tätig. In dieser Funktion schrieb er einen großen Bericht über den Konzentrationsprozeß in der belgischen Wirtschaft (Holdings und Wirtschaftliche Demokratie), der auf einem außerordentlichen ABVV-FGTB-Kongreß im Oktober 1956 diskutiert wurde.

Bereits 1955 war es Mandel mit einigen GenossInnen gelungen, innerhalb der belgischen Sozialdemokratie (BSP-PSB) einen einflußreichen linken Flügel zu gründen, an dem sich auch viele Gewerkschafter, vor allem in Wallonien, beteiligten. Diese Gruppe gab die Wochenzeitung La Gauche heraus, deren Chefredakteur Mandel von Anfang an war. Die Gruppe propagierte ein "Programm von Strukturreformen", mit dem sie die Partei nach links bewegen wollte, sich aber auch den Vorwurf der Reformismuskritik zuzog. Zunehmende innerparteiliche Konflikte, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem großen belgischen Streik von 1960-61, führten

schließlich 1964 zum Ausschluß der Gruppe Mandels aus der BSP-PSB. Seit dieser Zeit sind die belgischen Trotzkisten selbständig organisiert.

Internationaler Einfluß

In jener Zeit wuchs Mandels Ruhm als linker Wirtschaftstheoretiker auch international. Schon Ende der fünfziger Jahre hatte er als Politökonom an Konferenzen linksoppositioneller Sozialdemokraten teilgenommen, u.a. in Frankreich, den Niederlanden (wo er 1959 eine öffentliche Debatte mit dem späteren Ministerpräsidenten Joop den Uyl führte) und der BRD (z.B. als Sprecher beim dritten sogenannten "Integrations-Seminar" des SDS, 1959-60). Mit seinem 1962 erschienenen dreibändigen Werk Traité d'économie marxiste (deutsch: Marxistische Wirtschaftstheorie) wurde er zu einem der bekanntesten Marxisten Westeuropas.

Mandel war Autodidakt. Sein im Herbst 1941 an der Brüsseler Universität begonnenes Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte hatte er durch die Schließung der Universität auf Anordnung der deutschen Besatzungsmacht und durch seine Verfolgung abbrechen müssen. Erst nach Vollendung der Traité nahm er das Studium wieder auf, diesmal an der Pariser Sorbonne. Sein Diplom erhielt er 1967.

Während der internationalen Jugendrevolte der sechziger und siebziger Jahre erlangte Mandel den Höhepunkt seines theoretischen und politischen Einflusses. Seine Schriften wurden in mehr als dreißig Sprachen übersetzt, Mitglieder der Vierten Internationale fungierten oft als "Transmissionsriemen". Seine Broschüre Initiation à la théorie économique marxiste wurde ein Bestseller auf fünf Kontinenten. Che Guevara holte ihn 1963-64 nach Havanna, um über die kubanischen Wirtschaftsprobleme zu diskutieren.

Von verschiedenen Seiten wurden Mandel nun auch akademische Stellungen angeboten - obwohl er noch nicht promoviert hatte. Bereits seit 1966 hielt er regelmäßig Vorträge an der Universität von Turin, und seit 1971 hatte er eine Dozentur an der Freien Universität Brüssel (flämische Abteilung) inne.

In der BRD gingen die Uhren jedoch anders. 1972 hatte der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin Mandel zur Berufung auf eine ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre vorgeschlagen. Der Wissenschaftssenator (SPD) lehnte jedoch ab: Mandels wissenschaftliche Qualifikation wurde zwar trotz des fehlenden Doktortitels nicht bestritten, aber dennoch sei er für eine Professur ungeeignet, da er sich nicht zur "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bekenne. In einer offiziellen Stellungnahme hieß es: "Das von Mandel befürwortete Rätesystem beinhaltet die Abkehr von elementaren Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Mandel fordert auf, diese Räterepublik durch illegale Mittel, d.h. rechtswidrig und unter Anwendung von Gewalt, zu errichten." In der Weltpresse wurde diese Vorgehensweise als Skandal aufgefaßt.

Als Mandel dann im Februar 1972 auch noch die Einreise in die BRD und Westberlin verboten wurde, entwickelte sich eine breite Solidarität. Vom 24. bis 26. April fand in Berlin ein "Kongreß gegen politische Unterdrückung" mit mehreren tausend TeilnehmerInnen statt. Erfolg hatte dieser Solidaritätsbeweis jedoch nicht. Bis 1978 blieb ihm die Einreise versagt. (Gleichartige Einreiseverbote galten in jenen Jahren auch in Australien, Frankreich, den USA und der Schweiz; und natürlich war er auch in den RGW-Ländern unerwünscht.) Eine der Folgen des Einreiseverbots war, daß Mandel, als er in Berlin promovieren wollte, nicht zum Examen zugelassen wurde. Daraufhin reiste die verantwortliche Kommission für das Rigorosum eigens nach Brüssel. Für seine Dissertation Der Spätkapitalismus: Versuch einer marxistischen Erklärung erhielt Mandel das Prädikat Summa cum laude (mit höchstem Lob). Das Buch erschien später in zehn Sprachen. Erst 1982 bekam Mandel übrigens ein Ordinariat: an seiner "eigenen" Freien Universität Brüssel.

Im Mai 1977 kam es zu einem zweiten westdeutschen Skandal, als Mandel Mitglied des deutschen PEN-Zentrums wurde. Nachdem eine Mehrheit für seinen Beitritt votiert hatte, traten neunzehn Mitglieder aus der Organisation aus, darunter Joachim Fest und Werner Maihöfer.

Theoretische Beiträge

Als Theoretiker hat Mandel sich mit vielen Themen auseinandergesetzt. Die Liste seiner mehr als tausend Aufsätze, Broschüren und Bücher enthält unter anderem Beiträge zur Philosophie (z.B. über Baruch de Spinoza oder Ernst Bloch), zur belgischen Geschichte, über den Zweiten Weltkrieg und über Kriminalromane. Dennoch lassen sich drei große Schwerpunkte unterscheiden.

Einen ersten Themenkomplex bildet die kritische Analyse von Geschichte und Gegenwart des internationalen Kapitalismus. Im Laufe der Zeit hat Mandel die verschiedensten Aspekte und Probleme studiert, z.B. die peruanische Landwirtschaft, das Emporkommen einer neuen Finanzoligarchie im Nahen Osten, das Verhältnis Westeuropa-USA usw. Großen Einfluß hatte er in Fachkreisen mit seiner Theorie der "langen Konjunkturwellen" - zirka fünfzig Jahre dauernde Phasen des wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs, wobei die Aufschwungphase in hohem Maße durch Resultate des Klassenkampfes bestimmt wird, der Abschwung dann aber quasi automatisch darauf folgt. Mit dieser Theorie (die an ältere Ansätze von Kondratiew und Van Gelderen anknüpfte) war es Mandel bereits in der ersten Hälfte der 60er Jahre möglich, das Ende des Nachkriegsbooms vorherzusagen. In seinem berühmten Aufsatz "The Economics of Neo-Capitalism" (in The Socialist Register 1964), prophezeite er, "daß die gegenwärtige Wachstumsrate nicht fortbestehen wird; daß die EWG-Länder auch Rezessionen erleben werden; und daß die lange Phase beschleunigten Wachstums im Laufe der sechziger Jahre ihr Ende finden wird."

Ein zweiter Themenkomplex umfaßt die "sozialistischen" Länder. Als Schüler Trotzkis war Mandel der Meinung, daß die Oktoberrevolution im Laufe der zwanziger Jahre entartet war und die Sowjetunion einen "bürokratischen Arbeiterstaat" bilde, dessen herrschende Schicht von Parteibürokraten durch eine politische Revolution ihrer Macht beraubt werden müsse. Dabei gelte es, die Errungenschaften der Revolution (wirtschaftliche Arbeitermacht, Planwirtschaft) zu erhalten und die Macht an Organe der direkten Demokratie (Räte) zu übertragen. Mandel arbeitete die politökonomischen Aspekte dieser Theorie aus und versuchte gleichzeitig die von Trotzki begonnene Analyse auf die Nachkriegsverhältnisse (VR China, Osteuropa) zu erweitern. Dabei war für ihn die "bürokratische Degeneration" keineswegs zwangsläufig. So meinte er um 1950, daß Jugoslawien einen anderen Weg gehen könnte; in den sechziger Jahren setzte er seine Hoffnungen auf Kuba.

Der dritte und letzte wichtige Themenkomplex bezieht sich auf den "subjektiven Faktor": die Rätedemokratie und die revolutionäre Partei. Anhand zahlreicher historischer und politischer Fallstudien und Beispiele hat Mandel versucht die leninistische Theorie zu aktualisieren. Er plädierte für maximale Basisdemokratie (in der Räteform) kombiniert mit mehreren politischen Parteien. Kernpunkt war der Gedanke, daß es im revolutionären Prozeß zwangsläufig zwei Organisationsebenen geben müsse: die der Masse und die der Avantgarde. Die Ursache dafür liege erstens in der Heterogenität der Arbeiterklasse (mit ihrer Vielfalt von Partikularinteressen) und zweitens in der Diskontinuität der Massentätigkeit (eine permanent streikende Arbeiterklasse wäre eine verhungernde Klasse). Dies würde eine separate Organisation der Vorhut notwendig machen.

Selbstredend waren und sind die theoretischen Beiträge Mandels sämtlich heftig umstritten. Ein wichtiger Teil seiner Schriften ist der Polemik mit anderen Standpunkten gewidmet. Dabei scheute er die Rhetorik nicht, war aber doch, soweit ich sehen kann, meistens ziemlich fair.

Ambivalenz und Optimismus

Mandel war ein Mann mit unglaublicher Energie. Die enorme Zahl seiner Veröffentlichungen habe ich schon erwähnt. Mandel war aber auch ein hervorragender Redner, der an Hand von fünf oder sechs schnell notierten Stichworten eine Stunde lang auf Massenversammlungen begeisternd sprechen konnte. Er beherrschte fünf Sprachen fließend (neben niederländisch, deutsch und französisch auch englisch und spanisch) und nahm in viele Ländern an Debatten teil - in den letzten Jahren zum Beispiel auf Massenveranstaltungen in Sao Paulo, Mexico City und Istanbul.

Daneben hatten Mandels Aktivitäten eine zweite, mehr oder weniger verborgene Seite. Innerhalb der Vierten Internationale war er seit den sechziger Jahren, als der erfahrene griechische Trotzkist Michel Raptis (alias Pablo) sich abgespalten hatte, der absolut führende Kopf, der zu jeder politischen Tagesfrage Standpunkte, Thesen usw. vorstellte. In den internen Publikationen der trotzkistischen "Weltpartei" gibt es eine Unmenge derartiger Texte - normalerweise unterzeichnet mit einem von Mandels Pseudonymen: Germain, Gousset, Walter.

Die Doppelstellung als marxistischer Intellektueller einerseits und als Organisationsfunktionär andererseits führte zu einer gewissen Ambivalenz. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Mitte der achtziger Jahre, als ich mich schon seit einiger Zeit von der Vierten Internationale getrennt hatte, bekam ich einen Brief von Mandel, in

dem er mich bat, bei seinem nächsten Besuch in Amsterdam unter vier Augen mit ihm zu diskutieren. Er wollte genauer wissen, weshalb ich mich von der Theorie des "bürokratischen Arbeiterstaates" abgewandt hatte. Ein paar Wochen später führten wir ein sehr lebhaftes und freundschaftliches Gespräch, das für Mandel immer schwieriger wurde. Er verstrickte sich in einen logischen Widerspruch und wußte nicht mehr weiter. Er beendete die Diskussion mit den Worten: "Wenn Du nochmal darüber nachdenkst, werde ich das gleiche tun." Seitdem hat er in unseren Gesprächen und in unserer Korrespondenz das Thema nicht mehr erwähnt. Hier wurde mir deutlich, daß Mandel auch aus politischen Gründen seine Auffassung nicht revidieren konnte: hätte er das getan, dann hätte das schwere Konflikte innerhalb der Vierten Internationale zur Folge gehabt.

Die achtziger und neunziger Jahre müssen für Mandel nicht leicht gewesen sein. 1982 starb seine Lebensgefährtin Gisela Scholtz nach langer unheilbarer Krankheit. Und obwohl er Ende der achtziger Jahre in Anne Sprimont eine neue Partnerin gefunden hatte, blieb ihm der Verlust Giselas immer gegenwärtig.

In der Vierten Internationale wurde sein Einfluß allmählich geringer. Sein manchmal wirklichkeitsfremder Optimismus, der um 1970 so bestechend gewesen war, hatte nicht nur in den Sozialbewegungen generell, sondern auch in Mandels eigener Organisation seine Anziehungskraft verloren. Die TrotzkistInnen der 68er-Generation gingen in den letzten Jahren bereits mehr und mehr ihren eigenen Weg.

Die Überwindung der "bürokratischen Arbeiterstaaten" in Mittel- und Osteuropa, nicht durch eine progressive politische Revolution, sondern durch einen neuen Kapitalismus, muß ihn schwer getroffen haben, obwohl er dies verneinte und, wie immer, zahlreiche neue Perspektiven für möglich hielt.

Mandels Tod kam nicht überraschend. Schon seit einigen Jahren ging es ihm gesundheitlich nicht gut, und vor anderthalb Jahren hatte er bereits einmal einen schweren Herzanfall.

Mandel wurde am 26. Juli eingeäschert. Seine Urne wird am 30. September auf dem Pariser Friedhof Père-Lachaise beigesetzt werden.

Die wichtigsten Veröffentlichungen Ernest Mandels in deutscher Sprache

* Marxistische Wirtschaftstheorie. 2 Bände. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1968. 806 S.

* Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx. Frankfurt/Main: EVA, 1968. 224 S.

* Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1972. 543 S.

* Kritik des Eurokommunismus. Berlin: Olle & Wolter, 1978. 216 S.

* Revolutionäre Strategien im 20. Jahrhundert. Politische Essays. Wien: Europaverlag, 1978. 351 S.

* Offener Marxismus. Ein Gespräch über Dogmen, Orthodoxie und die Häresie der Realität (mit Johannes Agnoli). Frankfurt/Main: Campus, 1980. 152 S.

* Revolutionärer Marxismus heute. Frankfurt/Main: ISP, 1982. 274 S.

* Die langen Wellen im Kapitalismus. Eine marxistische Erklärung. Frankfurt/Main: ISP, 1987. 130 S.

* Das Gorbatschow-Experiment: Ziele, Widersprüche. Frankfurt/Main: Athenäum, 1989. 286 S.

* Ein schöner Mord. Sozialgeschichte des Kriminalromans. Frankfurt: Hain, 1988. 172 S.

* Der zweite Weltkrieg. Frankfurt/Main: ISP, 1991. 245 S.

* Kontroversen um "Das Kapital". Berlin: Dietz, 1991. 310 S.

* Trotzki als Alternative. Berlin: Dietz, 1992. 252 S.

4. Hoffen auf den Aufschwung? Interview mit Ernest Mandel (aus "Inprekorr")

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:33

Viele Arbeitslose richten ihre Hoffnung auf den beginnenden Aufschwung. Im folgenden Gespräch bezweifelt Ernest Mandel jedoch, daß eine durchgreifende Wiederbelebung bevorsteht. In einer Zeit, in der selbst die Bourgeoisie ratlos ist, entwickelt er statt dessen eine Alternative der "Solidarität ohne Grenzen". Das Interview führte Gabriel Maissin. Es wurde zuerst in der belgischen Zeitschrift "Gauche" (19.4.95) veröffentlicht. Wir haben das Interview in der Übersetzung von R.S. der "Inprekorr", Nr. 285 (Juli/August 1995) entnommen.

Bestimmte statistische Anzeichen zeigen einen Aufschwung, einen Wiederanstieg des Wirtschaftswachstums. Ist dieser Aufschwung real, wie tief geht er, und vor allem: Kann er mittelfristig einen Wiederaufstieg der kapitalistischen Wirtschaft ankündigen? Einen Wiederbeginn des Wachstums, von Investitionen? Welche Bedeutung mißt du dem gegenwärtigen Konjunkturaufschwung bei?

In der kapitalistischen Ökonomie muß man zwei Bewegungsarten unterscheiden. Es gibt nicht nur die kurzen Zyklen, sondern auch die sogenannten expansiven und depressiven "langen Wellen". Eine lange expansive Welle hat die kapitalistische Wirtschaft in groben Zügen von 1949 bis zum Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre bestimmt. Die lange depressive Welle, die 1973 begonnen hat, ist dadurch charakterisiert, daß die Arbeitslosenzahl dauernd zunimmt. Man kann über die Zahlen streiten, jedermann weiß, daß die offiziellen Statistiken gefälscht sind: Man eliminiert die nicht offiziell anerkannten Arbeitslosen, man entfernt jene, die sich "freiwillig" (um einen zugleich zynischen wie bezeichnenden Ausdruck zu verwenden) vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Nach meiner Schätzung, die von nicht unbedeutenden internationalen Gewerkschaftskreisen geteilt wird, übersteigt dieser Arbeitslosensockel in den imperialistischen Staaten gegenwärtig 50 Millionen Menschen, und er steigt unaufhörlich. In den Ländern der Dritten Welt zählt er Hunderte von Millionen.

Zu den Arbeitslosen muß man noch die Ausgesonderten, die Randschichten, die Verelendeten rechnen, die als "neue Armut" bezeichnet werden: Sie umfassen ebenfalls Millionen - ganz zu schweigen von der Dritten Welt, wo dies ganz offensichtlich geworden ist. Man muß zu den schlimmsten Momenten der Wirtschaftskrise vom Anfang der dreißiger Jahre zurückkehren, um gleichartige Erscheinungen vorzufinden. In den imperialistischen Ländern (und selbst Einrichtungen wie die Stiftung "König Baudouin" haben recht objektive Untersuchungen darüber gemacht) leben je nach Land 10 bis 30% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, mit einigen Ausnahmen, aber wo dies der Fall ist, ich denke an Schweden oder die Schweiz, wird das nicht mehr lange anhalten, denn es handelt sich um weltweite Erscheinungen. Gerade das Unvermögen der kapitalistischen Wirtschaft, diese Entwicklung aufzuhalten, rechtfertigt den Begriff einer langen depressiven Welle.

In den Ländern der Dritten Welt und in den Ländern Osteuropas und in Rußland wird diese Entwicklung von einem katastrophalen Absinken des Lebensniveaus begleitet (wie zum Beispiel in Mexiko, wo innerhalb von einigen Jahren das Lebensniveau der Bevölkerungsmehrheit wieder unter das vor dem Zweiten Weltkrieg zurückgefallen ist). In bestimmten Ländern ist man Zeuge von zunehmender Kinderarbeit - die der Sklavenarbeit nahekommt -, unter ekelerregenden Bedingungen.

All dies, und das muß man gut begreifen, schließt nicht eine Konjunktur innerhalb der langen depressiven Welle aus. Die lange depressive Welle bedeutet keinen dauernden Rückgang der Produktion: Es gibt stets eine Aufeinanderfolge guter und schlechter Konjunkturen. Gegenwärtig gibt es in einer Reihe imperialistischer Länder einen unzweifelhaften Aufschwung der Produktion, wenn auch nicht in gleicher Stärke. Dies verschafft der Gewerkschaftsbewegung eine Chance: Wenn sie sich dessen bewußt wird, was sie tun kann, was sie noch an Substanz besitzt, kann sie sagen, wie es die deutschen Metaller taten, "die Produktion steigt, eure Gewinne steigen, wir wollen unseren Anteil am Kuchen". In einem solchen Moment können realisierbare Forderungen gestellt werden, aber letzten Endes, im großen und ganzen ändert diese kurz- und mittelfristige konjunkturelle Bewegung nichts an den grundsätzlichen Gegebenheiten der Frage: Im Augenblick gibt es keine Aussichten auf ein Auslaufen der depressiven langen Welle in einer absehbaren Zukunft. Soweit es sich beurteilen läßt,

wird sie über das Ende des 20. Jahrhunderts andauern. Man kann zwar niemals irgendetwas völlig ausschließen, aber im Moment ist eine grundsätzliche Wende nicht abzusehen.

Aber es gibt trotzdem einen Widerspruch, denn die Profitraten sind gestiegen. Seit 1991-1993 sind die Profite um 12% oder 13% gestiegen. Warum also sollte ein solcher Aufschwung der Unternehmensgewinne nicht von einer längerfristigen Fortentwicklung begleitet sein?

Der Grund ist einfach - es liegt in dem fundamentalen Fluch des kapitalistischen Regimes. Für einen wirklichen Wiederbeginn von Investitionen und damit der Möglichkeit eines langfristigen dauerhaften Wachstums bedarf es zweier Bedingungen: einer Steigerung des Profits, aber auch einer Ausdehnung des Marktes. Das kapitalistische System kann nicht auf der Grundlage gesamtwirtschaftlicher Meßzahlen funktionieren.

Jede Ware ist etwas Besonderes und sie muß auf eine spezifische Nachfrage treffen. Die Produzenten von Werkzeugmaschinen arbeiten nicht für die Konsumenten, die Schuhe kaufen. Wir stehen einem neuen theoretischen Problem gegenüber, mit dem wir uns befassen müssen. Bis jetzt haben ihm die Marxisten, wie auch die IV. Internationale, zu wenig Bedeutung beigemessen: Spricht man von der Globalisierung [der immer engeren Verflechtung; der Übers.] der Weltwirtschaft, verhält man sich so, als ob es sich um ein fast magisches Phänomen, über die Beziehungen zwischen den menschlichen Wesen hinaus, handle. Eines der großen Verdienste von Marx und dem Marxismus besteht im Verständnis, daß an der Basis jeder ökonomischen Entwicklung, jedes ökonomischen Systems, aller grundlegenden sozio-ökonomischen Beziehungen die Beziehungen zwischen den menschlichen Wesen stehen.

Was also hat sich zugetragen? Es fand eine verstärkte internationale Konzentration und Zentralisierung des Kapitals statt. Diese aber wurde von einer Reihe anderer Erscheinungen begleitet, deren volle Bedeutung man erfassen muß. Zuerst einmal hat man an der von mir so benannten "Reprivatisierung des Geldes" teilgenommen: Das ist die Konsequenz der enormen Macht der multinationalen Gesellschaften, die zu der vorherrschenden, wenn auch nicht einzigen Organisationsform des Großkapitals geworden sind. Und die sich immer mehr der Kontrolle irgendwelcher Regierungen entziehen. Die Politik des Abbaus, des Aufhebens von Vorschriften wie bei Reagan und Thatcher ist nicht die Ursache dieser Erscheinung, sondern nur die Konsequenz. Sie haben ganz einfach die Grenzen dessen, was sie tun konnten, erkannt, und versucht, daraus gegenüber der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung, gegenüber den Armen und den im Stich Gelassenen zu profitieren. Der tatsächliche Mechanismus bestand darin, daß sie nichts machen konnten.

Um ein Beispiel für die Bedeutung dieses Phänomens zu geben: Man kennt nicht den Umfang der Kapitalien, die im Weltmaßstab umherschweifen, weder ungefähr in Prozenten, noch etwa wieviel hundert Milliarden Dollar. Was man nicht kennt, kann man offensichtlich nicht kontrollieren. Solange die expansive lange Welle währte, hielt sich das Phänomen in Grenzen. Aber von dem Moment an, in dem man in die lange depressive Welle eintrat, kam es zu einem Zusammentreffen zweier Phänomene. Zum einen verfügten diese Multinationalen über enorme Mittel, zum andern gab es trotzdem für produktive Investitionen enge Grenzen. Und unter diesen Bedingungen machte man die Erfahrung mit dem, was ich als eine Erscheinung der Über-Liquiditäten, von außerordentlicher Geldflüssigkeit bezeichnen will, eine Umwandlung eines bedeutenden Teils des Warenkapitals in Geldkapital, flüssiges oder fast flüssiges Kapital, welches sich auf die Spekulation geworfen hat, Spekulation an der Börse oder mit Immobilien. Die elektronischen Mittel erlauben heutzutage den fast augenblicklichen Transfer von Kapitalien im Weltmaßstabe.

Noch einmal jedoch: Um sich Rechenschaft abzulegen, wovon wir sprechen, muß man es in meßbaren Größen darstellen. An allen Arbeitstagen - natürlich arbeiten diese Herren nicht jeden Tag, aber schließlich an allen ihren Arbeitstagen, sagen wir 150 pro Jahr, macht man auf den Devisenmärkten und denen, die daran angeschlossen sind, Geschäfte, die dem jährlichen Volumen des Welthandels gleichen!

Diese "Verflüssigung" des Kapitals setzt im übrigen ein Phänomen fort, das bereits zuvor wahrnehmbar war. Die kapitalistische Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich in die Expansion über einen Ozean von Schulden gestürzt, die Weltverschuldung war enorm. Die ganze Welt spricht von den Schulden der Dritten Welt, aber diese Schulden, obwohl sie die Hälfte der Menschheit betreffen, betragen kaum 15 Prozent des Gesamtschuld! Da sind die Schulden der imperialistischen Unternehmen, der Kapitalisten, die Haushaltsschulden, die Schulden jener Regierungen, die nicht Regierungen der Dritten Welt sind. Das sind Zahlen, die nicht zu errechnen sind, vom Dollar ausgehend spricht man von einer Schuld von Trillionen Dollar.

Das geht praktisch über unser Vorstellungsvermögen. Und hier stoßen wir von neuem auf ein Grundphänomen, das erklärt, warum ein Auslaufen der langen Welle nicht absehbar ist.

Spricht man von den Multinationalen, muß man sich hüten, sie als einen "Block" zu betrachten. Es ist wie in einem Korb von Krebsen, sie geraten dauernd aneinander. Es gibt das Konzentrationsphänomen der Multinationalen, große Firmen verschwinden. Man nennt oft die Zahl von 600 Multinationalen, die auf dem Weltmarkt vorherrschen. Bestimmte Schwarzseher des Systems meinen, in einigen Jahren wird das auf 100 hinauslaufen. Das erscheint auf den ersten Blick etwas übertrieben, aber man weiß nie. Der Dollar ist ja auch in freiem Fall. Und das Fehlen einer hegemonialen imperialistischen Macht hat das Unvermögen, die Unfähigkeit der Weltbourgeoisie zur Folge, Lösungen anzubieten. Die Treffen der G7-Staaten enden für gewöhnlich mit der Feststellung ihrer Ohnmacht. Es werden keine Beschlüsse gefaßt.

Durch unsere Tradition, unser Programm, durch einen realistischen Blick für die Krise der Menschheit, der bürgerlichen Zivilisation und ganz einfach der Zivilisation seit dem Ersten Weltkrieg sind wir gewohnt, von einer Krise des subjektiven Faktors, einer Krise des Bewußtseins, der Führung des Proletariats zu sprechen. Gegenwärtig aber ist man auch Zeuge einer Führungs- und Bewußtseinskrise der Bourgeoisie. Und das ist keine kleine Krise, sie ist mit einer schrecklichen Wahl konfrontiert. Und hier erkennt man, daß - aus einem soziopolitischen Grunde - ein Auslaufen der depressiven langen Welle im Moment nicht absehbar ist.

Ich komme jetzt zu dem Widerstandspotential, das in der Arbeiterklasse und in der Befreiungsbewegung in der Dritten Welt vorhanden ist. Dieses Potential hängt von der vorangegangenen Periode, der Ansammlung von Kräften, Reserven, die im Verlauf der vorigen Expansion erlangt wurden, ab. Die kapitalistische Klasse muß sich entscheiden: Bis zu welchem Punkt kann sie die Offensive gegen die Arbeiter und Gewerkschaften treiben? Geht sie zu weit, riskiert sie, daß ein sehr starker Gegenstoß seitens der Ausgebeuteten und Unterdrückten im weitesten Sinne ausgelöst wird. Die Bourgeoisie ist in dieser Hinsicht gespalten.

Die Situation kann zwei Richtungen annehmen. Heutzutage befinden sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten in der Defensive. Wenn sie jedoch einige große Defensivschlachten gewinnen, können sie - das ist keinesfalls ausgeschlossen - zur Gegenoffensive übergehen. Demgegenüber ist auch das Gegenteil wahr: Gibt es eine neue Welle von Arbeitslosigkeit, eine neue schändliche Kapitulation aller offiziellen Arbeiterführungen vor der Austeritätsoffensive [Sozialabbau u.ä.; d. Übers.] des Kapitals, kann es zu einer Schwächung der Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse kommen. Und es kann zu einer tatsächlichen rechtsextremen Bedrohung kommen, nicht unbedingt in faschistischer Form (man kann nie wissen), aber zumindest eine qualitative Verstärkung des starken Staates. Einer der wichtigsten Redakteure von "Le Monde", Edwy Plenel, ein Freund, der den Verfolgungen des Mitterrand-Regimes ausgesetzt war, meint, es werde in Frankreich einen neuen Bonaparte geben, irgendeiner, wie auch immer das Ergebnis der nächsten Wahlen sein werde. Er hat nicht unrecht. Darum darf man nicht überoptimistisch sein, die Lage ist nicht gut.

Es gibt noch eine andere Dimension: Wir haben es in der IV. Internationale die allgemeine Krise der Glaubwürdigkeit des Sozialismus genannt. Mit einer langen Verzögerung und mit Hilfe von einigen nicht geringfügigen Ereignissen ist die Arbeiterklasse sich über den Bankrott des Stalinismus, des Nach-Stalinismus, des Maoismus, der Sozialdemokratie, des pseudo-progressiven Nationalismus in den Ländern der Dritten Welt klargeworden. Und für den Augenblick sieht sie keine Kraft links von allen diesen Bewegungen, die eine Chance hätte, weltweite antikapitalistische Lösungen zu erzwingen.

Ihre Widerstandsbewegungen sind deswegen zusammenhanglos, zuweilen aber von einem nie gesehenen Umfang, und nicht nur seitens der Arbeiter: Als das Oberste Gericht der USA Gesetze gegen das Recht auf Abtreibung machte, sind eine Million Frauen auf die Straße gegangen!

Da sie jedoch zusammenhanglos sind, wirken sie auch nur kurze Zeit, oder noch schlimmer, sie können sich verzetteln. Indessen gibt es einen wichtigen Faktor: Immer mehr Leute sagen: "Die da oben sind korrupt und unfähig". Korrupt - ja das weiß jedes Kind! Aber unfähig - das ist etwas Neues. Noch ist es eine kleine Minderheit der Arbeiterklasse, die so denkt, es gibt jedoch eine technologische Entwicklung, die dazu beiträgt. Die besonders qualifizierten Arbeiter haben das Gefühl, sie wissen vom Funktionieren des Betriebs mehr als der leitende Ingenieur, wenn nicht der Direktor. Die Schüler der Fachschulen, die Umschüler haben durchaus zu Recht den Eindruck, daß sie ihre Zeit in der Schule verlieren, daß sie nichts lernen, daß sie zukünftige

Arbeitslose sind. Es bahnt sich also eine Veränderung an, man muß diese neue Schicht der Arbeiterklasse beobachten, sie aufmerksam verfolgen und es so einzurichten versuchen, daß sie die Schlacht nicht verliert.

Aber die erneute Mobilisierung dieser Sektoren der Arbeiterklasse gerät mit der gesellschaftlichen Gesamtlage in Widerspruch: starke Arbeitslosigkeit und das allgemeine Gefühl, daß es keine Lösung gibt. Zwei Dinge fallen zusammen: Es gibt diesen Teil der Arbeiterklasse, der die Schwäche des Systems verstehen könnte, da er sie sieht, und es gibt ein wachsendes Gefühl der Ohnmacht hinsichtlich einer Lösung. Das ist eine sehr eigentümliche ideologische Situation ...

Ich wiederhole es: Die Weltlage ist schlecht. Die Offensive ist in den Händen des Unternehmertums, des Kapitals. Wir sind in der Defensive. Aber wir sind nicht machtlos. Und zum Schluß will ich die Betonung auf einen Gedanken legen, auf den wir in unserer Partei, bei unseren Initiativen Wert gelegt haben, den wir oft, vor allem hinsichtlich der Dritten Welt benutzt haben, und den wir jetzt versuchen sollten, für die ganze Welt zu verallgemeinern: Solidarität ohne Grenzen.

Das ist die an erster Stelle stehende Parole. Ich kann viele Beispiele geben: gemeinsame Solidaritätsfront zwischen Arbeitern und Arbeitslosen - bei den Randschichten ist es schwieriger, aber beginnen wir mit den Arbeitslosen. In Frankreich ist die Bewegung in Gang gebracht, mit den noch beschäftigten Arbeitern, vor allem mit den hochqualifizierten. Man muß andere Vermittlungen finden, und das ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe, man muß die feministischen, die ökologistischen Bewegungen integrieren, und wenn ich Bewegungen sage, meine ich Massenbewegungen, die bestimmt Ziel bei dieser Solidarität ins Auge fassen.

Man muß sich bemühen - das ist sehr schwierig, aber nicht unmöglich - der Weltstrategie der Multinationalen, der Verlagerung von Industrien, eine Weltstrategie entgegenzusetzen, eine Strategie der Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktionen der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Angestellten im Weltmaßstab, zuerst derer, die für den gleichen Multinationalen arbeiten, dann für die großen Industriezweige usw. Das ist nicht einfach, ich bin mir völlig über die Schwierigkeiten im klaren, aber es ist nicht unmöglich, und es ist der einzige Weg gegen den nationalen Rückzug, gegen Protektionismus und Nationalismus. Es ist das einzige Mittel, der Weltstrategie der Multinationalen zu begegnen.

Gelegentlich wirft man ein, man stelle sich auf diese Weise gegen die Industrialisierung der Dritten Welt, die heute von der Verlagerung "profitiere". Das ist nicht der Fall, wir wollen einfach eine andere Strategie der Entwicklung und Modernisierung der Dritten Welt. Eine solche wäre nicht auf den Export billiger Arbeitskraft gerichtet, sondern auf die Erweiterung des inneren Marktes, auf die Erhöhung des Wohlstands der Bevölkerung, usw. Die Beseitigung der Schulden, der Versuch, der negativen Entwicklung der Austauschbedingungen entgegenzutreten, und eine ganze Reihe anderer strategischer Elemente müßten dazu herangezogen werden. Das ist eine Vorstellung, die mir nicht irreal zu sein scheint. Schwierig zwar, aber nicht irreal.

Ohne diese Voraussetzungen wird es keine Lösung für die Arbeiter noch für die Bourgeoisie geben, mit der Krise der Menschheit fertigzuwerden. Es könnte nur eine Periode langanhaltender Krisen, einer Welt in Unordnung eintreten, in der die beiden gesellschaftlichen Hauptkräfte nach und nach versuchen werden, Bedingungen zu erzwingen, die ihren historischen Interessen entsprechen, und das vor einem Hintergrund, der uns heute bewußt sein muß und der heute das Hauptargument zugunsten des Sozialismus ist: Das ist die immer ernsterwerdende Bedrohung des physischen Überlebens, die auf der menschlichen Rasse lastet - die nukleare, militärische Bedrohung, die mit dem Anstieg der Armut, mit der Unordnung in der Welt verbundenen Krankheiten. Es wird im Rahmen des kapitalistischen Regimes keine Lösung geben. Die Krise der Menschheit erfordert eine neue Gesellschaft, eine neue Zivilisation.

STATT BILDILLUSTRATION AUSZÜGE AUS DEM INTERVIEW. BITTE IN GRÖSSERER SCHRIFT, EIN-, ANDERTHALB- ODER ZWEISPALTIG UND EINGERAHMT IN DEN TEXT SETZEN - SOVIEL VON DIESEN TEXTAUSZÜGEN WIE NÖTIG UND WO ES GERADE PASST:

"Im Augenblick gibt es keine Aussichten auf ein Auslaufen der depressiven langen Welle."

"Wir sind auch Zeugen einer Führungs- und Bewußtseinskrise der Bourgeoisie."

"An allen Arbeitstagen macht man auf den Devisenmärkten Geschäfte, die dem jährlichen Volumen des Welthandels gleichen."

"Da die Widerstandshandlungen zusammenhanglos sind, wirken sie nur kurze Zeit, oder noch schlimmer, sie können sich verzetteln."

"Die Offensive ist in den Händen des Unternehmertums, des Kapitals. Wir sind in der Defensive. Aber wir sind nicht machtlos."

5. Schneller Vorstoß der grünen Eingreiftruppe. Nach Fischers Plädoyer für Militäreinsätze sind die Pazifisten in der Defensive

Autor: Js. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:36

Die in den Medien gern gebrauchte militaristische Floskel, die Nachricht über diese oder jene Initiative eines prominenten Politikers habe "eingeschlagen wie eine Bombe", ist ausnahmsweise am Platze: Joschka Fischers Brief an die Partei, datiert vom 30. Juli und am 2. August in der taz und der Frankfurter Rundschau gekürzt dokumentiert, ließ die bündnisgrünen Pazifisten Deckung suchen. Der Fraktionsvorsitzende und heimliche Parteichef hatte mit seinem Papier zur Bosnien-Politik die innerparteilichen Gegner - trotz sommerlicher Hitze - kalt erwischt. Nach getaner Arbeit verschwand er umgehend in die Toskana, von wo aus er sich allerdings "fast täglich meldete" (wie die FR zu berichten weiß), um sich von seinen Getreuen über den Stand der Auseinandersetzung unterrichten zu lassen.

Für Aufregung und Kritik sorgte vor allem Fischers Forderung, UN-Truppen sollten die Schutzzonen der bosnischen Muslime militärisch verteidigen:

"Eine illusionslose Analyse zwingt zu der Feststellung, daß in Bosnien die Politik der UN-Schutzzonen mit allen katastrophalen Folgen für die Zivilbevölkerung am Ende ist. Daraus folgt entweder eine Aufgabe der Schutzzonen, was konsequenterweise zum Abzug und zu einer gleichzeitigen Aufhebung des UN-Waffenembargos gegenüber den Kriegsparteien führen wird (faktisch war und ist dies allerdings nur ein Embargo gegenüber der bosnischen Regierungsarmee, denn die bosnischen Serben wurden und werden von Belgrad und via Belgrad mit allem ausgerüstet, was ihr Krieg verlangt), oder aber der UN-Einsatz wird auf den militärischen Schutz der Schutzzonen am Boden und in der Luft ausgeweitet. Die dritte Variante, Schutzzonen zu erklären und die Zivilbevölkerung dann den serbischen Eroberern und der Vertreibung zu überlassen, ist nur noch zynisch, und wer daran festhält, macht sich aber an dem ethnischen Krieg mitschuldig.

(...) Ein Durchlavieren, eine Haltung des ‚Wir sind entsetzt, ansonsten schauen wir aber lieber nicht hin` kommt angesichts der Katastrophe für unsere Partei nicht in Frage. Entweder sind wir für den militärischen Schutz der Schutzzonen, wissend auch um die ganze Unzulänglichkeit der westlichen Bosnienpolitik und ihrer Risiken - und ich bin der Überzeugung, wir müssen angesichts der Lage der dort eingeschlossenen Zivilbevölkerung für den militärischen Schutz der UN-Schutzzonen sein -, dann müssen wir dies als Partei auch sagen, ausdiskutieren und beschließen. Oder wir lehnen diesen militärischen Schutz ab, und dann sollten wir uns, aber ohne uns darum herumzuwinden, für den Abzug der UN-Blauhelme aussprechen. Die Folgen dieses Schrittes sind ebenfalls bekannt. Allerdings wird die Welt (und damit auch wir) in diesem Fall den bosnischen Regierungstruppen die notwendigen Waffen für ihre Selbstverteidigung nicht länger vorenthalten dürfen."

"Vom Besonderen

zum Allgemeinen"

Daß Fischer mehr im Sinn hat, als - ausnahmsweise! - im Falle der muslimischen Schutzzonen das grüne Prinzip der Gewaltfreiheit außer Kraft zu setzen, liegt auf der Hand. Die kritisch-sympathisierende Presse zumindest sah keinen Anlaß zur Differenzierung. "Grüner Abschied von Gewaltfreiheit", meldete die taz (Aufmacher vom 2.8.); Fischer verlange "eine stärkere militärische Intervention in Bosnien" bzw. eine "militärische Intervention in Ex-Jugoslawien". Ähnlich hielt es die FR vom selben Tage, die - ebenfalls auf der Titelseite - Fischer generell eine "außenpolitische Umorientierung seiner Partei" fordern läßt; der Fraktionschef verlange, "angesichts des eskalierenden Bosnien-Krieges den Grünen-Grundsatz der Gewaltlosigkeit zu überprüfen". Das "Mißverständnis" schien vom Autor des Schreibens beabsichtigt; dementierende oder zumindest einschränkende Verweise auf den Wortlaut seines Papiers hielt Fischer nicht für nötig. Die Gelegenheit hätte er gehabt, da er sich doch, wie wir wissen, aus seinem Urlaubsdomizil "fast täglich meldete" (s.o.), um über den Stand der Dinge auf dem laufenden zu bleiben. In einem ARD-Interview vom 11. August bekräftigte Fischer seine Thesen, ohne deren "Fehlinterpretation" richtig zu stellen.

Da das Dementi ausblieb, waren diejenigen politischen Kommentatoren im Recht, die Fischer das Kalkül "unterstellten", er wolle "vom Besonderen zum Allgemeinen gelangen: vom Krieg in Bosnien dazu, wie die Grünen künftig mit der neuen Gewalt in der internationalen Politik umzugehen gedenken." (FR-Kommentar "Die neue grüne Gewaltfrage", 2.8.) Die Frage, ob - bei einem Erfolg von Fischers Vorstoß - Bündnis90/Die Grünen nun auch auf Bundesebene regierungsfähig wären, wurde, je nach Standpunkt, unterschiedlich beantwortet.

Der außenpolitische Sprecher der SPD, Karsten Voigt, begrüßte Fischers Thesen als den Beginn einer "realistischen Wende" bei den Grünen, die nötig sei, um die Partei für die SPD koalitionsfähig zu machen. Sein Kollege Karl Lamers von der CDU bezeichnete Fischers Papier als "mutigen Schritt", der aber nicht ausreiche, da Fischer "immer noch solidarischen Schutz und Unterstützung für die Soldaten unserer Partner" - sprich: den Einsatz der Bundeswehr - verweigere; so sei er noch nicht regierungsfähig.

Die Reaktion der "Pazifisten"

Dem Urteil der FAZ ist hier ausnahmsweise zuzustimmen: "Der Chor der Empörten bleibt merkwürdig dünn", befand die Zeitung für Deutschland am 3. August; dieses Urteil ist auch zwei Wochen später weitgehend richtig.

Auch die VorstandssprecherInnen Jürgen Trittin und Kerstin Müller, die schon im Juni mit einem gemeinsamen Papier ("Germans to the front?", auszugsweise dokumentiert in ak 380, S.7) gegen Militärinterventionen argumentiert hatten, hielten sich diesmal merklich zurück. Trittin lobte "Fischers teilweise sehr lesenswerte Analyse des Konflikts", kritisierte aber die Schlußfolgerungen: Nach einem "großen, kraftvollen Anlauf" sei er "zu kurz gesprungen". Kerstin Müller stellte insbesondere die Durchführbarkeit von Fischers Interventionsplänen in Frage: "Wenn Fischer von dem Schutz der Schutzzonen spricht, dann muß er auch genau sagen, wie er sich das vorstellt."

Die schärfste Kritik aus den Reihen der bündnisgrünen Bundestagsfraktion kam von deren "sicherheitspolitischer Sprecherin" Angelika Beer. Im taz-Interview (2.8.) kritisierte sie nicht nur den von Fischer gewählten Debatteneinstieg, sondern verteidigte auch das Prinzip der Gewaltfreiheit und eine liberale Flüchtlingspolitik - gegen eine aggressiv moralisierende Interviewerin:

"Eine Diskussion, die so eingefädelt wird, gewinnt unnötig an Schärfe. In der Frage, wie gehen wir mit dem Krieg in Bosnien um, führt sie uns überhaupt nicht weiter. Wir dürfen an der Frage Bosnien nicht die Koalitionsfähigkeit der Grünen mit Blick auf die nächste Bundestagswahl entscheiden.

(...) Es gibt keinen Nachweis dafür, daß Menschenrechte durch Militäreinsätze verteidigt werden, wenn vorher der politische Wille gefehlt hat, den Konflikt nicht-militärisch zu lösen.

(...) Nachdem Möglichkeiten wie Wirtschaftsblockaden oder Waffenembargos vier Jahre lang nicht wirklich durchgesetzt worden sind, lasse ich mich jetzt nicht zum Handlanger einer Interventionspolitik machen.

(...) Ich habe keine Patentrezepte. Noch einmal: Jetzt die Pazifisten als Schuldige darzustellen, nur weil sie vier Jahre nicht gehört worden sind, und sie jetzt zu fragen, was wollt ihr denn noch machen - das ist Kriegspropaganda."

Widersprüchlich und in seinem Fazit rätselhaft ist der Diskussionsbeitrag des ehemaligen Vorstandssprechers und jetzigen außenpolitischen Sprechers der grünen Bundestagsfraktion, Ludger Volmer (taz, 12./13.8.). Einerseits überzieht Volmer den grünen Schattenaußenminister mit beißendem Spott (Fischer sei bereit, "die Schutzzonen bis zum letzten Franzosen zu verteidigen") und kritisiert die Inkonsequenz seines Interventionsplans:

"Wer alles Nichtmilitärische als Nichtstun denunziert, der darf auch nicht bei rhetorischer Kraftmeierei stehenbleiben, der muß selber konsequent sein, zur Waffe greifen und nach Sarajevo eilen.

(...) Es geht nicht an, der Partei die Knobelaufgabe ‚Verteidigt die Schutzzonen` hinzuwerfen, ohne selbst einen Vorschlag zur Durchführung zu machen.

Denn dann würde herauskommen, daß eine deutsche Nichtbeteiligung nicht mehr begründbar wäre. Die maximale Eskalation - die Hauptgefahr eines deutschen Eingreifens - wäre auch so schon erreicht. Das aber

hieße, man müßte dem Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe zustimmen, die zu solchen Einsätzen in der Lage ist, und könnte den Kern von Rühes Militärpolitik nicht mehr ablehnen. Grüne Zustimmung zum Verteidigungshaushalt? Ist es dies, was Joschka will? Eine Außenpolitik, die auch mit der Union ginge?"

Andererseits verwirrte Volmer Partei und Öffentlichkeit mit einem nicht weiter begründeten optimistischen Ausblick auf eine angeblich mit der SPD machbare ganz andere Außenpolitik ("deutsche Politik im internationalen Interesse"):

"Mit Sicherheit wird die Außenpolitik kein Punkt sein, an dem eine rot-grüne Koalition in Bonn scheitern könnte. Das ist jetzt schon absehbar. Deshalb muß kein grünes Tabu gebrochen werden."

Kritik von rechts:

"Nicht weit genug"

Auf ihrem Bonner Parteitag Ende 1993 hatten die bündnisgrünen Delegierten mit überwältigender Mehrheit (etwa 90%) friedenspolitische Grundlinien beschlossen, in denen auch humanitär begründete Militäreinsätze prinzipiell abgelehnt werden: "Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen, wenn das Ziel der dauerhaften Entmilitarisierung der internationalen Politik eine Chance auf Verwirklichung haben soll. (...) Wer Kriegseinsätze gegen Menschenrechtsverletzungen durchführt, geht immer das enorme, unkontrollierbare Risiko einer Kriegseskalation mit noch weit schlimmeren Folgen ein."

Joschka Fischer gehörte damals zur kleinen Minderheit, die gegen den "Fundi-Pazifismus" (Heiner Geißler) stimmte. Nach der Eroberung der UN-Schutzzonen Srebrenica und Zepa durch die bosnischen Serben schien dem großen Strategen die Zeit reif, die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Über die Vorgeschichte von Fischers aktueller Offensive gegen den Pazifismus schreibt Der Spiegel (7.8.) - und die notorische Geschwätzigkeit der grünen Promis läßt die Darstellung durchaus glaubwürdig erscheinen: "Lange hatte Fischer gezögert, ehe er sich heraustraute. (...) Schließlich gab er dem Drängen von Realo-Freunden wie Hubert Kleinert und Krista Sager nach. Kleinert war bereits ungeduldig und hatte schon gedroht, er werde gemeinsam mit Sager ein eigenes Papier verfassen. Als das Ergebnis vorlag, waren die Drängler zunächst enttäuscht. Fischer hatte seitenlang und eindrucksvoll die desolate Lage beschrieben, das war's. ‚Der große Vorsitzende', stichelte Sager, müsse schon Position beziehen. Schließlich schärfte Fischer sein Papier an und legte seine bellizistische Haltung offen."

Während viele von Fischers Widersachern "erst mal hinterm Baum (lauern), ob Fischer gefeiert oder gefoltert wird" (Sager), trauten sich dagegen einige, denen seine Thesen nicht weit genug gehen, aus der Deckung, darunter die Uralt-Realos Waltraud Schoppe und Hubert Kleinert. Der grüne Europaabgeordnete Dany Cohn-Bendit erkannte im taz-Interview vom 2.8. zunächst an, daß Fischer - im Unterschied zu ihm selbst - "den richtigen Zeitpunkt für die Initiierung einer solchen Debatte abgewartet" hat: "Joschka Fischer ist auf dem richtigen Weg..." Daß er deutsche Soldaten einstweilen nicht marschieren lassen will, findet Cohn-Bendit falsch, aber nicht weiter schlimm:

"Wenn Fischer einmal Außenminister ist, wird er diese Haltung nicht beibehalten können.

(...) Eine Partei, die auf Bundesebene regierungsfähig werden will, muß in der Außenpolitik zu einer Linie finden, die von den Bündnispartnern der Bundesrepublik akzeptiert werden kann.

(...) In Zukunft werden wir uns jedoch einer militärischen Intervention dann nicht mehr grundsätzlich verweigern, wenn humanitäre Gründe dafür sprechen."

Ähnlich argumentierte der parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis90/Die Grünen, Werner Schulz, der Ludger Volmers Einwände für seine Zwecke aufgriff:

"Es besteht in der Partei wohl kein Dissens, daß wir uns dafür einsetzen, daß diese Schutzzonen gesichert werden. Wir müssen diese Diskussion allerdings - und darauf weist Ludger Volmer hin - bis zur Konsequenz führen. Wir müssen sagen, ob wir für den Schutz mit Sorge tragen oder ob es lediglich eine Aufforderung an andere UN-Staaten ist. (...) Und in solchen eskalierenden Situationen wie in Bosnien kommt man mit Pazifismus nicht weiter." (Interview in der taz, 16.8.)

Geißler lobt, Lafontaine kritisiert, Gysi lehnt ab

Fischers Brief an die grüne Partei hatte den seltsamen Nebeneffekt, daß Teile der SPD, namentlich Oskar Lafontaine, sich als Friedensengel profilieren konnten. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau (3.8.) hielt Lafontaine ein "Plädoyer für friedliche Außenpolitik" (Unterzeile), das auf der Titelseite der Zeitung mit der Schlagzeile angekündigt wurde: "Lafontaine pocht auf friedliche Außenpolitik. SPD-Vize wendet sich gegen neue Positionen Fischers". Die Schwächen von Fischers "Analyse" und seine verantwortungslosen, die totale Eskalation des Krieges in Kauf nehmenden Schlußfolgerungen machten es Lafontaine leicht, die SPD als die wahre Friedenspartei darzustellen. Gleichzeitig schrieb er dem Partner der Zukunft, dessen Regierungsfähigkeit er an keiner Stelle in Zweifel zog, eine wichtige Lehre ins Stammbuch: "Die Nato ist eine große Schutzzone für die Bürgerinnen und Bürger ihrer Mitgliedstaaten." Und: "Die Nato-Erweiterung ist auch eine Möglichkeit zur Stabilisierung der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa." Darauf ließe sich zum gegebenen Zeitpunkt eine stabile und dauerhafte Regierungskoalition aufbauen.

Gregor Gysi hat für die Konkurrenzpartei links von Bündnis90/Die Grünen den naheliegenden Vorwurf erhoben, Fischer instrumentalisiere den Krieg im ehemaligen Jugoslawien "aus innerparteilichen Gründen". Gysi im Gastkommentar für die taz (19./20.8.): "Seine Methode, die Bündnisgrünen regierungsfähig zu machen, ist dieselbe, die die Bundesregierung anwendet, um militärische Interventionspolitik politisch durchzusetzen. Beide benutzen das Grauen des Krieges im früheren Jugoslawien (und die Schwäche pazifistischer Positionen in unserer Gesellschaft), um innenpolitische Ziele zu befördern."

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heiner Geißler, schließlich, der einst den Pazifismus für Auschwitz verantwortlich gemacht hatte, stellte einmal mehr fest: "Friede ist kein Grundwert", so der Titel seines Kommentars in der taz vom 5./6.8. Die Grünen seien "in der außenpolitischen Diskussion jetzt schon weiter als die SPD". In Fischers Papier sieht Geißler Ansatzpunkte für die Verständigung auf einen "Moralkodex der Außenpolitik": "Die verfassungsrechtliche Blockade, die wir zur Zeit in Deutschland wegen des Einsatzes der Bundeswehr erleben, könnte am leichtesten dadurch überwunden werden, daß sich die Parteien über einen solchen ethischen Kodex einigen und auf dessen Basis die Verfassung ändern." Gleichzeitig wagte er die Prognose: "Joschka Fischer wird sich mit seinem Abschied vom Fundi-Pazifismus durchsetzen."

Der nicht unerhebliche Protest gegen den neu-grünen Bellizismus, dokumentiert auf der taz-LeserInnenbriefseite, spricht zumindest dafür, daß Fischers Militärpolitik in der eigenen Partei auf Widerstand stoßen wird. Über Mehrheit und Minderheit auf dem im September stattfindenden Perspektivenkongreß und dem für Dezember projektierten Bundesparteitag ist damit noch nichts ausgesagt. Fischer steht ja mit seinen Interventionsforderungen im linksdemokratischen Milieu nicht allein. Auch Jürgen Habermas, Ralph Giordano und Erhard Eppler votieren mittlerweile für Militäreinsätze auf dem Balkan. Die taz-Redaktion scheint gespalten. In schneller Folge, teilweise sogar direkt nebeneinander, publiziert sie Kommentare pro und contra.

Die Linke (im weitesten Sinne) und die Reste der Friedensbewegung sollten den Machtkampf innerhalb der Partei Bündnis90/Die Grünen nicht nur aus der Rolle des kritischen Beobachters verfolgen. Ob diese Partei auch außenpolitisch zu den staatstragenden (und damit zu bekämpfenden) Kräften gehören wird oder nicht, ist auch für Linksradikale keineswegs unerheblich - wenn sie ihre eigenen Prognosen einer immer mehr durch militärischen Zwang durchgesetzten deutschen Großmachtpolitik ernst nehmen.

Die ak-Redaktion versucht im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten, auf den Gang der Dinge Einfluß zu nehmen. Nachdem wir in unserer letzten Ausgabe das Papier von Kerstin Müller und Jürgen Trittin "Germans to the front?" nachgedruckt haben, dokumentieren wir diesmal einen Beitrag des Komitees für Grundrechte und Demokratie - die bislang differenzierteste und zugleich radikalste Kritik an den Thesen Joschka Fischers. Bitte umblättern!

Js.

P.S. Auch im Spiegel-Gespräch, das am 21. August veröffentlicht wurde, widersprach Fischer - obwohl direkt darauf angesprochen - nicht der "Unterstellung", es ginge ihm keineswegs allein um die UN-Schutzzonen in Bosnien. Über den Einsatz kriegerischer Mittel, so Fischer leicht verklausuliert, müsse immer dann "nachgedacht" werden, "wenn ein aggressiver Nationalismus mit dem großen Schlachten an der

Zivilbevölkerung beginnt"; nach Lage der Dinge liefe das - je nach Definition - auf den sofortigen Beginn von mindestens einem halben Dutzend humanitär begründeter Interventionskriege weltweit hinaus.

6. Militärischer Lebens- und Zivilisationsschutz statt Gewaltfreiheit? Diskussionsbeitrag des Kom. f. Grundrechte und Demokratie

Diskussionsbeitrag des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:25

Dokumentation

Militärischer Lebens- und Zivilisationsschutz statt Gewaltfreiheit?

Diskussionsbeitrag des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Erneutes Überdenken einer pazifistischen Position anläßlich von Joseph Fischers Brief vom 30. Juli 1995 an Bundestagsfraktion und Partei Bündnis 90/Die Grünen (vergleiche Dokumentation "Frankfurter Rundschau" vom 2. August 1995: "Wir müssen für den militärischen Schutz der UN-Zonen sein").

1. Angesichts der kriegsmörderischen Hektik der Ereignisse fällt es schwer, sich grundsätzlich zu orientieren. Zorn, Ohnmacht, Angst, Mitleid und Schuldgefühle ringen miteinander und verstärken sich. Was gerade noch richtig schien, dem ist heute durch neue Tatsachen schon wieder der Boden entzogen. (Als J. Fischer seinen Brief schrieb, flohen die Menschen vor den vom bosnisch-serbischen Kriegsgeneral Mladic befehligten Truppen aus Zepa, da wir diese kurze Stellungnahme formulieren, flieht die serbische Bevölkerung im Zuge der "Wiedereroberung" kroatischer Landesteile durch den von Tudjman inszenierten Krieg.) Endlich muß etwas geschehen. Endlich muß den todbringenden zerstörerischen Kriegshandlungen Einhalt geboten werden. Auch die eigenen Gefühle schreien nach Entlastung. Also bleibt nur ein Mittel, so scheint es, das sofort wirken kann: Illegitime Gewalt der Kriegsparteien in Ex-Jugoslawien muß mit "legitimer" Gewalt in so oder so geartetem UNO-Gewand gestoppt werden.

Wo solcher Druck besteht, ist es um so wichtiger, die eigene Position skrupulös zu bedenken. Werte und Worte sind nicht unschuldig. An ihren Äußerungen und Formulierungen kann Blut kleben. Sie können mörderische Konsequenzen zeitigen. Indes: Kommt man bei solchem Bedenken weiter? Sobald hoch und hehr gehaltene Werte praktisch angewandt werden sollen, zeigt sich, daß alle absolute normative Sicherheit schwindet. Was heißt schon Ehrfurcht vor dem Leben, was bedeutet der Schutz physischer Integrität aller Menschen an erster Stelle, wenn herrschaftsgierige Klüngel ihren Interessen entgegenstehende Gruppen von Menschen bewußt und systematisch umbringen? Wird hier das Reden von Menschenrechten, die von den Kombattanden eingehalten werden müßten, nicht zynisch? Gerade pazifistische Positionen weisen sich dadurch aus, daß sie Ziele und Mittel strikt zusammensehen. Dieser Überzeugung gemäß ist Frieden nur dann zu wahren bzw. herzustellen, wenn die vorhandenen Konflikte mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden. Was aber, wenn sich diejenigen Kräfte, die kriegsmörderische Mittel gebrauchen, auf politische Lösungen nicht einlassen? Werden dann pazifistische Optionen nicht unvermeidlich obsolet, oder werden sie aufrechterhalten schuldig? Indem sie vor Gewaltmitteln zurückschrecken, lassen sie in und um Bosnien etwa genozidale Schlächtereien zu?

2. Joseph Fischer setzt genau hier an. Er formuliert das politisch-moralische Dilemma, das sich angesichts der aktuellen Situation zum Entweder-Oder zuzuspitzen scheint. "Aber der Bosnienkrieg ... bringt uns in einen elementaren Konflikt mit drei Grundwerten unserer politischen Überzeugung: Leben und Freiheit stehen gegen den Grundsatz der Gewaltfreiheit. Und es ist zu befürchten, daß uns mit dem Ende des Kalten Krieges dieser Konflikt nicht zum letzten Mal massiv bedrängen wird."

Dieses normative Entweder-Oder wird im gegenwärtigen Konflikt durch ein weiteres Entweder-Oder konkret: "Entweder wir sind Für den militärischen Schutz der Schutzzonen, wissend auch um die ganze Unzulänglichkeit der westlichen Bosnienpolitik und ihrer Risiken - und ich bin der Überzeugung, wir müssen angesichts der Lage der dort eingeschlossenen Zivilbevölkerung für den militärischen Schutz der UN-Schutzzonen sein -, dann müssen wir dies ... beschließen. Oder wir lehnen diesen militärischen Schutz ab, und dann sollten wir uns ... für den Abzug der Blauhelme aussprechen."

Die Exklusivität des Entweder-Oder wird durch ein weiteres Entweder-Oder alternativlos zubetoniert: "Die Vereinten Nationen taumeln in Bosnien auf eine strategische, mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar auf eine historische Niederlage zu. Für die UN und den Westen heißt heute die fatale Alternative: weichen oder widerstehen?" Und "widerstehen" meint nun: militärische Mittel einzusetzen.

3. Joseph Fischer begründet seine militärische Option mit einer Reihe von beschreibenden und analysierenden Argumenten. Hier verheddert er sich in Fehlannahmen, Widersprüche und Kurzsichtigkeiten. Dieselben entwerten seine ineinander verschachtelte Entweder-Oder-Folge.

a) Die Voraussetzung von Fischers nur militärisch zu durchschlagendem politisch-moralischen Knoten besteht in der Annahme, alle westwärts angestrengten und möglichen politischen Lösungen seien ausgereizt. Diese Annahme trifft, wie Fischer an manchen Stellen seines Briefes selbst durchblicken läßt, nicht zu. Oskar Lafontaine hat darauf von seiner Perspektive aus schon zu Recht aufmerksam gemacht (siehe "Frankfurter Rundschau" vom 3. August 1995 "Wer nur militärische Aktionen als Handeln begreift, liegt schief").

Als könne auch nur entfernt davon die Rede sein, die einflußreichen Mächte einschließlich der BRD hätten das selbstbeschlossene Waffenembargo hart durchgesetzt. Die gegenwärtig mögliche einseitige Aufhebung desselben durch die USA ist nicht ob ihrer faktischen Folge von Interesse, sondern stellt allein ein, dann allerdings gewichtiges, Problem internationaler Koordination und Absprache, nicht zuletzt ein Nato-bezogenes Bündnisproblem dar.

Gewichtiger noch: Von einer einigermaßen ausgewiesenen, gar einheitlich konsequenten Politik auch nur der "westlichen" Mächte (also ohne Rußland) kann nicht gesprochen werden. Die regierenden Machtgruppen haben stets so optiert, wie es ihren Interessen jeweils am bequemsten war, auch gerade dann, wenn die Konflikte dadurch angeheizt worden sind. Das Beispiel der BRD und ihrer überhasteten Anerkennungspolitik lehrt das.

Schließlich am wichtigsten: Die Konflikte in Ex-Jugoslawien stellen für die "großen Mächte" heute nur ein randständiges Problem dar. Hätten sich dieselben tatsächlich konzentriert, ihre eigenen Interessen für friedliche Lösungen einsetzend engagiert, wäre es nie zu der schrecklichen Situation gekommen, mit der wir heute konfrontiert sind.

Also: Nicht die politischen Optionen sind erschöpft. Diese Optionen und das entsprechend notwendige materiell-politische Engagement müßten erst endlich einmal wahrgenommen werden. Wenn man sich schon an den Westen als Adressaten wendet, dann muß derselbe hier gepackt werden und nicht kriegsspielerisch mit unabsehbaren Folgen.

b) Fischer arbeitet mit unzulässigen, ja falschen Analogien. Indem er zunächst hypothetisch und dann im Ist-Stil von einem "neuen Faschismus" spricht, der sich "zugleich" als "altbekannter Balkanfaschismus" "blutig" austobe, vermag er zwar die moralischen Daumenschrauben härter anzuziehen, doch er trägt zur Erhellung der Situation der divers vorhandenen Herrschafts- und Expansionsinteressen nichts bei. So schlimm diese Herrschaften sind (sachlich und persönlich verstanden), so falsch ist es, irgendwelche schäumenden Irrationalismen anzunehmen, denen nicht mit "normaler" Interessenpolitik begegnet werden könnte, sondern mit Hilfe von Gegengewalt entgegengetreten werden müßte.

c) Fischers Brief lebt vom Pathos europäischer Zivilisation. Dasselbe verführt ihn dazu, die Geschichte der letzten 50 Jahre zu klittern. Mit solcher Geschichtsklitterung könnte man leben, würde sie nicht dazu gebraucht, zu suggerieren, der angeblich neue Einbruch von Kriegen und ethnischen Konflikten mache eine Wende in der Politik nach dem so edel-einfachen Kalten Krieg notwendig. Daß die westlich mitverschuldeten Auseinandersetzungen in Ländern der sogenannten Dritten Welt groß- und zivilisationszügig ausgespart werden, könnte gerade noch nachgesehen werden, wenn nicht auch direkte Kriege mit genozidalem Einschlag der heutigen Welt- und Westmächte von Vietnam bis Afghanistan, von Kambodscha bis zum Nato-Partner Türkei einfach unterschlagen bzw. verharmlost würden. Erneut lautet die politische Moral dieser westlichen Passepartout-Geschichte: Der zivilisierte Westen muß sich auf militärische Eingriffe um seiner Zivilisation willen einrichten. Hier und heute und im ersten Schritt in Bosnien.

d) Am meisten problematisch und folgenreich ist das, was Fischer unter Pazifismus versteht. Seine Beobachtung trifft mutmaßlich für viele zunächst zu: "Die Gewaltfreiheit der westdeutschen Friedensbewegung hat sich gegen die thermonukleare Waffendrohung, gegen die Logik der atomaren Abschreckung entwickelt."

Gewiß, für die meisten. Diejenigen jedoch, und das sind nicht wenige, auch und gerade innerhalb der Grünen oder rund um diese Partei, die sich über gewaltförmiges Austragen von Konflikten am Ende des 20. Jahrhunderts in einer einheitlichen und zugleich radikal ungleichen Welt genauer Gedanken machten, sind aus "Antiatom"-Bewegten zu belehrt-gelernten Pazifisten geworden. Sie haben erkannt, daß allein eine pazifistische Position gerade den heutigen Problemen, den zuhandenen Mitteln und der Fülle kriegerisch-genozidaler Aggressionen, die in ihnen bereit liegen, fortdauernd weiter gehortet werden, angemessen ist. Gerade die Irrealität der pazifistischen Position, bewertet man sie gemäß des herrschenden "Konsenses", zeugt für ihre gegenwarts- und zukunftsgerichtete humane Realität. Nur eine pazifistisch ausgerichtete Position, dauernd auf Suche nach Mitteln und Wegen friedlichen Konfliktaustrags - also ganz ohne die ihr hämisch unterstellte Annahme, "die Welt" und ihre Menschen bestünden aus Friede, Freude, Eierkuchen -, nur eine solche Position macht eine Politik möglich, die endlich auf politische Mittel setzt und Politik nicht zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln verkommen läßt (oder umgekehrt). Fischers von der Glocke des Kalten Krieges geschützter Pazifismus, eine Glocke, in deren Umfeld eine Fülle von Kriegen und kriegsähnlichen Auseinandersetzungen westeuropa-gemütlich übersehen werden konnten, reicht in der Tat nicht aus. Er war auf eine Sondersituation programmiert. Ein bedachter Pazifismus hingegen ist gerade darauf angelegt, die Bedingungen mitzuschaffen, daß Politik nötig und möglich werde. In diesem Sinne zeigt Waltraud Schoppes Fischers unterstützende Äußerung, ein "bedingungsloser Pazifismus" laufe "auf Solidarisierung mit dem Aggressor hinaus", eine mehrfache Ahnungs- und Begriffslosigkeit (siehe "Süddeutsche Zeitung" vom 4. August 1995). Und zugleich eine nun militaristisch gekehrte Gesinnungsethik. Zu dieser Ahnungs- und Begriffslosigkeit paßt auch die mitunter diffamierende Sprache, mit der Fischer seine politisch-moralischen Hinweise würzt, sobald pazifistische Positionen apostrophiert werden. So ist davon die Rede, daß die "deutsche Linke" Gefahr laufe, "ihre moralische Seele zu verlieren", wenn sie sich "vor dem neuen Faschismus und seiner Politik der Gewalt wegducke"; da wird von "Durchlavieren" gesprochen, als handele es sich bei Pazifisten um "feiges Gesindel"... Statt der verheißenen "großen Ehrlichkeit" ist Fischer nicht einmal so ehrlich, einzugestehen, daß seine eigenen Vorschläge nur militärisch enthemmend wirken können, aber ansonsten bloßes Wortheldentum bedeuten.

4. Die von Joseph Fischer vorgeschlagene Zwischen"lösung" - die UN-Schutzzonen militärisch zu sichern - präsentiert sich ihrerseits so unausgegoren und voll unabsehbarer Folgen, daß sie in sich zusammenfällt.

- Wenn die Schutzzonen militärisch verteidigt werden sollen, müssen vorher die Unprofor-Truppen (Blauhelme) zumindest aus dem serbisch besetzten Gebiet Bosniens abgezogen werden, sollen sie nicht Gefahr laufen, wieder als Geiseln genommen zu werden. In diesen Gebieten könnte dann die humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung nicht gesichert werden.

- Die Zonen benötigen Versorgungszugänge. Letztere müssen freigekämpft werden. Darin besteht ein ständiges Risiko, daß die Konflikte eskalieren.

- Werden die Zonen beschossen, droht Eskalation. Welche Eskalationsleiter mag direkt in den "Sumpf" des allgemeinen Krieges führen? Auf dieser Eskalationsleiter steht auch der von den USA aus leicht erklärlichen innenpolitischen Gründen favorisierte Bombenkrieg. Ein solcher Bombenkrieg träfe vor allem die Zivilbevölkerung; er untergrübe das humanitäre Ziel und vertiefte den Haß zwischen den vom Krieg verelendeten Bevölkerungsgruppen. Zugleich wissen alle, daß ein Bombenkrieg nicht das schreckliche Ende des Schreckens bedeutet. Verstärkter Widerstand und länger noch sich hinziehende Auseinandersetzungen könnten die Folge sein, von den Kriegsfolgelasten späterer politischer Lösungen ganz zu schweigen.

- Sollte, was sehr wohl möglich ist, im November das UN-Mandat nicht verlängert werden (weil eine der beteiligten Parteien dasselbe ablehnt), was dann? Werden, wenn die Unprofor-Truppen rasch abgezogen werden, die Schutzzonen zur Eroberung freigegeben?

- Fischers Forderungen werden von einem Mißverständnis von Graden und Grenzen der friedensstiftenden, genauer der Krieg mildernden bzw. Krieg verhindernden Rolle der UNO befördert. Kommt denn für die Blauhelme und ihre strikt humanitäre Mission im Sinne der UNO ein militärischer Schutz der ihnen gegebenen

Zonen überhaupt in Frage? Generalleutnant Manfred Eisele, der Leiter der UN-Abteilung für friedenserhaltende Maßnahmen in New York, hat diese Frage jüngst eindeutig verneint; und wir meinen zu Recht (siehe "Frankfurter Rundschau" vom 22. Juli 1995).

- Die über Bosnien hinausgehenden Wirkungen, die Fischer ansonsten immer wieder unterstreicht, läßt er im Falle seiner militärischen Orientierung (und sei es zunächst nur ein erster Schritt, dessen Folge aber nicht bedacht wird) gänzlich außer acht. Wir haben in jüngster Zeit immer wieder von einer Situation der Weichenstellung in Europa gesprochen: vorwiegend militärische Konfliktbearbeitung auf der einen Seite oder Versuch, zivile Formen, mit Konflikten umzugehen, auf der anderen Seite. In West- wie in Osteuropa wird nach wie vor auf das Militär gesetzt; heute in Form von Streitkräften, die auf Krisen reagieren sollen, und "Schnellen Eingreiftruppen", wie auch mit Hilfe einer nuklearen Strategie, die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Die Regierungen bauen fast durchweg auf vernichtsvolle Gewaltmittel, auf Militär und damit potentiell auf Kriegsführung. Wer also eine gewaltfreie Zukunft Europas anstrebt, muß sich gegen die etablierten Formen militärischer Konflikteskalation wenden. Er darf derselben nicht damit selbst Vorschub leisten, daß er, ohne die Konsequenzen im geringsten beherrschen oder verantworten zu können, mit "Schnellen Eingreiftruppen" den Krieg gegen Krieg führen will, der über die unerhörten Menschenopfer hinaus den nächsten Krieg vorbereitet.

5. Weil "der Westen", wie Fischer darstellt, politisch "schwach", widersprüchlich und inkonsequent ist, will er seine Rolle bezeichnenderweise militärisch stärken. Kurz, Fischer optiert letztlich für nichts anderes als eine Rückkehr zur konventionellen Politik gemäß Clausewitz' berühmtem Motto, indem er, und das ist überraschend und entscheidend, politisch, das heißt auch und gerade in Richtung einer Veränderung etablierter (Nicht-)politik resigniert. Wenn Fischer und andere auch ökologisch so votierten, könnten sie analog auch das Programm ökologisch anderer Politik aufgeben.

Überhaupt ist die Abdankung des Politikers Fischers am überraschendsten. Sie irritiert am meisten. Fischer stellt weder eigene Erwägungen möglicher politischer Lösungswege an, noch greift er solche anderer Gruppierungen auf, die immerhin, bevor einer den qualitativen Sprung in den militärischen Abgrund tut, verdienten, erörtert zu werden. Darunter auch solche des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Wie kann ein verantwortlicher Politiker heute am Ende dieses Jahrhunderts seinen politischen Kopf im Schoß des Militärs gleichsam schlafen legen?

Welche politisch-karrieretaktischen Erwägungen bei Fischers militärischer Option mitgespielt haben mögen, interessiert uns an dieser Stelle nicht. Von Interesse ist allein, daß Fischers Überlegungen, auch und gerade insofern sie spezifisch auf die sich fortdauernd ändernde Situation in und um Bosnien bezogen sind, mitnichten seine Folgerungen als schlüssig erweisen. Eine Politik, die sich in Form und Inhalt am Ziel gewaltfreien Konfliktaustrags orientiert, darf sich von Fischers nur dem ersten Anschein nach eindeutig begründetem Entweder-Oder nicht fangen und zu radikal falschen Konsequenzen verführen lassen. Es kommt hinzu, wie oben angedeutet, daß der von Fischer vorgeschlagene erste militärische Schritt entweder bestenfalls symbolisch bleibt (und dann eine doppelmoralische Besänftigung "westlichen" Gewissens darstellt). Oder aber er führt in geplanter Fahrlässigkeit zu unabsehbaren Folgen militärischer Eskalation. Deren erweiterter Effekt bestünde genau darin, Machtpolitik wie im 19. und in großen Teilen des 20. Jahrhunderts zu legitimieren mit der schnöden Aura der Menschenrechte verhimmelt.

6. Die pazifistische Alternative verschafft kein gutes Gewissen, auf dem man sanft zu ruhen vermöchte. Wer ihr anhängt, erfährt immer erneut schiere Verzweiflung. Obwohl sie Politik erst möglich macht und einzig politisch ist, wird gegen sie vom Klüngel der weltweit verbreiteten "Realpolitiker" und ihrer intellektuellen Minnesänger täglich verstoßen, werden ihre Vertreterinnen und Vertreter täglich als unverantwortliche, bestenfalls blauäugige Idioten entwürdigt. Zugleich gilt: Wer pazifistischen Positionen anhängt, lebt vom Prinzip der Intervention. Das, was in Ex-Jugoslawien geschieht, freilich nicht nur das, was dort geschieht, kann sie oder ihn nicht zur Ruhe kommen lassen. Menschenrechtlich ist das antiquierte staatliche Souveränitätsprinzip ohnehin nicht akzeptabel. Darum gelten, so man in Deutschland lebt, folgende aktuelle Minima:

Zum ersten: Alle Aktivitäten zu unterstützen, die von diversen menschenrechtlichen Organisationen ausgehen und verläßlich humanitär und pazifistisch-politisch den vertriebenen, den leidenden, den täglich gefährdeten Menschen in Ex-Jugoslawien helfen.

Zum zweiten: Für eine bundesdeutsche Politik in all ihren institutionellen Spielarten einzutreten, die exzessiv humanitäre Hilfe leistet und die Flüchtlinge, solange Krieg und Ausrottung drohen, unbegrenzt und ohne dauernde Abschiebedrohung so aufnimmt, daß sie in der BRD gemäß Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz leben können. Nämlich in Würde. Um dieses Ziel zu erreichen, muß auch und gerade die deutsche Bevölkerung überzeugt und müssen entsprechende kommunale Voraussetzungen geschaffen werden.

Zum dritten: Die etablierten Parteien und nicht zuletzt die Bundesregierung dahin zu beeinflussen, das Geschehen in Ex-Jugoslawien zur Priorität der Politik zu erheben, einer Politik, die zugleich ihren internationalen Aufgaben nachkommt. Priorität der deutschen Politik heißt u.a. : dafür einzutreten und darauf zu achten, daß systematische negative Sanktionen im Sinne des Rüstungsembargos durchgesetzt und eingehalten werden; darauf hinzuarbeiten, daß vor allem mit dem Angebot positiver Sanktionen gegenüber den ex-jugoslawischen Wirtschaftskonkurrenten Einfluß ausgeübt werde (in Richtung wirtschaftlicher Forderung, in Richtung von Assoziierungsabkommen mit der EU u.ä.); strikt politische Lösungen zu befördern, die letztlich nicht von außen aufgepreßt werden können, auch indem die BRD und andere westliche Mächte so etwas betreiben wie eine permanente, intensive positiv und negativ sanktionsreiche "fürsorgliche Belagerung"; hierbei versteht es sich von selbst, daß bei keinem Konzept menschenrechtliche Grundkriterien unterschritten werden dürfen. Es ginge nicht, Konzepte ethnischen Purismus oder irgendwelche Lösungen ohne entsprechende Minderheitenregelungen vorzuschlagen oder zu unterstützen.

Zum vierten: Mit allen am Frieden orientierten Kräften dahingehend zusammenzuarbeiten, daß auch und gerade in den Gebieten, die von Krieg, Elend, Hunger, Flucht, Angst und Tod überzogen werden, eine öffentliche Diskussion über Sinn und Unsinn der wechselseitigen Vernichtung und der dahinterstehenden Interessen stattfinden könne. Kriege vernichten nicht nur die Physis des Menschen, sie verdunkeln seine Seele, sie rauben ihm den eigenen Verstand und damit seine eigene Würde. Darum ist alles zu tun, die Menschen in und um Bosnien, welcher ethnischen Gruppierung sie immer gewählt und/oder erzwungen angehören, als (politische) Bürgerinnen und Bürger im Spiel zu halten, indem man ihnen alle irgend denkbaren und technisch verwirklichbaren Foren der Eigenäußerung bereitstellt.

*****

Wir sind davon überzeugt und hoffen, andere davon überzeugen zu können, daß ernsthafte gemeinsame Anstrengungen uns zu einer Perspektive und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung bringen können. Auf diesem Weg werden wir stets von Trauer und Empörung über das Morden in den ex-jugoslawischen Ländern (oder auch anderwärts) heimgesucht werden. Und wir müssen die Spannung aushalten zwischen dem Wunsch, das Grauenhafte schnell zu überwinden, der nur in die kriegerische Irre führen kann, und dem Wissen, sich fortzeugendes Grauen nur begrenzen, eindämmen, verhindern zu können, wenn der mit dem Ziel der Gewaltfreiheit verbundene Weg ziviler Bearbeitung von Konflikten strikt weitergegangen wird. In Furcht, in Zittern, in Hoffnung.

Komitee für Grundrechte

und Demokratie

i.A. Andreas Buro, Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack

7. Wie Deutschland Kroatien zum Sieg verhalf. Deutsche Waffen im Einsatz im Krieg auf dem Balkan

Autor: Ulla Frey, Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:24

Der "Blitzkrieg" der kroatischen Armee in der Krajina hat selbst bei Militärexperten Erstaunen ausgelöst. Innerhalb weniger Stunden gelang es der kroatischen Armee, die serbischen Stellungen zu überrennen, und schon nach drei Tagen war der Krieg vorbei. Dieser rasche militärische Erfolg erklärt sich zwar auch aus dem Zahlenverhältnis der auf beiden Seiten eingesetzten Soldaten, aber das Verhältnis 2:1 (120.000 kroatische, 50.000 serbische Soldaten) ist nicht der ausschlaggebende Grund für den schnellen Erfolg der kroatischen Armee. In der Geschichte gibt es unzählige Beispiele, in denen eine viel größere militärische Überlegenheit nicht zum naheliegenden Ergebnis führte.

In den letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß Kroatien gut gerüstet, ja bis an die Zähne bewaffnet sei. Tatsächlich hat seit der Erklärung der Unabhängigkeit Kroatiens 1991 eine nahezu beispiellose Aufrüstung stattgefunden, die erst die auf eine militärische Lösung des Krajina-Konfliktes setzende kroatische Politik ermöglichte. Das muß alle, die die Aufrüstung Kroatiens nicht verfolgt haben, sehr überraschen. Schließlich ist über die Republiken Ex-Jugoslawiens ein Waffenembargo und über Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro) zusätzlich ein Wirtschaftsembargo verhängt worden, von dem hauptsächlich die serbische Zivilbevölkerung betroffen ist. Die tatsächliche Umsetzung dieses Embargos hätte also eine solche Politik, die letztlich auf die militärische Überlegenheit setzt, gar nicht möglich gemacht.

Vermutlich gab es in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten kaum ein Waffenembargo, dessen Einhaltung von den führenden Rüstungsexportländern so wenig befolgt wurde wie dieses. Der Hinweis europäischer Länder und der USA, Serbien versorge die bosnischen und kroatischen Serben mit Nachschub aller Art, auch mit Waffen, und dies gelte es zu unterbinden, ist angesichts der eigenen Praxis, ständig das Waffenembargo zu umgehen und Kroatien in den letzten vier Jahren zu einem mit modernsten, auch mit vielen schweren Waffen ausgerüsteten Land zu machen, blanker Hohn.

Der Ex-Geheimdienstler Erich Schmidt-Eenboom bestätigt in seinem neuesten Buch unter Berufung auf das Bulletin of the Economic Scientist von 1994: "... der Bundesnachrichtendienst hat, was Kroatien betrifft, den größten Anteil an der Aushöhlung der Embargo-Beschlüsse der UN."

Woher kommen die Waffen

im Krieg auf den Balkan?

Für die serbische Seite ist diese Frage schnell beantwortet: Das aus Montenegro und Serbien bestehende Rest-Jugoslawien kann auf die gut gefällten Waffenkammern der ehemaligen jugoslawischen Volksarmee zurückgreifen. Immerhin war Jugoslawien in den 80er Jahren ein nicht unbedeutender Rüstungsexporteur und ein Umschlagplatz für den internationalen Waffenhandel.

Die kroatischen und moslemischen Soldaten sind natürlich mit ehemals jugoslawischem Kriegsgerät ausgestattet, das die einzelnen Soldaten selbst beigesteuert oder aus Armeebeständen erbeutet haben. Neben diesen "einheimischen" Waffen ist zunehmend Kriegsmaterial aus ganz Europa und aus Übersee mit dabei. Es wurde z.T. ganz offiziell geliefert und von Waffenhändlern, Emigranten und Agenten, besonders kroatischer Parteien, auf dem sogenannten Grauen und Schwarzen Markt erworben. So ist bekannt, daß die neofaschistische Kroatische Rechtspartei (HSP), die sich damit brüstet, über 10.000 Freischärler an den Fronten zu befehligen, im Ausland Waffen beschafft. HSP-Agenten wurden bei dem Versuch von Waffenschiebereien u.a. in Deutschland, Ungarn, der Schweiz, Italien, Spanien, in den USA und in Kanada festgenommen. Nach Kroatien verschoben werden die auf dem Grauen und Schwarzen Markt erworbenen Waffen vor allem über Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien.

Gerüstet für den Krieg

Ein ganz offizielles Geschäft dagegen war z.B. der Verkauf von 10.000 Maschinenpistolen aus den Beständen der aufgelösten ungarischen Arbeitermiliz, das die Republik Kroatien Mitte 1991 mit Ungarn abschloß und nach außen hin als Polizeiausstattung deklarierte. Nur die angebliche Verwendung für die Polizei machte es zu diesem Zeitpunkt möglich, daß die damals noch nicht selbständige Republik Kroatien das Geschäft gegen den Willen Belgrads realisieren konnte. Es gehört freilich nicht allzuviel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welchem Zweck dieser Kauf diente und was mit diesen Maschinenpistolen passierte.

Weniger offiziell - aber von den beteiligten Seiten keineswegs abgestritten - sind die Waffenlieferungen der Christenmilizen Libanons, die nach Erkenntnissen libanesischer Sicherheitskräfte umfangreiches Kriegsmaterial an Slowenien und Kroatien verkauft haben. Die Lieferungen sind nach den vorliegenden Erkenntnissen über Südafrika und Deutschland (ausdrücklich genannt wird Frankfurt am Main) auf den Balkan gelangt. Südafrika und Deutschland spielen nicht nur nach Angaben libanesischer Sicherheitskräfte bei der Verschiebung von Waffen eine wichtige Rolle - sie tauchen in verschiedenen Meldungen und Berichten immer wieder auf: Als im August 1991 in Zagreb ein Flugzeug aus Uganda landete, hatte es fast 20 Tonnen Waffen aus Südafrika an Bord; ein ebenfalls an Bord befindlicher Emigrant hatte nach eigenen Angaben zusammen mit Deutschen und Österreichern den Kauf organisiert.

Deutsche Beteiligung

an der Aufrüstung Kroatiens

Selbst ein Sprecher des Bonner Wirtschaftsministeriums - denen in vergleichbaren Fällen normalerweise nichts bekannt ist - weiß zu diesem Zeitpunkt von Berichten, "daß Slowenien und Kroatien sich Waffen aus dem Ausland beschaffen, möglicherweise auch aus Deutschland" (ND 10.07.1991). Der Bayrische Rundfunk recherchierte, daß slowenische und kroatische Milizen mit NVA-Kalaschnikows ausgestattet sind, was den CSU-Bundestagsabgeordneten Christian Schmidt dazu veranlaßte, eine genaue Überprüfung dieser Angaben zu fordern. Ob diese erfolgt ist und was dabei gegebenenfalls herausgekommen ist, ist nicht bekannt. Tatsache ist jedoch, daß von Deutschland aus ein intensiver Waffenschmuggel betrieben wird. Die über 40 Fälle von versuchtem Schmuggel mit Kriegsgerät, die von der Zollfahndung allein in München bereits Ende 1991 aufgedeckt wurden, sind nur die Spitze des Eisberges.

Einige Beispiele sollen das ganze Ausmaß der deutschen Beteiligung deutlich machen. Besonders für die Zeit kurz nach dem Zerfall Jugoslawiens gibt es hierzu ein Vielzahl von Belegen, die erkennen lassen, daß bei der (illegalen) Aufrüstung Kroatiens Deutschland eine ganz bedeutende Rolle gespielt hat. In einem im Dezember 1992 veröffentlichtem "Defence and Foreign Affairs Strategic Policy"-Papier werden exemplarisch eine Reihe von Fällen aufgeführt. Deren Brisanz liegt auch darin, daß es sich um Waffenlieferungen handelt, die in der verzeichneten Quantität und Qualität nur mit Duldung oder sogar "offenbar zuweilen gar mit direkter Unterstützung" der deutschen Regierung erfolgt sein können: "10. November 1991: Ein Lastwagen aus Deutschland mit einer Vielzahl von verschiedenen Waffen erreicht über Italien Zadar. 19. Dezember 1991: Kai 17 im Hafen von Rijeka war Schauplatz der Lieferungen von 60 Panzern (...) aus Deutschland. 8./9. Januar 1992: Die kroatischen Streitkräfte erhalten drei MIG-Kampfflugzeuge... aus ostdeutschem Bestand... Anfang März 1992: Das kroatische Verteidigungsministerium kaufte 90 Militär-LKW aus den überzähligen Beständen der Truppenteile der französischen Armee in Deutschland über eine deutsche Firma, die als Weba oder Vebeg(1) identifiziert wurde. Die Lieferung erfolgte in drei Sendungen Ende März über Österreich und Slowenien. Laut Quelle erfolgte diese Transaktion mit dem Wissen der französischen und deutschen Behörden."

Nachweislich mit der MBB-Panzerfaust "Armbrust" ausgestattete kroatische Soldaten, Bilder von moslemischen und kroatischen Soldaten mit Heckler&Koch G3-Gewehren - die Verantwortlichen in den Chefetagen dieser Firmen und in der deutschen Regierung scheint das nicht zu schrecken. Heckler&Koch G3-Gewehre werden z.B. in zahlreichen Ländern in Lizenz produziert und "natürlich waren es die anderen".

"Es ist klar, daß das Waffenembargo nicht funktioniert. Waffen kommen aus vielen verschiedenen Gebieten", stellte bereits im Herbst 1991 der UN-Sonderbeauftragte Cyrus Vance fest. (FR, 16.11.1991) Daß es sich dabei auch um Waffen aus ehemaligen NVA-Beständen handelt, die von der deutschen Regierung an viele Länder so großzügig verkauft und verschenkt wurden und daß Kroatien mit verschiedensten Waffen "Made in Germany" aufgerüstet wurde, ist von deutscher Regierungsseite bis jetzt nur achselzuckend zur Kenntnis

genommen worden. Schließlich kommen Waffen "aus vielen Gebieten", und was für Militärinterventionen in Zukunft gelten soll - "nicht im Abseits stehen" (Verteidigungsminister Rühe) - das gilt, was die Verbreitung und die Verwendung von Kriegsgerät aus Deutschland betrifft, schon lange! Es ist z.B. ungeklärt, wie Kroatien während des Waffenembargos in den Besitz von mehr als 20 Kampfflugzeugen der Marke MIG-21 gelangen konnte (vgl. FR, 19.11.1993) und ob es sich um russische oder deutsche Waffen aus NVA-Beständen gehandelt hat.

Im Fall Kroatien hat dies natürlich eine besondere Brisanz. Schließlich wurde hier, mittels einer massiven Waffenhilfe, eine "verdeckt laufende" Intervention auf dem Balkan betrieben, die nicht nur selbst gefaßte Beschlüsse (Waffenembargo) mißachtet, sondern auch die Gefahr einer Eskalation birgt. Großkroatische Träume nicht allzu sehr hochkommen zu lassen, wird dementsprechend die vorrangige diplomatische Initiative sein, die sich die Regierungen in Bonn und Washington als Aufgabe setzen werden. Denn eine militärische Konfrontation mit Rest-Jugoslawien scheint im Moment zwar nicht sehr wahrscheinlich zu sein, aber das Ausbleiben eines solchen Szenarios ist für Bonn und Washington mit Blick auf Rußland auch absolut dringlich. In der augenblicklichen Konstellation hat sich, bei dieser Sicht der Dinge, für die Clinton- und Kohl-Regierung immerhin eine gewisse Übersichtlichkeit eingestellt: Einflußsphären sind abgesteckt und "handhabbar". Im Fall Bosniens ist die Lage dagegen weiterhin unübersichtlich.

Für die in der Kontaktgruppe vertretenen Mächte ist die bosnische Regierungsarmee entweder keine bedeutsame oder eine schwer einschätzbare Figur auf dem Schachbrett machtpolitischer Interessen. Während Rußland traditionell die Unterstützung Serbiens als Ziel seiner Politik definiert, bei Frankreich und Großbritannien in letzter Zeit ein Abrücken von Serbien zu verzeichnen ist, die USA inzwischen immer mehr auf Kroatien setzt, was Deutschland von Anfang an getan hat, gibt es für die bosnische Seite im wesentlichen nur Unterstützung von Ländern, die "im Spiel der Großen" ohne Bedeutung sind.

Die Rolle der Türkei

Immerhin scheint die Türkei den Worten (vieler islamischer Länder) Taten folgen zu lassen. Die in Tuzla eingetroffenen "geheimen" Waffenlieferungen lassen jedenfalls diesen Schluß zu. In diesem Zusammenhang war z.B. im März 1990 folgende Meldung zu lesen: "Um ein militärisches Gleichgewicht in Bosnien-Herzegowina herzustellen, lieferten westliche Staaten jetzt der mehrheitlich moslemischen Regierungsarmee insgeheim Waffen. Über diese verdeckte Aktion ist ein Streit zwischen der UN und der NATO ausgebrochen. Offiziere der UNPROFOR bezeugen, daß mehrmals bislang unidentifizierte Transportmaschinen des Typs Herkules auf dem Flughafen von Tuzla gelandet seien oder diesen Flughafen in geringer Höhe überflogen hätten. Zum Teil seien die Transporter von Jagdflugzeugen eskortiert worden. Regierungssoldaten verweigerten den Blauhelmen einen näheren Augenschein. Es liegt daher der Verdacht nahe, daß mindestens ein NATO-Staat die Regierungstruppen in Zentralbosnien auf dem Luftweg mit modernen Waffen beliefert. Doch die NATO, die seit dem Inkrafttreten des Verbots militärischer Flüge über Bosnien-Herzegowina die ganze Region mit Awacs-Aufkärungsflugzeugen überblickt, will von den mysteriösen Flügen nichts bemerkt haben." (FR 11.3.1995)

Die Annahme, daß es sich hier um Waffenlieferungen aus der Türkei handelt, ist aus verschiedenen Gründen naheliegend und am wahrscheinlichsten: so drängt die Türkei schon seit geraumer Zeit, der bosnischen Regierungsseite auch Waffen zu liefern und setzt sich dafür ein, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben. Sollten, im Einverständnis mit anderen Nato-Partnern, Waffenlieferungen eben nur in dieser Form zur Zeit möglich sein, wird die Tatsache, gegen internationales Recht zu verstoßen, noch dazu im Einklang mit unzähligen anderen Ländern, sicher kein Hinderungsgrund sein. Es erklärt nur die Begleitumstände, wie das Eskortieren durch NATO-Jagdflugzeuge (andere kommen dafür nicht in Frage), das Verweigern eines näheren Augenscheins durch UN-Soldaten, und daß die Awacs-Aufklärungsflugzeuge der Nato natürlich keine Flugzeuge bemerken. Für die Türkei spricht desweiteren, daß sie in den letzten Jahren aus den USA und Deutschland Waffengeschenke kaum vorstellbaren Ausmaßes erhalten hat. Aus NVA-Beständen wurden seit 1991, um nur zwei kleine Beispiele zu nennen, über 250.000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen und über 1,5 Millionen Stück Munition geliefert. Für ihren Krieg in Kurdistan kann die Türkei die Waffen zum Teil zwar selbst gebrauchen, die ungeheure Masse der gliederten Waffen und die Stückzahl bei einzelnen Posten ist aber derart immens, daß hier sicher ein großzügiges Weitergeben keine Schwächung der eigenen Kräfte bedeutet. Auf diesem Weg scheint eine besondere Form der Waffenhilfe kreiert worden zu sein: Abrüstungsmaterial und überschüssige Waffen werden verschenkt an einen NATO-Partner, der wiederum nutzt es zur Aufrüstung

eines anderen Partners - so wurden die Meldungen, daß z.B. auch Waffen nach Aserbeidschan geliefert wurden, von der Türkei nicht einmal dementiert.

Ex-Jugoslawien -

Augen zu oder eingreifen?

Völlig unverständlich sind vor dem geschilderten Hintergrund die in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen, Deutschland solle endlich eingreifen. Es hat eingegriffen, nicht mit Bundeswehrsoldaten in Sarajewo, wie z.B. so freimütig von Cohn-Bendit in einem TAZ-Interview gefordert, nicht offen für die bosnische Regierungsseite, aber politisch und mittels Waffenlieferungen für Kroatien.

Politisch zu Beginn des Jugoslawienkonfliktes: Deutschland hat gegen den Willen anderer europäischer Länder und der USA bei Loslösung Sloweniens und Kroatiens von der Bundesrepublik Jugoslawien eine entscheidende Rolle gespielt. Die anderen Länder in EU und NATO wollten eine Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken als selbständige Staaten nur mit einer Perspektive auf eine nicht-militärische Entwicklung betreiben. Aber die deutsche Regierung setzte sich über diese Bedenken hinweg. Deutschland und Vatikanstadt waren die ersten Länder, die Kroatien und Slowenien anerkannt haben. Neben dieser politischen Intervention gab es eine - selbstverständlich nicht offizielle - militärpolitische Finanz- und Waffenhilfe. Wer sich anschaut, wie hochgerüstet Kroatien diesen Krajina-Krieg beginnen konnte und sich die angeführten Beispiele vor Augen führt, hat eine plastische Vorstellung davon, wie das Waffenembargo funktioniert hat und wer seine Interessen mittels Waffenhilfe wahrgenommen hat. Kroatien ist für die USA und Deutschland in den zurückliegenden Jahren zum Ordnungsfaktor in der Region avanciert. Neben offiziell nicht bestätigten Waffenlieferungen gab es reichlich finanzielle Zusagen, die den Konflikt zusätzlich anheizten. Im Februar 1995 verabredeten Vertreter von Siemens, deutsche Regierungsvertreter und bayrische Banken mit kroatischen Unterhändlern zahlreiche Projekte. Mitte April 1995, zu einer Zeit als die gesamte Krajina noch serbisch regiert war, investierte Bayern eine 30 Millionen Mark umfassende Wohnungsbauhilfe, was Kroatien natürlich ermutigte, ihre Gebietsansprüche durchzusetzen. Die kroatische Offensive in der Krajina begann zwei Wochen später.

Die Stellungnahmen während und nach dem Feldzug gegen die Krajina-Serben sprechen eine deutliche Sprache. Die Militärintervention wurde auf diplomatischem Parkett kritisiert, eine Pflichtübung ohne jede Bedeutung, politisch konnte sich Tudjman der Rückendeckung aus den USA und aus Deutschland sicher sein. Während aus Frankreich und Großbritannien z.B. deutlich Kritik an dem kroatischen Vorgehen geübt wurde, überwog bei den Stellungnahmen aus Washington und Bonn Verständnis. Am deutlichsten formulierte es die US-Regierung: der kroatische Feldzug sei geeignet, den Druck von Bihac zu nehmen und serbische Verbände zu binden bzw. zurückzudrängen. Das ist mehr als deutlich. Denn die stattfindende Flucht von bis zu 200.000 Krajina-Serben ist dabei ebenso ausgeklammert, wie die Tatsache, daß der Angriff auf die Krajina der Angriff auf eine UN-Schutzzone war. Der Fall von Srebrenica und Zepa wurden in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit als eine Demütigung der UN und eine Mißachtung aller international gültigen Regeln durch die serbische Seite betrachtet, so daß die Rufe nach einem Eingreifen in Bosnien lauter wurden. Nun hat dieser Fall einer UN-Schutzzone weder zu der Forderung nach einem Eingreifen in Kroatien geführt, noch muß die kroatische Regierung befürchten, international isoliert zu werden.

Die USA haben sich bisher geweigert, mit Bodentruppen direkt in Ex-Jugoslawien einzugreifen. Auch Deutschland kann aus verschiedenen Gründen nicht massiv mit Soldaten intervenieren: Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist Ex-Jugoslawien ein denkbar ungeeignetes Pflaster für derartige Einsätze, was selbst ausdrückliche Befürworter von out-of-area-Einsätzen betonen. Eine in diesem Fall anders erfolgte Einflußnahme hat dagegen äußerst effektiv stattgefunden. Der Verbündete Kroatien bekam dafür alle notwendigen Hilfestellungen - politisch wie militärisch.

Die Woche fragte prominente Zeitgenossen: Bosnien - Augen zu oder eingreifen? Der Schriftsteller Peter Rühmkorf antwortete: "Schon einige vier, fünf gut bezahlte Kugeln könnten sicher Wunder wirken. Ich befürchte nur, daß solch gezielte Befriedungsaktionen nicht im Sinn der konkurrierenden Waffenlobbys wäre."

Auf die Frage: Ex-Jugoslawien - Augen zu oder eingreifen? haben sich die konkurrierenden Waffenlobbys schon lange für das Eingreifen entschieden. Und dieser Tatsache gegenüber scheint die Losung zu lauten: Augen zu und Scheindebatten führen. Der Regierung in Bonn kann das nur Recht sein.

Thomas Klein, Dipolmsoziologe und Geschäftsführer Kommunikationszentrums Idstein e.V. (KOMZI) - größtes deutsches Rüstungsexportarchiv

Ulla Frey, Politologin und Geschäftsführerin der Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen", ein Zusammenschluß aus 12 christlichen Organisationen

Anmerkungen

1) Die Vebeg ist eine Tochter der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG), an der der Bund mit 55% beteiligt ist.

8. Hiroshima und Nagasaki: Zwei Bomben gegen die Sowjetunion. Eine Ausstellung in Washington führt zu heftiger Debatte ...

Eine Ausstellung in Washington führt zu einer heftigen Debatte in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:20

50 Jahre nach der nuklearen Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis gibt es in den USA eine heftige Debatte um die Entscheidung der Truman-Administration, im August 1945 die beiden Atombomben einzusetzen. Was waren die Motive der US-Regierung?

Der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki führte zur Kapitulation Japans und damit zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Zwar forderten die beiden Bomben mindestens 200.000 zivile Todesopfer, aber sie machten die geplante Invasion US-amerikanischer Truppen auf den japanischen Hauptinseln überflüssig, die wahrscheinlich noch sehr viel mehr Menschenleben gekostet hätte.

So lautet die Begründung für den Atombombenabwurf, wie sie (nicht nur) in den USA von führenden Politikern und Massenmedien bis heute verbreitet wird. Auf den ersten Blick ist diese Begründung auch durchaus berechtigt. In Ostasien und im Pazifik hatte Japan Kriegsverbrechen begangen, die nur noch von seinem deutschen Verbündeten übertroffen wurden. Trotz des offensichtlich verlorenen Krieges ließen das japanische Militär und die große Mehrheit der Zivilbevölkerung auch im Sommer 1945 keinen Zweifel an ihrem Durchhaltewillen. Es war kaum einzusehen, warum auch nur ein einziger zusätzlicher amerikanischer oder sowjetischer Soldat sein Leben opfern sollte, um den japanischen Militarismus niederzuringen. Wenn die Atombomben tatsächlich zu einem schnellen Kriegsende führten, dann waren sie gerechtfertigt.

Dieses "wenn" steht jedoch in Frage. Ob die atomare Zerstörung Hiroshimas (am 6. August 1945) und Nagasakis (9. August) tatsächlich für die japanische Kapitulation (15. August) ausschlaggebend war, wird derzeit in den USA heftig diskutiert. War eine verlustreiche Invasion wirklich die einzige Alternative zur Atombombe? Hätten die Alliierten im Sommer 1945 Japan auch anders zum Aufgeben zwingen können? Und: Gab es - neben einer Kapitulation Japans - noch andere Motive für den Abwurf der Bomben?

Die Debatte

um die "Enola Gay"

Die öffentliche Diskussion begann im vergangenen Jahr, als das Washingtoner National Air and Space Museum seine Pläne für eine Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes im Pazifik präsentierte. (1) Als Herzstück der Ausstellung war das B-29-Flugzeug vorgesehen, von dem 1945 die Bombe auf Hiroshima abgeworfen worden war. Die Smithsonian Institution, die "offizielle" Museumsgesellschaft der USA, hatte die "Enola Gay" in fast zehnjähriger Arbeit restaurieren und jede Niete auf Hochglanz polieren lassen (das Flugzeug war nach der Mutter des Piloten benannt; die vier Tonnen schwere Bombe hieß "Little Boy"). Begleitende Fotos sollten die Leiden der japanischen Atombombenopfer zeigen, Texttafeln sollten den zeitgenössischen Kontext und die Historiker-Kontroversen über die Motive für den Kernwaffen-Einsatz vermitteln.

Allerdings hatte das Luft- und Raumfahrt-Museum die Brisanz unterschätzt, die auch nach 50 Jahren einer öffentlichen Debatte über die Legitimität der damaligen Atombomben-Abwürfe anhaftet. Das monatliche "Air Force Magazine" kritisierte die Smithsonian Institution als "unpatriotisch" und "pro-japanisch". Die "Washington Post" nahm den Ball auf und protestierte gegen den "tendenziösen anti-nuklearen und anti-amerikanischen Ton" der geplanten Ausstellung. Der Veteranen-Verband American Legion mobilisierte seine Mitglieder, die 30.000 Protestbriefe an die Smithsonian Institution schickten.

Der US-Senat verabschiedete eine Resolution, die die Ausstellung als "unausgewogen und beleidigend" bezeichnete. Die SenatorInnen drohten damit, Gelder für die Museumsgesellschaft zu kürzen, die drei Viertel ihres Haushalts aus der Staatskasse bezieht. Der republikanische Kongreß-Abgeordnete Peter Blute: "Ich will

nicht, daß Sechzehnjährige (aus der Enola-Gay-Ausstellung, Anm. M.H.) herauskommen und Schlechtes über die USA denken."

Nach mehrmonatigem Hin- und Her beugte sich das Air and Space Museum schließlich dem Druck und konzipierte eine bereinigte Ausstellung, die im Juni 1995 öffnete. Die "Washington Post" nannte die neue Konzeption "angenehm traditionell" und stellte zufrieden fest: "Der Schwerpunkt liegt auf der Hardware, nicht auf den Nuancen der Geschichte." Die Konservativen hatten gegen die angebliche "political correctness" der Ausstellungsmacher gewonnen; der traditionelle Mythos vom Zweiten Weltkrieg als "The Good War", in den die US-amerikanische Nation selbstlos und freiheitsliebend gezogen war, wurde ein weiteres Mal festgeklopft. Unter dem Druck von rechts machte die Smithsonian Institution gleich einen weiteren Rückzieher: Sie verschob eine bereits in der Planung befindliche Ausstellung über den Vietnamkrieg um "mindestens fünf Jahre".

Kulturkampf in den USA

Schon einmal war die Smithsonian Institution in das Kreuzfeuer patriotischer Kritik geraten. 1991 zeigte das Museum die Kunstausstellung "The West as America", die nicht einfach monumentale Gemälde aus dem 19. Jahrhundert präsentierte, sondern die vielen Mythen um den Wilden Westen und den Pioniergeist der jungen Nation hinterfragte. Ein Aufschrei ging durch die Öffentlichkeit: Das Museum verderbe dem Publikum den Kunstgenuß zugunsten von "politisch korrekter" Indoktrination - und das auch noch mit Steuergeldern. Damals hielt das Museum jedoch stand, abgesehen von einigen kleineren Veränderungen der Texttafeln.

Die Angriffe gegen die Enola-Gay-Ausstellung reihen sich ein in die rechtspopulistischen Attacken gegen das öffentliche Fernsehen und liberale Bundesstiftungen. Das Muster ist immer dasselbe: Angeblich wollen liberale Eliten (wahlweise: besserwisserische Historiker, familienfeindliche Sozialbürokraten, kosmopolitane Schwule oder aufgedonnerte "Femi-Nazis") dem einfachen "Joe Sixpack" (Otto Normalverbraucher) ihren Firlefanz eintrichtern und richten dabei die "amerikanischen Grundwerte" zugrunde. Die Vorwürfe von mehreren Kongreß-Abgeordneten, das Smithsonian sei "un-amerikanisch", erinnern an McCarthys Parlamentsausschuß gegen "un-american activities" in den 50er Jahren.

Ein Kolumnist beklagte im "Wall Street Journal", das Museum befinde sich in den Händen "von Akademikern, die sich als unfähig erweisen, in der amerikanischen Geschichte etwas anderes zu sehen als einen elenden Katalog von Verbrechen und Aggressionen gegenüber den hilflosen Völkern dieser Welt" (2). Für den Republikaner-Führer Newt Gingrich war "der Kampf um die Enola Gay in Wirklichkeit ein Kampf um die erneute Selbstvergewisserung der meisten Amerikaner, daß sie es satt haben, von irgendeiner Kulturelite gesagt zu bekommen, sie sollten sich ihres Landes schämen" (3). Wohlgemerkt: dies ist die Begründung für unverhüllte staatliche Eingriffe darin, was die Öffentlichkeit in einem Museum zu sehen bekommt.

Seit rund fünf Jahren gibt es diese konservative Kampagne gegen einen angeblichen "political correctness"-Terror in den USA (freilich brauchten sich die Rechten nie um einen Mangel an einzelnen hanebüchenen Zensurversuchen von seiten der Linken, Feministinnen oder sozialen Minderheiten zu sorgen). Diese Kampagne hat ihre Spuren hinterlassen. Seit die Republikaner in Washington nun auch am Geldhahn drehen können, droht das politisch-kulturelle Klima in den USA wieder auf den Stand der 50er Jahre zurückzufallen - das Jahrzehnt, das Gingrich für das erfolgreichste der amerikanischen Geschichte hält.

"50jähriges Verleugnen"

Mit der Enola-Gay-Debatte brach in den Massenmedien ein Thema auf, das in den USA fast 50 Jahre lang im öffentlichen Diskurs verschüttet und der wissenschaftlichen Fachwelt vorbehalten geblieben war. Nach dem Kriegsende gab es zunächst relativ breit geäußerte Zweifel an der Berechtigung des Kernwaffen-Einsatzes. Eine Reportage über sechs Atombomben-Überlebende im Augustheft der renommierten US-Wochenzeitschrift "The New Yorker" erregte 1946 in den USA großes Aufsehen und weckte Sympathien mit den japanischen Opfern (der Autor John Hersey machte schließlich ein Buch daraus: "Hiroshima", Gesamtauflage 3,5 Millionen).

Daraufhin verfaßte der inzwischen in den Ruhestand getretene Ex-Kriegsminister Stimson einen langen Artikel für die Monatszeitschrift "Harper's" ("The Decision to Use the Atomic Bomb", Februar 1947). Dieser Artikel etablierte die orthodoxe Lehrmeinung über den Kernwaffen-Einsatz in Hiroshima und Nagasaki, die bis heute

weitgehend "gültig" ist (zumindest in den Massenmedien und unter konservativen Historikern): 1) Die Atombomben beendeten den Pazifikkrieg und 2) sie retteten mehrere hunderttausend US-amerikanische Menschenleben. Spätestens mit dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 wurden dann jegliche Zweifel an der US-Kriegsführung aus dem legitimen öffentlichen Diskurs verbannt. Truman-Doktrin ("Eindämmung der Sowjetunion") und McCarthy-Kommunistenjagd erstickten alle Kritik (4).

Nur eine winzige Minderheit in der US-Historikerzunft wehrte sich gegen den verordneten Konsens. Die linken "Revisionisten" (so ihre Selbstbezeichnung) interpretierten den Bruch der Anti-Hitler-Koalition und den Ausbruch des Kalten Kriegs nicht als Ergebnisse eines sowjetischen Expansionismus, sondern als Ausdruck von imperialen Bestrebungen der USA. (5) 1965 erschien das Buch "Atomic Diplomacy". Der Autor, der junge Historiker Gar Alperovitz interpretierte die Atombombenabwürfe über Japan als erste Warnschüsse gegen die Sowjetunion - und wurde von der Fachwelt zunächst links liegen gelassen.

Japanische Kapitulation

auch ohne Atombombe?

Anfang August 1995 hat Alperovitz ein neues Buch veröffentlicht, das für erheblich mehr Aufsehen gesorgt hat: "The Decision to Use the Atomic Bomb" (6). Alperovitz' These: Mehr noch als eine militärische Kapitulation Japans spielten bei der Entscheidung für den Atombomben-Abwurf "diplomatische Gründe - besonders die Hoffnung, die Hand des Westens gegen die Sowjetunion zu stärken - eine bedeutsame Rolle".

Gestützt auf historische Quellen weist Alperovitz nach, daß es 1945 mehrere Alternativen zu einem Kernwaffen-Einsatz gab - und daß diese Alternativen der US-Führung bekannt waren. Den USA war es gelungen, die japanischen Geheimcodes zu entschlüsseln. Truman wußte bereits Anfang Juli, daß der japanische Kaiser Moskau (das damals noch neutral war) zur Vermittlung bei Friedensverhandlungen gewinnen wollte.

Die einzige Bedingung der Japaner: Der (als göttlich verehrte) Kaiser Hirohito darf nicht angetastet werden. Die US-Führung war fast einhellig (mit Ausnahme von Außenminister James Byrnes) der Auffassung, daß die alliierte Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" dahingehend modifiziert werden sollte. Trotzdem, schreibt Alperovitz, ließ Truman im Juli 1945 eine Sicherheitsgarantie für den Tenno aus dem Entwurf der Potsdamer Erklärung streichen. Erst nach langer Verzögerung gab die US-Regierung schließlich die gewünschte Garantie zugunsten Hirohitos - nach dem Abwurf der Atombomben. Japan kapitulierte, das Kaiserhaus blieb erhalten, Hirohito mußte sich nicht vor einem Kriegsverbrecher-Tribunal verantworten.

Warum zögerte Truman eine Garantie-Erklärung für den japanischen Kaiser bis nach dem Bombenabwurf hinaus? Möglicherweise hatte der US-Präsident im Frühsommer 1945 gar kein Interesse an einer raschen japanischen Kapitulation. Die Arbeiten an einer US-Atombombe liefen auf Hochtouren. Am 16. Juli explodierte auf dem Versuchsgelände Alamogordo in der Wüste von New Mexico der erste nukleare Sprengsatz. Am nächsten Tag konferierten die Siegermächte in Potsdam. Alperovitz zitiert einen Tagebuch-Eintrag des amerikanischen Kriegsministers Henry Stimson: "Als (Truman) zu der Sitzung kam, nachdem er diesen Bericht (über den gelungenen Atomversuch) gelesen hatte, war er ein veränderter Mensch. Er sagte den Russen, was machbar war und was nicht, und kommandierte allgemein das ganze Treffen."

Die Vermutung liegt nahe: Womöglich zögerten die USA eine japanische Kapitulation bewußt hinaus, um ihre Uran-235-Bombe (Hiroshima) und Plutonium-239-Bombe (Nagasaki) noch einsetzen zu können. Damit hätte die nukleare Zerstörung der beiden Großstädte den Krieg nicht etwa "vorzeitig" beendet und so Menschenleben gerettet, sondern ihn sogar verlängert.

Kriegseintritt der Sowjetunion

Es mag sein, daß auch eine Garantieerklärung zugunsten des japanischen Kaisers noch nicht gereicht hätte. Aber ein zusätzliches Element hätte mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer japanischen Kapitulation geführt: die Kriegserklärung der Sowjetunion. Wie in Potsdam versprochen, erklärte Stalin am 8. August 1945 Japan den Krieg (ein Ereignis, das in der bereinigten Enola-Gay-Ausstellung mit keinem Wort erwähnt wird). Die Rote Armee brach tief in die japanischen Stellungen im Norden Chinas ein. Die Eröffnung einer zusätzlichen Front demonstrierte den Hardlinern im japanischen Militär die Aussichtslosigkeit ihrer Lage. Zur Demoralisierung der Japaner waren die Atombomben damit so gut wie überflüssig geworden.

Warum konnte die US-Führung nicht bis nach dem sowjetischen Kriegseintritt warten und sehen, ob der "Russian Shock" auch ohne größeres weiteres Blutvergießen zu einer japanischen Kapitulation führen würde? Nachdem Washington lange Zeit Moskau gedrängt hatte, den Neutralitätspakt mit Japan zu kündigen und zur Entlastung der USA in den pazifischen Krieg einzutreten, vollzog Truman nach dem erfolgreichen Atomversuch von Alamogordo eine abrupte Kehrtwende. Von nun an war er bestrebt, die Sowjetunion aus dem Krieg herauszuhalten, um Stalins Rolle in Nachkriegs-Asien zu minimieren. Die Bombe von Hiroshima kam dem sowjetischen Kriegseintritt um zwei Tage zuvor.

Für Japan bedeutete der Kriegseintritt der Roten Armee eine dramatische Änderung der Lage. Der Publizist Murray Sayle hält es für einen "reinen Zufall", daß Japan kurz nach den Atombombenabwürfen kapitulierte. Ausschlaggebend für die japanische Kapitulation sei vielmehr die sowjetische Kriegserklärung gewesen. Im "New Yorker" (31. Juli '95) faßte Sayle die Sorgen der japanischen Führung zusammen: "Die Atombomben versprachen lediglich, weitere Japaner zu töten, während die Sowjets, womöglich verbündet mit örtlichen Kommunisten, die Monarchie zu zerstören drohten (...) - die Seele der Nation."

Mit jedem Tag, den die Rote Armee weiter vorrückte, wuchs für Japan die Gefahr, dem Beispiel Deutschlands folgen zu müssen: eine Teilung des Landes und eine sowjetische Mitsprache bei der Nachkriegsordnung. Dies wollten Tokio und Washington unter allen Umständen vermeiden. US-Kriegsminister Stimson schrieb in sein Tagebuch: "Es war von großer Wichtigkeit, daß wir das (japanische) Festland in unsere Hand bekamen, bevor die Russen einen substantiellen Anspruch erheben konnten, es zu besetzen und mitzuregieren."

Die traditionelle Position: Kein Kriegsende ohne Atombombe

Konservative US-Historiker bezweifeln die "revisionistischen" Quellenstudien von Autoren wie Alperovitz und Sayle. Aus traditioneller Sicht stand Japan Anfang August keineswegs kurz vor der Kapitulation. Im Gegenteil: Der fanatische Widerstand, den die japanischen Truppen im Frühjahr 1945 auf den Pazifik-Inseln Iwo Jima und Okinawa trotz aussichtsloser militärischer Lage gegen die amerikanischen Landungstruppen leisteten, sei ein Beleg für den Durchhaltewillen der Japaner gewesen. Auch die Flächenbombardements japanischer Großstädte hatten zu keiner erkennbaren Demoralisierung der Japaner geführt. Ohne Atombomben sei deswegen eine Landung von US-Bodentruppen auf der japanischen Hauptinsel Kyushu unvermeidlich gewesen und hätte vermutlich riesige amerikanische Verluste gefordert.

Die Autoren Thomas Allen und Norman Polmar zitieren eine Quelle, die beweisen soll, daß nur die Atombomben zur japanischen Kapitulation geführt hätten: Die Radio-Ansprache von Kaiser Hirohito am 15. August 1945 (7). "Als der Kaiser dem japanischen Volk erklärte, warum der Krieg beendet werden muß, erwähnte er nicht den Verlust von Iwo Jima, Okinawa oder den Philippinen; er erwähnte nicht die bevorstehende Invasion von Japan; und er erwähnte nicht den sowjetischen Kriegseintritt. Vielmehr nannte er als Hauptgrund ‚eine neue und sehr grausame Waffe`".

Mit der kaiserlichen Ansprache läßt sich jedoch nicht beweisen, daß die Atombomben tatsächlich das Kriegsende herbeiführten. In der FAZ (5.8.95) schreibt der holländische Historiker Ian Buruma: "Die Bomben von Hiroshima und Nagasaki hatten die Ausrede geliefert, nach der die Generäle gesucht hatten: Sie konnten sich jetzt aufgrund höherer Gewalt ergeben. (...) Die Atombomben waren so außergewöhnlich, daß sie als eine Art göttlicher Intervention ausgelegt werden konnten." Folgt man Burumas Interpretation, dann war die kaiserliche Kapitulations-Ansprache vor allem eine propagandistische Rede. Das japanische Militär konnte gegenüber der eigenen Bevölkerung weiterhin behaupten, es sei "im Felde unbesiegt".

Die traditionellen Historiker können die Fragen nicht zufriedenstellend beantworten, warum die US-Regierung nicht früher ihre Garantie-Erklärung zugunsten des japanischen Kaisers abgaben, und warum Truman nicht abwarten konnte, ob der "Russian Shock" die Japaner zur Kapitulation zwingen würde. Beide Optionen hätten wahrscheinlich mit weit geringeren Menschenverlusten als in Hiroshima und Nagasaki das Ende des Pazifikkriegs herbeigeführt. Die US-Regierung entschied sich jedoch für die Atombombe. Hiroshima und Nagasaki waren nicht nur die letzten Explosionen des Zweiten Weltkriegs, sondern auch die ersten des Kalten Kriegs. Erst Jahre später konnte die Sowjetunion das Kernwaffenmonopol der USA brechen und für ein annäherndes strategisches Gleichgewicht sorgen.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Siehe auch: M. Hahn: Patriotisch korrekt, "konkret" August 1995.

2) Zitiert nach Mike Wallace: "Die Schlacht um die Enola Gay" ("Blätter für deutsche und internationale Politik", August 1995).

3) ebd.

4) Die Historiker Robert Jay Lifton und Greg Mitchell beschreiben die 50jährige Leugnung und Vertuschung des Atombombeneinsatzes ("Hiroshima in America: Fifty Years of Denial", New York 1995). So beschlagnahmten die US-Behörden jahrelang alle Fotos und Filmaufnahmen von den Folgen der Nuklearexplosionen. Amtliche Dokumente über den Abwurf unterlagen höchster Geheimhaltung.

5) Der "Gründer" dieser neuen Historiker-Schule war der inzwischen verstorbene William Appleman Williams. In den 50er Jahren veröffentlichte er zwei Bücher ("American-Russian Relations 1787-1947" und "The Tragedy of American Diplomacy"), die jedoch erst mit der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre breitere Beachtung fanden.

6) Die deutsche Übersetzung soll im September unter dem Titel "Hiroshima: Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe" bei der Hamburger Edition erscheinen (ca. 860 Seiten, 78 Mark). Bereits im vergangenen Frühjahr hat Alperovitz seine wichtigsten Thesen und Quellen in der renommierten US-Fachzeitschrift "Foreign Policy" veröffentlicht (deutsche Fassung im Juliheft der "Blätter für deutsche und internationale Politik"). Der Historiker ist mit dem linkssozialdemokratischen Institute for Policy Studies (Washington) assoziiert.

7) Washington Post, 6.8.95. Die beiden Autoren haben soeben ein Buch über den Atombombenabwurf veröffentlicht: "Code-name Downfall: The Secret Plan to Invade Japan - and Why Truman Dropped the Bomb".

9. Waren die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki Kriegsverbrechen?

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:27

Kommentar:

Waren die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki Kriegsverbrechen?

Die bundesdeutsche Presse wertet den Atombombenabwurf fast durchweg als Verbrechen. In einem Kommentar zum Abschluß einer dreiteiligen Artikelserie (Titel: "Gott, was haben wir getan?") bezeichnet "Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein die Bombardierungen von Dresden, Hiroshima und Nagasaki "ganz sicher" als Kriegsverbrechen. Unter der Überschrift "... und Truman?" legt Augstein nahe, daß Truman eigentlich vor ein Kriegsverbrecher-Tribunal gehört hätte. (Augsteins Hinweis auf die Nürnberger Prozesse hätte auch in der "Jungen Freiheit" stehen können: "Die Hauptschuldigen hängte man auf, nach Siegerrecht (!, M.H.) alle zu Recht".)

Auch der taz-Korrespondent Georg Blume vergleicht in einem Kommentar die US-Kriegsführung und die Nazi-Vernichtungspolitik: "Der deutsche Kanzler hat endlich Auschwitz besucht, aber in Hiroshima war noch nie ein amerikanischer Präsident zu Gast" (taz, 21.7.95). Auf diese Weise werden (nicht nur in der taz) die Kategorien "Täter" und "Opfer" völlig verwischt (1).

Auf die Versuche, Japan wegen der Atombombenabwürfe in erster Linie als Opfer zu sehen, hat Ralph Giordano mit einer Kolumne reagiert (taz, 5.8.95): "Auch für die japanischen Verluste gibt es einen Primärverantwortlichen: den Imperialismus des japanischen Militarismus! (...) Ich weigere mich, diese historischen Zusammenhänge über die Trauer um die Toten von Hiroshima und Nagasaki aus einer falschen Pietät heraus zu unterschlagen. Wie im Nachkriegsdeutschland das bombenzerstörte Dresden zur Exkulpierung (Entschuldigung) der NS-Verantwortlichen mißbraucht worden ist, so werden sich auch diesmal wieder die Stimmen erheben, die alle anklagen, nur nicht die einheimische Verbrecherbande der kaiserlichen Militärführung."

Begründet wird der verbrecherische Charakter des Atomwaffeneinsatzes meist mit den unbestreitbar gräßlichen Leiden der (überwiegend zivilen) Opfer. Auch auf "konventionellen" Kriegsschauplätzen sind japanische (und andere) ZivilistInnen auf entsetzliche Weise ums Leben gekommen. Allein bei der dreimonatigen Schlacht um Okinawa starben im Frühjahr 1945 rund 150.000 japanische ZivilistInnen. Auch beim US-amerikanischen Brandbombenangriff auf Tokio kamen am 10. März 1945 vermutlich mehr Menschen ums Leben als in Hiroshima - daran erinnert heute fast niemand mehr.

Bei radioaktiven Massenvernichtungswaffen kommen selbstverständlich die Langzeitfolgen hinzu. Deren Ausmaß wird jedoch meist weit überschätzt. So muß ein langer taz-Artikel (31.7.95) unter der Überschrift "Mit der Angst leben - Jahrzehntelang wurden die Langzeitfolgen unterschätzt: 50 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki sterben 'Überlebende' immer noch an den Auswirkungen der Atomexplosionen" im letzten Satz (!) etwas kleinlaut einräumen: Die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki haben "gegenüber der unbelasteten Bevölkerung ein um zehn Prozent erhöhtes Krebsrisiko". Die Zahl der Mißbildungen bei Nachgeborenen liegen nicht über dem allgemeinen Durchschnitt.

Angesichts des offensichtlichen Durchhaltewillens der japanischen Zivilbevölkerung sind Angriffe, die die Moral der "Heimatfront" untergraben sollten, nicht automatisch als Kriegsverbrechen zu werten. In Hiroshima befand sich übrigens die japanische Kommando-Zentrale für die Verteidigung der Hauptinsel Kyushu. Diese Tatsache wird oft verschwiegen, wenn von friedensbewegter Seite die Auswahl einer "zivilen" Großstadt als erstes Kernwaffenziel verurteilt wird. Allerdings gelang es den USA nicht, dieses Hauptquartier vollständig außer Gefecht zu setzen. Unter den schätzungsweise 80.000 unmittelbaren Todesopfern in Hiroshima waren rund 20.000 Soldaten.

Japan mußte besiegt werden. Der fünfzehnjährige Eroberungskrieg des japanischen Militarismus, die unbeschreiblichen Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten und der fast unerschütterliche Durchhaltewillen der japanischen Zivilbevölkerung erforderte ein militärisches Vorgehen. Hätten die USA und

ihre Verbündeten die japanischen Hauptinseln mit einer Bodeninvasion erobern und dabei mehrere hunderttausend JapanerInnen "konventionell" töten müssen, würde heute niemand von Kriegsverbrechen reden.

Wenn die Atombomben der einzige Weg gewesen wären, Japan zu besiegen, dann wären sie gerechtfertigt gewesen. Sie waren aber nicht der einzige Weg. Hiroshima und Nagasaki waren Kriegsverbrechen, weil sie (anders als beispielsweise die verlustreiche alliierte Invasion auf Okinawa) nicht dem Ziel dienten, den Pazifikkrieg möglichst schnell zu beenden und so Menschenleben zu retten. Die US-Administration ließ am 6. und 9. August mindestens 150.000 Menschen töten, um einen anderen, "nachgelagerten" Zweck zu verfolgen: die Einschüchterung der Sowjetunion im beginnenden Kalten Krieg.

Michael Hahn

Anmerkung:

(1) Gegen Atombomben zu sein, beruhigt der Tokio-Korrespondent das taz-Publikum, erfordert freilich noch lange keinen prinzipiellen Pazifismus: "Wer aus einer antitotalitären Haltung gegen Atomwaffen eintritt, muß sich nicht gleichzeitig dem Einsatz militärischer Mittel in Bosnien verschließen" (taz, 5.8.95).

Wäre die Atombombe auch gegen Deutschland eingesetzt worden?

Auch diese Frage stellte der ursprüngliche Enola-Gay-Ausstellungsentwurf des Air and Space Museums. Die Antwort: "Manche haben behauptet, daß die Vereinigten Staaten die Bombe niemals auf die Deutschen abgeworfen hätten, weil Amerikaner lieber Asiaten als Weiße bombardieren würden." Dies bleibt jedoch eine Spekulation. Deutschland kapitulierte zehn Wochen vor dem ersten erfolgreichen Kernwaffen-Test.

Die Zeitschrift "Bulletin of the Atomic Scientists" (Mai 1995) dokumentiert, daß die US-Führungsstäbe bereits im Mai 1943 einen Kernwaffen-Einsatz gegen die japanische Flotte diskutierten. Ein Einsatz in Europa wurde nicht erwogen. Der Grund muß jedoch nicht unbedingt im Rassismus der US-Führung liegen. Bei einem Abwurf über Deutschland bestand die Gefahr, daß ein etwaiger Blindgänger geborgen und von deutschen Atomforschern ausgewertet werden konnte. Japan dagegen verfügte über kein Atomprogramm und hätte einen Blindgänger nicht verwerten können (siehe taz vom 5. August).

Es gibt allerdings deutliche Unterschiede zwischen der US-Kriegsführung gegen Nazideutschland und der gegen Japan. Dieser Unterschied wird schon in der Wortwahl sichtbar: Die endgültige Kapitulation Japans am 2. September 1945 firmiert in den USA als "V-J-Day": Victory over Japan. Dagegen steht der 8. Mai nicht etwa für einen Sieg over Germany, sondern heißt neutral "V-E-Day": Victory in Europe. Als die US-Administration aus Rücksicht auf Japan im vergangenen Frühjahr vorschlug, die kommenden Gedenkfeiern im September statt unter "V-J" unter den Titeln "Victory in the Pacific" und "End of War" abzuhalten, hagelte es wütende Proteste aus der US-Bevölkerung. Clinton ließ sofort beteuern, daß man selbstverständlich an "V-J-Day" festhalten werde.

Der krasseste Unterschied: Im Frühjahr 1942, wenige Monate nach dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor, internierte die US-Armee rund 120.000 KalifornierInnen in militärischen Sammellagern und hielt sie dort drei Jahre lang fest - ohne jedes Gerichtsverfahren. Ihr einziges "Vergehen": eine japanische Abstammung, die sie angeblich zu potentiellen VerräterInnen machte. Zwei Drittel der Internierten hatten sogar die US-Staatsangehörigkeit. Erst vor wenigen Jahren wurden diese Japanese Americans offiziell rehabilitiert und erhielten eine finanzielle Entschädigung. Weder deutsch- noch italienisch-stämmige US-BürgerInnen waren je einer solchen pauschalen Repression ausgesetzt, obwohl ebenso viel (oder ebenso wenig) Grund bestand, sie des Verrats oder der Sabotage zu verdächtigen.

Wie viele Opfer hätte eine Invasion in Japan gefordert?

In seinen Memoiren behauptete US-Präsident Truman, der Abwurf der Atombomben im August 1945 hätte das Leben von bis zu einer Million US-Soldaten gerettet. Mit so vielen Opfern sei bei einer alliierten Landung auf dem japanischen Festland zu rechnen gewesen. Eine solche Invasion wurde unter dem Kennwort "Operation Olympic" für den 1. November 1945 geplant. Die Zahl "eine Million" kursiert seither in vielen US-Massenmedien. Auch der Veteranen-Verband American Legion verwendete diese Zahl, als er gegen die

ursprünglich geplante Enola-Gay-Ausstellung protestierte. (Zusätzlich hätte eine Bodeninvasion Hunderttausenden von JapanerInnen das Leben gekostet).

Die historischen Quellen, auf die sich Alperovitz und andere kritische Historiker berufen, stellen Trumans Zahlenangabe jedoch in Frage. Auf der Grundlage der Landungen in der Normandie und auf den von Japan besetzten Pazifikinseln rechneten verschiedene militärische Planungsstäbe im Frühsommer mit (je nach Studie) zwischen 20.000 und 131.500 US-Toten bei einer Invasion.

Konservative Historiker halten die von Alperovitz u.a. zitierten Quellen meist für wenig aussagekräftig. Sie werten die "optimistischen" Studien als Ausdruck der teilweise gegenläufigen Interessen der verschiedenen Waffengattungen: Die (konventionelle) Luftwaffe und die Armee spielten die strategische Bedeutung der Atomwaffen herunter, um ihre eigenen Pfründe nicht zu gefährden.

Allerdings wird durch die Debatte um die möglichen Opferzahlen bei "Operation Olympic" eine irreführende Alternative konstruiert. Zum militärischen Sieg über Japan wäre aller Wahrscheinlichkeit nach weder ein Atomwaffeneinsatz noch eine alliierte Bodeninvasion notwendig gewesen.

Chronologie: Der Zweite Weltkrieg im Pazifik, +

1931, Japanische Besetzung der Mandschurei. Korea war schon seit 1905 japanische Kolonie

1936, Japan schließt "Antikomintern"-Pakt mit Nazideutschland und Italien

1937, Krieg gegen China,, Massaker von Nanking (jap. Besatzungstruppen ermorden 300.000 ChinesInnen)

1939, USA verhängen Handelsembargo gegen Japan

1941, Japanischer Neutralitätspakt mit der Sowjetunion; daraufhin Besetzung Indochinas (frz. Kolonie) durch Japan

7.12.1941, Japanischer Angriff auf die US-Flotte in Pearl Harbor (Hawaii),, Kriegserklärung durch USA und Großbritannien

1941/42, Japan erobert die Philippinen (US-Kolonie),, Indonesien (holländische Kolonie) und viele pazifische Inseln

Mitte 1942, Gegenoffensive durch USA und Australien (Sommer)

1944/45, Rückeroberung der Philippinen

Feb. 1945, USA landen auf der japanischen Insel Iwo Jima

1945, USA erobern Okinawa (März bis Juni)

6.8.1945, Atombombe auf Hiroshima

8.8.1945, Kriegserklärung der Sowjetunion gegen Japan

9.8.1945, Atombombe auf Nagasaki

15.8.1945, Kaiser Hirohito erklärt die Kapitulation

2.9.1945, Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde ("V-J-Day")

Quelle: dtv-Atlas zur Weltgeschichte (München 1970)

, +

10. Kunstwerke auf Zeit. Aspekte einer Kunstströmung der Moderne: Land Art

Autor: ge., Hamburg · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:11

Land Art, in den USA auch Earth Art oder Environmental Art genannt, ist eine Kunst, die in der Auseinandersetzung mit einer bestimmten Landschaft, einer konkreten Topographie entsteht und sich auf diese bezieht. (1) In den 60er Jahren entstanden, hat die Land Art - wie die ihr verwandten Minimal- und Concept Art - die herkömmlichen Vorstellungen von Kunst nachhaltig verändert. Im Unterschied zu Christo sind ihre Vertreter - in der Mehrzahl Amerikaner - hierzulande weitgehend unbekannt.

"Gewöhnen Sie sich daran, die Dinge, Ideen, Werke in ihrem Zustand unaufhörlicher Veränderung wahrzunehmen", so heißt es in dem von Jean Tingeley 1959 in London veröffentlichten Manifest. (2) Ein Jahr später inszenierte Tingeley in New York sein Werk "Destructive Construction No. 1", "ein aus Schrott zusammengesetztes, in sich und als Ganzes bewegliches, motorgetriebenes Gebilde, das sich im Verlauf einer halben Stunde selbst zerstörte." (3)

Die Vorstellung von einem "fertigen, abgeschlossenen" Kunstwerk war radikal in Frage gestellt. Etwa zur gleichen Zeit entstanden die "Combine paintings" von Robert Rauschenberg. Schrottstücke, teilweise aus dem Müll aussortierte Teile werden in Collagetechnik auf die Leinwand montiert, die gemalten Passagen erscheinen nur noch als "Zutat". Die Statik und Begrenztheit des Tafelbildes, seine Isolierung sollte überwunden, die Zweidimensionalität aufgehoben werden. (4)

Tingeleys und Rauschenbergs Werke sind nur zwei Beispiele für die Veränderungen in der Kunst, die Ende der 50er Jahre begannen. Durch die Einbeziehung von Objekten des täglichen Lebens und die Betonung des Prozeßhaften sollte die Kunst wieder "ins Leben integriert werden." (5) Wie in einem Laboratorium wurden in den folgenden Jahren neue künstlerische Möglichkeiten erprobt. "Environment - wörtlich mit Umwelt, Umgebung, auch Milieu übersetzbar - sollte bald zum Begriff für das in seinen Dimensionen erweiterte Kunstobjekt werden." (6) In den Environments wurden Räume durch unterschiedliche Materialien gestaltet, zu denen teilweise auch akustische und visuelle Medien gehörten. Es galt, die einseitige Orientierung auf das Auge zu durchbrechen und die "spezifischen Möglichkeiten von Licht, Ton, Bewegung, von Geruchs- und Tastsinn zu erproben". (7)

Earthworks

Im Verlauf der 60er Jahre entstand eine Vielfalt von Tendenzen in der Kunst, so u.a. Fluxus, Op Art und Pop Art. Im Unterschied zur Pop Art, die "den Konsumfetisch als Kunstobjekt und die populäre Alltagsästhetik als Museumskunst inthronisierte" (8), lehnten andere Künstler das Museum als Ausstellungsort ab. Raum- und Naturerfahrung sollten zur Intensivierung der Wahrnehmung führen - ein Anspruch, den Museen und Galerien mit ihrem großen Angebot an Bildern, Objekten und der Vielfalt ästhetischer Informationen nicht erfüllen konnten. Parallel vollzogen diese Künstler eine weitere Veränderung des Kunstmaterials, eine Reduzierung auf "arme Materialien" wie Erde, Sand, Steine, Fett, Filz und "in der Landschaft gefundene Äste, Knochen, Steine". (9)

In einem 1968 in München ausgeführten Earthwork von Walter de Maria kündigte sich der spätere Auszug aus dem Museum an. "The New York Earth Room" - heute eine ständige Installation in New York - wurde 1968 erstmals in München ausgeführt. Die Galerieräume wurden gleichmäßig mit frischer schwarzer Erde aufgefüllt, eine Glaswand am Eingang der Galerie trennte die Betrachter von den Räumen und gab den Blick frei auf die angehäufte Erde. Die Dominanz des "Sehsinns" wurde durch die Reduzierung auf die Farben der Erde und der hellen Galerieräume "zurückgenommen", Geruchs- und Tastsinn angesprochen durch den "elementaren" unbearbeiteten Stoff Erde. Der Eintritt in die Galerie ist verwehrt, die Gewohnheit, die ausgestellten Bilder oder Objekte mehr oder weniger kurz und flüchtig zu betrachten und den "Kunstwert" des Ausgestellten zu taxieren, düpiert. Das Earthwork "verweigert sich dem Prinzip des käuflichen Kunstobjekts mit finanziellem Wert" (10) - ein Anspruch, den Walter de Maria und andere Land- bzw. Earth-Art-Künstler allerdings bald einschränken mußten.

1980 wurde die Installation, die in München nur eine kurze Zeit zu sehen war, in New York ständig eingerichtet - mit Hilfe der Dia Art Foundation. The "New York Earth Room" - so der Name der Installation - strahlt "eine eigentümliche Atmosphäre von Ruhe und Konzentration" aus. "Inmitten der Wolkenkratzer der Metropole und ihrer Hektik und Geschäftigkeit, inmitten der Vertikalität der Architektur wird das flach ausgebreitete Material des Earth Room zu einer Stätte der Erinnerung an die Erde. Dem täglichen Kommunikationsinfarkt der Großstadt setzt der Erd-Raum die Reduktion auf Elementares entgegen." (11)

In den folgenden Jahren entstanden eine Reihe der bekanntesten Land-Art-Werke - die meisten von ihnen an abgelegenen Orten in Arizona, Utah und New Mexico. Walter de Maria zeichnete sein "Mile Long Drawing" in den Sand der Mojave-Wüste in Kalifornien. Zwei parallele Kreidelinien im Abstand von 12 Fuß, je vier Zoll breit: Mit minimalen Mitteln sollte die Sensibilität für die Natur, hier für die Grenzenlosigkeit des Wüstenraums erfahrbar werden. Nach wenigen Wochen waren die Kalkmarkierungen verweht - nur einige Fotos erinnern heute noch an die Arbeit. Daß die Land-Art-Künstler ihre Arbeiten bewußt als "vorübergehende" konzipieren, wird an Walter de Marias "Long Mile Drawing" besonders deutlich.

Auch Michael Heizers erste Arbeiten in der kalifornischen Mojave-Wüste sind einfache, aus dem Boden ausgehobene Raumkörper, die teilweise durch Holz oder Stahlummantelungen gestützt wurden, "vergängliche Skulpturen, Bodenmalereien und -zeichnungen", wie Heizer in seiner Arbeitschronologie vermerkte (12) - Arbeiten, die an frühgeschichtliche Steinsetzungen der Megalithkulturen erinnern. "Archaische" Formen wurden von Heizer und anderen Land-Art-Künstlern aufgegriffen und verarbeitet, um Elementares wieder erfahrbar zu machen, "Defiziten innerhalb der Kultur der westlichen Zivilisation ... durch die Orientierung am ‚Anderen' entgegenzuwirken". (13) Mit diesem Rückgriff nahm die Land Art eine "Tradition" der Moderne wieder auf: Afrikanische und ozeanische Masken und Fetische bildeten eine Inspirationsquelle für Gauguin, Picasso, Matisse, Ernst Ludwig Kirchner u.a. Was für den jungen Picasso das Pariser Völkerkundemuseum, wurde für Land-Art-Künstler wie Michael Heizer oder Robert Smithson das New Yorker Museum für Naturgeschichte.

Großraum-Earthworks - Reisen ans Ende der Welt

Die in den folgenden Jahren entstandenen Großraum-Earthworks verweigern sich jeder Vorstellung von Kunst, die an Museen denken läßt. Nicht allein ihre Größe würde das Fassungsvermögen jeder Galerie übersteigen. Die Großraum-Earthworks sind Teil einer Landschaft - im Gegensatz etwa zu Skulpturen, die nach ihrer Entstehung an einem bestimmten Ort, sei es im Museum oder auch als "Kunstwerk am Bau", aufgestellt werden. In Galerien findet der interessierte Besucher allenfalls Zeichnungen, Skizzen der Projekte, Fotos oder Videos. Um die Objekte zu sehen, muß er sich auf eine moderne Pilgerreise in die Wüstengebiete Nevadas, Utahs, Arizonas und New Mexikos begeben.

So etwa zu dem "Lightning Field" von Walter de Maria, das auf einer Hochebene im Westen New Mexikos liegt: "400 Edelstahl-Stäbe sind in einem Geviert von etwa einer Meile mal einem Kilometer ... verankert." Bei den in dieser Region häufigen Gewittern ziehen die Stahlstäbe Blitze an und "vollenden die Skulptur". "`Lightning Field' oder 'Blitzfeld' kann auch übersetzt werden als leuchtendes Feld oder 'metaphorisch' als erleuchtendes Feld ... Die dramatischen meteorologischen Aspekte des Werkes machen daraus eine Anlage zur Erfahrung einer Himmels-Performance." (14)

Wer Walter de Marias "Lightning Field" sehen will, kann heute immerhin eine Reise mit Quartier buchen, er braucht nicht mehr zu befürchten, sich in der Wüste zu verirren, wie es vor einigen Jahren der Galeristin Virginia Dwan erging. Ein leichter angenehmer Spaziergang wird es allerdings nicht: Nach einer Instruktion bleiben die Besucher für Stunden allein in der Wüste, bis sie wieder abgeholt werden.

Auch die Großraumskulptur "Double Negative" von Michael Heizer stellt - nicht nur wegen der Hitze in der Wüste Nevadas - hohe Anforderungen an die Betrachter. "'Double Negative'" bezeichnet zwei riesige Einschnitte in das Erdreich einer Hochebene Nevadas, ca. 100 km nordöstlich von Las Vegas ... Am Rande eines Tafelberges, wo die Hochebene zum breiten Tal des Virgin River abfällt, hatte Heizer mit Dynamit und einem Bulldozer zwei Einschnitte gegraben. Sie liegen in einer Achse und werden von einer Schlucht, die sich am Rande des großen Flußtales in den Tafelberg gefressen hat, voneinander getrennt. Über die Schlucht hinweg erstrecken sich die einander gegenüberliegenden Einschnitte gradlinig in Richtung von Süden nach Norden über eine Gesamtlänge von ca. 460 m. Der südliche Einschnitt ist 75 m, der nördliche 45 m lang. Die

jeweilige Breite beträgt 9 m, die größte Tiefe 15 m. Beide Gräben sind von außen in Richtung Schlucht begehbar." (15)

Die Intensivierung der Raumerfahrung beim Begehen von "Double Negative" hat der Schweizer Ausstellungsmacher Carlo Huber in seinem Bericht "Spaziergang ans Ende der Welt" geschildert. Erlebt der Betrachter beim Begehen der riesigen Bodeneinkerbungen den eigenen Körper als verschwindend klein, so ändert sich dies beim Austritt aus den Einschnitten und dem Blick über die Wüste: "Angesichts der gleichförmigen Landschaft wirken die gigantischen Einschnitte ihrerseits vergleichsweise klein." (16)

Mit dem Auszug aus den Museen in den 60er Jahren und den geschaffenen Earthworks ist es den Land-Art-Künstlern zweifellos gelungen, bei Betrachtern eine neue Intensität der Wahrnehmung zu fördern. Dem steht allerdings entgegen, daß nur verhältnismäßig wenige Besucher diese Kunstwerke sehen können. Bei der Frage der Finanzierung der Großraum-Projekte zeigte sich schnell, daß die Land-Art-Künstler die verbalen Attacken gegen den kapitalistischen Kunstmarkt zurücknehmen bzw. modifizieren mußten. Die Kosten für die Erdarbeiten in Michael Heizers Projekten, die Produktion und Aufstellung der Iridiumstahlmasten in Walter de Marias "Lightning Field" erreichten Millionenhöhe, durchaus vergleichbar mit den Kosten der Projekte Christos.

Für die Finanzierung der Projekte Heizers, de Marias und anderer Land-Art-Künstler kam die Dia Art Foundation auf. Robert Smithson und Christo fanden eine "andere" Lösung. "Smithson hat für seine Arbeit die Unterscheidung der 'Sites' und 'Non-Sites' gewählt: Das eine sind die Arbeiten an einem festen Ort, das andere die in der Galerie oder dem Museum ausgestellten Versionen für den Hausgebrauch, meist eine Kombination von mit Steinen gefüllten Metallkästen und Landkarten und Photos, die manchmal an Exponate in anthropologischen Museen erinnern. Für Galeriebesucher zu sehen und von ihnen zu kaufen. Christo hat von Anfang an seine Projekte durch Ausstellungen und Verkäufe von Zeichnungen und Collagen selber finanziert." (17)

"Kunstwerke auf Zeit"

Beim Überfliegen der "Surrounded Islands" von Christo kamen dem Kunstkritiker Jacob Baal-Teshuva Claude Monets Seerosenbilder in den Sinn. Eine Assoziation, die beim Anblick der durch rosa Planen umgebenen Inseln in der Biscayne Bay in Florida zweifellos nahelag, darüberhinaus auf eine Gemeinsamkeit in den ansonsten unterschiedlichen Werken beider Künstler hinweist. Mit dem Impressionismus begann eine Kunst, die "das neue raumzeitliche Erleben der Gegenwart" (18) bewußt machte. Die Impressionisten waren Zeugen der durch die Industrialisierung bedingten Veränderungen von Stadt und Landschaft, der Beschleunigung des Lebens und der Veränderung der Wahrnehmung. "Man muß sich beeilen, wenn man noch etwas sehen will. Alles verschwindet", so eine Äußerung des Malers Paul Cézanne. (19) Eine Ahnung von der Flüchtigkeit, der "Vorahnung eines Verlustes", ist in den Bildern Claude Monets zu spüren: "Nicht einmal der Zauber und die Schönheit der Ile de France, dieser Sonntagstraum vom Paradies, vermochte darüber hinwegzutrösten." (20)

Mit den Werken der Land Art ist diese Vergänglichkeit selbst Bestandteil des Kunstwerks geworden. Das Kunstwerk wird "sterblich". Christo hat immer wieder den transitorischen Charakter seiner Werke betont: "Meine Projekte sind Kunstwerke auf Zeit, in allen ist auch die Erfahrung des Verlustes. Und diese Erfahrung des Verlustes ist auch ein Teil unserer Freiheit." (21)

"Die Erfahrung des Verlustes" ist bei Robert Smithsons Earthworks stärker zu spüren. Während Christo eine Landschaft oder einen Stadtraum für eine kurze Zeit "verzaubert", setzt Robert Smithson seine Earthworks bevorzugt neben alte stillgelegte Industrieanlagen oder in Landschaften, die durch die Zivilisation verschlissen wurden. Sein Großraum-Earthwork "Spiral Jetty" (Spiral-Mole, Spiral-Damm), 1970 in Utah entstanden, gilt als Ikone der Land Art. Aus Geröll und Steinen wurde ein 1.500 Fuß lange und 15 Fuß breite Spirale in das seichte Wasser am Rand des Großen Salzsees gelegt. Das Wasser um die Spirale zeigt eine rötliche, durch Mikroorganismen hervorgerufe Färbung, die zu den weißen Salzkristallablagerungen an der Spirale kontrastieren.

Nur wenige hundert Meter neben der Spiralmole liegt eine verlassene, rostende Ölgewinnungsanlage. Mit dem Gegenüber von "Spiral Jetty" und Industrieruine unterläuft Smithson die Sehnsucht nach einer "unberührten", "idyllischen" Natur ebenso wie das Selbstverständnis eines immerwährenden, "ewigen" Wachstums und

Fortschritts. Der "Fortschritt" der Zivilisation erscheint als Ruine neben der für kurze Zeit aufleuchtenden Schönheit der Spirale, dem "archaischen" Sinnbild für das Leben im Augenblick.

Was als romantischer Protest der Künstler, als Auszug aus der kapitalistischen Gesellschaft erscheinen mochte, wird zur Kritik an einer Gesellschaft, die die Erde mit zerschlissenen Landschaften überzieht - zu einem "Memento mori des zwanzigsten Jahrhunderts". (22) Ähnlich wie Robert Smithson hat auch Nancy Holt für ihr Projekt "Earth Mound" eine Müllkippe gewählt - neben dem Flughafen Newark und der Schnittstelle mehrerer Autobahnen: konzipiert für den Betrachter aus der Vogelperspektive, der im Flugzeug "einschwebt" - eine Paraphrase auf die fiktive Stadt Leonia in Italo Calvinos Roman "Die unsichtbaren Städte", die in die Umgebung wuchert, einen immer größer werdenden Müllberg vor sich herschiebt, von dem sie schließlich überrollt wird.

ge./Hamburg

Anmerkungen:

1) vgl. Patrick Werkner, Land Art USA. Von den Ursprüngen zu den Großraumprojekten in der Wüste, Prestel-Verlag, München, 1992, S. 13.

2) zit. nach FR, 7.7.1994.

3) FR, 7.7.1994.

4) Patrick Werkner, a.a.O., S. 30.

5) Modernes Museum. Bilder, Objekte, Installationen im Museum für Moderne Kunst Frankfurt am Main von Michael Hierholzer, Insel Verlag, Frankfurt am Main und Leipzig, 1994, S. 33.

6) Patrick Werkner, a.a.O., S. 30.

7) Patrick Werkner, a.a.O., S. 30.

8) Patrick Werkner, a.a.O., S. 41.

9) vgl. Patrick Werkner, a.a.O., S. 43.

10) Patrick Werkner, a.a.O., S. 48.

11) Patrick Werkner, a.a.O., S. 48.

12) Patrick Werkner, a.a.O., S. 61f.

13) Patrick Werkner, a.a.O., S. 136.

14) Patrick Werkner, a.a.O., S. 99.

15) Anne Hoormann, Außerhalb des Ateliers: Land Art und Concept Art, in: Monika Wagner (Hg.), Moderne Kunst 2. Das Funkkolleg zum Verständnis der Gegenwartskunst, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1991, S. 593.

16) Anne Hoormann, a.a.O., S. 594.

17) Die Zeit vom 26.9.1991.

18) Günter Metken, Agam, G. Hatje Verlag, Stuttgart 1977, S. 7.

19) zit. nach Paul Virilio, Ästhetik des Verschwindens, Merve Verlag Berlin, 1986, (Umschlag).

20) John Berger, Das Sichtbare & das Verborgene. Essays, Carl Hanser Verlag, München, Wien, 1990, S. 207

21) Die Zeit vom 30.6.1995.

22) Die Zeit vom 18.11.1994.

11. §218: Nicht mehr als ein Schulterzucken. Der Kampf um die Abtreibungsfreiheit muß neu definiert werden

Autor: V. Krieger, B. Ritter · Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:15

Als das Verfassungsgericht vor zwei Jahren seinen Spruch zum § 218 verkündete, gingen noch am selben Tag etliche tausend Frauen empört auf die Straße. Nun hat eine ganz große Koalition einen "Kompromiß" zum Gesetz gemacht, der die Rechtslage für Frauen gegenüber der zweijährigen Übergangszeit unter den BVG-Richtlinien teilweise sogar verschlechtert - und es wird nurmehr schulterzuckend zur Kenntnis genommen.

Mancher Frau mag es ja angenehmer sein, mit einem Abtreibungsstrafrecht leben zu müssen, das von der SPD-"Frauenfrau" Inge Wettig-Danielmeier persönlich mit ausgehandelt wurde, als mit einem Urteilsspruch alter Männer in roten Roben. Tatsache ist jedoch, daß das neue Gesetz nicht etwa ein Kompromiß zwischen Fristenregelungsbefürwortern und BVG-Urteil ist, sondern ein Kompromiß zwischen BVG-Urteil und rechten Lebensschützern. Verkauft wird das Verhandlungsergebnis mit dem Argument, nur so verzichteten die Abtreibungsgegner auf den erneuten Weg nach Karlsruhe. Bei diesem Gesetz haben sie dazu nun wahrlich keinen Anlaß mehr, eröffnet es ihnen doch neue Felder zur Drangsalierung und Kriminalisierung von Frauen.

Nach wie vor steht das Abtreibungsverbot und seine Ausnahmen unter der Rubrik "Vergehen gegen das Leben" zwischen Kindstötung und Völkermord im Strafgesetzbuch. Der Schwangerschaftsabbruch bleibt generell rechtswidrig, aber unter der Voraussetzung der Einhaltung der 12-Wochen-Frist und der vorausgegangenen Beratung straffrei (§ 218 a Abs. 1). Die Regelung der Zwangsberatung findet sich im § 219 des Strafgesetzbuches wieder. Allerdings benennt dieser Paragraph nicht etwa einen Straftatbestand und die Höhe des dafür vorgesehenen Strafmaßes, sondern ausschließlich Zielbestimmungen der Beratung: die Frau zum Austragen der Schwangerschaft zu bringen.

Von einer "Letztentscheidung" der Frau ist dabei ebensowenig die Rede wie von einem ergebnisoffenen Beratungsgespräch. Jubel bei der CDU: "Das vorrangige Lebensrecht des ungeborenen Kindes von Anfang an. Das ist eben jetzt nicht mehr nur Interpretation, nicht lediglich Begründung. Vielmehr wird erstmals vom Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland diese ethische Grundposition ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen. Damit wird eine der bedeutendsten ethischen Grundfragen menschlichen Zusammenlebens ausdrücklich zum Inhalt unserer Rechtsordnung", so Dr. Reinhard Göhner im Bundestag.

Beratungsschein - Scheinberatung?

SPD und FDP verweisen beschwichtigend auf das Schwangerschaftskonfliktgesetz, das die näheren Umstände der Beratung regelt und deren Ergebnisoffenheit festhält. Völlig ohne Konsequenzen ist der scheinbar nicht justiziable § 219 nämlich doch nicht. So ist in der Begründung für den Paragraphen zu lesen: "Soweit überhaupt keine Beratung stattgefunden hat, eine solche Beratung gleichwohl bescheinigt wird, wird der Tatbestandsausschluß des § 218 a Abs.1 nicht eingreifen, so daß sich die Schwangere nach § 218 StGB und derjenige, der die falsche Bescheinigung ausstellt, wegen Beihilfe hierzu strafbar macht." - Und das sollte vielleicht noch einmal deutlich gesagt werden: Der Klartext des § 218 lautet immer noch "Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

"Keine Konfliktberatung" hat nach bayerischer Lesart stattgefunden, wenn die Frau ihre Gründe für den Abbruch nicht darlegen wollte. Man könne die Frau dann zwar nicht zum Konfliktgespräch zwingen, aber einen Beratungsschein erhält sie in Bayern zumindest nicht, selbst wenn sie sich stundenlang schweigend Grundsätzliches zum Lebensrecht angehört hat; eben "mangels Gesprächs- und Mitwirkungsbereitschaft". Eine Anordnung des Staatsministeriums verbietet es den Beratungsstellen, in solchen Fällen den Schein auszustellen.

Die diffusen und faktisch widersprüchlichen Aussagen des § 219 und des Schwangerschaftskonfliktgesetzes erzeugen eine Rechtsunsicherheit, die erneuten Klagen von Lebensschützern Tür und Tor öffnen. Im Zielfeld stehen dabei einmal mehr die Beratungsstellen, denen sie vorwerfen, das im Strafgesetz festgehaltene Ziel zu

ignorieren und "Scheinberatungen" durchzuführen. So dröhnt der Pro-Vita-Vorsitzende und Vizepräsident der hessischen Ärztekammer, Dr. Wolfgang Furch: "Die verfassungswidrige Beratungspraxis vieler Pro-Familia-Stellen wird feige verschwiegen." (ACP-Nachrichten, 5/94) Daß die Beratung überhaupt nicht kontrolliert werden könne, ist die größte Sorge der Lebensschützer: "Es gibt also kein Protokoll, auf welches die Frau zum Nachweis einer pflichtwidrigen Beratung zurückgreifen könnte. Das tote Kind als Hauptopfer kann es schon gar nicht." (Büchner, Vorsitzender der Juristenvereinigung "Lebensrecht" und Koordinator der Arbeitsgemeinschaft "Lebensrecht AGL", aus: "Die Anerkennung von Schwangeren-Beratungsstellen - Anspruch und Wirklichkeit - Ergebnisse einer Erhebung der AGL über die Praxis in den Bundesländern").

Frauenministerin Nolte, die gegen das neue Abtreibungsgesetz gestimmt hat und sich - ungewöhnlich inkonsequent - beim Gesetzesantrag der Lebensschützerfraktion enthielt, sieht an die Beratung "sehr hohe Anforderungen gestellt ... Wir alle haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Vorgaben für die Beratung umgesetzt werden." Lebensschützerinnen werden diese Worte ihrer großen Vorbeterin durchaus als Aufforderung zu verstehen wissen. Die Angst vor Bespitzelung in den Beratungsstellen ist jedenfalls nicht unbegründet.

Wer die Vorschriften des Schwangerschaftskonfliktgesetzes durch indoktrinierende und bedrängende "Beratung" verletzt, riskiert dagegen höchstens den Status als anerkannte Konflikt-Beratungsstelle, niemals aber einen Prozeß wegen "Nötigung" der ungewollt Schwangeren zum Austragen. Aber selbst der Entzug der Anerkennung als Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle bedeutet nicht das Aus für solche Institutionen. Das neue Gesetz hat nämlich ganz unauffällig und unbemerkt die Unterscheidung zweier verschiedener Typen von Beratungsstellen eingeführt: Solche, die nach dem Gespräch den erhofften Schein für einen straffreien Abbruch erteilen (§ 8) - und solche, die zwar schwangere Frauen "beraten", ihnen aber keine Bescheinigung dafür ausstellen (§ 3). Wen das betrifft, ist sonnenklar: Schon lange hat die katholische Kirche verkündet, daß ihre Beratungsstellen zwar liebend gerne Schwangeren-"Konfliktberatungen" durchführen, aber nicht bereit sind, den als "Todesurteil für das ungeborene Kind" denunzierten Schein auszugeben. Das neue Gesetz macht es nun möglich, daß auch solche Beratungsstellen in den Genuß staatlicher Finanzierung kommen.

Diese klammheimlich eingeführte Doppelregelung ebnet gleichzeitig Lebensschützervereinen den Weg, die in den letzten Jahren eigene "Beratungsstellen" aufbauten, mittels derer sie gezielt Einfluß und Druck auf ungewollt Schwangere ausüben können. Die Frauen geraten häufig über irreführend harmlose Zeitungsannoncen in deren Fänge oder aufgrund gezielter Empfehlung von Ärztinnen und Ärzten, die in nicht unbedeutender Zahl bei diversen Lebensrechtlern organisiert sind. Schon jetzt kassieren etliche solcher "Beratungsstellen" öffentliche Gelder über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder andere staatliche Förderprogramme, und versuchen, die Anerkennung als offizielle § 218-Beratungsstellen zu erlangen.

Widersprüchliche Aussagen gibt es auch hinsichtlich der nicht unwichtigen Frage, wann und wie der zwangsweise beratenen Frau die Bescheinigung über das erfolgte Beratungsgespräch auszuhändigen sei. Nicht sie bestimmt nämlich, wann sie sich ausreichend beraten fühlt, sondern die BeraterInnen. Diese können neue Gesprächstermine anberaumen, was bedeutet, daß die Bescheinigung bis kurz vor Ablauf der 12-Wochen-Frist verweigert werden kann. Die bayerische Frauenministerin Barbara Stamm bedauert ausdrücklich, daß das Beratungsgesetz keine Mitwirkungspflicht der Schwangeren vorsieht. Sie hat deshalb kurzerhand das Ausstellen des Beratungsscheines verboten, "wenn mangels Gesprächs- und Mitwirkungsbereitschaft eine Konfliktberatung nicht erfolgen konnte."

Zum wahren Horrorprogramm können sich die Strafverschärfungen entwickeln, die der § 218-Kompromiß für das soziale Umfeld der schwangeren Frau bereithält. Die SPD feiert es als ihren großen Triumph, daß diese Verschärfungen nicht zum Bestandteil des § 218 geworden sind, sondern "nur" im Nötigungsparagraphen und beim Unterhaltsrecht stehen, aber für die Praxis dürfte das keinerlei Relevanz besitzen. Allein die öffentliche Diskussion um dieses Thema hat mehrfach Lebensschützer ermuntert, Ehemännern, Freunden und Freundinnen von Schwangeren mit einer Anzeige wegen Nötigung zu drohen. Vorerst noch wird es bei Einzelfällen bleiben, die von organisierten Gruppen betrieben werden. Aber es ist nicht auszuschließen, daß die Existenz des Straftatbestands "Nötigung zur Abtreibung" immer mehr ins allgemeine Bewußtsein durchsickert und zum Kampfmittel in Beziehungskrisen, Trennungen und Generationskonflikten avanciert. Es ist vorstellbar, daß sich eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Mißtrauens breitmacht, in der eine Frau sich gut überlegen muß, ob und mit welchen Worten sie der Freundin zum Schwangerschaftsabbruch rät; und

in der es für Eltern zum Risikofaktor wird, nicht beglückt auf die Schwangerschaft ihrer minderjährigen Tochter zu reagieren.

Umgekehrt wird eine ungewollt schwangere Frau nicht in der Lage sein, sich auf den Nötigungs-Pargraphen zu stützen, wenn sie mit moralischen Vorhaltungen und Psychoterror zum Austragen gedrängt wird. Ein "Recht auf Privatheit" wie in den USA, das die Entscheidungsfreiheit der Frau schützt, ist für schwangere Frauen in der BRD nicht vorgesehen.

Ärztliche Standespflichten und Haßtiraden

Ein Kompromiß zwischen Staat und Fraueninteressen ist dieses Gesetz ganz sicherlich nicht; ein Kompromiß zwischen verschiedenen Interessengruppen und Institutionen aber durchaus. So haben die Standesorganisationen der Ärzteschaft ihren Wunsch nach einem klar abgegrenzten Rechtsraum, innerhalb dessen sie agieren können, im wesentlichen durchgesetzt. Das Gesetz schreibt nun lediglich vor, daß sie vor dem Abbruch der Frau die Gelegenheit geben müssen, ihre Beweggründe darzulegen, sowie über die körperlichen und psychischen (!) Folgen des Eingriffs zu informieren.

Bayern dagegen verlangt: "Die Pflicht des Arztes, sich die Gründe für das Abbruchverlangen mitteilen zu lassen" müsse "strafrechtlich abgesichert" werden. Barbara Stamm in der Bundesratsdebatte vom 14.7.95: "Leider kann man nach unseren bisherigen Erfahrungen nicht davon ausgehen, daß alle Ärzte so verantwortungsvoll handeln. Für sie könnte sich die uns vorliegende Regelung auf die Einhaltung einer reinen Formalität, nämlich des Gelegenheit Gebens beschränken." Sie sprach tatsächlich vom "Erforschen der Gründe und der tieferen Ursachen" als "verantwortungsbewußter Beratung".

Das offensichtliche Mißtrauen der Frau Staatsministerin artikuliert sich bei Lebensschützerkollegen aus dem ärztlichen Bereich in blanken Haßtiraden. So ereifert sich der Vorsitzende der Europäischen Ärzteaktion, Dr. Siegfried Ernst, über Ärzte, die Abbrüche durchführen als "die Killer in unseren eigenen Reihen". "Vom Helfer zum Henker" degradiere sich der Arzt "und stellt sich auf eine Stufe mit den Euthanasieärzten des NS.-Regimes" meint Marion Gotthardt von der Christlichen Liga. In den USA sind den Morden in Abtreibungskliniken solche verbalen Haßattacken von Lebensschützern vorausgegangen. Durch die Isolation und Ausgrenzung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem normalen gynäkologischen Diensten, besonders durch die Streichung der Krankenkassenfinanzierung, wird einer solchen Entwicklung in der BRD durchaus Vorschub geleistet.

Im Gesetz ist nun eindeutig die Verpflichtung der Länder festgeschrieben, für ausreichendes Angebot an stationären und ambulanten Abbruchmöglichkeiten zu sorgen. Doch auch diese detaillierten Regelungen halten Abtreibungsgegner nicht davon ab, nach Wegen zu suchen, wie die praktischen Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch hintertrieben werden können. Bernhard Wütz, Landrat des südbadischen Landkreises Waldshut, hat entgegen einem Beschluß des Kreistages Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung in den beiden Kreiskrankenhäusern untersagt. Seine Begründung: "indikationslose" Abbrüche seinen "rechtswidrig", ein "Überangebot" an Abtreibungsmöglichkeiten dürfe es nicht geben, damit das Bewußtsein für die "Rechtswidrigkeit" erhalten bleibe. Daß ausgerechnet in Südbaden dieser juristische Versuchsballon startet, hängt mit günstigen Aufwinden zusammen: In Waldshut wohnt der hochbetagte aber umtriebige Jura-Professor und Strafrechtskommentator Herbert Tröndle, Gründungsmitglied der Juristenvereinigung Lebensrecht, und im benachbarten Freiburg wirkt deren Vorsitzender, Bernward Büchner, als Richter am Verwaltungsgericht. Beifall erhielt der Landrat auch von Erzbischof Sailer aus Freiburg. In einem offenen Brief verlautbarten die katholischen Dekane der Region, Staat und Kommunen seien gehalten, "rechtswidrige Handlungen zu unterbinden oder zu bestrafen".

Die Formel "rechtswidrig aber straffrei" veranlaßte die Juristenvereinung Lebensrecht darüberhinaus eine "standesrechtliche Klärung" zu fordern, inwieweit eine Beteiligung von Ärzten an solchen legalen Abbrüchen gegen die Standespflichten verstoße und als "Berufspflichtverletzung" von Berufsgerichten geahndet werden könne. Schwangerschaftsabbruch dürfe "keine normale Dienstleistung" sein.

"Bestimmte Ärzte, die sich als reine Dienstleistungsunternehmer verstehen" stehen offensichtlich auch bei der katholischen "Deutschen Tagespost" unter Beobachtung. Ihnen wird unterstellt, daß sie die angeblich erweiterte medizinische Indikation als "Einfallstor" dafür benutzen, "alle möglichen Gesichtspunkte"

anzuerkennen "und mit voller Bezahlung durch die Krankenkassen bis zum neunten Monat der Schwangerschaft das ungeborene Kind töten." (Deutsche Tagespost, 1.7.95, Reinhard Rabe)

Der angebliche "Trick mit der medizinischen Indikation"

Die eugenische Indikation ist abgeschafft. Damit sei die Forderung der Behindertenverbände erfüllt, war die einhellige Darstellung der neuen Regelung im Bundestag. In der Praxis ändere sich aber nichts, denn "diese Fallkonstellationen", so heißt es in der Gesetzesbegründung, seien durch "die Formulierung der medizinischen Indikation aufgefangen" worden, die eine Abtreibung als nicht rechtswidrig erklärt, wenn die "Gefahr für das Leben" oder eine "schwerwiegende Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren ... nicht auf andere zumutbare Weise abgewendet werden kann". Tatsache ist, daß sich an den eugenischen Interessen des Staates, an seiner "qualitativen" Bevölkerungspolitik kein Deut geändert hat. Mit der Formel "nicht zumutbar" werden aber die eugenischen Absichten diskret privatisiert und der Frau in die Schuhe geschoben. Der Staat treibt die gen- und reproduktionstechnologische Forschung mit Eifer voran. Die pränatale Diagnostik wird weiter ausgebaut, und jeder Frau, die ein Kind bekommen will, im Namen der Vorsorge aufgedrängt.

Das ist allerdings nicht das Bedenken des Vorsitzenden der Ethikkommission der Bayrischen Landesärztekammer und Mitglied der Juristenvereinigung Lebensrecht, Prof. Hans Bernhard Wuermeling, der als Ziehvater des "Erlanger Babys" ein prominenter Verfechter der pränatalen Diagnostik und Therapie ist. Er hat in der erzkatholischen "Deutschen Tagespost" auf die angebliche Mißbrauchsmöglichkeit der medizinischen Indikation hingewiesen. "Es wird viel bequemer sein", behauptet der Wissenschaftliche Beirat der Bundesärztekammer, "einen Schwangerschaftsabbruch mit der unzumutbaren Belastung der Mutter durch das Kind (im ausgeweiteten und mißbräuchlichen Sinne) ‚medizinisch` zu begründen. Damit wird die Beratung umgangen, der Schwangerschaftsabbruch ist an keine Frist mehr gebunden und die Kosten können von der Kasse eingefordert werden" (8.7.95)

Der Zynismus, diese Indikation als den "viel bequemeren Weg" zu beschreiben, wird besonders deutlich, wenn man sich erinnert, daß es in Bayern unter dem alten § 218 fast unmöglich war, eine Notlagenindikation bestätigt zu bekommen, und tatsächlich die eugenischen und medizinische Indikation als das einzige Schlupfloch für einen legalen Schwangerschaftsabbruch galt. 1988 z.B. wurden in ganz Unterfranken 21 eugenische, 29 medizinische, 6 psychiatrische und 5 (fünf!) Notlagenindikationen ausgestellt.

Januskopf

Das neue Abtreibungsgesetz im ganzen erweist sich als Dokument eines Stellungskrieges, dessen Frontverlauf sich verschoben und verkompliziert hat. Einerseits enthält das Gesetz staatliche Zugeständnisse an die Frauenbewegung, und zugleich liefert es neue Instrumentarien, um diese effektiv zu unterlaufen. Zugeständnisse enthält es an zwei entscheidenden Punkten: Die Einsicht, daß Frauen sich durch Verbote nicht von einer Abtreibung abhalten lassen, mündet in einer mehr oder weniger verklausuliert formulierten Akzeptanz des letztendlichen Entscheidungsrechts der Frau (zwar nur innerhalb eines eingeschränkten Zeitraums, aber das ist für die Frauen selbst fast immer der relevante Zeitraum). Als zweites Zugeständnis mag die Streichung der eugenischen Indikation gewertet werden. Zwar reagierte die Regierung damit mehr auf die katholische Lobby als auf die Frauenbewegung; es ist aber unbestreitbar ein Punkt gewesen, den Feministinnen in den vergangenen Jahren vehement thematisiert und gegen die doppelbödige "Lebensschutz"-Argumentation gewendet haben. Die neuen Instrumentarien, die faktisch auf das Gegenteil einer Entscheidungsfreiheit der Frau zielen, heißen Zwangsberatung und Kriminalisierung des sozialen Umfelds sowie - im Sinne der Eugenik - pränatale Diagnostik und abermals "Beratung".

Die Janusköpfigkeit des neuen § 218-Gesetzes hat eine innere Logik: Gerade weil die reine Strafandrohung Abtreibungen nicht zu verhindern vermag, muß sie zurückgenommen werden, um mit besseren Mitteln dasselbe Ziel zu erreichen - wobei die generelle Kriminalisierung als Zuchtmittel in der Hinterhand erhalten bleibt. Eine Zäsur ist dieses Gesetz, weil es den Kampf um die Abtreibungsfreiheit der Frauen auf eine qualitativ neue Basis stellt: Eine Frauenbewegung gegen den § 218 wie die der Weimarer Zeit oder die der siebziger und achtziger Jahre in der BRD wird es nun auf absehbare Zeit nicht mehr geben. Der Diskurs hat sich in den letzten Jahren zunehmend von der strafrechtlichen und sozialpolitischen hin zur moralischen und psychologischen Ebene verschoben; diesem Prozeß hat das neue Gesetz einen vorläufigen Schlußpunkt

gesetzt. Nicht das Abtreibungsverbot wird das politische Thema der nächsten Jahre sein, sondern seine konkrete Ausgestaltung, die Abtreibungs- und mehr noch die Beratungsrealität in Deutschland. Der § 218 selbst wird dann wieder zum Thema werden, wenn seine strafrechtlichen Bestimmungen zum Einsatz kommen, sprich: Frauen vor den Richter gezerrt werden. Da das Gesetz dies ausdrücklich ermöglicht, ist ein neues Memmingen keineswegs ausgeschlossen. Wer behauptet, dies sei nun nicht mehr möglich, lügt.

Doppelstrategien und Zweigleisigkeiten

Wieso eigentlich kam das Gesetz so plötzlich? Wer war daran interessiert, diesen "Kompromiß" zustande kommen zu lassen?

Da ist zunächst das rechte Lager, das sich als hochgradig "politikfähig" erwiesen und zielstrebig die Chance zum Deal ergriffen hat: Schon eine Woche, bevor die überraschende Einigung der großen Koalition bekannt wurde, hat die Juristenvereinigung "Lebensrecht" - die bekanntlich schon beim Urteil des Bundesverfassungsgericht maßgeblich mitgemischt hat - ihr grünes Licht für eine "verfassungsrechtlich bereinigte Fristenregelung" gegeben. In einem halbseitigen Artikel der FAZ wurden die Bedingungen diktiert: Ihr Vorsitzender Büchner sei sich "darüber im klaren, daß es für absehbare Zeit eine Fristenregelung geben wird, die mit einer Indikationsregelung verbunden sein wird ... Um so genauer schaut Büchner auf die Ausgestaltung der Beratung ...".

Auch von offizieller katholischer Seite kam ein Placet: Noch vor der Abstimmung betonte der Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Prälat Bocklet, daß er mit dem "Kompromiß" leben könne, für die zwei Drittel Katholiken in der Unions-Fraktion ein wichtiger Hinweis. Der CSU-Abgeordnete Gerhard Scheu benannte denn auch unumwunden den Hintergrund der Kompromißfreudigkeit der Union: "Heut hat mich ein Schreiben des Landeskomitees der Katholiken in Bayern erreicht, das macht meine Gewissensentscheidung leichter. Das Landeskomitee schrieb mir: ‚Wir möchten alle Abgeordneten ermutigen, sich im Sinne der Worte Johannes Paul II. in der Enzyklika Evangelium Vitae, Nummer 73, für eine Schadensbegrenzung einzusetzen und eine Lösung zu unterstützen, die unter Beachtung der obengenannten Kriterien noch als das geringere Übel angesehen werden kann.`"

Tatsächlich, frau reibt sich die Augen, ist in der Papst-Enzyklika vom März diesen Jahres folgender Satz zu lesen: "In dem hypothetisch angenommenen Fall ist es einleuchtend, daß es einem Abgeordneten, dessen persönlicher absoluter Widerstand gegen die Abtreibung klargestellt und allen bekannt wäre, dann, wenn die Abwendung oder vollständige Aufhebung eines Abtreibungsgesetzes nicht möglich wäre, gestattet sein könnte, Gesetzesvorschläge zu unterstützen, die die Schadensbegrenzung eines solchen Gesetzes zu Ziel haben und die negativen Auswirkungen auf das Gebiet der Kultur und der öffentlichen Moral vermindern."

An diese Empfehlung haben sich - Gott sei Dank - nicht alle gehalten. Etwa ein Drittel der Unions-Abgeordneten - so viele haben nämlich gegen den Kompromiß und für den Lebensschützer-Gesetzentwurf gestimmt - können sich einer besonderen Belobigung durch den Papst gewiß sein, denn prompt ließ die Vatikanzeitung das neue Gesetz als einen "tadelnswerten Kompromiß gegen das Leben" abkanzeln. Wenn das keine idealtypisch umgesetzte Doppelstrategie ist!

Eine Doppelstrategie hatten sich auch die Grünen vorgenommen: "Kompromißfähig und politikfähig wie wir sind" (MdB Rita Grieshaber) legten sie einen Gesetzentwurf vor, der wortgetreu Passagen des BVG-Urteils zur Zwangsberatung übernimmt und sogar die eugenische Indikation beibehält. Bei Feministinnen innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen auf Mißstimmung gestoßen, verteidigten sie sich mit dem brillanten Argument: "Die Rolle, die wir in dieser Sachfrage einnehmen können, ist durchaus einer Regierungssituation vergleichbar." (Fraktionssprecherin Kerstin Müller) Schließlich werde zugleich die programmatische Forderung nach Streichung des § 218 aufrechterhalten (dem PDS-Gesetzentwurf, der als einziger die ersatzlose Streichung des Abtreibungsverbots enthielt, stimmte aber nur die halbe Grünen-Fraktion zu).

Es blieb ihnen nicht erspart, sich von der SPD-Abgeordneten Edith Niehuis vorführen zu lassen, die gegen den von den Grünen erweckten "Eindruck, sie hätten dem Parlament eine Vorlage vorgelegt, in der das Bild einer selbständigen, nicht belasteten Frau gezeichnet werde", einfach aus deren Gesetzentwurf vorlas. Ihre "Zweigleisigkeit" (Müller) hat der Grünen-Fraktion also nicht nur eine gewaltige Blamage beschert; schlimmer noch (für sie selbst): Zum Mit-Regieren hat es diesmal nicht gereicht. Vielleicht lernen sie ja daraus und konsultieren beim nächsten Mal vor der Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfes direkt die Lebensschützer -

das liegt unabweisbar in der Logik ihrer eigenen Argumentation und ganz auf der Linie der allgemeinen Kompromißstimmung.

Was schließlich trieb die SPD, und weshalb übten die Feministinnen in der SPD-Fraktion nicht den leisesten Widerstand? Es ist überzeugend, daß die Angst vor dem rechten Lager und seiner Drohung, erneut vor das Verfassungsgericht zu ziehen, das ausschlaggebende Motiv war. Das bedeutet aber zugleich, daß die SPD eine Fortsetzung des gesellschaftlichen Konflikts um dieses Thema vermeiden wollte und es auf parlamentarischem Wege so schnell wie irgend möglich befrieden wollte. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung hat die sozialdemokratischen Schwestern, scheint's stärker getrieben als die Fraueninteressen, denn faktisch geht der "Kompromiß" auf Kosten der Frauen.

Handlungsdruck bestand nach dem Urteil jedenfalls nicht. Die Richter hatten ja ein genaues Procedere ohnehin festgelegt, nach dem in der Übergangszeit verfahren werden mußte, und das in mancher Hinsicht schlechter, in Bezug auf die noch nicht umgesetzte Kriminalisierung des Umfelds aber auch weniger schlecht gewesen war als das nun beschlossene Gesetz. Insofern gab es für die Opposition keinen Anlaß, eine schnelle Einigung zu betreiben.

Wir jedenfalls hätten es nicht als Manko empfunden, wenn der deutsche Staat nicht in der Lage gewesen wäre, die von ihm über Frauen ausgeübte Gewalt zu Gesetz werden zu lassen. In der Unmöglichkeit, einen § 218-Kompromiß zu finden, lag wenigstens noch die Chance, den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Interessen von Frauen und Lebensschützern ungeregelt zu belassen - anstatt den Lebensschützern gegen Zugeständnisse im Detail zur parlamentarischen Mehrheit und gesellschaftlichen Akzeptanz zu verhelfen.

Verena Krieger/Barbara Ritter

Bundeskoordination Frauen gegen § 218

Teile dieses Artikels erschienen zuvor inKonkret 8/95

12. Paradoxien feministischer Realpolitik. Zum Kampf um die Frauenquote

Zum Kampf um die Frauenquote - von Frigga Haug

Autor: Frigga Haug · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:05

Dieser Vortrag wurde auf der Volksuni, Pfingsten 1995 gehalten. Er ist in "argument", Ausgabe 210, abgedruckt.

Vorbemerkung

Zunächst zum Titel dieses Beitrags: den Begriff feministische Realpolitik formuliere ich in Anlehnung an Rosa Luxemburgs Auffassung von "revolutionärer Realpolitik". Wie letzterer soll auch mein Begriff radikale Veränderung mit realen Politikschritten hier und heute verbinden. Dies vom Standpunkt von Frauen. Als Paradoxie empfinde ich den seltsamen Umstand, daß politische Eingriffe, wenn sie von Frauen geschehen, desto harmloser scheinen, je radikaler sie alles Bisherige in Frage stellen und so umwälzender, je kleiner und unbedeutender die einzelnen Schritte sind. Nehmen wir z.B. an, wir würden jetzt auf den bevölkerten Platz vor der Universität hinausschreiten und eine vollständige Änderung der Gesellschaft fordern: Produktion um der Gebrauchswerte willen, Beteiligung von allen bei der Bestimmung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, keine Profite - voraussichtlich würde ein allgemeines gelangweiltes Gähnen unsere Worte nichtig machen. Gesetzt den Fall wir würden fordern, daß auch Frauen in die Anrede z.B. auf einem Kongreß eingeschlossen wären oder gar extra genannt würden, fänden sich auf jeden Fall eine große Anzahl empörter Gegner, die nicht davor zurückschrecken würden, uns in verbalen Schlachten der Zerstörung der gesamten nationalen Kultur zu bezichtigen. Wir würden Aufmerksamkeit erregen, bzw. dies geschieht schon, über lange Zeit. Verwundert über die fehlende, politische Wirkung ebenso wie über die gegebene, versuche ich mich zu erinnern und beginne mein Thema autobiographisch.

Einmal wollten wir die "Hälfte des Himmels"; das war Poesie. Handfest ging es uns in den siebziger Jahren als starke Frauenbewegung zunächst darum, die Hälfte der Gesellschaft zu erstreiten. Gerechtigkeit auch für uns. Wir dachten damals nicht an so formale Tricks wie eine Forderung nach Quotierung. Wir fühlten uns stärker, sicherer, selbstverständlicher im Aufbruch.

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte gingen ins Land; die Zahlenwerke, Statistiken, Forschungsberichte stehen in den Ebenen des Immergleichen - an der Lage der Frauen hat sich wenig geändert, wenig, was ihre ökonomische Existenz angeht, wenig, was ihre Mitwirkung an den relevanten Entscheidungen in der Gesellschaft betrifft. Im Gegenteil: überspringen wir einige Zeiten von wirtschaftlicher Konjunktur und mäßigem Abstieg und blicken auf das Jahr 1994, dann sehen wir seit nunmehr fünf Jahren, also seit der deutsch-deutschen Vereinigung einen steten Rückzug aus schon sicher geglaubten Posten: es gibt praktisch keine Frauenbewegung mehr; soweit es ein öffentliches Frauenbewußtsein gibt, schwindet die Selbstverständlichkeit, ein eigenes Leben zu wollen jenseits von "Küche, Kinder, Heim und Herd" (1), und die Erwerbslosigkeit von Frauen steigt und steigt. (...)

Die Problematik

Bei der Gleichstellung gibt es offenbar ein politisches Problem. Das Quotierungsverlangen ist ein Paradoxon. Es fordert Gleichstellung unter Gleichen im Namen von Gleichheit, muß also Ungleichheit voraussetzen und im Namen von angeblicher Gleichheit auszugleichen streben und stößt dabei unweigerlich auf den paradoxen Konsens, daß Gleichheit ohnehin gegeben ist, da sie im Grundgesetz steht, und zugleich, daß unter Ungleichen, wie es etwa Männer und Frauen sind, wahre Gleichheit weder möglich noch anzustreben sei. Für jede Art von Gleichheitspolitik ist das ein scheußlicher Zustand, weil hegemoniale Zustimmung zu solcher Politik kaum erreichbar sein wird, weder bei den schon Gleichen, den Männern, noch bei den Ungleichen, den Frauen.

Ich möchte im folgenden hinter einigen Paradoxien im Quotierungszusammenhang andere Problematiken unserer westlich industrialisierten Gesellschaften aufschließen. Mein Ziel ist es, Vorschläge zu machen, in

welchem gesellschaftlich umfassenderen Kontext Quotierungsverlangen durch Überschreitung konsensfähig gemacht werden könnten.

Historischer Hintergrund

In Deutschland gehen die politischen Quotenkämpfe ins 11. Jahr. Solche Formulierung ist im Grunde nicht ganz zutreffend, denn heute wird nicht mehr wirklich gekämpft, und vor elf Jahren fing es auch nicht erst an. Aber ein historischer Einschnitt war zweifellos 1984, als die neue Partei der Grünen für Aufregung im Parlament sorgte durch Quotenregelungen, die in der Tat 50% betrugen und beim Sprecherrat gar die 100%-Marke erreichten. Das politische Feminat, an das kaum jemand ernsthaft geglaubt hatte, wurde für kurze Zeit Wirklichkeit. Diese Initiative der Grünen war zugleich auch gedacht als eine Art Herausforderung an die anderen Frauen in den anderen Parteien, initiativ zu werden. Und so war das Jahr 1988 dann ein weiterer Einschnitt, weil hier erstmals in den eher traditionellen höheren politischen Gremien der SPD Selbstverpflichtungen auftauchten und sogar mit ihrer Durchführung begonnen wurde, die mehr Beteiligung von Frauen sicherstellen sollten. Der Sturm, der damals durch den Blätterwald ging, war berechtigt. Er zeigte sofort, daß es hier ums Ganze ging, um das Mark der Gesellschaft, und daß solche Entscheidung in der SPD nur ein Vorbote war. - Trotz des heißen Beginns der sozialdemokratischen Quotierungsbemühungen, der von Anfang an öffentlich war und Teil widerstreitender intellektueller Arbeit, läßt sich vom Jahre 1994 her konstatieren: wir sind in Deutschland wenig weitergekommen. Im Gegenteil: Öffentlichkeitsarbeit am herrschenden Frauenbild orientiert zurück statt nach vorn: die neue Frau ist selbstbewußt, aber nicht wegen ihres Einflusses im Politischen, sondern wegen ihres Sexes.

Die neue Frau

Im März 1994 organisierten Frauengruppen und -organisationen aus dem alten Westen Deutschlands und dem neuen Osten bundesweit gemeinsam einen großen Frauenstreik. Trotz vielfältiger Kleinarbeit und Werbens um Presse, Öffentlichkeit, Echo, Unterstützung hat die große Presse weitgehend ihre Zustimmung, hier an einem weiteren Projekt irgendwie mitzuarbeiten, verweigert. Wo sonst einige wenige ausreichen, um eine Pressemeldung auszumachen, gelingt es hier kaum, in Nachhinein wenigstens festzustellen, wieviele Tausend eigentlich auf die Straße gingen und was danach kam. Dabei war diese Initiative zugleich gemeint als eine Art öffentlicher Warnung, Ausdruck von Stärke und Sammlungsbecken für Künftiges. (Inzwischen hat sich aus dieser Initiative eine Frauenpartei ge-gründet).

Werfen wir einen Probeblick in eine dem Anspruch nach progressive Wochenzeitung (Die Woche, gegründet 1993). Dort gibt es einen Konsens über die Rolle der Frau in der Gesellschaft auf der gesamten Titelseite und auf einer weiteren Seite im Innenteil am 7. April 1994 in einer Art verspäteter Nachauswertung des Frauenstreiks:

"Die Lila-Latzhosen-Veteraninnen, mittlerweile in die Wechseljahre gekommen, treten auf der Stelle. Seit den frühen 70er Jahren verharren sie in einer pubertären Anti-Mann-Haltung, lamentieren über die generelle Opferrolle der Frau und protestieren in `lila Pausen' gegen Männermacht. Eine nahezu wirkungslose Strategie, wie jüngst der selbst von wohlwollenden Frauen belächelte `Internationale Frauenstreiktag' gezeigt hat. Der zähe Kampf für mehr Gleichberechtigung hat die Müttergeneration verbissen und jammerlappig werden lassen. Mit der Konsequenz, daß der Begriff Feminismus fast Schimpfwortcharakter hat und Synonym ist für `ungeliebt, unbefriedigt, unausgefüllt'. Bei jungen Frauen löst das Berührungsängste aus."

Der Artikel, der übrigens von einer Frau geschrieben wurde (Andrea Lepperhoff) streitet u.a. gegen Susan Faludis Analyse zum Backlash, vor allem aber um einen neuen Konsens über die "neue Frau". Nach dem Urteil über die "alte Frau" der siebziger läßt sich leicht ausmalen, was das Neue ist. In der Zeitung zusätzlich illustriert durch ein Pin-up-Girl erfahren wir: die neue Frau hat vor allem ein sexiges Selbstbewußtsein. Sie will Macht, Geld und Spaß, Genuß und Lust. Sie nimmt sich, was sie will. Sie verzichtet selbstverständlich ganz und gar auf gesellschaftliche Eingriffe, Taten, Entscheidungen, Partizipation. Wo Fragen einer lebenswerten Gesellschaft hätten thematisiert werden müssen, etwa: Gerechtigkeit, Fragen der Ökologie, der sozialen Verträglichkeit, der Politik, der Kriege oder auch der Geschlechterverhältnisse, gähnt in den sonst sehr wortreichen Artikeln eine Leere. Dies alles ist wie eh und je nicht Sache der Frauen, nicht "ladylike", oder "babe-like", wie die neuen "Feministinnen" angeblich sein wollen. Der Köder und einziges Zugeständnis an das weibliche Geschlecht ist: sie soll selbst auch Lust haben und nicht nur geben. Die Methode: Spaltungslinien

werden gezogen zwischen jung und alt, gebärfähig und in den Wechseljahren, Politik und Sex, bzw. Frust und Lust, grauhaarig vs. blond und jammerlappig verbissen vs. genußvoll und Sexappeal. Fazit: die Zukunft der Frauen steckt in ihren Körpern, nicht in der Politik.

Die Ethik der Quote

Die Sexfrage ist ganz offensichtlich schon quotiert, so daß der Sprung zurück zur Quotierungsfrage etwas groß ist, wie auch der zwischen den Sprachen, die in den jeweiligen Feldern verwandt werden. So begann der eben vorgestellte Artikel mit dem Ausruf: "Pumpt die Titten hoch", während ein Satz zur Quote sich beispielhaft folgendermaßen anhört: "Quotierung ist eine politische Rechtsformel, in die sich dieser Verallgemeinerungsanspruch (der Teilhabe an Gesellschaft, insbes. Politik- und Erwerbsbereich) zusammenfassen und offensiv vertreten läßt" (Raasch 1989, 49).

Beim Sprechen über die Quote bleibt das Unbehagen bis in die Wahl der Worte. Ganz offensichtlich ringt die Erarbeitung von Konsens über die Unbilligkeit der Quote auch mit sprachlich erzeugtem Mißbehagen. (...) Das ungesprochene Echo im Hintergrund gibt zu verstehen, daß Frauen an sich nichts können, fachlich schon gar nicht, und vor allem nicht arbeiten wie ein Mann. Daraus folgt als selbsttätiger Schluß, den ein jeder und eine jede leicht ziehen kann, daß eine Quote für die Besetzung von Entscheidungsgremien in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, an allen Arbeitsplätzen und vor allem an qualifizierten eine Art Umsturz der vorhandenen Werte ist. Wo Mann war, soll Frau sein - das kann nicht gut gehen.

Insofern ist es nicht allzu verwunderlich, daß es eine philosophische Diskussion darüber gibt, ob Quoten eigentlich ethisch überhaupt begründbar seien. Sie entbrannte in den USA übrigens schon in den siebziger Jahren. Dieser Umstand zeigt - wie vieles andere - daß es beim Quotenproblem nicht um ein kleines Verteilungsproblem geht. Eigentümlicherweise handeln Fragen, die die Geschlechter betreffen, immer sogleich von Moral, und bei der Positionierung von Männern und Frauen sogleich von der Gesamtfrage nach der Gesellschaft, in der wir leben wollen, die wir für eine gerechte und gute Gesellschaft halten. Wir schließen vorweg: offenbar widerstreitet die Quote der bisherigen Einrichtung von Gesellschaft.

Nehmen wir als politische Detektivinnen zur Kenntnis, was die Ethiker, Philosophen beiderlei Geschlechts, die sich also mit der Frage nach der Begründbarkeit von Moral beschäftigen, zu unserer Frage nach Quotenpolitik zu sagen haben. Belehrt aus vielen Jahren Geschlechterpolitik erwarten wir eigentlich nicht, daß eine solche Frage abstrakt, allgemein, universell entschieden werden kann, sondern daß Parteilichkeit der Geschlechter zu gewärtigen ist. Das ist aber keineswegs der Fall. Diskussionen im Felde der Ethik finden auf einem solch hohen Abstraktionsniveau statt, daß es unwichtig ist, welches Geschlecht gerade spricht. Man streitet hin und her, ob Frauen tatsächlich kompensatorisch durch Quoten Wiedergutmachung zu leisten wäre, obwohl der Netto-Nutzen der Männer kaum nachzuweisen ist. Der erstaunlichste Befund aber ist: diejenigen, die Quoten für moralisch berechtigt halten, haben dafür Argumente, die keineswegs als progressiv empfunden werden können. Und umgekehrt: diejenigen, die sich gegen eine ethische Begründbarkeit entscheiden, tun dies mit auch für mich, die ich für die Quotierung streite, nachvollziehbaren Gründen.

Ich fasse beispielhaft zusammen: Eine Professorin der Philosophie (2) findet, Quoten seien gerechtfertigt, Männern geschehe mit ihnen kein Unrecht, weil es ohnehin kein Recht auf einen Arbeitsplatz gebe. Ein anderer (3) findet Quoten gerecht, weil zuvor ungerecht war, daß Qualifikation (deren Nichtvorhandensein bei Frauen unter der Hand vorausgesetzt wird) überhaupt zum Maßstab für Entlohnung genommen werde. - Die Entlohnungsfrage hält er für den entscheidenden Ansatzpunkt bei der Quote. Wieder ein anderer (4) ist für die Quote, weil er annimmt, daß Diskriminierte für das Gleiche mehr arbeiten müssen und er prinzipiell für eine Anbindung von Belohnung an geleistete Arbeit plädiert, usw.

Umgekehrt argumentieren die GegnerInnen der Quote bzw. ihrer ethischen Begründbarkeit damit, daß nicht einzelne, die von der Quote profitierten, am Gruppenschicksal, bzw. seiner Kompensation, gewinnen sollten. Eine Philosophin (5) fürchtet mit nachvollziehbarer Argumentation den Kampf aller gegen alle, wenn das Recht der Gleichen unter Ungleichen in Bezug auf Recht und Begabung nicht geschützt werde. Sie buchstabiert richtig, daß die derzeit Bevorzugten ja gar keine Mehrheit sind, der gegenüber Minderheitenrechte geltend gemacht werden könnten, sondern selbst Minderheit und daß daher positive Diskriminierungen wie Quotenregelungen die ganze Gesellschaft in ein "Gerangel" zwischen "eigensüchtigen Gruppen" auflösen

würden (Newton 1993, 101). "Jede versucht aus der zeitweiligen Beliebtheit soviel Kapital wie möglich zu schlagen, bis der ruhelose Pöbel sich auf eine andere Gruppe stürzt, die er bemitleiden kann." (ebd.) (...)

In diesem Hin und Her, in dem man ziemlich verwirrt wird, wie denn nun zu entscheiden sei, gibt es eine Stimme, die gewissermaßen ganz "unethisch" und ohne viel Wenn und Aber doch für die Quote eintritt. (6) Sie verläßt nach einigen Blicken auf das Schicksal der Frauen in dieser Gesellschaft den vorgegebenen Rahmen des ethisch Begründbaren und zieht auf das Feld des Widerstands. In ihrem Beitrag gibt es u.a. auch eindrückliches Zahlenmaterial. Zum Beispiel, daß in den USA 96% der Stellen mit einem Einkommen von mehr als 15.000 Dollar pro Jahr an weiße Männer gingen, die verbleibenden 4% je zur Hälfte auf Frauen und Nichtweiße entfielen (Held 1993, 178). (Es bleibt übrigens hier wie bei allen solchen Angaben über die Diskriminierungen von Frauen und Schwarzen unklar, in welche Menge eigentlich schwarze Frauen gerechnet werden.) Sie diskutiert das "Pareto-Kriterium", welches empfiehlt, Ungerechtigkeiten nicht dadurch ausgleichen zu wollen, daß bisherig Privilegierte auf Privilegien verzichten (eine sehr unpopuläre Politik), sondern daß lediglich neue Stellen mit den zuvor Diskriminierten nach einer ihrem Anteil in der Bevölkerung entsprechenden Quote besetzt werden sollen. Als Frage bleibt, mit welcher Geschwindigkeit sich unter solchen Bedingungen Gesellschaft in Richtung auf mehr Gleichheit verändern würde. Für die Wissenschaft errechnet die Autorin etwa 450 Jahre, bis Frauen in einem entsprechenden Proporz an den Universitäten vertreten seien und die gleichen beruflichen Chancen hätten (1993, 183). Sie schlußfolgert, daß schon an sich, aber erst recht in Zeiten abnehmenden Wachstums "Pareto-Kriterien" nichts dazu beitragen würden, "verabscheuungswürdige" Gesellschaften gerechter zu gestalten. Gerechtigkeit sei also nicht ohne Verluste zu erreichen, und es sei falsch, "den gegenwärtigen Nutznießern ungerechter Privilegien weiterhin zu erlauben, andere ungestört zu Opfern zu machen" (ebd., 187). Selbst wenn bei einem Umsturz nichts wirklich besseres herauskäme, sei eine solche Niederlage der sicheren Niederlage nach den Pareto-Kriterien schon aus Selbstachtung vorzuziehen. Der Beitrag ermutigt, die wichtigste Frage der Ethik in diesem Kontext zu stellen, die allerdings bei allen in dem hier behandelten Buch (Rössler 1993) versammelten Aufsätzen ausgelassen ist: ist es eigentlich ethisch begründbar, die weibliche Hälfte der Menschheit aus der politischen Regulierung von Gesellschaft, in der sie gleichwohl leben, auszuschließen? Oder anders: müßte es nicht die zentrale Frage einer politischen Ethik sein, wie Politik als Geschäft eines Geschlechts konzipiert werden konnte, und was das für den Bereich des Politischen bedeutet?

Quotierung und Hegemonie

Kommen wir zurück zur aktuellen Quotierungspolitik. Schließlich ist ja das Problem der ethischen Begründbarkeit nicht einfach bloß Gegenstand von Reflexion einiger weniger PhilosophieprofessorInnen, sondern eben diese Fragen und Antworten sind Dimensionen von Hegemonie und Konsens. Es handelt sich bei solchen Diskussionen also um die Frage, wie Zustimmung in größerem Umfang innerhalb der gegebenen Gesellschaft für eine bestimmte Politik - hier die der Quote - zu erzielen ist. Auch müßte so die Lösung für das Rätsel gefunden werden können, warum so viele Frauen sich der Quote gegenüber reserviert verhalten, ja, selbst wenn sie politisch dafür zu sein behaupten, immer noch einräumen, daß sie selbst aber natürlich keine solchen Quoten-Geschöpfe sind, daß sie es nicht nötig haben, sondern für andere, Schwächere streiten.

Die Quotenfrage bleibt ein Paradoxon. Die Zustimmung zu ihr ist nicht allgemein. Die Gründe für ihre Ablehnung leuchten uns ein, die für ihre Zustimmung unter Umständen nicht usw. (...)

Ich formuliere als These: Quotenpolitik ist Politik in paradoxen Feldern. Die Quote soll die gleiche Beteiligung von Frauen an Entscheidungen, Regelungen in der Öffentlichkeit und auf dem Erwerbs-Arbeitsmarkt ermöglichen. Es geht nicht nur um ein einfaches Verteilungsproblem, sondern um weit mehr: um Werte, um Charakter, um die sozialen Konstruktionen von Mann und Frau, um Leistung, um Arbeit, um Liebe, kurz der Gesamtzusammenhang der Gesellschaft samt ihrer symbolischen Artikulation steht in Frage. Jener kulturelle Umbruch ist daher kaum von einem Standpunkt innerhalb des herrschenden Moralsystems begründbar, sondern nur negativ, kritisch, von einem Standpunkt außerhalb. Daraus folgt, daß eine Quotenpolitik in der berechtigten Forderung nach Quoten jeweils den Gesamtzusammenhang studieren muß, in dem Quoten selbst als ungerecht erscheinen. Hier handelt es sich zumeist um die drohende Preisgabe oder Infragestellung von "Fortschritten aus Jahrhunderten", zumeist aus der französischen Revolution, damit Frauen weniger Diskriminierung erfahren. Anerkannt Hohes steht auf dem Spiel. Im Anschluß gilt es, Forderungen so zu formulieren, daß die Bedingungen in Frage geraten, unter denen die Quote als falsch erscheint, als Verlust an

Freiheit, Gleichheit und "Brüderlichkeit". Politik muß sich hier somit auf den Umbau von Gesellschaft, auf einen neuen Gesellschafts- und Geschlechtervertrag orientieren.

Damit dies weniger allgemein und plakativ bleibt, möchte ich es im folgenden an drei Beispielen vorführen.

Das Leistungsproblem

"Wollt ihr etwa", so ruft es aus den Medien, "indem ihr Frauenquoten einführt ganz und gar auf Leistung als Auswahlkriterium verzichten? Geschlecht vor Leistung stellen?" Vor dem inneren Auge reihen sich Unmengen qualifizierter und leistungsbereiter Männer mit hängenden Köpfen auf, denen unvermittelt leistungsschwache Frauen vorgezogen wurden. Auch dieses Argument kann mit weiblicher Zustimmung rechnen. In einer Gesellschaft, in der immer schärfer um Arbeitsplätze konkurriert wird, fallen uns schnell weibliche Personen ein, die wir für nicht sehr gut qualifiziert halten, und Männer natürlich, denen wir Großes zutrauen.

Solche Meinungsanrufung erhält ihre Zustimmung aus einem doppelten kulturell-ideologischen Effekt. Zunächst aus dem Glauben, es würden tatsächlich in unseren Gesellschaften Plätze nach Leistung vergeben. Ein Blick auf unsere Politiker sollte uns eigentlich schnell eines Besseren belehren. (Ganz eindrücklich ist es hier, sich Bourdieus Thesen über die Reproduktion der Eliten ins Gedächtnis zu rufen. Er vertritt die Auffassung, daß die oberen PLätze in unseren Gesellschaften nach mindestens drei Kriterien vergeben werden: nach Geld, nach Herkommen bzw. Seilschaften, also politischer Macht, nach kulturellem Kapital. Erst innerhalb solcher Gruppierungen/Familien kommen Leistungskriterien zur Geltung. Das soll heißen, daß da, wo eine kapitalkräftige Familie mehrere Söhne hat, sie vermutlich die oberste Stelle an den besten von ihnen (im Leistungssinn) vergeben wird.) Für die Mehrzahl der Bevölkerung ist die Leistungswährung lediglich eine Art Köder, der sie im Rennen halten, sie motivieren soll, sich anzustrengen und im Zweifelsfall die mißlungene Karriere für eigenes Versagen zu halten und nicht für ein strukturelles Problem. D. h. auch, daß in Zeiten wie jetzt, in Zeiten von Wirtschaftskrise und zunehmender Arbeitslosigkeit, die Leistungsideologie den Effekt hat, soziale Unruhe zu schlichten und in individuelle psychische Krisen zu wenden.

Der zweite kulturell-ideologische Effekt kommt aus dem auch weiblichen Vorurteil, Frauen leisteten tatsächlich weniger als Männer. In einer qualitativen empirischen Untersuchung (Haug/Wollmann 1993) kamen wir u.a. zu dem Resultat, daß Frauen in weiblicher Vergesellschaftung lernen, ihre eigenen Taten insgesamt nicht unter dem Kriterium von Leistung abzubilden und daher fast dem allgemeinen gesellschaftlichen Urteil, Frauen leisteten im Grunde nichts, Vorschub leisten.

Daß ich das Problem als kulturell-ideologisch bezeichne, heißt nicht, daß es nicht real und handfest ist. Der subjektiven weiblichen Zustimmung zur eigenen Leistungslosigkeit entspricht eine subjektive männliche Selbsteinschätzung als leistungsstarkes Geschlecht. Günstigerweise stimmt sie mit dem dominanten Herrschaftsmuster oder der dominanten Kultur, welche Zustimmung zum Gesellschaftsganzen und seine Regulierung herstellt, überein.

Aber was ist, bzw. was bezeichnen wir als Leistung? Nach einigem Überlegen läßt sich sicher Übereinstimmung erzielen, daß wir als Leistung die Verausgabung von allen Kräften bezeichnen. Dies geschieht noch ohne Bezug darauf, ob es auch sinnvoll und nützlich ist, solches überhaupt zu tun. (7) In dieser Hinsicht ist Erwerbsarbeit unter entfremdeten Bedingungen objektiv immer eine Leistung, wenn sie rückhaltlos geschieht. Es ist konsequent, daß Frauen selbst eigene Erwerbsarbeit nicht als Leistung erfahren. Sie machen nämlich "Rückhalte" - für den Haushalt, die Familie und sonstige notwendige Aufgaben, die ihnen zuhauf zufallen. Und hier werden ihnen auch Leistungen billig zugestanden.

Um gegen die Redeweise Quote statt Leistung oder Geschlecht geht vor Leistung vorzugehen, wäre mithin kaum etwas verfehlter als auf die Leistungsstärke von Frauen hinzuweisen. Sie glauben es selbst nicht; Leistung ist eine fragwürdige Sache und die Gesellschaft ist nicht meritokratisch, für die Mehrheit der Plätze ist das Leistungsargument ideologisch. Wir gingen also in eine dreifache Falle. - Dabei ist ganz offenkundig, daß die Ausrufung der meritokratischen Gesellschaft gegenüber anderen, früheren Formen ein wirklicher zivilgesellschaftlicher (8) Fortschritt war und daher zu Recht auch Verteidiger findet und ein Echo in unseren Herzen. Die Vorstellung, daß nicht einfach Geld, Besitz, Adel und Familie über das Fortkommen in Gesellschaft schicksalhaft bestimmen, sondern die Individuen jede(r) für sich etwas dazu tun können, ist eine Voraussetzung für Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Es gilt also nicht, Leistungszuschreibung gerecht zu gestalten, sondern umgekehrt, das im Leistungsbegriff Verschluckte und Mitgemeinte, welches überhaupt

Zustimmung ermöglicht, herauszuarbeiten. Aufs Kürzeste zusammengezogen scheint mir dies der Wunsch und die Bereitschaft zu sein, sinnvoll produktiv tätig zu sein. Die neue Artikulation bindet unsere Taten an gesellschaftlichen Sinn, grenzt ab gegen Nichts-Tun, nimmt uns selbst auf als selbstbestimmte Subjekte in solchem Prozeß. Plötzlich wendet sich der Diskurs aus dem Gerede über die Unlust und Minderfähigkeit von Frauen in die Forderung nach sinnvoller Arbeit und nach der Einbeziehung aller Arbeit, die gesellschaftlich nützlich ist. Auch wird der Blick frei auf jene Dimension der naturwüchsigen Reproduktion männlicher Erwerbsplätze insbesondere in den hohen Rängen, die die Quote überhaupt erst als Regelungsinstrument nötig machen: die Nichteingliederung unzähliger von Frauen geleisteter Arbeit in die gesellschaftlich anerkannte Gesamtarbeit.

Über die Natur der Frauen

Zweifellos war die Proklamierung von Gleichheit und ihre beginnende Durchsetzung ein Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft, hinter den zurückzuschreiten töricht wäre. Die Quotierungsbewegung gehört zu jenen späten Nachholbewegungen, die die noch immer nicht eingelösten Versprechen der Französischen Revolution auch für Frauen verwirklichen will. Tatsächlich begann ja auch die letzte Frauenbewegung Ende der sechziger Jahre damit, Gleichheit für Frauen auf allen Ebenen zu fordern. Aber bald schon zergliederte sich die Bewegung, der größere schnell wachsende praktisch-politische Teil konzentrierte sich auf den Kampf gegen Gewalt und Patriarchat im Ganzen, ein weiterer, kleinerer Teil "akademisierte" sich. In diesem, sich stets weiter entfaltenden Feminismus wurde schnell erkannt, daß im Gleichheitspostulat auch von Ungleichheiten abgesehen wurde, auf die es Frauen vielleicht ankam. Die vorgestellte Gleichheit wurde als ein Synonym für Männlichkeit entdeckt, so daß Frauen diese Stufe entweder niemals hätten erreichen können - wie bei Kohlberg (9) nicht die obersten Stufen der Moral - oder in der Anstrengung, wie Männer zu werden, auf spezifisch positives weiblich Erworbenes verzichten, Rechenautomaten anstelle von Seele und Herz einsetzen zu müssen. Der Differenzgedanke, ohne den man sich heute in der Frauenforschung kaum noch ernsthaft äußern kann, wurde aktualisiert. Indem er sich zugleich gegen die Verfechterinnen von Gleichheit richtete, streifte er zum Teil mit den problematischen Gleichmachergedanken aus der linken Ecke der Frauenbewegung auch die Ankopplung an gesellschaftliche Emanzipation ab und wurde so ein Einfallstor für Projekte, die auf der Annahme eines weiblichen wesensmäßig Anderen basieren. So kommt es, daß die Verfechter des bisherigen Patriarchats in ihrem ideologischen Kampf selbst noch mit Vorstellungsdimensionen aus der Frauenbewegung zu ihren eigenen Gunsten arbeiten können. Dabei hat der Differenzgedanke durchaus wichtige Elemente und nachvollziehbare Argumentationen, ohne die auch Gleichheitspolitik an Sinn und Kraft verlieren würde. Die lange Geschichte der Unterwerfung von Frauen, ihrer Ausgrenzung, ihrer Heraushaltung aus den Geschäften von Macht und Geld und ihrer Zuweisung zu den Bereichen der liebenden Sorge für das Leben selbst hat weibliche Sozialcharaktere zumindest der Norm nach entstehen lassen, die zugleich Hoffnung auf eine Gesellschaft versprechen können, die nicht ausschließlich nach Profitgesetzen geregelt ist. Nicht zuletzt dieser Umstand hat dazu geführt, daß innerhalb der Frauenbewegung auf die Andersartigkeit von Frauen gesetzt wird, daß Gleichheit oder Gleichstellung gar keine notwendigen Ziele zu sein scheinen. Diese selbstbewußte Ausschließung von Frauen, der Rückzug aus der Verantwortung für eine Gesellschaft, an deren Strukturen sie so ungleich beteiligt sind, zeigt sich jetzt im Abwehrkampf gegen die Quote als geradezu mit Lust besetztes Argument der Rechten. Die Diskurse der Differenz, so sie gegen die Gleichheit gerichtet sind, lassen sich für die Kampagne gegen Frauen benutzen, wenn sie nicht selbst in ein Konzept befreiter Gesellschaft eingebunden sind.

Übrigens ist es auch hier lehrreich, die Argumente in den Quotenabwehrkämpfen genau zu studieren. So ist es z.B. in großen konservativen Zeitungen (wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung), aber ebenso in linken (wie der taz) sehr beliebt, auf den häßlichen kalten rationalen Charakter der Quotenforderungen hinzuweisen. Schließlich geht es um Proporz, um Prozentzahlen, um Statistik und Mathematik, lauter Kältestrom, um mit Ernst Bloch zu sprechen, der doch den für Wärmestrom verantwortlichen Frauen nichts Gutes antun kann. Die Quote ist also unweiblich. Und ihre Einklagung im Namen von Gleichheit beruht auf einem Mißverständnis. Es handelt sich um statistisch bestimmte Begriffe von Gleichberechtigung und Repräsentation. Dagegen steht lebendige Demokratie.

Im Sinne einer Politik, die sich um Hegemonie müht, schlage ich vor, solche Überlegungen nicht einfach als lächerlich abzutun, sondern sie ernst zu nehmen und vorerst folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

Im Zeitalter umfassender Nutzung wissenschaftlich potenzierter Produktivkräfte, in dem die durchschnittlich notwendige Arbeitszeit enorm verkürzt werden kann, ohne daß die Gesellschaften ärmer werden, ist es an der Zeit, über die Gleichheitsvorstellungen vom Ende des vorvorigen Jahrhunderts hinauszugehen. Es geht jetzt darum, für alle gleiche Chancen zu erstreiten dafür, daß Ungleichheit gelebt werden kann, ohne in Unterwerfung, Marginalisierung, verkürzte Lebensmöglichkeiten, Armut, Ausbeutung, weniger Zeit und Raum für Entwicklung und weniger Handlungsfähigkeit - und dazu gehört selbstverständlich auch Partizipation auf allen Ebenen der Gesellschaft - zu münden. In dieser Weise ist das Argument von der Andersartigkeit der Frauen, ihrer anderen Qualifikation, anderen Leistung, die sie angeblich für die Einnahme der Hälfte von Gesellschaft ungeeignet machen, auf einem Umweg gerade das Argument für die Quote, weil nur durch solch formale Weichenstellung die Ungleichen am gesellschaftlichen Ganzen partizipieren können.

Auch ist das Mißtrauen gegen herrschende Wissenschaftlichkeit berechtigt, seine Indienstnahme gegen eine Beteiligung von Frauen natürlich nicht. Es wird u.a. darum gehen, Vernunftkritik zu betreiben, eine andere Wissenschaft anders für die Zwecke von Menschen einzusetzen (vgl. u.a. List 1993, Harding 1991).

Darüber hinaus ist der doch auf Gleichheit taktisch insistierende Kampf um die Frauenquote auch deshalb notwendig, weil er gewissermaßen stellvertretend für andere Ungleiche mitgefochten werden muß. Umgekehrt legitimiert die Beibehaltung und Einwilligung in die Frauenunterdrückung Unterdrückungsstrukturen überhaupt. Was bislang bloße Vermutung war, wird im Medienkampf gegen die Quote offen ausgesprochen: Die Frauenbenachteiligung sorgt gesellschaftsweit dafür, daß auch andere Ungerechtigkeiten als ‚natürlich` wahrgenommen werden können: so die Marginalisierung von Alten, von Jungen, von Ausländern, von Homosexuellen. Selbst Klassengegensätze können noch als ‚natürliche` und interessante Ungleichheit gesprochen werden. Auch diese Gliederung der Gesellschaft gerät durcheinander, wenn mit der Vermenschlichung der Frauen erst ein Anfang für eine allgemein-menschliche Gesellschaft als Projekt ihrer ungleichen Mitglieder gemacht ist.

Wissenschaft und Vereinzelung

Eigentümlicherweise wird die Frage der Beteiligung der Frauen an allen Positionen des öffentlichen Lebens niemals im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Zeitalter positiv diskutiert. Wissenschaft taucht statt dessen überall dort auf, wo Kälte angezeigt sein soll: vornehmlich im kollektiven Anspruch von Frauen in einer Gesellschaft, deren Zusammenhalt und Reproduktion gerade in der Vereinzelung - zumeist euphemistisch "Individualisierung genannt" - ihrer Mitglieder besteht. Eine weitere Lehre aus der Analyse des Kampfes gegen Quotierung ist mithin, daß hier kollektive Zusammenschlüsse als Einbruch in die landesübliche Vereinzelung verhindert werden sollen. Soweit Frauenunterwerfung auch Vereinzelung bewirkte, war sie auch ein wichtiges Mittel gegen jede kollektive Lösung, stützte die private Vereinzelung der schon kollektiv vergesellschafteten Männer. Eine Gefahr für die bestehenden Gesellschaftsstrukturen, so können wir schließen, liegt in der wissenschaftlichen Durchdringung, die das Kollektiv ermöglicht, vielleicht erzwingt. Denn im Grunde geht es bei der gesamten Quotierungsdebatte um eine kollektive anstelle einer individuellen Auslegung dessen, was wir die "Repräsentation des Volkes" zu nennen gewohnt sind. Was befürchtet wird, ist, daß sich die einzelnen Frauen nicht mehr als einzelne begreifen.

Bis hierher wäre also ein politischer Nutzen des Kampfes um die Quote, daß sie - neben dem proklamierten Ziel einer größeren Beteiligung von Frauen an allen gesellschaftlichen Positionen und vor allem in der Politik - sowohl die Leistungsideologie als auch die Vereinzelung in Bewegung bringen kann. Die Einsetzung von Frauen in allgemeine Gesellschaftlichkeit läßt Gesellschaft als Allgemeine am Horizont der Möglichkeiten auftauchen. Damit steht die lange umkämpfte Verbindung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung wieder, wenn auch neu und anders auf der Tagesordnung. Der moderne Abgesang auf die Arbeiterbewegung verbindet sich mit dem Kampf gegen die Frauenquote und rückt damit die aktuellen Krisenprobleme von Arbeitslosigkeit, Arbeitsorganisation, Arbeitszeitpolitik, Verwissenschaftlichung der Produktion, Gewerkschafts- und Parteipolitik und neuem Gesellschafts- und Geschlechtervertrag zusammen mit der Frauenunterwerfung in einen explosiven Zusammenhang.

Zwischenresümee

Bloß analytisch betrachtet beruht die Forderung nach einer Beteiligung der Frauen an allen Geschäften gemäß ihrem Anteil in der Gesellschaft (also etwa 54 Prozent) auf einer Ignoranz gegenüber der Gesellschaftsstruktur.

Soweit dies von der Wirtschaftsweise her überhaupt machbar wäre, bringt die vollständige Einsetzung der Frauen in die Erwerbsarbeit - wie uns die ehemaligen staatssozialistischen Länder lehrten - eine ebenso vollständige Überlastung der Frauen, die wiederum dazu beiträgt, sie in den unteren Positionen der Erwerbsstruktur anzusiedeln. Wie wir inzwischen aus der ehemaligen Sowjetunion wissen, führten 70 Jahre sozialistische Revolution zu einer 97prozentigen Berufstätigkeit der Frauen und einem bis zu 16stündigen Arbeitstag, wenn man die zweite Schicht zuhause und in den Schlangen vor den Lebensmittelläden dazurechnet. In der Ex-DDR war die ökonomische Lage nicht so schlecht, daher umfaßte der Arbeitstag der Frauen (mit Kindern) nurmehr etwa 2-4 Stunden Hausarbeit zusätzlich, und wieder sehen wir in großer Selbstverständlichkeit die Reproduktion des Patriarchats auf der politischen Bühne. Insofern kann die Forderung nach einer Frauenquote wirkungsvoll nur im Zusammenhang mit einer rigorosen täglichen Arbeitszeitverkürzung für alle auf dem Sektor der Erwerbsarbeit gestellt werden.

Das Hausfrauenproblem und der Gesellschaftsvertrag

Wenngleich die Anzahl derjenigen, die mit der Minderwertigkeit der Frauen und dem wohlverdienten Recht der Männer argumentieren, im Quotenabwehrkampf die Mehrzahl stellt, gibt es doch auch plötzliche Einsichten in die Kehrseite von Quotenrecht und männlicher Selbstbehauptung. Wenn nämlich Frauen in die bislang von Männern ganz oder hauptsächlich besetzten Räume ziehen, so ist das nicht nur ein Problem für die dort plötzlich in noch größerer Konkurrenz stehenden Männer und daher ungerecht gegen sie: Frauen kommen nicht aus dem Niemandsland, und so fehlen sie dann auch dort, wo sie herkamen. In den Worten eines FAZ-Kommentators: wir müssen die Entmenschlichung der Gesellschaft befürchten. Im Moment der Wendung, in Krisen und Brüchen erst werden die allzu gewohnten Strukturen erkennbar und aussprechbar. Frauen besetzen die Plätze, die im "Jeder gegen Jeden", in Konkurrenz und Profit, in Rationalisierung und Hetze noch gerade soviel Humanität garantieren, damit Überleben überhaupt möglich ist. Oder anders: Gesellschaft, so wie sie ist, kann nur auf der Grundlage von Frauenunterwerfung, d.h. Abschiebung von Notwendigem in mißachtete Bereiche, fortexistieren, will sie konkurrenzfähig bleiben. Damit das Ganze funktionieren kann, müssen unsichtbare Geister am Werk sein, die sich der Pflege und Wiederherstellung der Funktionstüchtigen und des Nachwuchses, der Ausgeschiedenen und sonstigen Lebendigen annehmen. Sie tun all die Arbeit, die nicht der herrschenden Zeitlogik von schneller und effektiver Arbeit entsprechen. Daher können sie am Herrschenden so wenig teilnehmen, wie sie als Gleiche anerkannt werden können. Kurz, die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution sind zwar Voraussetzung für die industrielle Entwicklung der gleichen Lohnarbeiter; in ihr Fundament unsichtbar eingelassen aber sind die zeitintensiv tätigen Reproduktionsarbeiterinnen, die ebenso überlebensnotwendig tätig sind, wie sie nicht dem herrschenden Arbeits- und Zeitmotiv entsprechen. Das ganze funktioniert wieder durch weibliche Vergesellschaftung und entsprechende verinnerlichte Werte und natürlich und vor allem dadurch, daß eine solche Existenz eines Bereiches, in dem nicht nach Profit, Berechnung, Kalkül geleistet wird, eine Art ständiger mit Sehnsucht besetzter Utopie auch für diejenigen ist, die dort nicht tätig sind. Sie sprechen es aus: Frauen sorgen doch für die Menschlichkeit der Gesellschaft. Unabhängig davon, wieviele Kosten dies für Frauen auf allen Ebenen mit sich bringt, ist die Klage, die Quote bedeute nicht nur Gewinn für Frauen, sondern vor allem auch Verlust für Männer und Gesellschaft, im Ganzen berechtigt.

Eine realistische Quotenpolitik braucht demnach nicht nur Regeln, Leitlinien, Vorschriften, wie Frauen ein Platz in männlich besetzten Domänen gewährt werden soll, sie braucht auch eine Strategie, wie die von Frauen bislang besetzten Plätze gesellschaftlich ausgefüllt werden sollen. Da wäre zum einen eine gleichzeitige Quote für Männer zu fordern, zu erstreiten, durch Regeln, Vorschriften und Leitlinien durchzusetzen. Zum Beispiel kein Erwerbsarbeitsplatz für Männer, wenn nicht zugleich Zeit und Engagement im Reproduktionsbereich, im Sozialen und Ökologischen garantiert wird. Daß dies nicht einfach als Strafe aufgefaßt wird, als eine Art Pflichtjahr oder als Dienstverpflichtung, durch die man hindurchmuß wie durch die Bundeswehr, macht eine öffentliche Diskussion über die nicht qua Erwerbsarbeit erledigten Arbeiten dringlich. Sie werden dabei zugleich ihrer wirklichen Bedeutung entsprechend als gesellschaftlich notwendig und sinnvoll artikulierbar. Und es sollte deutlich werden können, daß eine allgemeine Umverteilung, eine neue Gewichtung, eine andere Anordnung gesellschaftlicher Taten überlebensnotwendig dringend ist.

Wir könnten auch andersherum vorgehen. Statt mit der Auflistung und Aufwertung von Frauentätigkeiten oder ungetanen Arbeiten zu beginnen, die uns leicht in den Geruch bringen, Florence Nightingale einen Orden verleihen zu wollen oder den Muttertag zweimal im Jahr stattfinden zu lassen, stellen wir uns die Frage global

und offensiv. Was als Krise der Industriegesellschaft oder Wachstumsgesellschaft diskutiert und erfahren wird - strukturelle Arbeitslosigkeit, Erschöpfung von Ressourcen, Zerstörung und Vernichtung von Arten, das Ökologieproblem, die Verelendung der Dritten Welten - ist Folge eines Gesellschafts- und Zivilisationsmodells, in dem die Produktion um der Produktion und natürlich des Profites wegen sich alle anderen Bereiche unterworfen hat und zum herrschenden Regelprinzip geworden ist. In dieser Unterwerfung blieben auch die zeitintensiven Arbeiten und mit ihnen Frauen in den Nischen des gesellschaftlich zwar zum Überleben Notwendigen, aber ansonsten Irrelevanten hängen. Die über Quotenregelungen versuchte Herauslösung von Frauen aus vorheriger Unterordnung löst allerdings das gesellschaftliche Problem nicht, dessen Resultat diese Marginalisierung von Frauen ist. Im Gegenteil: eine weitere Verrohung und katastrophale Zuspitzung bisheriger Krisen wäre die alltäglich erfahrbare Folge. Ihr Donnerrollen ist zu vernehmen in Diskussionen um die Pflegeversicherung, Abbau des Sozialstaates überall, wo es ihn gab, Ringen mit der "fatalen Neigung" von Frauen, einer Erwerbsarbeit nachgehen zu wollen, und zunehmenden Sozialproblemen überall. Dieses genau zu berücksichtigen heißt nicht, ein Programm auszuarbeiten, wie Frauen darin bestärkt werden könnten, Heim und Herd, Haushalt, Kirche wieder stärker in den Mittelpunkt ihres Daseins zu rücken und, wenn möglich durch freiwillige Arbeiten in Naturschutz und Altenpflege anzureichern; es heißt vielmehr, einen neuen Gesellschafts- und Geschlechtervertrag anzustreben. Nicht Nachfrage und Angebot, nicht das Recht der Stärkeren, auch nicht die Entwicklung der Produktivkräfte, die, um sozial verträglich zu sein, mit stetem Wachstum der lokalen nationalen Wirtschaften rechnen müssen, sind ausreichende Triebkräfte, die das Ganze zum Wohle aller regeln könnten. Es geht um eine Neubestimmung und anschließende Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit, in die die Frauentätigkeiten selbstverständlich einbezogen sind. Es geht um eine Unterordnung der warenproduzierenden und konsumierenden Bereiche unter die der Organisation, Pflege und Schutz von Leben im umfassenden Sinn. Die Quotenpolitik bringt bei der Durchleuchtung des Widerstands, den sie hervorruft, nicht nur an den Tag, warum es überhaupt begründbaren Widerstand bei einer so lächerlich selbstverständlichen Forderung gibt. Sie stößt auch sehr schnell an die Risse und das morsche Gebälk in der jetzigen gesellschaftlichen Struktur. Indem eine einfache Quotierung der Erwerbsarbeitsplätze auch für Frauen gar nicht die Lösung für die anstehenden Probleme ist, wird der politische Kampf darum gerade über die Ablehnungen und Gegnerschaften in gesellschaftliche Bereiche vordringen, die zur Neuordnung anstehen. In dieser Weise ist die Quotenfrage die Frage nach dem Überleben von Menschheit und Erde.

Von ihrem Resultat her gedacht ist die Quotenfrage in dem genannten Sinn also im Grunde die Systemfrage. Sie setzt eine Revolution in den Bereichen der Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Kultur voraus. Die Quotierung unter Beibehaltung der herkömmlichen Strukturen ist demnach unmöglich. Solche Überlegungen sollten uns nicht hindern, auf allen Ebenen mit der Quotenpolitik zu beginnen, weil es keine andere Möglichkeit einer humanen Veränderung der Gesellschaft gibt. Ich würde diese Politik in paradoxen Feldern feministische Realpolitik nennen - real, weil sie mit kleinen Schritten heute und sofort beginnt; feministisch, weil sie den umfassenden Standpunkt einer Neuorganisation von Gesellschaft, in der auch Frauen aufrecht leben können, zur Perspektive hat. Die Quote ist mithin Teil des Weges, nicht das Ziel.

Literaturverzeichnis:

Adam, Konrad, 1988: "Genosse Trend", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.

Bourdieu, Pierre, 1991: Die Intellektuellen und die Macht. Hrg. v. Irene Dölling. Hamburg, 67-100

Gilligan, Carol, 1984: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München (In A Different Voice, Cambridge/Mass. 1982)

Harding, Sandra, 1990: Feministische Wissenschaftstheorie. Hamburg

Haug, F., 1990: "Die Moral ist zweigeschlechtlich wie der Mensch", in: dies., Erinnerungsarbeit. Hamburg, 90-130

dies., 1990a: Zur politischen Ökonomie der Frauenquote. In: Das Argument, 32. Jg., Nr. 181, 343-354

Haug, Frigga, und Eva Wollmann (Hg.), 1993: Hat die Leistung ein Geschlecht? Erfahrungen von Frauen (Argument Sonderband Neue Folge AS 219). Hamburg

dies., 1989: "Weniger ist zuviel. Gleichstellungskämpfe in der BRD", in: Frauen, Macht, Politik. Zerreißproben um Emanzipation und Quotierung. Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie. Opladen

Held, Virginia, 1993: "Vernünftiger Fortschritt und Selbstachtung", in: Rössler (Hg.), 176-192 ("Reasonable Progress and Self-Respect", Monist 57, 12-27)

List, Elisabeth, 1993: Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik. Frankfurt/M

Kohlberg, Lawrence, 1981/84: Essays on moral development. Vol. 1: The philosophy of moral development. Vol 2: The psychology of moral development. San Francisco

Raasch, Sibylle, 1989: "Rechtsweg ausgeschlossen? Läßt sich die Befreiung der Frau durch Gesetze erstreiten?" In: Frauen, Macht, Politik. Zerreißproben um Emanzipation und Quotierung. Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie. Opladen

Rössler, Beate (Hg.), 1993: Quotierung und Gerechtigkeit. Eine moralphilosophische Kontroverse. Frankfurt/M

Thomson, Judith Jarvis, 1973: "Preferential Hiring", in: Philosophy and Public Affairs, 2, 364-384 (dt.: "Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt", in: Rössler (Hg.) 1993, 29-48

Nagel, Thomas, 1993: "Bevorzugung gegen Benachteiligung" (engl. 1973), in: Rössler (Hg.), 58-73

O'Neill, Onora, 1976: "How do we know when opportunities are equal", in: C.Gould, M.Wartofsky (Hg.), Women and Philosophy, New York (dt.: "Wie wissen wir, wann Chancen gleich sind?", in: Rössler [Hg.] 1993, 144-157)

dies., 1985: "Between Consenting Adults", in: Philosophy and Public Affairs 14, 3 (dt.: "Einverständnis und Verletzbarkeit", in: H. Nagl-Docekal, H. Pauer-Studer [Hg.], Jenseits der Geschlechtermoral, Frankfurt/M 1993, 335-367)

Newton, Lisa, 1973: "Reverse Discrimination as Unjustified", Ethics 83, 308-312 (dt.: "Warum umgekehrte Diskriminierung ungerechtfertigt ist", in: Rössler [Hg.] 1993, 96-103)

Rachels, James, 1978: "What People Deserve", in: J.Arthur, W.H.Shaw, Justice and Economic Distribution, Engelwood Cliffs, 150-163 (dt.: "Was Menschen verdienen", in: Rössler [Hg.] 1993, 158-175

Anmerkungen:

1) Kinder, Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert", - dies war eine der Losungen, mit der Mitte der siebziger Jahre unsere Frauengruppe am 1. Mai zu demonstrieren pflegte.

2) Judith Jarvis Thomson vom MIT in Cambridge/Mass. über Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt" (1973).

3) Thomas Nagel von der NEW York University (1973).

4) James Rachels von der University of Alabama (1978).

5) Lisa Newton von der Fairfield University (1973): Unter Berufung auf Aristoteles möchte sie das Recht der Gleichen unter Ungleichen - in Reichtum und Begabung - schützen und sieht dieses kostbare Gut in jedem Fall gefährdet, ja zerstört, gleichgültig, ob Frauen und Schwarze bevorzugt oder diskriminiert werden.

6) Virginia Held vom Cuny Center, New York.

7) Ende August 1994 berichtete eine Kommentator in den Nachrichten voll Zorn über die verlorene Meisterschaft, daß man hätte messen können, daß die duetschen Fußballer teilweise nur 75% ihrer Leistungsfähigkeit bei den letzten Spielen genutzt hätten. Die Nation hätte 100% von ihnen verlangt, wenn es schon der eigene Geldbeutel nicht tat.

8) Ich benutze den Terminus Zivilgesellschaft im Sinne von Gramscis societá civile. Gemeint ist jener Raum der politisch-ethischen Gesellschaft, in der weder mit militärischer Gewalt noch mit ökonomisch strukturellen Zwängen allein regiert wird, sondern Zustimmung der Regierten organisiert werden muß. Die zivilgesellschaftliche Ebene ist ebenfalls jene, auf der hier um Quotierung gestritten wird.

9) Vgl. Kohlberg (1981/84; kritisch dazu Gilligan (1984) und F. Haug (1990)

13. Sex, Geld, Gewalt und Sport. Eine feministische Analyse des O.J. Simpson-Prozesses

Eine feministische Analyse des O.J.Simpson-Prozesses - von Frances Olsen

Autor: Frances Olsen · Rubrik: Frauen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:07

Für einen Vortrag (1) über einen brutalen Doppelmord und das Gerichtsverfahren gegen den mutmaßlichen Täter mag es seltsam erscheinen, den Titel mit dem Wort "Sex" zu beginnen. Und doch ist Sex für das Verbrechen und für die öffentliche Wahrnehmung des Prozesses gegen O.J. Simpson von entscheidender Bedeutung. Vieles, worauf es in dem Mordprozeß ankommt, berührt die Einstellung der Gesellschaft gegenüber Sex.

Heute vor genau einem Jahr [13.6.1994; Ü.], fand die Polizei zwei tote Körper in dem ansonsten ruhigen und wohlhabenden Stadtteil Brentwood, Los Angeles. Eine große Zahl von Fernsehreportern war zugegen; zum einen, weil Brentwood kein Ort ist, an dem oft ein Mord vorkommt und zum anderen, weil eines der Opfer die bezaubernde Ex-Ehefrau des früheren Footballstars O.J. Simpson war. Nach der Theorie der Staatsanwaltschaft hatte Nicole Brown-Simpson beschlossen, sich vollständig und für immer von ihrem Ex-Ehemann zu trennen. Dieser wußte um ihre Entscheidung, akzeptierte sie jedoch nicht und brachte sie - in einem letzten Akt der Kontrolle - brutal um. Das zweite Opfer, Ronald Goldman, wollte nur kurz am Haus der Ex-Ehefrau halten, um eine Brille abzugeben. Browns Mutter hatte die Brille in einem nahegelegenem Restaurant, in dem der junge Mann arbeitete, liegen gelassen. Als er eintraf, wurde der Mord an Nicole gerade verübt oder war gerade geschehen, und - laut Theorie der Staatsanwaltschaft - der Mörder tötete Ronald Goldman entweder, um ihn daran zu hindern, sofort Alarm zu schlagen oder einfach in einer ziemlich sinnlosen Fortsetzung von Brutalität und Gewalt.

Der Verdacht fiel aus zwei Gründen ziemlich schnell auf Simpson: Zum einen, weil die meisten ermordeten Frauen von ihren gegenwärtigen oder früheren Ehemännern, Freunden oder Möchtegern-Freunden ermordet werden, zum anderen, weil der Polizei Berichte vorlagen, wonach er seine Frau bereits früher geschlagen und mißhandelt hatte. Darüber hinaus war ein blutiger Handschuh, der zu jenem am Tatort gefundenen, blutigen Handschuh paßte, im Garten von O.J. Simpson entdeckt worden, sowie weitere Blutspuren am Türgriff seines Autos und auf seiner Garagenauffahrt.

Die besondere Brutalität des Mordes war ein weiterer Grund für die Polizei anzunehmen, daß das Verbrechen etwas mit sexueller Leidenschaft zu tun habe. Mit anderen Worten: Je brutaler ein Mord, desto wahrscheinlicher ist es, daß Sex etwas damit zu tun haben könnte. Wenn ich mir The Ballad of Reading Goal von Oscar Wilde in Erinnerung rufe, dann gibt es dort eine Zeile, die in etwa so lautet: "Wir töten immer die Dinge, die wir lieben". Ich frage mich, ob zu dieser Dramatik beiträgt, daß man die Person, die man liebt, als eine Sache betrachtet. Es gibt eine Behauptung - allerdings noch nicht durch Eid bezeugt - wonach auf der Beerdigung von Nicole Brown-Simpson ihr Ex-Ehemann an den Sarg herangetreten sei und, so als wenn er zu seiner toten Ex-Ehefrau spräche, gesagt haben soll: "Es tut mir leid! Es tut mir leid! Ich habe Dich zu sehr geliebt." Im Moment interessiert mich nicht so sehr, ob er dies tatsächlich gesagt hat oder nicht, sehr wohl aber die Reaktion der Leute, die solch eine Behauptung hören. Für viele ist es eine Dummheit, so etwas laut zu sagen - aber eben auch eine plausible Erklärung für das Motiv. Wir mögen von einem brutalen Mord erschreckt sein und wir mögen Liebe nicht für einen guten Grund halten, einen Mord zu begehen, aber es ist eine nachvollziehbare Erklärung. Es ist eine Geschichte, die uns einleuchtet.

Hautfarbe schwarz

Einige weiße Rassisten finden es naheliegend, daß O.J. Simpson, ein kräftiger Schwarzer, Nicole Brown, seine blonde, weiße Ex-Ehefrau und Ronald Goldmann, einen jungen Weißen, ermordet hat. Einige wenige mögen sogar meinen, daß sie es provoziert habe, indem sie ihn heiratete oder daß sie sich durch die Beziehung selbst kompromittiert habe, weil die zwei gemeinsamen Kinder in unserem rassistischen Klassifizierungssystem als Schwarze gelten. Die meisten Amerikaner würden solche Behauptungen nicht aufstellen, mit Sicherheit nicht laut. Aber es gibt nach wie vor Rassismus in Amerika, und er stellt insbesondere in Situationen ein Problem dar, in denen Sex eine Rolle spielt. Sex und Rassismus verflechten sich miteinander und verstärken sich gegenseitig.

Rassistische Gewalttätigkeit von Weißen gegen Schwarze in den Vereinigten Staaten steht historisch mit sexueller Eifersucht im Zusammenhang. Der Mob lynchte schwarze Männer und versuchte oft, die Lynchjustiz damit zu rechtfertigen, weiße Frauen im allgemeinen oder eine ganz bestimmte weiße Frau vor der vermeintlich unkontrollierten Sexualität der Schwarzen zu schützen. Wenn Simpson eines Verbrechens, das er nicht begangen hat, für schuldig erklärt werden sollte, weil er schwarz ist, dann wäre dies eine schwerwiegende Niederlage für alle Leute guten Willens. Es wäre nicht das erste Mal, daß dies in den Vereinigten Staaten geschehen würde.

Viele Amerikaner halten es für schwer vorstellbar, daß O.J. Simpson, ein beliebter Sportheld, möglicherweise einen brutalen Mord ausgeführt hat. Leute, die man kennt, gehen nicht los, um einen anderen zu ermorden. Umfragen und Erhebungen, die in den Wochen nach dem Mord durchgeführt wurden, zeigen, daß die meisten weißen Amerikaner dazu tendierten, Simpson für schuldig zu halten. Unter schwarzen Amerikanern war die Unschuldsannahme gegenüber Simpson beträchtlich größer.

Der Prozeß gegen O. J. Simpson hat viel mit Sex und auch mit race zu tun. Gegen einen Mann wird wegen Mordes an einer Frau verhandelt, die wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit getötet wurde und nebenbei noch wegen Mordes an einem anderen Mann. Außerdem hat der Angeklagte in den vergangenen Jahren Gewalttätigkeiten gegen das Opfer begangen - beschönigend als "häusliche Gewalt" bezeichnet.

Die Polizei war nach einer Mißhandlung zu dem Haus gerufen worden. Diese Mißhandlung war brutal genug war, um O.J. Simpson, der geständig war, in Haft zu nehmen. Nicole Browns Schwester bestritt gegenüber der Presse, daß ihre verstorbene Schwester mißhandelt worden sei. Dies illustriert die Abneigung von Frauen, Mißhandlungen wahrzunehmen und vielleicht auch die spezifische Abneigung, sich mit der Gruppe mißhandelter oder geschlagener Frauen zu identifizieren. Innerhalb weniger Wochen wurde dies der Schwester der Verstorbenen klar. Sie gestand sich selbst und anderen gegenüber ein, daß Nicole Brown mißhandelt worden war und sie wurde eine entschiedene Kämpferin gegen Gewalt in der Familie. In der Gerichtsverhandlung bezeugte sie unter Eid verschiedene besonders schwere Fälle von Mißhandlungen während ihrer Anwesenheit. Schließlich wurde eine Geschworene während des Prozesses entlassen, als herauskam, daß sie dasselbe getan hatte - nämlich bei der Geschworenenbefragung zu verschweigen, daß sie selber das Opfer von Gewalt in der Familie gewesen war. Gegen einen männlichen Geschworenen läuft gegenwärtig ebenfalls eine Untersuchung, weil er seine Frau und eine weitere Frau mißhandelt haben soll - aber nichts ist bisher geschehen.

Das Bekanntwerden der ehelichen Mißhandlungen Nicole Browns hatte bedeutende Auswirkungen auf die öffentliche Meinung über die Morde und den Prozeß. Zu einem gewissen Grade steht in dem Prozeß die Meinung über mißhandelte Frauen auf dem Spiel. Die öffentliche Erkenntnis, daß die zauberhafte Ehefrau eines reichen und berühmten Mannes das Opfer wiederholter ehelicher Gewalt werden konnte, räumte mit der Vorstellung auf, daß nur arme Leute ihre Frauen mißhandeln und daß nur masochistisch veranlagte oder verängstigte Frauen sich mißhandeln lassen. Ins öffentliche Bewußtsein rückte außerdem eine Antwort auf die Frage, die häufig im Hinblick auf mißhandelte Frauen gestellt wird: "Warum gehen sie nicht weg?" In dem Moment, in dem sie die Trennung vollziehen, werden sie getötet. Statistiken zeigen, daß die gefährlichste Zeit für eine Frau, die in einer Beziehung mit einem gewalttätigen Mann lebt, dann gekommen ist, wenn er erfährt, daß sie ihn wirklich verlassen will.

Frauenhäuser haben einen steilen Anstieg der Zahl von Frauen gemeldet, die dort um Schutz nachsuchen. Sie führen diesen Anstieg sowohl auf die verbesserte Fähigkeit der Frauen zurück, Muster von Mißhandlungen zu erkennen, als auch auf die größere Einsicht gegenüber den möglicherweise tödlichen Konsequenzen von ehelicher Gewalt. Manchen Frauen machte der Mord an Nicole Brown die Gefahr bewußt, die ihre früheren Ehemänner bzw. Partner für sie darstellen. Einige Frauen berichteten von einer besonderen Art der Drohung durch ihre Männer: "Ich werde Dich OJ-en." ["I will O.J. you."] Viele dieser Frauen befürchten, daß die Bemühungen, eheliche Gewalt zu bekämpfen, zurückgeworfen werden, falls Simpson freigesprochen wird.

Selbstverständlich würde ein Freispruch keinen solchen Effekt haben, wenn am Ende der Beweisaufnahme offenkundig ist, daß Simpson die Morde nicht begangen hat. Die Sorge geht dahin, daß er freigesprochen werden könnte, obwohl klare Anzeichen für seine Täterschaft vorliegen.

Geld

O.J. Simpson ist bzw. war außergewöhnlich reich. Mit Sport läßt sich das "große Geld" verdienen. Dies gilt für die Besitzer [der Profi-Clubs; Ü.], die Werbefachleute und die Medien, aber auch für eine relativ kleine Zahl von Sportlern. Nachdem er aufgehört hatte, football zu spielen, hat Simpson viel Geld verdient, indem er seinen Namen für Produkte hergab und im kommerziellen Fernsehen auftrat.

Geld spielt im Simpson-Fall eine zentrale Rolle. Für gewöhnlich sind die Angeklagten im Nachteil, weil der Staatsanwaltschaft mehr Geld zur Verfügung steht und weil Staatsanwälte besser bezahlt werden als Pflichtverteidiger. Außerdem haben Staatsanwälte die Hilfsmittel des Polizeiapparates zu ihrer Verfügung, um den Fall zu untersuchen.

In diesem Fall jedoch arbeitet das Geld zu Gunsten der Verteidigung. Simpson steht eine Phalanx von Strafverteidigern, darunter einige DNA-Spezialisten, zur Seite. Er hat auch einen bekannten Strafverteidiger für Berufungsfälle, dessen gegenwärtige Rolle darin zu bestehen scheint, Revisionsgründe im Prozeß zu provozieren. So, wie in einem normalen Fall die Staatsanwaltschaft die Verteidigung finanziell übertreffen und erschöpfen kann, ist es im Simpson-Prozeß die Verteidigung, die versucht, die Staatsanwaltschaft finanziell zu übertreffen und zu erschöpfen. Schon wenige Wochen nach Beginn des Prozesses wurde einer der Anklagevertreter mit Blaulicht ins Krankenhaus eingeliefert und mußte aus dem Prozeß genommen werden.

Das Geld und das Aufsehen, das der Fall erregt hat, haben Zeugen produziert, sowohl sachverständige Zeugen als auch viele Zeugen der Verteidigung, die ausschließlich dazu dienen sollen, bei den Geschworenen begründete Zweifel zu wecken. Gleich zu Beginn des Prozesses wurde von Leuten, die sich für Simpsons Verteidigung einsetzen, eine sogenannte 800er Nummer geschaltet (eine Telefonnummer, die man gebührenfrei von überall anrufen kann), und die Bevölkerung wurde aufgefordert, Tips zu geben. Es wurde eine sehr hohe Belohnung für jeden ausgesetzt, der Informationen liefert, die zur Festnahme und Verhaftung eines Verantwortlichen für die Morde führen. Wie vorauszusehen war, führte dies zu einer Vielzahl von "Zeugen", von denen einige ganz und gar unzuverlässig waren, andere aber möglicherweise helfen können, einen "begründeten Zweifel" zu wecken. Die Staatsanwaltschaft muß die Schuld "frei von begründetem Zweifel" beweisen.

O.J. Simpsons Geld ermöglicht der Verteidigung, gut bezahlte Geschworenen-Experten zu verpflichten, die mit größerer Genauigkeit als die Anwälte erkennen können, wer von den Geschworenen eher zur Staatsanwaltschaft und wer mehr zur Verteidigung hin tendiert.

Es ist ein Allgemeinplatz, daß Staatsanwaltschaft und Verteidigung versuchen, die schlüssigere, glaubwürdigere Darstellung dessen zu präsentieren, was sich in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni abgespielt hat. Worauf ich hinaus möchte, ist die Frage, was eine Geschichte glaubhaft und überzeugend macht. Die Version der Verteidigung von polizeilichen Verfehlungen und dem rechtswidrigen "Unterschieben" von Beweisen durch eine rassistische Polizei wäre früher nicht geglaubt worden. Angesichts der allseits bekannten Lügen der weißen Polizei, die den Schwarzen Rodney King vor laufender Videokamera geschlagen hat, und der Art und Weise, wie das Landgericht mit diesem Fall umgegangen ist, mag diese Darstellung der Verteidigung heute glaubhaft erscheinen.

Die Ironie ist allerdings, daß der Sportheld Simpson mit einer ganzen Reihe von Polizisten befreundet und bei den meisten anderen beliebt war. Die weiße Polizei schien ihn zu mögen. Offenkundig war es ihm verschiedene Male gelungen, der Polizei auszureden, ihn zu verhaften, als sie wegen Gewalttätigkeiten gegen Nicole Brown bei ihm zu Hause erschienen war. Er wurde ein einziges Mal wegen Mißhandlungen seiner Ehefrau in Haft genommen, nachdem Frauenrechtlerinnen erfolgreich eine Gesetzesänderung durchgesetzt hatten. Dadurch war die rechtliche Möglichkeit der Polizei, in bestimmten Fällen von Gewalt in der Familie von einer Festnahme absehen zu können, aufgehoben worden. Aber selbst dann noch entließ die Polizei ihn wieder und verlangte von ihm lediglich, sich am nächsten Tag auf der Polizeistation zu melden.

Simpsons freundlicher Umgang mit der Polizei ermöglichte ihm letztes Jahr die Flucht, die schließlich mit der sogenannten low-speed car chase ["Langsamkeits-Autoverfolgungsjagd"] endete. Als die Polizei nach wenigen Tagen entschied, Simpson in Haft zu nehmen, erlaubte sie seinem Rechtsanwalt, ihn in das Gefängnis zu begleiten. Dies ist bei sogenannten white-collar-Verbrechen allgemein üblich und bei berühmten Persönlichkeiten nicht ungewöhnlich. Anstatt diese Angelegenheit rasch zu erledigen, zögerte der Anwalt sie solange er konnte hinaus, um dann einzuräumen, daß sein Mandant geflohen war. Für einige Stunden hatte

die Polizei offenkundig keine Ahnung, wo Simpson sich aufhielt. Peinlicherweise hatte ein dienstfrei habender Polizist ihm geholfen, seinen ersten Unterschlupf zu finden. Nach dem Begräbnis, dem Simpson beigewohnt hatte, begab er sich mit Freunden und einem Anwalt an einen Ort, der der Polizei und den Medien unbekannt war. Die Polizei konnte nur telefonisch über seinen Anwalt mit ihm Kontakt aufnehmen. Die lange low-speed chase, die begann, als der Wagen mit Simpson und einem Freund schließlich entdeckt wurde, war live auf allen Fernsehkanälen zu sehen und wurde von Millionen von Zuschauern verfolgt. Dabei wurde eine breite öffentliche Unterstützung für Simpson deutlich. Dies stand in deutlichem Gegensatz zu der Behandlung der meisten anderen schwarzen Bürger von Los Angeles, insbesondere z.B. zu der des Rodney King, der von der Polizei geschlagen wurde, weil er mit dem Auto geflohen war.

Verhaltensmuster

Verhaltensmuster, die bei Konflikten armer und mißhandelter Leute zu beobachten sind, werden oft sehr wirkungsvoll von den Reichen und Mächtigen eingesetzt. Sie verfügen über die Geldmittel, um Zeugen aufzubieten, durch deren Aussagen ihnen das bekannte Verhaltensmuster angehängt wird. Oftmals erscheinen sie dann viel glaubwürdiger als wirkliche Opfer. Rodney King z.B. hört nicht auf, dumme Sachen zu machen, die die öffentliche Unterstützung für ihn unterminieren.

Die Menendez-Brüder, die ihre Eltern töteten, waren in der Lage, die Verhaltensmuster bei Mißhandlungen viel wirkungsvoller zu benutzen, als die meisten Frauen und Kinder, die mißhandelt werden. Indem sie den Zugriff auf das Vermögen ihrer Eltern gewannen, waren sie in der Lage, sehr fähige Anwälte und zahlreiche Sachverständige einzuschalten. Diese waren bereit, ihre an sich nicht überzeugende Behauptung zu erhärten, ihr Vater habe sie derart mißhandelt, daß ihre Tat als Notwehr zu entschuldigen sei. Auch wenn es nicht zu einem Freispruch kam, endete der Prozeß aber doch mit einer "hung jury" [eine Jury, die sich nicht zu einem einstimmigen Urteil entschließen kann; Ü.] für beide Angeklagten.

Es ist eine Ironie, daß die Verteidigung in vielen Fällen versagt, in denen Frauen und Kinder zurückgeschlagen haben gegen die Männer, die sie unbestritten wiederholt mißhandelt haben - aber andererseits mit massiver finanzieller Unterstützung in einem Fall relativ erfolgreich war, in dem es mehr Zweifel daran gibt, ob die behauptete Mißhandlung wirklich stattgefunden hat. Außerdem hatten die Menendez-Brüder viel mehr Ausweichmöglichkeiten als jede der mißhandelten TotschlägerInnen, die jetzt zu Hunderten lange Freiheitsstrafen absitzen. Vielleicht konnten die Menendez-Brüder deshalb den Fall vor Gericht so überzeugend durchstehen, weil sie keinen psychologischen Schaden von der Art erlitten haben, der so viele Mißhandlungsopfer in den Augen der Öffentlichkeit abstoßend und unglaubwürdig macht.

Rollenspiele

Die Verteidigung versucht, die Anklage als eine übereilte Fehlentscheidung darzustellen, wobei Simpson hauptsächlich wegen seiner Rasse angeklagt werde. Dagegen versucht die Staatsanwaltschaft, Sex und nicht Rasse in den Vordergrund zu stellen. Natürlich ist dies ein bißchen heikel, weil Mißhandlungen von Frauen noch immer nicht so ernst genommen werden, wie es sein müßte. Bei einigen Frauen besteht immer noch die Sorge, daß die Verteidigung auf jene in Vergewaltigungsfällen übliche Strategie verfällt, das Opfer zu verunglimpfen. Dies ist allerdings eine sehr viel riskantere Strategie, wenn das Opfer brutal ermordet als wenn es vergewaltigt wurde.

Es könnte wirkungsvoller sein, stellvertretend für Nicole Brown irgendeine andere Frau zu verunglimpfen. Die drei in Frage kommenden Personen sind die Staatsanwältin, Nicoles Schwester und ihre angebliche Freundin Faye Resnick. Die Hautfarbe spielt wieder eine komplexe Rolle. Einer weißen Frau wird oft mehr Glaubwürdigkeit entgegengebracht als einer schwarzen Frau. Aber es gibt auch Beispiele von weißen Frauen, die schwarze Männer in Schwierigkeiten gebracht haben. Der Lynchjustiz-Mob bestand überwiegend aus Männern und nicht aus Frauen und hat - wie ich bereits erwähnt habe - oft versucht, die Lynchjustiz damit zu rechtfertigen, weiße Frauen zu beschützen. Manche schwarze Frauen ärgern sich über erfolgreiche schwarze Männer, die schwarze Frauen zurückweisen, um weiße Frauen zu heiraten. Aber viele sind auch der Meinung, daß, wenn ein schwarzer Mann etwas mit einer weißen Frau anfängt und dann in Schwierigkeiten gerät, dies irgendwie Schuld der weißen Frau sei. Manche glauben, daß dies der Grund sei, warum die Anklage O.J. Simpsons erste Frau vorladen möchte, die eine Schwarze ist und angeblich ebenfalls von ihm mißhandelt wurde.

Nicht selten werden die Anwälte als "Stellvertreter" der Prozeßbeteiligten, die während der Verhandlung schweigen, angesehen. In vielerlei Hinsicht wird der Verteidiger Johnny Cochran als eine Art Stellvertreter von O.J. Simpson gesehen und Staatsanwältin Marcia Clark als "stand-in" für Nicole Brown. Daher rückt das Verhalten der Anwälte in den Vordergrund. An einer Stelle des Prozesses beschuldigte Johnny Cochran, der schwarze Chefverteidiger, Marcia Clark, daß sie wahrheitswidrig behauptet habe, sich um ihr Kind kümmern zu müssen, nur um zu verhindern, daß die Zeugenvernehmung bis in den Abend hinein fortgesetzt werde. Zwischenzeitlich traten Cochrans Ex-Ehefrau und seine Ex-Freundin im Fernsehen auf und wiesen auf Gewalt gegen Frauen und Kindesvernachlässigung durch Cochran hin. Dieselbe Ex-Freundin zitierte Johnny Cochran: "Gebt mir einen schwarzen Geschworenen und ich erreiche eine ‚hung-jury`".

Die Rolle der Anwälte als "Stellvertreter" steigert auch die Aufmerksamkeit, die dem Modegeschmack von Marcia Clark, ihren Frisuren und dem Streit mit ihrem Ex-Ehemann über das Sorgerecht für ihr Kind entgegengebracht wird. Einige dieser Punkte dienen nur dazu, Frauen zu trivialisieren und zum Objekt zu machen, aber Clark wird eben auch stellvertretend für die Verstorbene - und vielleicht für alle Frauen - beurteilt. Der Simpson Prozeß kann durch und durch nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten analysiert werden. Die Staatsanwaltschaft, die Verteidigung, die Medien und Kommentatoren greifen alle auf Standardbilder der Beziehungen zwischen Mann und Frau zurück, um das Verhalten derer zu verstehen und zu erklären, um die es in diesem Prozeß geht. Der Prozeß erweitert auch das Repertoire an Szenarien, die der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen, um ihre eigenen Erfahrungen und die anderer Leute zu begreifen.

In dieser Hinsicht ist der Prozeß zu einer Arena für den kulturellen Kampf um die Bedeutung von Männer- und Frauenrollen geworden. Staatsanwaltschaft und Verteidigung versuchen, die Akteure in Stereotypen und in die etablierten sozialen Rollen zu drängen oder kämpfen darum, sie aus diesen etablierten Rollen herauszuhalten. Ein bedeutender Teil der riesigen Geldsummen, die in dem Simpson-Prozeß ausgegeben werden, fließt direkt oder indirekt in diese Bemühungen. Auf diese Weise spielen Sex und Geld in diesem Fall eine wichtige, zueinander in Beziehung stehende Rolle.

Gewalt

Die Rolle der Gewalt ist noch offenkundiger als die Rolle von Sex und Geld. Die Morde selber waren gewalttätig. Der Prozeß ist ebenfalls verflochten mit Gewalt und besonders mit Herrschaft und Kontrolle. Die Theorie der Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß O.J. Simpson ein Mensch ist, der ständig Kontrolle ausübt und der Gewalt anwendete, um Nicole Brown zu dominieren - mit ihrer Ermordung als letztem, endgültigem Akt der Kontrolle.

Die Gewalttätigkeit, mit der die Morde durchgeführt wurden, ist offensichtlich größer als zunächst angenommen. Die Beweisaufnahme deutet daraufhin, daß Nicole Brown erstochen und brutal zu Boden geschlagen wurde, dann wurde Ronald Goldman überrumpelt und nach einem kurzem aber heftigen Kampf erstochen; jetzt wandte sich der Mörder wieder Nicole Brown zu, zerrte ihren Körper an den Haaren herbei und schnitt ihr die Kehle durch.

Es ist noch nicht so viele Jahre her, daß der vermeintliche Mord an einer Weißen durch einen Schwarzen zu Gewalttätigkeiten durch den Mob geführt hätte. Noch früher hätte jeder Mord zu individueller Rache führen können. Nach traditionellem Rechtsverständnis wird von einem Prozeß erwartet, einer solchen Gewalt ein Ende zu setzen. Das Gesetz wird als die gewaltlose Alternative zu Blutfehde und Racheorgien gewertet. In diesem Sinne steht der Prozeß in diametralem Gegensatz zur Gewalt. So einfach ist es aber wiederum auch nicht. Macht und Herrschaft sind in dem Prozeß sehr gegenwärtig. Johnny Cochran wird vielfach wegen seiner Fähigkeit, den Gerichtssaal zu dominieren, als Anwalt gelobt. Viele Leute glauben, daß das Ergebnis des Prozesses das Niveau der Gewalttätigkeit beeinflussen könnte. Ein Freispruch könnte Gewalt rechtfertigen und Männer weiterhin dazu ermutigen.

Gewalt ist von zentraler Bedeutung für diesen Fall - zum Teil in offenkundiger Weise, zum Teil in weniger offenkundiger Weise. Es ist bemerkenswert, daß O.J. Simpson nicht als kriminell, verrückt oder sonstwie von der Norm abweichend behandelt wird. Wenn er verurteilt werden sollte, würde er als normaler Mann gelten, der außergewöhnlich eifersüchtig war und tat, was viele eifersüchtige Männer in ihrer Phantasie tun. O.J.Simpson hat viele Dinge gemacht, die andere Männer nur in ihrer Phantasie tun.

Das kann bedeutende Auswirkungen auf den "Kulturkodex" haben. Wie wird Wahrheit innerhalb der Gesellschaft begriffen oder konstruiert? Anwälte, Reporter usw. arbeiten alle innerhalb der Grenzen bekannter früherer Fälle. Ein wichtiges Ziel für Feministinnen bzw. die Hoffnung vieler Feministinnen ist, daß Gewalt begreifbar gemacht wird, ohne daß sie zugleich entschuldbar erscheint. Sexuell motivierte Gewalt gegen Frauen ist u.a. deshalb so schrecklich, weil die Gesellschaft viel Energie darauf verwendet, die Allgegenwart solcher Gewalt zu leugnen. Ein konservativer Aspekt des Strafrechts ist seine Tendenz, Verbrechen zu individualisieren und als anomal zu stigmatisieren, anstatt sie wirkungsvoll zu stoppen.

Sex und Gewalt sind auf sehr beunruhigende Weise miteinander verbunden. Für viele Leute hat Gewalt etwas Erotisches. Es gibt eine zunehmende Tendenz, über Sex, der nichts mit Gewalt zu tun hat, verächtlich als vanilla sex zu sprechen. Herrschaft und Unterordnung, die enge Verwandte der Gewalt sind, werden erotisiert. Vergewaltigung z.B. geschieht im Grenzbereich zwischen Sex und Gewalt. Feministinnen haben verschiedentlich betont, daß Vergewaltigung Gewalt sei und nicht Sex, aber zweifellos kann es auch eine Form von Sex ebenso wie von Gewalt sein.

Sport

Schließlich hat der Fall - entsprechend der Theorie der Staatsanwaltschaft - jede Menge mit Sport zu tun. Auch wenn die Vereinigten Staaten keine Gewalt von der Art der Fußball-Fans in Europa kennen, können unsere football-Massen sehr gewalttätig werden. Mehr noch - die Gewalttätigkeit von Sportlerpersönlichkeiten selbst ist bemerkenswert. College-Sportmannschaften bekommen an vielen Universitäten grünes Licht für Randale. Vor wenigen Jahren wurde der Boxer Mike Tyson wegen Vergewaltigung verurteilt. Wie Tyson wurde Simpson zu seiner Gewalttätigkeit veranlaßt durch die informelle Billigung und die unwirksamen Sanktionen des Rechtssystems. O.J. Simpsons Fluchtversuch war ein Spektakel und eine Form von Sport.

Die Verbindung zwischen Sport und Gewalt wird zunehmend sichtbar und erkennbar. Überall in Europa beobachten wir das Phänomen der Hooligans, die die Spiele dazu benutzen, Krawalle zu veranstalten. In dieser Hinsicht sind Sport und Gewalt enger mit Männern als mit Frauen verknüpft. Es gibt eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Bedeutung des Sports: Eine Sichtweise bezieht den Frauensport selbstverständlich mit ein, während andere Einschätzungen im Sport einen männer-dominierten und mit Gewalt verbundenen Bereich sehen. Natürlich sind Frauen oft die Opfer von sportbezogener Gewalt. Hinzuweisen ist z.B. auf das Niederstechen der Tennisspielerin Monica Seles und auf den Versuch der Eiskunstläuferin Tonya Harding bzw. ihrer Helfer, ihre Konkurrentin Nancy Karrigan zum Krüppel zu schlagen.

In gewisser Hinsicht bekommt Gewalt eine zunehmende Bedeutung im Sport. In den USA scheinen die Medien Gewalt zu verurteilen, die sich während der Wettkämpfe ereignet. Gleichwohl berichten sie gierig darüber. Die Reporter müssen ein Kichern unterdrücken, wenn sie sagen: "Nun sehen Sie sich bloß diese schreckliche Gewalt an, pfui, pfui." Gewalt im Sport setzt sich für die Medien in Geld um und durch die Medienaufmerksamkeit in Geld für die Beteiligten der Gewalttätigkeiten, z.B. in Form von höheren Gehältern und höheren Einnahmen aus Werbeverträgen.

Das Gericht scheint der Ansicht zu sein, daß der Sport eine zentrale Rolle in der amerikanischen Kultur einnimmt. Den Geschworenen im Simpson-Prozeß, die abgesondert sind und im allgemeinen kein Fernsehen sehen dürfen, wurde erlaubt, sich den superbowl anzuschauen (ob sie wollten oder nicht). Die Bedeutung des organisierten Sports wird dadurch unterstrichen, daß die Gerichtsverhandlung zeitweilig ausgesetzt wurde, um den Verteidigern und anderen Prozeßbeteiligten zu ermöglichen, an der Beerdigung eines berühmten Sportlers teilzunehmen.

Während viele Frauen den Prozeß dahingehend begreifen, daß über die Mißhandlungen von Frauen geurteilt wird, betrachten viele Männer ihn als eine Art Sport. Die Rechtsanwälte ähneln Gladiatoren, die in einem Turnier zu Gunsten irgend jemandes kämpfen. Der Sieger des Turniers setzt den Streitwert des verhandelten Falles fest. Der Prozeß ist ein Spektakel wie der Sport. Mehr noch, die Berichterstattung über den Fall ähnelt der Berichterstattung über einen Sportwettkampf. Die Hauptfrage ist: Wer liegt vorne und wer liegt zurück. Kommentatoren und "Rechtsexperten" sprechen darüber, welche der beiden Seiten Punkte erringt.

Der Ausgang des Prozesses

Verschiedene Leute haben mich gefragt, ob Simpson schuldig sei und ob er für schuldig befunden wird. Zunächst einmal gibt es da die bedeutsame Möglichkeit, daß der Prozeß ergebnislos endet. In diesem Fall würde der Prozeß umschlagen in einen juristischen und politischen Streit darüber, ob Simpson erneut angeklagt werden kann und wird. Und schließlich hat die Verteidigung noch nicht damit begonnen, richtig loszulegen. Es ist wirklich verfrüht, darüber zu urteilen, ob Simpson das Verbrechen, das ihm zur Last gelegt wird, begangen hat oder nicht. Obwohl die Beweisaufnahme zunächst belastend erscheint und das Eröffnungsplädoyer der Verteidigung keine überzeugende Unschuldstheorie präsentiert hat, ist es nicht unmöglich, das er unschuldig ist. Insbesondere ist es nicht ausgeschlossen, daß Zeugen der Verteidigung unter Eid Aussagen machen - ob es sich dabei nun um einen Meineid handelt oder nicht - die begründete Zweifel an seiner Schuld aufkommen lassen könnten.

Das Spektakel des Prozesses, die gleichzeitige Sensationsgier und der banale Gehalt von so vielen Medienberichten läßt einige nachdenkliche Leute den Simpson-Prozeß kurzer Hand als eine Art Seifenoper abtun. Dies scheint mir ein Fehler zu sein. Es wäre besser, die bedeutenden Möglichkeiten des Prozesses zu erkennen, bei dem wie in einer Arena um kulturelle Auffassungen gefochten wird, und sich an diesem Kampf zu beteiligen. Dies bedeutet, die Trivialisierung zu bekämpfen und das Verhalten der Anwälte und anderer Beteiligter nuanciert zu beurteilen, anstatt Allgemeinurteile abzugeben.

Das Verteidigerteam hat ständig einen Rechtsanwalt bei Simpson im Gefängnis. Anders als andere Gefangene verbringt Simpson tagsüber keinen Augenblick in seiner Zelle. Der Grund dafür besteht darin, bei Simpson den "Prozeß der Institutionalisierung" zu vermeiden, der so viele Leute belastet, die im Gefängnis auf ihren Prozeß warten oder deren Verfahren schon läuft. Für gewöhnlich "arbeitet" das Strafgesetz damit, daß es den einzelnen Kriminellen isoliert und stigmatisiert. Die Verteidigung versucht, diesen Mechanismus bei Simpson zu durchbrechen. Eine interessante und wichtige Frage ist, ob es möglich ist, einen Sportstar zu verurteilen, ohne ihn zu entmenschlichen. Das wäre der Fall, wenn Simpson zugleich als Berühmtheit und als Mörder gesehen würde. Wenn dies gelänge, wäre es auch möglich, daß der Prozeß einem breiteren Teil der Gesellschaft helfen könnte, ein großes soziales Problem, nämlich die Akzeptanz von Gewalt, zu erkennen.

Obwohl viele Leute meinen, daß die größte Bedeutung des Simpson-Prozesses in seiner Auswirkung auf den DNA-Beweis liege, glaube ich, daß - unabhängig davon, wie das Urteil ausfällt - die letztendliche Bedeutung des Falles für uns alle in den komplexen Beziehungen zwischen Hautfarbe, Sex, Geld, Gewalt und Sport zu sehen ist.

Anmerkung:

1) Vortrag (leicht gekürzt) von Frances Olsen (University of California, Los Angeles), Gastprofessorin an der Berliner Humboldt-Universität, gehalten am 13. Juni 1995.

Übersetzung WINNETOU

14. "Fanal für ein rot-grünes Jahrzehnt"

Autor: mb., Berlin · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:16

Günter Verheugen, Bundesgeschäftsführer der SPD, drückt es in gewohnt umständlicher Manier aus: "Es wäre sehr unpolitisch anzunehmen, daß es für die strategische Option der SPD vor der nächsten Bundestagswahl nicht mitentscheidend wäre, wenn wir eine erfolgreich arbeitende rot-grüne Koalition in NRW hätten." (Die Woche, 19.5.95). Die Wahl sei ein Fanal für ein "rot-grünes Jahrzehnt nach 1998". Das Resümee des seit Jahren von einem "linken" hegemonialen Block träumenden Parteifreunds Peter Glotz fällt erwartungsgemäß weniger abwägend aus. Wie sollte es auch, ist er doch der festen Überzeugung, daß das Land zwischen Rhein und Ruhr zum "Aufmarschfeld für die Schlacht um den Bund, und zwar unter einem rot-grünen Banner" wird. (Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 6/95) Es hat den Anschein, als ginge Peter Glotz mit Nonchalance über die Tatsachen hinweg, daß Raus Sozialdemokratie immerhin die absolute Mehrheit verloren hat, die Bremer SPD eine große Koalition eingegangen ist, und in Frankfurt das rot-grüne Bündnis faktisch abgewählt wurde.

Gegenüber Peter Glotz' euphorischen Wallungen wirkt Joschka Fischers "der ‚wind of chance` ist plötzlich da" recht hausbacken. Und Jürgen Trittins Einschätzung erhält im Vergleich damit sogar den Status einer analytischen Bewertung: "Aber wenn man 1998 die Mehrheit in Bonn knacken will, dann sind die nordrhein-westfälischen Grünen und die nordrhein-westfälische SPD dazu verdonnert, eine tatsächliche Alternative gegenüber der Bundespolitik zu bieten." (Die Woche, 25.5.95)

Kalte Dusche

Der Gedanke, daß eine rot-grüne Koalition in NRW Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998 hat, ist sicherlich nicht abwegig, aber er beinhaltet genauso selbstverständlich keinen Automatismus. Aber ob sie so eindeutig positiv sind, wie es die Äußerungen von Fischer und Glotz nahelegen, muß bezweifelt werden. Schon während der Koalitionsverhandlungen in NRW machten zumindest die Ereignisse in Bremen und Frankfurt/Main bestehende Schwierigkeiten und Widersprüche zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen manifest.

Bei der vorgezogenen Landtagswahl in Bremen hätte Rot-Grün in der Bürgerschaft über die denkbar knappste Mehrheit von 51 gegen 49 Stimmen verfügt. Waren Bündnis 90/Die Grünen mit einer Koalitionsaussage zugunsten der SPD in den Wahlkampf gezogen, so hatte sich die SPD alle Optionen offen gehalten. Schon im Vorfeld der Wahlen war die Zerrissenheit der Bremer SPD deutlich geworden; nicht nur durch die wohlstandschauvinistische SPD-Abspaltung "Arbeit für Bremen", sondern auch durch die Tatsache, daß aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion in den vergangenen drei Jahren bei allen entscheidenden geheimen Abstimmungen mindestens fünf "Heckenschützen" mit der CDU-Opposition gestimmt hatten. Konsequent ließ sie die Fragen, mit wem eine Koalition gebildet werden und welcher Spitzenmann die vakante Stelle des zurückgetretenen Regierungschefs Klaus Wedemeier einnehmen sollte, durch Urabstimmung der Basis beantworten. Die sprach sich eindeutig, wenn auch knapp für eine große Koalition unter Führung Henning Scherfs aus, der sich als Befürworter eines rot-grünen Bündnisses zur Wahl gestellt hatte. "Das Dilemma der SPD ist, daß sie kein politisches Konzept hat, um Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer in ein politisches Bündnis zu bringen", brachte Oberrealo Ralf Fücks, Ex-Umweltsenator in Bremen, die schwierige Lage der SPD auf einen Nenner. Aber anstatt von "links" den Reformdruck auf die SPD zu forcieren, winkt er mit dem schwarz-grünen Zaunpfahl: "Die Grünen wären töricht, angesichts einer SPD, deren Koalitionsfähigkeit für die Grünen mit einem Fragezeichen versehen ist, sich ausschließlich an die SPD zu ketten." (taz, 13.6.95)

Als eine "Trendwende weg von Rot-Grün" bewertete die Frankfurter CDU das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl, bei dem sich im ersten Wahlgang die Kandidatin von FDP und CDU, Claudia Roth, mit 51,9 Prozent gegen den gemeinsamen Kandidaten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Andreas von Schoeler (45,9 Prozent), durchsetzen konnte. Die Abwahl von Schoelers ist der Tiefpunkt für das mit hoher Selbsterwartung angetretene rot-grüne Reformbündnis in der Mainmetropole. An der Zerrissenheit der SPD, die seit Monaten einen heftigen Streit zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten" austrägt, scheiterte auch das Renommierprojekt des Frankfurter Realokreises.

Zukunft NRW?

Die grüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach brachte es auf der Landesdelegiertenkonferenz der NRW-Bündnisgrünen, die die Koalitionsvereinbarungen mit der SPD absegnen sollte, auf den Punkt: "Die Entscheidung steht nach dem Scheitern von Rot-Grün in Frankfurt und Bremen unter einer schweren Bundeshypothek." (Freitag, 7.7.95) Daß Bündnis 90/Die Grünen und SPD in NRW eine Koalition eingehen würden, hatte wohl vor der Wahl am 14. Mai keiner von beiden ernsthaft erwartet. Die Bündnisgrünen waren mit einem zwölf Punkte umfassenden Reformpaket in den Wahlkampf gegangen; gefordert wurde u.a. die sofortige Schließung der Abschiebeknäste, das Ende des "Wahnsinnsprojekts" Garzweiler II (Michael Vesper), die Verhinderung der ICE-Anbindung des Flughafens Köln/Bonn und der Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze ab dem 1. Januar 1996. Dagegen stand eine SPD, die seit 15 Jahren mit absoluter Mehrheit das Land regiert hat und ein sozialdemokratisches "Weiter so!" propagierte. Der ehemalige NRW-Umweltminister und heutige Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Klaus Matthiesen, bezeichnete noch Ende 1994 Rot-Grün als "großes Verhängnis". Seitens der SPD-Rechten wurden sofort nach der Wahl massive Versuche unternommen, die Partei in eine große Koalition zu führen. An vorderster Front standen die Vorsitzenden der IG Chemie und der IG Bergbau. Mit dem bewährten Argument des hereinbrechenden Arbeitsplatzabbaus für den Fall einer Kehrtwende in der Industrie- und Umweltpolitik machten diese Kreise massiv Stimmung gegen ein mögliches rot-grünes Bündnis.

Vor allem durch die Einleitung des Genehmigungsverfahrens für das Braunkohletageabbauprojekt Garzweiler II kurz vor der Landtagswahl war ein symbol- und prestigeträchtiger Stolperstein für eine etwaige rot-grüne Koalition entstanden, denn beide Parteien hatten sich im Wahlkampf entschieden für bzw. gegen das Projekt ausgesprochen. Es wundert nicht, daß Michael Vesper, Oberrealo der NRW-Grünen, noch einige Wochen nach Verhandlungsbeginn in sechs Bereichen großen Dissens vermelden mußte: Flugverkehr, Müllverbrennung, LehrerInneneinstellung, Asylpolitik, Ökoabgaben und Braunkohletagebau. Über fünf Wochen zogen sich die Verhandlungen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der NRW-Landesvertretung in Bonn hin. Erste Verzögerungen gab es in der Frage, wer denn die SPD-Verhandlungsdelegation leiten solle. Johannes Rau ließ sich einige Tage Zeit, bis er diesen Job übernahm. Dasselbe wiederholte sich in der Frage, ob er das Ministerpräsidentenamt übernehmen würde. War es bei letzterem wohl rein taktischer Natur, mußten im ersten Fall wahrscheinlich erst die innerparteilichen Auseinandersetzungen abgewartet werden.) Dann gab Rau die sozialdemokratischen Vorgaben bekannt. Ein zu vereinbarendes Regierungsprogramm müsse den Interessen des Landes gerecht werden und garantieren, daß "die schon weit vorangebrachte ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes in sozialer Verantwortung fortgesetzt werden" könne. (taz, 22.5.95) Einen grundlegenden Kurswechsel sollte es mit der SPD nicht geben, sondern bestenfalls Akzentverschiebungen. Der von den Grünen eingeforderte "reformpolitische Kurswechsel" schien damit obsolet geworden, auch wenn Rainer Priggen, Vorstandssprecher der NRW-Grünen, immer noch davon ausging, daß "in der Energie- und Verkehrspolitik klar werden (müßte), daß es einen Kurswechsel gibt." (taz, 31.5.95)

Der nach außen hin wohl heikelste Konfliktpunkt betraf den geplanten Braunkohletageabbau Garzweiler II. Die SPD stand hier in der Bringschuld gegenüber den im Abbau beschäftigten Kumpels und der Industrie, ebenso wie gegenüber ihrem eigenen rechten Parteiflügel. SPD-Fraktionsvorsitzender Matthiesen, dem die Rolle des Hardliners zugefallen war, stellte ultimativ fest: "Die Grünen müssen Garzweiler akzeptieren, wenn sie in NRW mitregieren wollen." Ein Widerruf der Genehmigung für Garzweiler II würde ein "verheerendes Signal für das Industrieland NRW" bedeuten "und hätte verheerende Folgen für die Elektrizitätswirtschaft und die Arbeitsplätze." (taz, 8.6.95) Rau & Co. standen vor der Aufgabe, einerseits das an sie gebundene konservative Milieu für Rot-Grün zu erwärmen und andererseits gegenüber Bündnis 90/Die Grünen verbindlich im Ton, aber hart in der Sache zu bleiben. So markierte der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei und jetzige Wirtschaftsminister, Wolfgang Clement, frühzeitig die "Kompromißlinie" in dieser Frage. Die Genehmigung für Garzweiler II erklärte er für rückholbar, wenn sich die der Genehmigung zugrundegelegten Sachlagen als falsch erwiesen. Daß dies nicht mehr als der Inhalt der Genehmigungsurkunde ist, war allen Beteiligten klar. Doch nur wenn sich die grüne Verhandlungsdelegation auf diesen "Kompromiß" einließ, war eine Einigung möglich.

In der Koalitionsvereinbarung heißt es demzufolge, daß die Genehmigung für Garzweiler II weiterhin besteht. Diese "ist an Auflagen gebunden, nämlich an die Entwicklung des Energiebedarfs und der energiepolitischen

Rahmenbedingungen und an die Beachtung der sozialen und ökologischen Belange". Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz vereinbart. Rau bezeichnete diese Einigung selbstgefällig als Möglichkeit für die Grünen, "Chancen zu suchen, wie man diesen Prozeß verändern kann". (taz, 1.7.95)

Das von den Grünen geforderte Verbot der Chlorchemie war mit den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten ebenso wenig zu machen. Auch hier mußte ein Formelkompromiß her. So wurde eine Absichtserklärung vereinbart, daß die Koalition die Forderungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages unterstützt, "die sich für eine Umstrukturierung der Chlorchemie und für eine partielle Veränderung/Konversion der Chlorchemie durch den Einsatz von alternativen Technologien oder Ersatzstoffe ausgesprochen hat, sofern dies ökologisch erforderlich sowie wirtschaftlich vertretbar ist".

Auch die Vereinbarung über die Gentechnologie ist butterweich. Waren die Grünen als strikte Gegner der Gentechnologie in die Verhandlungen gegangen, so erklärten sie sich im nachhinein mit der Formulierung einverstanden, daß diese Technologie in NRW "nicht ohne Abwägung der Chancen und Risiken verantwortungsvoll genutzt" werden kann.

Von einem ökologischen Kurswechsel kann bei diesen Vereinbarungen nicht die Rede sein. Zurecht kritisierte deshalb der Naturschutzbund Deutschland (NABU) den Kompromiß zu Garzweiler II als "umweltpolitischen Sündenfall" und kündigte energischen Widerstand gegen die "faulen Kompromisse" an. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) vermißt "entscheidende Weichenstellungen" zugunsten der Umwelt. (FR, 4.7.95)

Wenig ist von der grünen Programmatik übrig geblieben. Die ICE-Anbindung des Flughafens Köln/Bonn ist nicht verhindert worden. Ökosteuern wurden nicht definitiv abgemacht. Statt der geforderten 2.500 zusätzlichen LehrerInnenstellen wurden nur knapp 1.000 befristete Stellen ausgehandelt. Von der Schließung der Abschiebeknäste für AsylbewerberInnen blieb ein Haftprüfungstermin nach drei Monaten. Zwar schließt sich die neue NRW-Regierung der Bundesratsinitative von Hessen und Rheinland-Pfalz hinsichtlich der sogenannten Asylaltfälle an, doch ist damit kein genereller Abschiebeschutz vereinbart worden. Statt dessen wurde in einer protokollarischen Notiz festgehalten, daß bis Ende des Jahres keine potentiell von der Altfallregelung Betroffenen abgeschoben werden sollen und darüber hinaus eine allgemeine Einzelfallprüfung stattfinden soll. "Die Vereinbarungen zur Asylpolitik spiegeln Ausgangspunkte von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wider, die in astronomischen Einheiten etwa die Entfernung der Erde vom Saturn vergleichbar sind" - so kommentierte der linksgrüne Landtagsabgeordnete Roland Appel die Ergebnisse.

Es ist nicht viel, was die Grünen in den Verhandlungen durchsetzen konnten. Straßenbauvorhaben wurden zurückgenommen, der öffentliche Nah- und Fernverkehr soll "Vorrang" haben, Subventionen für den Flughafenausbau wurden gestrichen. Umfangreiche Antidiskriminierungsmaßnahmen sollen ein- und durchgeführt werden, statt eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz gibt es Zuschüsse für Tageseltern.

Ob wenigstens diese Zusagen vom sozialdemokratischen Koalitionspartner auch eingehalten werden, ist mehr als fraglich. Schon einige Tage nach Installierung der rot-grünen Regierung in Düsseldorf kam es zum ersten Krach. Ein in der Koalitionsvereinbarung vorgesehener Runderlaß für die Ausländerämter, in dem bestimmte Auslegungen zu Rechtsbegriffen wie z.B. "erhebliche Gefahr für Leib, Leben und Freiheit" gegeben und dadurch Abschiebungen verhindert werden sollten, wurde durch Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) einfach sabotiert. Auch die Finanz- und Sparpolitik in NRW wird den ersten Anzeichen nach zu einem Dauerkonflikt zwischen SPD und Bündnisgrünen werden. Zum einen einigte mensch sich auf eine Sparpolitik, die den Abbau von bis zu 22.000 Stellen im öffentlichen Dienst vorsieht, zum anderen soll die Landesverschuldung von jährlich 6 Milliarden DM auf eine Milliarde heruntergefahren werden. Daß unter solchen Bedingungen kein Raum für "reformpolitische" Vorhaben vorhanden ist, erscheint klar. Zwar haben die Grünen bei den Verhandlungen in einer Projektliste, die dem Koalitionsvertrag als Anhang beigefügt wurde, einige ihrer Reformprojekte untergebracht. Doch obwohl in dem Vertrag eine "prioritäre" Berücksichtigung dieser finanziellen Forderungen im Rahmen des Haushaltes für 1996 von der SPD akzeptierte wurde, polterte SPD-Fraktionsvorsitzender Matthiesen schon Anfang August, daß davon keine Rede sein könne. Die Projektliste sei kein Bestandteil des Koalitionsvertrags.

Insgesamt fällt auf, daß die unterschiedlichen Auffassungen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen meist in Formelkompromissen und Prüfaufträgen verpackt sind, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu "Koalitionsgesprächen in Permanenz" führen werden.

Bundespolitische Hypothek

Nichtsdestotrotz feierte der grüne NRW-Landesverband die erzielten Vereinbarungen als "Einstieg in die Reformpolitik" und Ausdruck einer "Koalition der Erneuerung in NRW". Daß dies nicht (ganz?) der Wahrheit entsprechen kann, läßt eine Äußerung einer ungenannten Person aus Realokreisen vermuten, die "Linken" (gemeint ist der in der grünen Binnenstruktur als Hochburg der Linken angesehene Landesverband NRW) würden "unter jeder Tür hindurch" kriechen. (zitiert in Freitag, 7.7.95) Selbst die Reala Krista Sager kommentiert die Vereinbarungen verhalten: "Wir haben einen Fuß in der Tür, nachdem wir bisher die Arroganz der Macht zu spüren bekommen haben." Annelie Buntenbachs Einschätzung, daß die NRW-Koalition erheblich durch bundespolitische Erwägungen und weniger durch konkrete Reforminhalte bestimmt ist, kann unter diesen Bedingungen als einziges realistisches Moment herangezogen werden. Die Erwartung, daß eine erfolgreiche rot-grüne Koalition in NRW gewissermaßen ein Blankoscheck für die Bundestagswahl 1998 sei, trübte anscheinend so manchen Sinn.

In der im Umfeld des linksgrünen "Babelsberger Kreises" erscheinenden Zeitschrift "Andere Zeiten" gibt es eine realistischere Sicht der Dinge: "Wichtig ist, daß das Ganze nicht überfrachtet und zum ‚Testfall für Bonn` hochgespielt wird. Dadurch würde die Koalition zu einer politischen Falle, aus der es kein Entrinnen mehr gibt." (AZ, 3/95) Durch die konfliktträchtigen und vagen Vereinbarungen, so die "Anderen Zeiten", würde es der SPD leicht gemacht, rechtzeitig vor den Bundestagswahlen die Koalition durch eine für die Bündnisgrünen inakzeptable Entscheidung z.B. in der Asylfrage zum Scheitern zu bringen. So wäre es ihr auch 1998 wieder möglich, sich nach allen Seiten offen zu halten. "Den Bündnisgrünen hätten sie vorher so viele Kröten serviert, daß sie sowohl als reformpolitische Weichlinge wie als chaotische und unzuverlässige Partner dastünden."

Notabene

Joachim Raschke, Chefanalytiker der "taz" in bezug auf die Grünen, beschäftigte sich am 22. Mai mit der Situation nach der Wahl in NRW. Selbstverständlich konstatiert er ein "Aufbrechen der innenpolitischen Szenerie". Die Alternative "Weiter so!" oder Rot-Grün nehme jetzt Gestalt an. Johannes Rau schreibt er die Aufgabe zu, "gegen und mit dem rechten Flügel, den Traditionalisten und der immer abwartenden Mitte" Rot-Grün durchzusetzen. Klappt NRW, bestimme Rot-Grün weiterhin die Tagesordnung, so seine Einschätzung. Scheitert die Koalition, steht der Weg zu einer großen Koalition offen. Bei den Sozialdemokraten sei alles klar. Alles hänge also von den Grünen ab. Daß sie bundesweit regierungstauglich sind, bezweifelt Raschke sehr. "Die Achillesferse der Grünen ist die Außenpolitik. Ist der grüne Pazifismus vorbereitet auf einen von der UNO verantworteten und von ihr erwarteten Militäreinsatz der Bundeswehr?" Die Grünen hätten die Wahl zwischen dem Aufgeben des grünen Pazifismus oder dem Verbleiben in der Opposition.

Das Stichwort war gefallen. Am 2. August veröffentlichte Joschka Fischer in der "FR" und der "taz" seinen Brief an Bundestagsfraktion und Partei Bündnis 90/Die Grünen, in dem er für den militärischen Schutz der UN-Schutzzonen in Bosnien eintritt.

Könnte mensch nur so hoffnungsvoll sein wie die Redakteure der "Anderen Zeiten", die die Situation noch für offen erklären: "Rot-Grün löst im ganzen Land inzwischen weder Schauder noch Faszination aus, weil im Augenblick keiner angeben könnte, wofür diese Bündniskonstellation überhaupt steht."

mb., Berlin

15. "Körperliche Eingriffe waren notwendig ..." Zwischenfall an der ostdeutschen Wohlstandsgrenze

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Ausländerpolitik; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:26

Hinweise aus der Bevölkerung, daß der Herausgeber eines in Brandenburg erscheinenden Anzeigenblättchens zu dessen Verteilung illegal polnische Bürger beschäftigt, führen zu wochenlangen Observationen durch die zuständigen Behörden, die Arbeitsstelle zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung in Frankfurt/Oder. Die Frankfurter Behörde wartet darauf, daß der Verleger des Anzeigenblättchens neue Austräger sucht.

Per Flugblatt sucht der Herausgeber polnische BürgerInnen, die für 70 bis 100 DM pro Tag Zeitungen austragen sollen. Über die Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis oder anderer rechtlicher Grundlagen steht auf den Flugblättern natürlich nichts. Als sich am 24. Juni rund 300 PolInnen am angegebenen Treffpunkt einfinden, umstellen Beamte des Arbeitsamtes und des BGS die Wartenden, die sich vor dem Gebäude, in dem der Verlag und ein Supermarkt untergebracht sind, aufhalten. Von dieser Aktion sind auch völlig Unbeteiligte betroffen, die nur zum Einkaufen dorthin gekommen waren. Alle, die sich vor dem Gebäude aufhalten, werden von Beamten mit Schußwaffen, Schlagstöcken und Hunden ohne Maulkorb eingekesselt und in eine Lagerhalle gedrängt, stundenlang werden sie dort festgehalten, überprüft und anschließend über die Grenze abgeschoben. In ihre Pässe oder Ausweise wird der Vermerk gestempelt, das sie auf Dauer in der BRD unerwünscht seien.

Hätten nicht am darauffolgenden Sonntag über einhundert "wütende Slubicer Bürger" (Tagesspiegel) die Stadtbrücke in Frankfurt/Oder besetzt und den Grenzverkehr für eine Stunde aufgehalten, so wäre dieser "Vorfall", die bis dahin größte Razzia gegen polnische BürgerInnen in Ostbrandenburg, wie die vielen anderen Vorfälle und Schikanen gegen polnische BürgerInnen und andere, die illegaler Beschäftigung verdächtigt werden, wohl nie bekannt geworden.

Proteste und Reaktionen in Polen und der BRD

Nach bekannt werden dieser Aktion, kritisierte der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski die Vorgehensweise der deutschen Behörden als unangemessen. Für die Art und Weise, wie die PolInnen behandelt worden seien, gebe es keine Rechtfertigung. Das polnische Parlament nahm mit 341 gegen sechs Stimmen bei 16 Enthaltungen eine Entschließung an, in der es hieß, daß bei den Vorgängen in Brandenburg Menschenrechte verletzt wurden. Sogar der Botschafter im Auswärtigen Amt, Klaus-Hellmuth Ackermann sah sich gezwungen, sich ablehnend über die Vorgänge in Frankfurt/Oder zu äußern: Bei diesem Einsatz sei wohl der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel offenbar nicht eingehalten worden. Auch der Bürgermeister von Frankfurt/Oder, Ewert, schlug eine Bresche für die polnischen BürgerInnen, die mehrheitlich aus der Nachbarstadt Slubice kommen: "Offensichtlich wurden die Polen durch den Verlag getäuscht. Sie waren davon ausgegangen, daß sich der Arbeitgeber um die notwendigen Papiere kümmert."

Auch wenn die Behandlung der polnischen Arbeitsuchenden im nachhinein von deutschen Behördenvertretern kritisiert wurde, war mensch nicht bereit die konkreten Vorwürfen der polnischen Bürger zu verfolgen. Es gebe keine Veranlassung für Ermittlungen gegen BGS-Beamte, so ließ die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder verlauten. Eher im Gegenteil: "Körperliche Eingriffe im Rahmen polizeilicher Bestimmungen waren notwendig, weil einige Polen versuchten, ihre Landsleute gegen die deutschen Behörden aufzubringen." Was selbstverständlich auch sofort durch das Bundesinnenministerium bestätigt wurde: Bei den Aktionen gegen die rund 300 Polen habe es keine Gewaltanwendung von Beamten des BGS gegeben.

Dafür war mensch aber so großzügig die "Ausweisungsverfügung" gegen die PolInnen aufzuheben. Das brandenburgische Innenministerium hatte der Frankfurter Ausländerbehörde schon am darauffolgenden Mittwoch, den 28. Juni, empfohlen, die Verfügung aufzuheben, da die Ausweisung unangemessen wäre, weil die polnischen BürgerInnen unter "Vorspiegelung falscher Tatsachen durch ein Flugblatt getäuscht" worden seien.

Zu guter letzt wurden die deutschen Behörden auch gegen den Herausgeber des Anzeigenblättchens aktiv. Einen Tag bevor die Ausreiseverfügung gegen die polnischen BürgerInnen zurückgenommen wurde, nahm ihn

die Polizei in Frankfurt/Oder fest. Ihm wird gewerbs- und bandenmäßige Einschleußung von Ausländern vorgeworfen.

Illegale Beschäftigung in Berlin

Seit der Möglichkeit der visafreien Einreise und aufgrund der räumlichen Nähe haben in Berlin viele PolInnen Beschäftigung gefunden. Die Stadt hat einen großen Bedarf an Arbeitskräften, die anpacken, ohne viel zu murren und viel zu kosten: Als Jobber in Restaurants, als Malocher auf Baustellen, als Gärtner in Parkanlagen, als Babysitter oder als Hilfe in den Haushalten der Besserverdienenden, zur Pflege alter oder kranker Menschen; aber auch als Produzenten billiger Waren und Dienstleistungen, um Einkommensschwache mit billigen Angeboten zu versorgen.

Im Dienstleistungsbereich und in der Bauindustrie sind Arbeitsmöglichkeiten entstanden, in denen polnische WanderarbeiterInnen in geringem Umfang auch legal, d.h. mit Werkvertrag, arbeiten können. Über illegal Beschäftigte gibt es keine genauen Zahlen. Allein auf den Berliner Baustellen sollen mehrere Zehntausende nicht legal beschäftigt sein. Auch im Bereich der privaten und gewerblichen Reinigung arbeitet eine große Anzahl von Frauen und Männern, die teilweise nur für einige Tage oder Wochen nach Berlin kommen (Pendelmigration).

Illegalisierung, aber auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse bedeuten meistens Diskriminierung, ausgeliefert sein und Rechtlosigkeit - vor allem in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Alltagssicherheit. So zum Beispiel dann, wenn illegal Beschäftigte Opfer eines Unfall werden, nicht krankenversichert sind und deshalb nach Polen transportiert werden müssen, bevor sie medizinische Hilfe erhalten. Aber auch offiziell gemeldeten Vertragsarbeitern werden oft nach einem Arbeitsunfall nach Polen zurücktransportiert und erhalten erst dort ärztliche Hilfe. In solchen Fällen streicht das Unternehmen, das den Vertragsarbeiter beschäftigte, noch zusätzliche Gewinne ein, da es seinen Beschäftigten oft nicht vorschriftsmäßig versichert hatte.

Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Beschäftigten sind (fast immer) völlig ungeschützt und ungeregelt, die Macht- und Ausbeutungsverhältnisse eindeutig: So wird dem illegal beschäftigten Handwerker 500 DM als "Schadensersatz" vom Lohn abgezogen, weil er bei Malerarbeiten einen alten, kaputten Lenoliumfußboden verschmierte. Oder: als Arbeitslohn wurden 100 DM ausgemacht, aber nach Arbeitende werden nur 70 DM ausgezahlt. Auch kommt es öfter vor, das Unternehmer, die Polen illegal beschäftigen, sich anonym selbst anzeigen, um noch ausstehende Lohnforderungen nicht bezahlen zu müssen.

Doch selbst bei offiziell genehmigten Arbeitsverhältnissen kommen ausbeuterische Praktiken vor. So erzählen polnische WerksarbeiterInnen, daß sie unter Androhung der Kündigung gezwungen wurden, unbezahlte Überstunden zu leisten.

Aber trotz dieser ausbeuterischen Arbeitsbedingungen sind Arbeitsmöglichkeiten in der BRD für polnische BürgerInnen attraktiv. Dies vor allem aufgrund der hohen Kaufkraftunterschiede zwischen Zloty und DM. Auch bei niedriger Bezahlung, und meist nur solche Jobs stehen den polnischen ArbeitsmigrantInnen zur Verfügung, können sie ein höheres Einkommen beziehen als in ihrem Heimatland.

Die Aufkündigung des sozialen Konsens von oben, die Inszenierung von Sozialneidkampagnen, die Kampagnen gegen Schwarzarbeit und Billiglohnbeschäftigte blieb nicht ohne Auswirkungen auf die in Berlin und Brandenburg arbeitenden polnischen BürgerInnen. Die IG Bau, Steine; Erden beteiligt sich in wohlstandschauvinistischer Manier an Kampagnen gegen illegal Beschäftigte. Das Feindbild sind sind die polnischen "Lohndrückern". Die Rolle der deutschen Unternehmen und der Zusammenhang zwischen den "Standort Deutschland"-Vorstößen, Deregulierung und Auseinanderdividieren der abhängig Beschäftigten wird nicht beleuchtet. Insofern sind nicht nur die staatlichen Behörden und die Polizei, sondern auch alle anderen Organisationen, die grobschlächtig die Frage der Arbeitsmigration thematisieren, an einem Klima verantwortlich, das eine Massenrazzia wie in Frankfurt/Oder möglich macht.

Was auch immer die Gründe und Motive der polnischen ArbeitsmigrantInnen sein mögen, sie sind jedenfalls nicht die Ursache für zunehmende Schwarzarbeit in der BRD. Kein/e ArbeitsmigrantIn kann es erzwingen, eingestellt zu werden. Die Entscheidung ob ein wie auch immer geartetes Arbeitsverhältnis Zustande kommt liegt bei den Arbeitgebern, die aus Profitinteresse möglichst billige Arbeitskräfte anwerben wollen.

mb

Über die Situation polnischer ArbeitsimigrantInnen:

Norbert Cyrus: Zwischenwelten - Polnische ArbeitsmigrantInnen in Berlin, in: Frank Sträter (Hg.): Los Angeles, Berlin. Stadt der Zukunft-Zukunft der Stadt, Stuttgart 1995

Dokumentation

Brief einer bei der Razzia Festgenommenen

"Seit einiger Zeit tauchen in Slubice Angebote zur Arbeit in Frankfurt/Oder-Markendorf auf. Diese Arbeit soll legal sein und besteht im Austragen der Reklamezeitung ‚Spitz`. Am 24.6.1995 versammelte sich eine Gruppe von etwa 300 Slubicer Bürgern an dem in der Offerte angegebenen Ort. Sie warteten im Hof vor dem Gebäude auf konkrete Informationen und Personen. Es war weder vorher bekannt, welche formalen Bedingungen für eine Arbeitsaufnahme erfüllt werden müssen, noch, welcher Lohn bezahlt wird und unter welchen Bedingungen. Die Mehrzahl war an diesem Tag gekommen, um sich darüber zu informieren.

Ungefähr um sechs Uhr kamen Fahrzeuge des BGS auf den Hof. Bundesgrenzschutzbeamte und Polizisten umstellten die Versammelten. Und zwar alle: Frauen, Jugendliche, Erwachsene wurden ohne irgendwelche Erläuterungen in die Fabrikhalle gedrängt. Den Polen wurden Pässe und Personalausweise abgenommen. Die Türen versperrten bewaffnete Beamte. Auch das ganze Gelände war umstellt von Uniformierten mit bellenden Hunden ohne Maulkorb.

Von nun an wurden die Polen wie Gefangene behandelt. Es wurde nicht geklärt, was man ihnen vorwirft. Es wurde auch nicht, wie das in solchen Fällen vorgeschrieben ist, die Vertreter des polnischen Außenministeriums über die Inhaftierung polnischer Bürger im Ausland und ihre spätere Deportation informiert.

Die Bedingungen der Internierung beleidigten die Menschenwürde, und die Szenen, die sich später abspielten, erinnerten an die Ereignisse von vor 50 Jahren. Die Räume, in denen die ‚Gefangenen` festgehalten wurden, hatten keine Zufuhr frischer Luft. Staub behinderte das Atmen, ebenso die große Hitze, dazu fehlten Trinkwasser und Essen. Die Menschen mußten sich auf Kartons, dem Fußboden oder Holzpaletten niederlassen. Sie wußten nicht, was mit ihren Papieren gemacht wurde, und die deutschen Beamten verweigerten die Auskunft. Es wurden auch Menschen mit bunten Klebestreifen gekennzeichnet - welches Glück, daß nicht tätowiert wurde. Darüber hinaus wurde nach bekanntem und erprobtem Brauch Kinder von den Erwachsenen getrennt. Die Kinder wurden früher deportiert.

Die als Dolmetscherin herbeigerufene Deutsche gab auch keine Erläuterungen, sie weigerte sich, das Dokument zu übersetzten, das die Deutschen den Polen später aushändigten. Alle Versuche, einen Dialog anzuknüpfen, wurden mit dem Ruf ‚Ruhe!` beantwortet, mit dem Bellen der Hunde oder dem Abtransport ins Gefängnis.

Der Mangel an Luft, der trockene Hals, die Absurdität der Situation drückte vor allem Frauen und ältere Menschen nieder. Die Halle wurde mit einem Seil geteilt, mit den Hunden wurden die Polen in die Ecken gedrängt.

Die Situation wurde immer kritischer. Vor der Deportation erhielten die Polen ihre Pässe oder Ausweise zurück, die aber nun einen deutschen Stempel enthielten.

Absichtlich und aus Gemeinheit wurden die Polen zum Grenzübergang nach Swiecko gebracht, von wo sie etwa sechs Kilometer zu Fuß nach Slubice heimkehren mußten.

Am merkwürdigsten ist ein Faktum, das das Vorgehen der deutschen Ordnungskräfte aller Grundlagen beraubt: Nicht ein einziger Pole wurde bei der Ausübung irgendeiner Arbeit festgehalten. Wie kann man jemanden festhalten und ihm irgendwelche Konsequenzen aufladen, die er gar nicht begangen hat? Diese deutsche Provokation ist eine bittere Pointe des eine Woche früher gefeierten Oderfestes, eines deutsch-polnischen Festes der Freundschaft und der Zusammenarbeit."

(aus: Tagesspiegel, 28.6.95)

16. Hausfriedensbruch in der Neuen Wache. Prozeß gegen die BesetzerInnen der Neuen Wache

Autor: Florian Schmaltz · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:23

Mit Startschwierigkeiten begann vor dem Berliner Amtsgericht am 4.8.95 der Prozeß gegen neun BesetzerInnen der Neuen Wache. Zunächst verzögerte sich der Beginn, weil der Prozeß kurzfristig in den Staatsschutzsaal verlegt worden war und dem ohne Ausweis angereisten Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Peter Gingold, der Zutritt zum Gerichtsgebäude verwehrt wurde. Mehrmals forderten die Angeklagten, Peter Gingold als Prozeßbeobachter zuzulassen. Die Weigerung, ihn in den Gerichtssaal zu lassen, führte zu mehreren Unterbrechungen. In einem Antrag erklärten die Angeklagten den Richter für befangen, weil die Prozeßöffentlichkeit nicht hergestellt wäre und das "politische Interesse, einen Überlebenden des Naziregimes nicht in den Gerichtssaal zu lassen" offensichtlich sei. Richter Obermeier wies diesen Befangenheitsantrag als unzulässig zurück.

Deutsche Täter

sind keine Opfer

Vor fast zwei Jahren, am 9. November 1993, hatten sich die neun Angeklagten am Jahrestag der Pogromnacht von 1938, am Portal der Neuen Wache angekettet. Dies geschah wenige Tage vor Abschluß der Bauarbeiten zwecks Umgestaltung zur "Zentralen Gedenkstätte der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft". Der Protest richtete sich gegen die staatlicherseits betriebene Gleichsetzung von Tätern und Opfern des Naziregimes in der Neuen Wache. (vgl. ak 368)

Nachdem das Bundesinnenministerium Strafanzeige gestellt hatte, durchtrennte die Polizei mit Bolzenschneidern die Ketten und beendete die politische Aktion mit einer gewaltsamen Räumung, bei der einer der Besetzer so schwer verletzt wurde, daß eine Behandlung im Krankenhaus notwendig wurde. Die im Jahresbericht 1993 des Landesamtes für Verfassungsschutz in Berlin als "linksextrem" eingestufte Besetzung erreichte eine breite, vor allem auch internationale Öffentlichkeit.

Mit der Parole "Deutsche Täter sind keine Opfer", die inzwischen in der antifaschistischen Bewegung weitere Verbreitung gefunden hat, wurde kurz vor Einweihung der Neuen Wache am "Volkstrauertag" (14.11.93) durch führende Repräsentanten der BRD der behauptete gesellschaftliche Konsens mit der Umgestaltung medienwirksam infragegestellt. Es gelang, die Diskussion von Fragen, ob z.B. die ästhetische Gestaltung im Inneren der Neuen Wache gelungen sei, auf den eigentlichen politischen Skandal zu lenken: daß nämlich beim Gedenken Täter und Opfer miteinander vermengt werden.

Noch am Tag der Besetzung sah sich die Bundesregierung genötigt, durch den Staatsminister beim Bundeskanzler, Anton Pfeiffer, in einer Presseerklärung Stellung zu nehmen: "Die Behauptung der Besetzer, daß in der Gedenkstätte Opfer und Täter gleichgesetzt würden, entbehrt jeder Grundlage, insbesondere nachdem sich Mitglieder aller im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen auf eine Gedenktafel an der ‚Neuen Wache` verständigt haben, welche die Opfergruppen einzeln benennt." (Pressemitteilung der Bundesregierung 440/93, 9.11.93)

Prozeßerklärung

und Beweisaufnahme

In ihrer mehrfach vom Richter unterbrochenen Prozeßerklärung gingen die Angeklagten nochmals auf die politischen Gründe für die Besetzung ein und setzten sich mit der geschichtsrevisionistischen Entwicklung in der BRD seit 1993 auseinander. Als die Sprache auf die Rolle der deutschen Justiz im Zusammenhang mit dem Mannheimer Urteil gegen den Auschwitz-Leugner Deckert kam, unterbrach Richter Obermeier und erklärte, das Mannheimer Urteil gehöre "nicht zum Erfahrungsgehalt", der zu der Besetzung der Neuen Wache führte, weil es erst danach verkündet wurde. Außerdem stelle das Deckert-Urteil "nicht die Meinung der deutschen Justiz dar".

Die Zeugenaussagen der eingesetzten PolizeibeamtInnen widersprachen sich inhaltlich derartig offenkundig, daß sie spontane Lachanfälle bei den ProzeßbeobachterInnen auslösten. Dies quittierte Richter Obermeier lauthals mit der Androhung, den Saal räumen zu lassen. Letztlich blieb es aber bei vagen Beschuldigungen, die substanzlos blieben und selbst dem Gericht nicht ausreichten.

Der Anklagevorwurf der Beleidigung und des Widerstands gegen Vollzugsbeamte mußte daraufhin fallengelassen werden. Im Urteil, das Geldstrafen zwischen 225 und 450 DM vorsieht, konnte nur der Hausfriedensbruch bestraft werden. Eben diesen Hausfrieden hatten die BesetzerInnen zu stören beabsichtigt, wie der Prozeßerklärung zu entnehmen ist.

Florian Schmaltz

Prozeßerklärung

Warum AntifaschistInnen diesmal vor einem deutschen Gericht stehen:

(...)

Nachdem der Verfassungsschutz die Aktionen gegen die Neue Wache in seinem Jahresbericht für 1993 unter der Rubrik "Links-Extremismus" verbucht hatte, schien dann ausgerechnet das zuständige Moabiter Amtsgericht wankelmütig zu werden. Diese Feste der Deutschen Justiz unterbreitete uns im Herbst 1994 folgendes Angebot:

Die meisten Verfahren sollten gegen eine kleine Auflage eingestellt werden. Die Beschuldigten sollten sich beim Berliner Polizeipräsidenten für ihr "Verhalten gegenüber den Polizeibeamten anläßlich der "Besetzung der Neuen Wache entschuldigen".

Woher auf einmal solche Milde? Handelte es sich doch um eine Aktion, die bereits durch die Bundesregierung verurteilt worden war, zu deren Beendigung immerhin 150 Polizisten aufgebracht worden waren und für die selbst die taz ein "saftiges Bußgeld" gefordert hatte. Und nun sollte uns - den BesetzerInnen - die gebührende Moabiter Verurteilung versagt bleiben? ...

Wir haben dieses billige Angebot - wie bekannt sein dürfte - damals ausgeschlagen, weil wir zu jedem Satz, mit dem wir die Besetzung der Neuen Wache begründet haben, auch noch heute stehen. (...)

Die Kritik am Geschichtsrevisionismus, die in unserer Besetzungserklärung formuliert wurde, ist nicht hinfällig, sie wurde von der deutschen Wirklichkeit überholt:

DAMALS fragten wir in unserer Erklärung: "Alles nur noch Opfer in Deutschland? Soll es denn in Deutschland künftig egal sein, ob einer freiwillig die Hakenkreuzbinde anzog, oder ob eine andere gezwungen wurde, einen gelben Stern mit der Aufschrift ‚Jude' zu tragen? Soll es denn wirklich egal sein, ob einer SS-Sturmbannführer war, der ein Ghetto ‚liquidierte' und später in Dresden ‚ausgebombt' wurde, oder ob jemand zu den deutschen Jüdinnen und Juden gehörte, die im Novemberpogrom 1938 umgebracht wurden?"

HEUTE, nach den Inszenierungen zum 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, wissen wir: Die deutsche Gefühlskälte gegenüber den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus findet ihre Entsprechung im Aufschrei über die "Feuerhölle von Dresden". Doch die Klage über Dresden gilt weniger den toten "Volksgenossen", sie ist Mittel zum Zweck, die deutsche Nation pauschal zum Opfer zu erklären.

(...)

DAMALS kritisierten wir die Neue Wache so: "Die Erinnerung an den von den Nazis fabrikmäßig organisierten Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden soll zugeschüttet werden: Zugeschüttet das Wissen, daß dieses Verbrechen einmalig ist in der Geschichte und in der Welt; zugeschüttet auch alle Moral, die es verbietet, diese Singularität durch Vergleiche jeglicher Art zu verwischen. Gleichzeitig sollen die Täter unkenntlich gemacht werden".

HEUTE können wir sehen, daß "Bitburg" und die Neue Wache zwei Wegmarken des Projektes der nationalen Sinnstiftung in Deutschland sind: Sie beinhalten beide die staatliche Ehrung von SS-Schergen und drücken die Absicht aus, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Das sahen wohl auch US-amerikanische Diplomaten so, die Präsident Clinton bei seinem ersten Deutschlandbesuch von einem Kranzabwurf in der

Neuen Wache abrieten. Deutschland wurde 1985 in Bitburg auf die Seite der Sieger und 1993 mit der Neuen Wache auf die Seite der Opfer geschmuggelt. Mit dem 8. Mai 1995 ist diese Entlastungsstrategie erfolgreich weiterverfolgt worden. (...)

17. Solidarität kennt keine Grenzen. Europäischer Kulturkongreß gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut vom 5.-8.10.95 in Hamburg

Rubrik: Sozialpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Arbeiterbewegung international; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:22

Der Gedanke einer "Diskussionsplattform für die internationale Zusammenarbeit von Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut" entstand auf dem Bundeskongreß dieser Initiativen 1988 in Düsseldorf. Hier war latenter und offener Rassismus innerhalb der Erwerbslosenbewegung deutlich geworden, der die damalige gesamtgesellschaftliche Tendenz widerspiegelte. Auch als Antwort auf diese Haltung wurde daraufhin von einer Strömung bundesdeutscher Erwerbsloseninitiativen verstärkt die Zusammenarbeit mit Flüchtlings- und MigrantInnengruppen sowie mit Erwerbsloseninitiativen aus anderen europäischen Staaten gesucht.

Am Bundesarbeitsgruppentreffen im April 1990 in Sprockhövel nahmen Delegationen aus neun europäischen Ländern bzw. Regionen und VertreterInnen von Flüchtlingsgruppen aus der BRD teil. Bei diesem Treffen stand noch der Erfahrungsaustausch der teilnehmenden Delegationen im Vordergrund. Bei den folgenden Zusammenkünften erwies sich die Notwendigkeit, politische Positionen stärker zu diskutieren, eigene politische Grundhaltungen zu überprüfen und einheitliche politische Grundeinstellungen zu erarbeiten.

Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses war eine Plattform (erarbeitet von einer spanischen, einer dänischen und einer bundesdeutschen Gruppierung), deren Ziel ist:

- Vereinheitlichung der politischen Grundpositionen der "Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut" in Europa, um den politischen, wirtschaftlichen und polizeilichen Konzentrationsprozessen in der EU mit gemeinsamen politischen/ praktischen Aktionen begegnen zu können.

- Bündnispartner auf einer gemeinsamen politischen Grundlage zu gewinnen.

- Die Diskussion um den Aufbau eines Netzwerkes aller linken Initiativen und Organisationen in Europa zu führen.

- Die Zusammenarbeit von Flüchtlingsgruppen in Europa zu unterstützen.

- Den Widerstand gegen das "vereinte Europa" auf verschiedenen Ebenen zu stärken.

Die erwähnten spanischen, dänischen und bundesdeutschen Gruppierungen haben sich zu dem europäischen Netzwerk "ITACA - für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit" zusammengeschlossen. ITACA veranstaltet in Hamburg einen "Europäischen Kulturkongreß gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut". Wir dokumentieren im folgenden den Kongreßaufruf.

Was ist Europa? Während deutsche Soldaten zum dritten Male in diesem Jahrhundert gegen die "Serben" in den Krieg ziehen, während deutsche Führungsbullen über mangelnde Effizienz bei der europaweiten Datenerfassung und -übermittlung in Folge des Schengener Abkommens lamentieren, während die offizielle Arbeitslosigkeit immer neue Rekordmarken erklimmt, und nahezu alle europäischen Staaten mit Sozialkürzungen, Arbeitszwang und Repression darauf reagieren, während das Armutsgefälle zwischen den europäischen Regionen ebenso wächst wie die Gewinne der Großunternehmen und Banken, während die Drohung der Unternehmen, ihre Produktion ins "billige Ausland" zu verlagern, zur multifunktional-nationalistischen Rundumschlag-Keule gegen jeglichen sozialen Widerstand sowohl der Gewerkschaften als auch der Basisinitiativen ausgebaut wird und viele Bewegungen ihre verzweifelten Hoffnungen offenbar an irrationale Ethnisierung und Nationalisierung sozialer Widersprüche knüpfen, gibt es so etwas wie ein "Europa von unten" in zaghaften Ansätzen tatsächlich - kleine Netzwerke des Erfahrungsaustauschs, der Solidarität und praktischen Zusammenarbeit unterhalb und an der europäischen Bürokratie vorbei.

Wer und was ist ITACA?

Eines dieser Netzwerke nennt sich "ITACA - für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit". ITACA (Freiheit) ist ein europäisches Netzwerk von nationalen Zusammenschlüssen (BALADRE, Spanien; Kontaktnetz für aktive Arbeitslose, Dänemark; BAG Erwerbslose, BRD) sowie einzelnen Arbeitslosen- und sozialen Initiativen verschiedener europäischer Länder. Grundlage der Arbeit ist eine gemeinsame Plattform, die in fünf Sprachen vorliegt und mit deren Analysen und Positionen weitere Kontakte hergestellt wurden zu Basisinitiativen z.B. in Polen, Finnland, Großbritannien, Irland, Portugal, Frankreich, Norwegen, Italien und den Niederlanden.

Ziel von ITACA ist die Organisierung eines internationalen Erfahrungs- und Informationsaustauschs, die Organisierung gegenseitiger Hilfe und die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes für eine gerechte Umverteilung von Arbeit und Einkommen und eine Welt ohne Arbeitslosigkeit und Armut.

Zugegeben - ohne Knete und eingebunden in die alltägliche Kleinarbeit ist die Organisation gemeinsamer Treffen und Aktivitäten mühsam, dennoch hat es in den vergangenen Jahren eine Menge (regelmäßigen) Austausch und auch gemeinsame Aktionen gegeben: einen Marsch gegen Armut und Arbeitslosigkeit von Valencia nach Madrid mit internationaler Beteiligung; Teilnahme am Gegenkongreß und Aktionen gegen die IWF/Weltbank- Tagung im vergangenen Jahr in Madrid; Beteiligung an Gegenveranstaltungen zum "Sozialgipfel" in Kopenhagen in diesem Jahr; nationale Aktivitäten gegen Zwangsarbeit und Armut.

In diesem Jahr nun veranstaltet ITACA vom 5. bis 8. Oktober einen europäischen Kulturkongreß in den Räumen der Hamburger Universität.

Das Ziel des Kongresses

Mit dem Kulturkongreß soll erreicht werden:

- eine Ausweitung und Verbesserung des internationalen Erfahrungsaustauschs von Basisinitiativen, die gegen Ausbeutung, Armut und Unterdrückung kämpfen,

- die Entwicklung einer gemeinsamen Diskussion(skultur) und gemeinsamer Strategien und Forderungen,

- die Vernetzung mit Gruppen aus anderen sozialen Bewegungen (Antifa- und antirassistische Gruppen, MigrantInnen und Frauenbewegung),

- der Aufbau eines europäischen "Kulturaustauschs" von unten,

- Spaltungen zu überwinden (z.B. zwischen "armen" und "reichen" Regionen).

Kongreß-Struktur

Der Kultur-Kongreß soll aus zwei gleichberechtigten Teilen bestehen: dem Konzert- und Kulturteil sowie dem Kongreßteil.

Kultur

Die Kultur hat innerhalb der Initiativen, die mit ITACA gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen, einen besonderen Stellenwert. Kleidung, Sprache und Musik sind wieder verstärkt zum Ausdrucksmittel unterschiedlicher Szenen geworden. Mit Reggae, Punk, Rap und HipHop hat seit einigen Jahren eine Repolitisierung kultureller Ausdrucksmittel besonders armer, arbeitsloser und ausgegrenzter Jugendgruppen stattgefunden. Musik- und Theatergruppen sind Mitglieder der jeweiligen Initiativzusammenschlüsse. Ihre Texte und kulturellen Ausdrucksformen befassen sich mit ihrer sozialen und politischen Realität und beziehen radikal Stellung. BALADRE z.B. ist selbst Verteiler-Organisation von CDs, Kassetten, Videos und anderer Materialien der Musik- und Theatergruppen aus ihrem Umfeld.

Am Freitag und Samstag (6. u. 7.10.) soll es je eine kulturelle Veranstaltung mit Theater o.ä. und je ein Abendkonzert mit unterschiedlichen Bands geben; außerdem soll es tagsüber einen "Kulturworkshop" als Möglichkeit des Austauschs für die beteiligten Kulturschaffenden selber geben.

Zusagen gibt es bisher von vier spanischen Bands, den Hamburger Bands "Abwärts" und "Tuten und Blasen" (die auch die geplante Abschluß-Demo begleiten werden), angekündigt sind weitere Bands aus Großbritannien, Dänemark, Italien, usw.

Kongreß

Den Kongreß soll eine Auftakt- (Donnerstagabend, 5.10.) und Abschlußveranstaltung (Sonntagvormittag, 8.10.) einrahmen, ansonsten soll er Freitag und Samstag in Arbeitsgruppen und Workshops mit je einem Vormittags- und Nachmittagsblock organisiert werden; am Sonntag gibt es eine Abschlußdemo. Geplant sind auch praktische Aktivitäten aus den Arbeitsgruppen heraus.

Die Themen der Arbeitsgruppen sind (bisher):

- Feminisierung der Armut (Vorbereitung durch eine Initiative aus Gasteiz),

- Leben im Stadtteil (Vorbereitung durch eine Stadtteilinitiative aus Valencia),

- Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit (Vorbereitung durch die Arbeitsloseninitiative in Mannheim),

- Arbeit: Tariflicher Arbeitsmarkt und nicht-existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse (Vorbereitung durch Arbeitsloseninitiativen aus Frankfurt, Oldenburg, Berlin und Hamburg),

- Antimilitarismus und Unterdrückung (Vorbereitung durch BALADRE),

- Kulturworkshop.

An den Arbeitsgruppen und Workshops sollen nicht mehr als 40 Personen teilnehmen, um einen aktiven Austausch zu ermöglichen; ansonsten wollen wir die Arbeitsgruppen teilen. In allen Arbeitsgruppen wird es kurze Thesenpapiere oder Statements als Grundlage der Diskussion geben; es soll aber auch ausreichend Gelegenheit für einen internationalen Austausch und die Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Ländern geben.

Es ist ein zentrales Mittagessen für alle Tage vorgesehen, das voraussichtlich 5 DM kosten wird.

Die Unterbringung für alle anreisenden Gäste und TeilnehmerInnen soll möglichst privat und kostenlos organisiert werden.

Unterstützung erwünscht!

Wer teilnehmen will, eine Sprache dolmetschen kann, Schlafplätze anzubieten hat, mitorganisieren oder sich kulturell aktiv beteiligen will, wendet sich bitte an:

Das Büro, Thadenstr. 118, 22767 Hamburg. Tel. (040) 4322124, mittwochs 18-20 Uhr, Fax (040) 4395138.

Spenden werden erbeten auf das Konto:

ESH e.V., Hamburger Sparkasse, BLZ: 200 505 50, Kto. Nr.: 1233/123858.

Der ITACA Kultur-Kongreß findet statt in Zusammenarbeit mit "Buntstift e.V., Föderation der grün-nahen Landesstiftungen und Bildungswerke".

18. Kurdischer Hungerstreik. "Wir fühlen uns in Deuschland daheim - die Unterdrückung ist wie in der Türkei"

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/pkkakt1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:pkkakt1

Bis zum 27. Juli 1995 kannte außerhalb ihres Familien- und Freundeskreises kaum jemand den Namen von Gülnaz Baghistani. Sie starb an diesem Tag in den Räumen des deutsch-kurdischen Kulturzentrums Navca-Kurd in Berlin-Kreuzberg nach achttägigem Hungerstreik an Herzversagen.

Das Hungerstreikkomitee Berlin kommentierte den Tod der 41jährigen so: "Gülnaz Baghistani hat die Giftgasangriffe des Saddam-Regimes und den Terror des türkischen Militärs mit deutschen Waffen überlebt. Die Angriffe der Bundesregierung gegen die Kurdinnen und Kurden im Exil haben Gülnaz Baghistani am 27. Juli 1995 in Berlin getötet."

Ihre Biographie steht exemplarisch für viele kurdische Menschen, die in der BRD Asyl suchen. 1954 wurde sie in Südkurdistan (Irak) geboren. 1988 muß sie vor dem Terror des Saddam-Regimes fliehen. Viele ihrer Verwandten werden 1989 ermordet, als irakische Truppen die kurdische Kleinstadt Derkar-Acem zerstören. Einem Teil der Überlebenden gelingt es im gleichen Jahr, in die BRD zu fliehen, u.a. Gülnaz Baghistanis Tochter. Nach einer wahren Odyssee durch verschiedene kurdische Dörfer und Städte, immer auf der Flucht vor der türkischen oder der irakischen Armee, kann Gülnaz Baghistani im März 1995 das Geld für die Flucht nach Deutschland auftreiben. 1991 hatte die zuständige Ausländerbehörde noch ihre Einreise abgelehnt. Die Familie ist ständig von Ausweisung bedroht.

Gülnaz Baghistani hatte die Protestform des Hungerstreiks gewählt, um sich wie hunderte von KurdInnen und UnterstützerInnen mit den hungerstreikenden Gefangenen in der Türkei zu solidarisieren und deren Forderungen zu bekräftigen: Sofortiger Waffenstillstand in Kurdistan und politischer Dialog, Ende der Zwangsevakuierungen und politischen Morde, Sicherheitsgarantien für Festgenommene, Behandlung als Kriegsgefangene und Besuche durch das Rote Kreuz. Berichten von Menschenrechtsvereinen zufolge beteiligen sich an dem seit 14. Juli laufenden unbefristeten Hungerstreik über 10.000 Gefangene aus 22 Gefängnissen in der ganzen Türkei. Mindestens zwei Gefangene sind inzwischen gestorben.

Solidaritätshungerstreiks gab es in der gesamten Türkei, in Berlin, Frankfurt am Main, Paris, London, Genf, Stockholm, Den Haag, Athen, Moskau und Washington. Zu den weiteren Zielen der mittlerweile beendeten Solidaritätshungerstreiks gehörte die Freilassung aller in der BRD und Frankreich inhaftierten KurdInnen, die Freilassung des in Großbritannien auf Grund eines deutschen Auslieferungsbegehrens inhaftierten Kani Yilmaz, dem in der BRD wegen angeblicher PKK-Aktivitäten der Prozeß gemacht werden soll, und die Beendigung der Repression der europäischen Staaten, insbesondere der BRD, gegenüber den kurdischen Organisationen.

Hungerstreik - erst genehmigt, dann verboten

Zunächst gab es auch keine Probleme. Die Hungerstreikaktion war von den InitiatorInnen für den Breitscheidplatz in Berlin angemeldet und bis zum 5. August genehmigt worden. Das Hungerstreikkomitee besorgte Zelte und versuchte mit Mietklos, die Beeinträchtigungen von PassantInnen so gering wie möglich zu halten. In Frankfurt am Main wurde eine weitere öffentliche Hungerstreikaktion genehmigt.

Doch schon nach wenigen Tagen zeichnete sich eine Eskalation ab. Mehrmals griff die Polizei die Hungerstreikenden an, weil sich unter ihrem Informationsmaterial Fähnchen mit den Symbolen der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK und Texte dieser Partei sowie ihres Vorsitzenden Öcalan befunden haben sollen. Auch zahlreiche Bücher und Broschüren, mit denen über die Repression in Kurdistan und die deutsche Beteiligung daran informiert werden sollte, wurden beschlagnahmt.

In den Morgenstunden des 26. Juli kesselten starke Polizeikräfte die Hungerstreikenden in Berlin ein und lösten die Aktion auf. Die durch den Hungerstreik und durch die Sommerhitze geschwächten Menschen zogen in einem acht Kilometer langen Fußmarsch ins deutsch-kurdische Kulturzentrum Navca-Kurd. Schon danach

klagte Gülnaz Baghistani über gesundheitliche Probleme. Am folgenden Tag starb sie an den Folgen der Strapazen.

Die Reaktion der deutschen Linken war gering: Zwar gab es kurz danach eine Spontandemonstration in Berlin-Kreuzberg, wo sich aber nur ca. 200 Menschen einfanden. Ein vom Hungerstreikkomitee in aller Eile organisierter Trauermarsch für Gülnaz Baghistani brachte am 1. August über 20.000 Menschen auf die Beine, ganz überwiegend KurdInnen, die aus der gesamten BRD anreisten. Angesichts dieser Anzahl spielten dann die berühmten PKK-Symbole keine Rolle mehr für die Polizei. Fast alle DemonstrationsteilnehmerInnen führten sie mit sich. "Ich bin - PKK" war der am häufigsten skandierte Satz. Diese die Repression karikierende Parole wird von manchen schreibenden Zeitgenossen als Geständnis betrachtet. Der Berlinredakteur der FAZ, Volker Zastrow, führt sie an, um den Einfluß der PKK auf die KurdInnen zu belegen (FAZ, 5.8.95).

Frankfurt: Ausnahmezustand für KurdInnen

Einen Tag später, am 27. Juli, wurden in Frankfurt am Main die Hungerstreikenden ebenfalls von der Polizei überfallen und vertrieben. Selbst in den Fernsehnachrichten war zu sehen, wie die KurdInnen durch ein Spalier prügelnder PolizistInnen getrieben wurden. Es gab bei der Aktion 40 Festnahmen und viele z.T. Schwerverletzte.

Am 30. Juli veranstaltete die Frankfurter Polizei eine regelrechte Hetzjagd auf Kurdinnen und Kurden, die sich in der Innenstadt aufhielten: "Südländisch aussehende Passanten wurden von der Polizei gefragt, ob sie Türke oder Kurde seien. Sich als Kurden bezeichnende Befragte wurden festgenommen. Etwa 180 Festnahmen wurden registriert. Die Festgenommenen wurden auf ihre Personalien überprüft und mußten die Kenntnisnahme eines schriftlichen Platzverweises gegenzeichnen." (Hungerstreikkomitee, 30.7.) Die Verbotszone umfaßte einen Radius von 500 Metern um die zentralen Straßen und Plätze Auch alle größeren Einfahrtstraßen wurden kontrolliert; "Fahrzeuge mit verdächtigen Insassen wurden nicht in die Stadt gelassen". (HA, 31.7.)

Der Druck auf UnterstützerInnen der Hungerstreikenden war massiv: Der Pfarrer der Katharinenkirche, Hans Christoph Stoodt, geriet ins öffentliche Kreuzfeuer, weil er den hungerstreikenden KurdInnen vor seiner Pfarrei Strom und sanitäre Anlagen nicht verweigert hat. Außerdem hatte er nach der Räumung gemeinsam mit dem parteilosen PDS-Abgeordneten Gerhard Zwerenz eine Pressekonferenz organisiert und ein Flugblatt verfaßt, wo die Polizeigewalt kritisiert und der offiziellen Lesart der "Steine werfenden kurdischen Gewalttäter" widersprochen wurde. In einer "offiziellen Befragung" soll Stoodt nun vor der Leitung der Landeskirche Rechenschaft ablegen. Rosi Wolf-Almanashreh vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt mußte ihre erste Erklärung zum Polizeieinsatz - "Sauberkeit, Ordnung und Zuschlagen sind Ausdruck deutscher Kultur" - zurücknehmen, um ihren Posten zu behalten.

Staatsfeind Kurde

Begleitet war der Hungerstreik von einer Serie von Anschlägen auf türkische Läden und Einrichtungen (s. nebenstehenden Artikel). Sie wurden meist umstandslos der PKK angelastet und zum Anlaß einer Pressekampagne genommen. Den Vogel schoß das Rechtsblatt "Die Welt" ab, das am Tage des Trauerzugs für Gülnaz Baghistani die Befürchtung von "Sicherheitsbehörden" kolportierte, "daß aus dem Demonstrationszug heraus kurdische Scharfschützen Polizisten ermorden könnten". Die Scharfschützengeschichte war vom niedersächsischen Verfassungsschutz als Blitzmeldung an alle deutschen Sicherheitsbehörden verbreitet worden. Obwohl selbst das BKA abwiegelte, wurde das 3000köpfige Berliner Polizeiaufgebot daraufhin mit allen verfügbaren kugelsicheren Westen ausstaffiert. Aus den inhaltlich durchaus widersprüchlichen Informationen von "Behördensprechern", "Sicherheitskreisen" und aus angeblichen Geheimstudien wurde ein Bedrohungsszenario angerührt und verbreitet, bei dem die Forderungen der Hungerstreikenden keine Rolle mehr spielten.

Tatsächlich gelang mit dieser Stimmungsmache der Polizei die Auflösung der öffentlichen Hungerstreikaktionen sowohl in Berlin als auch in Frankfurt am Main. Flugs wurden deutsche UnterstützerInnen der kurdischen Hungerstreikaktionen der Förderung des "Terrors" beschuldigt. In einem in "Bild am Sonntag" vom 6.8. zitierten gemeinsamen "Geheimdossier" des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des BND werden die Abgeordnete des Berliner Senats Marion Seelig sowie die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Stefan Tippach als PKK-UnterstützerInnen namentlich

genannt. "Kontaktperson" einer Bonner "Verbindungsstelle" sei eine Mitarbeiterin von Tippach, die "dem bundesdeutschen linksterroristischen Umfeld zuzuordnen" sei.

Die liberalen Medien haben in dieser Sache jegliche kritische Berichterstattung vermissen lassen. Die "Frankfurter Rundschau", die gerade so stolz ihren antifaschistischen Gründungsmythos vor 50 Jahren feiert, lieferte nach der Räumung reine Polizeiberichterstattung. Auch die Tatsache, daß alle Menschen, die kurdisch aussahen, schon auf dem Weg nach Frankfurt von der Polizei angehalten und zurückgeschickt wurden, fand dort keine Kritik. Für die Berlinredaktion der "Tageszeitung" stand sofort fest, daß die PKK den Tod von Gülnaz Baghistani instrumentalisiert. Lediglich couragierte LeserInnenmeinungen sind da ein Lichtblick.

Die staatlichen Behörden können sich zur Zeit also gegenüber den KurdInnen einiges erlauben. Der Vorwurf des Hungerstreikkomitees, daß sie mit der Auflösung der Hungerstreikaktion für den Tod der Kurdin verantwortlich sind, brachte die Behörden nicht in Legitimationsdruck. Vielmehr drehten sie mit Hilfe von FAZ und Tagesspiegel das Ganze um und beschuldigten jetzt die kurdischen Organisation, für den Tod von Baghistani verantwortlich zu sein. "Das Geschehen (ihr Tod, P.N.) vollzog sich im unbeeinträchtigten Machtbereich der als Terroristenorganisation verbotenen ‚Kurdischen Arbeiterpartei` im Berliner Kurdistanzentrum. Der Zugang zum Gebäude wurde und wird von kräftigen kurdischen Männern kontrolliert, die ersichtlich nur auf Befehl ihrer Anführer handeln", hetzt der schon erwähnte Volker Zastrow in der FAZ vom 5.8.95.

Wenn es Staat und Medien gelingt, die KurdInnen zu StaatsfeindInnen Nr. 1 zu erklären, die mit Demonstrationsverboten und Ausweisungen willkürlich unterworfen werden, ist das auch ein Testfall gegenüber anderen mißliebigen Minderheiten. Dem sarkastischen Kommentar des Sprechers von Navca-Kurd ist wenig hinzuzufügen: "Wir fühlen uns in Deutschland daheim - die Unterdrückung ist wie in der Türkei."

Peter Nowak

19. Was kommt nach dem PKK-Verbot?

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Ausländerpolitik; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/pkkverb2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:pkkverb2

Im Zusammenhang mit den jüngsten Aktionen ist in "Sicherheitskreisen" die Debatte um das PKK-Verbot wieder hochgekocht worden. Während die Rechtsaußenfraktion (z.B. Bundesinnenminister Kanther, der bayerische Innenminister Beckstein, das Staatsschutzblatt "Focus") immer noch verbissen daran festhält, das Verbot sei genau richtig gewesen und nur ungenügend und viel zu lasch umgesetzt worden, fällt ansonsten die Bilanz ziemlich eindeutig aus: "Die Wirkungslosigkeit des Verbotes von 1993 bezweifeln inzwischen nur noch wenige Strafermittler." (Hamburger Abendblatt, 28.7.95) Seither habe sich die Anhängerschaft der PKK (nach Verfassungsschutzangaben) auf 7000 bis 8000 verdoppelt, das Spendenaufkommen betrage 30 Millionen Mark jährlich.

Der Hamburger VS-Chef Uhrlau nannte das Verbot "kontraproduktiv", da es der PKK "ermöglicht, sich als verfolgte Partei darzustellen". Die Kritik aus Polizeikreisen bezieht sich auf zwei Punkte: Zum einen sei wegen der erzwungenen völligen Illegalität die Informationsbeschaffung schwieriger geworden. Zum anderen sei die Polizei aufgrund der Rechtslage "eigentlich" gezwungen, jedesmal sofort einzuschreiten, wenn PKK-Symbole gezeigt oder entsprechende Parolen gerufen werden - auch wenn die daraus möglicherweise folgende Eskalation taktisch unerwünscht sei.

Die Trauerfeierlichkeiten für Gülnaz Baghistani illustrierten dieses Dilemma: Angesichts des Massencharakters der Aktionen blieb der Polizei sowohl in Berlin wie in Frankfurt nur die Deeskalationsschiene - auch wenn dort so massenhaft wie selten zuvor verbotene kurdische Symbole das Bild bestimmten. Die nicht zu verhindernde "von den Veranstaltern sicher als ‚machtvoll` empfundene Demonstration der PKK in der deutschen Hauptstadt" führt selbst F. K. Fromme von der FAZ (3.8.) zu dem "ernüchternden Ergebnis", daß das PKK-Verbot "nicht zu einem Erfolg geworden ist".

Interessant sind nun Frommes Schlußfolgerungen: Von der Verfolgung von Einzeltätern der PKK sei nicht viel zu erwarten. Daß die Verfolgung von Anführern (mit Hilfe des Gummiparaphen 129a) mit dem "Krebsschaden aufräumt", den die PKK-Aktivitäten in der BRD darstellten, sei ebenfalls zu bezweifeln.

Hierzu brauche es Geduld "und vor allem gelegentlich auch wohlvorbereitete Härte". Wenn die Repression zu schwierig sei, müsse Gewicht auf die Prävention gelegt werden: Illegal sich in der BRD aufhaltende Kurden müßten abgeschoben werden, straffällig gewordene ohnehin. Folter- und Mordpraktiken in türkischen Gefängnissen (Fromme zynisch: "gelegentlich mögen solche Behauptungen sogar stimmen") sollen gerade kein Hindernis für Abschiebungen mehr sein. Daß solche Abschiebungen Massencharakter tragen müßten, um als Prävention zu dienen, wird nicht ausgesprochen, versteht sich aber von selbst.

In der Politik mehren sich ähnliche Stimmen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster, forderte die Abschiebung von Kurden, die Flaggen und Embleme der PKK zeigen. (FR, 7.8.) Außenminister Kinkel tritt ebenfalls für ein Vorgehen "mit aller Schärfe", auch mit Abschiebung, ein. Der CDU-Politiker Gerster will, daß an mutmaßlichen kurdischen Straftätern durch die Abschiebung "ein Exempel statuiert wird".

Die CDU-Bundestagsabgeordnete und -Innenausschußvertreterin Steinbach spricht die brutale Konsequenz dieser Politik offen aus. Sie fordert, daß "jegliche Aktivitäten für die verbotene PKK einschließlich des Mißbrauchs des Demonstrationsrechtes ein sofortiger Abschiebegrund sind." Auf mögliche Sanktionen, die den KurdInnen in der Türkei drohen könnten, dürfe dabei keine Rücksicht genommen werden. Sie hätten "die Folgen in aller Härte zu tragen" und ihr "Asylrecht verwirkt". Weil Frau Steinbach offenbar nicht ganz verborgen geblieben ist, daß sie damit nebenbei die Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit ebenfalls für verwirkt erklärt, setzt sie hinzu, daß erforderlichenfalls eben auch das Grundgesetz geändert werden müsse. (FAZ, 1.8.)

Die Diskussion um das PKK-Verbot läuft in eine hochgefährliche Richtung: Rechtsförmige Verfahren - selbst willkürliche Organisationsverbote und Terroristenprozesse - werden im Falle der KurdInnen als zu mühsam und unergiebig angesehen. Durch Abschiebung hofft man, die Störer der deutsch-türkischen Kumpanei kostengünstig und dauerhaft (Frommes Präventionsgedanke) zum Schweigen zu bringen. Die

Abschreckungswirkung, die man sich vom türkischen Gefängnishorror auf die in der BRD verbleibenden KurdInnen verspricht, ergänzt dieses menschenverachtende Kalkül.

Um es umzusetzen, wird ein ideologisches Klima geschürt, das die PKK als mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht zu bewältigende Bedrohung für Staat und Gesellschaft darstellt. Wenn es sich in der Öffentlichkeit und in der Asylrechtsprechung durchsetzt, politisch aktiven KurdInnen die elementarsten Grundrechte abzusprechen, dann können deutsche Behörden per Verwaltungsentscheidung wegen eines bloßen Meinungsdelikts - Unterstützung einer mißliebigen Befreiungsbewegung - zu Folter und möglicherweise Tod verurteilen.

j., Hamburg

20. Nordirland: Friedensprozeß in der Krise

Von Dietrich Schulze-Marmeling

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:28

Mit Bangen sah man ihr entgegen, vor allem in London und Dublin. Mit einem dicken Fragezeichen wurde sie beendet: Die "Marching Season", traditionell die unruhigsten Wochen in der nordirischen Unruheprovinz. In den Monaten Juli und August finden alljährlich ca. 3.000 Märsche unionistischer/protestantischer Organisationen (insbesondere des sektiererischen und bigotten Orangeisten-Ordens) (1) und einige Dutzend der Nationalisten/Republikaner statt.

Ein Jahr nach der Verkündung der IRA-Waffenruhe vom 31. August 1994, der wenige Wochen später eine ähnliche Erklärung der loyalistischen Paramilitärs folgte, befindet sich der "Friedensprozeß" in einer schweren Krise. Die Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen durch die IRA erscheint nicht mehr als völlig ausgeschlossen. Verantwortlich hierfür wäre in erster Linie die Untätigkeit der britischen Regierung.

Die "Marching Season" sah die schwersten Unruhen in Nordirland seit dem Waffenstillstand, wenngleich Nordirland schon (politisch) heißere Sommermonate erlebt hat. Immerhin wurde die Waffenruhe nicht gebrochen. Sektiererische Morde, wie sie in den vergangenen Jahren gang und gäbe waren, blieben aus; nicht jedoch anderweitige sektiererische Attacken. So kam es zu zahlreichen Brandanschlägen gegen Einrichtungen der einen oder anderen Community. Auch wurden wieder Bürger aus ihren Häusern vertrieben.

Die wichtigsten Ereignisse der "Marching Season" im einzelnen: Bereits Anfang Juli sorgte die britische Regierung für die richtige Einstimmung, als sie den Soldaten Lee Clegg vorzeitig aus der Haft entließ. Clegg war wegen Mordes an einer jungen Katholikin zu lebenslanger Haft verurteilt worden, von der er jedoch nur vier Jahre verbüßen mußte. Wenige Wochen später wurde der Täter auch wieder in der britischen Armee begrüßt. In Belfast und anderen nordirischen Städten kam es zu den schwersten Unruhen seit dem Waffenstillstand. Clegg war ohnehin nur einer von zwei britischen Soldaten gewesen, die in der 25jährigen Geschichte der "troubles" wegen Mordes verurteilt wurden - obwohl die Armee nicht weniger als 300 Zivilisten auf dem Gewissen hatte. (Ein Grund, warum die Täter dabei in der Regel straffrei ausgingen, war, daß ihre Anklage und Verurteilung wegen Totschlags nicht möglich ist. So können die Gerichte nur auf Mord oder Freispruch entscheiden.)

Auch der andere Täter war vorzeitig entlassen worden, nach nur zweieinhalb Jahren. Eine Praxis, von der die politischen Gefangenen nur träumen dürfen, denn wegen Mordes verurteilte Republikaner und Loyalisten können nicht vor Ablauf ihres zehnten Strafjahres mit vorzeitiger Entlassung rechnen. Und trotz des Waffenstillstands haben sich bislang noch nicht für einen einzigen der politischen Gefangenen die Gefängnistore geöffnet. Es war diese offensichtliche Diskrepanz, die die Wut der Nationalisten mobilisierte. "Clegg raus, alles raus!" und "Britische 'Gerechtigkeit' - zweierlei Maßstab", stand an Belfaster Mauern geschrieben.

Von Portadown bis Derry

Am 10. Juli wollten die Orangeisten in Portadown durch die Garvaghy Road marschieren. Bei Ausbruch des Konflikts lebten hier noch viele Protestanten. Heute gilt die Straße hingegen als katholische/nationalistische Gegend. Die Anwohner protestierten gegen das Ansinnen der Orangeisten, und die Royal Ulster Constabulary/RUC (Polizei) stoppte die Marschierer, die daraufhin das Viertel 48 Stunden lang belagerten und die "Sicherheitskräfte" angriffen. "Eher werde ich sterben, als aufgeben", brüllte der bigotte Prediger und Chef der Democratic Unionist Party (DUP), Ian Paisley. Schließlich fand man einen Kompromiß: Den Orangeisten wurde zwar gestattet, durch die Straße zu marschieren, aber nur im Schweigemarsch und mit einer Delegation. Ihre Kapellen wurden nicht zugelassen. Auch die Bewohner mußten sich zum Schweigen verpflichten und begleiteten den Marsch deshalb mit stummen Protest. Einen richtigen Sieger schien es nicht zu geben.

Der Kompromiß von Portadown wurde von einigen Kommentatoren als ein Modell für die Zukunft gepriesen. Die Unionisten/Loyalisten hätten akzeptieren müssen, daß ohne Kompromißbereitschaft nichts mehr läuft. Und nicht wenige Beobachter glaubten, die zu über 90% protestantische RUC habe ihre Fähigkeit zur

Unparteilichkeit demonstriert. Schließlich hatte sie sich mit ihrer eigenen Community geprügelt und eine katholische Straße geschützt.

Aber als die Orange Men zwei Tage später - am historischen "Zwölften" - in Belfast antraten, wurde ihnen gestattet, durch die katholische/nationalistische Ormeau Road zu marschieren, deren Geschichte ähnlich der der Garvaghy Road ist. Über die Bewohner wurde von der RUC faktisch eine Ausgangssperre verhängt. Wer sich ihr widersetzte, wurde verprügelt.

Am 21. Juli wurde von der RUC eine Sitzblockade Sinn Féins vor der Belfaster Stadthalle aufgelöst, wobei es zu brutalen Übergriffen seitens der Polizei kam. Sinn Féin wurde anschließend - nicht nur von strammen Unionisten - vorgeworfen, die Auseinandersetzung bewußt provoziert zu haben. Die Regierung in Dublin und die Social Democratic and Labour Party (SDLP), die moderat-nationalistische Konkurrentin Sinn Féins, forderten die republikanische Führung auf, ihre Straßenproteste einzustellen. Doch Sinn Féin weigerte sich, da man es für notwendig erachtete, den Druck auf die britische Regierung aufrechtzuerhalten.

Die nächste Station war Lurgan, eine Nachbarstadt Portadowns. Sinn Féin hatte eine Demonstration angemeldet, die ins Stadtzentrum führen sollte. Dazu kam es jedoch nicht, da die Demonstranten von der RUC gestoppt wurden. Sinn Féin lenkte ein und veranstaltete die Kundgebung in einiger Distanz zur Polizeikette. Währenddessen wurde die RUC von ca. 1.000 Loyalisten angegriffen. Als verbaler Anheizer betätigte sich der Unterhausabgeordnete David Trimple (Ulster Unionist Party/UUP), der anschließend die gewalttätigen Ausschreitungen verharmloste. In einer Presseerklärung der UUP wurde gar behauptet, Schuld an den Ausschreitungen sei die Anwesenheit eines hochrangigen katholischen RUC-Beamten gewesen.

Am 12. August stand zunächst erneut die Belfaster Ormeau Road im Blickpunkt des Interesses. Am gleichen Tag fand in Derry der traditionelle Marsch der Apprentice Boys (2) statt, der in der Regel zwischen 10.000 und 20.000 Loyalisten mobilisiert. Die East Belfaster Apprentice Boys wollten zu ihrem Treffpunkt erneut durch die Ormeau Road marschieren, wozu logistisch nicht die geringste Notwendigkeit bestand. Als ca. 200 Bewohner der Ormeau Road den Zugang zu ihrem Viertel blockierten, wurden sie von der RUC von der Straße geprügelt. Dabei wurden auch Plastikgeschosse eingesetzt. Der Marsch der Loyalisten durch die Ormeau Road war nichts anderes als eine Provokation, denn Applaus durften sie in der katholischen/nationalistischen Straße kaum erwarten. Im Februar 1992 waren hier in einem Wettbüro fünf katholische Zivilisten von loyalistischen Paramilitärs ermordet worden. Bei den folgenden Märschen mußten sich die Bewohner seitens der Loyalisten wiederholt obszöne Gesten gefallen lassen. Beim Vorbeimarsch am Tatort schlugen die Kapellen besonders laut ihre Trommeln, während andere Marschierer fünf Finger gen Himmel reckten.

Für Derry hatten die Apprentice Boys angekündigt, erstmals wieder seit 1969 über die gesamte Stadtmauer zu marschieren. Dies war ihnen seither stets untersagt worden. 1969 hatten sich die Bewohner des unterhalb der Stadtmauer liegenden Bogside-Gettos eine erbitterte Schlacht mit den Loyalisten und der RUC geliefert, die in die Geschichtsbücher als "Battle of the Bogside" einging und als Begründung für die Intervention der britischen Armee diente. Mittlerweile ist auch das Gebiet innerhalb der Stadtmauern ein mehrheitlich katholisches/nationalistisches, wie überhaupt die gesamte Westbank des Flusses Foyle heute katholisch/nationalistisch ist. Trotzdem wollte niemand den Loyalisten das Recht bestreiten, innerhalb der Stadtmauern wie auch auf derselben zu marschieren. Einzig und allein jenes sensible Stück, von dem aus man auf die Bogside hinunterschaut, sollte ausgespart bleiben. Eine Versammlung der Bogside beschloß, dieses Stück zu besetzen. Doch auch in Derry war die RUC wild entschlossen, das "Demonstrationsrecht" der Apprentice Boys durchzusetzen. Bereits in den frühen Morgenstunden wurde die Innenstadt verriegelt. Als die Bogsider, unter ihnen im übrigen auch Ralph Giordano, daraufhin mit Leitern die Mauern erklommen, wurden sie von der RUC brutal zurückgeprügelt. Auch Geschäftsleute wurden von einer völlig hysterischen Polizei terrorisiert, während die RUC später tatenlos zusah, wie die Loyalisten die Bewohner der Bogside mit Schmähungen bedachten - genauso wie es die Bogsider befürchtet hatten.

Die Auseinandersetzungen um die Ormeau Road und die Stadtmauern von Derry sind typisch für den Charakter der orangeistischen Märsche. Die Marschierer betrachten Nordirland unverändert als einen "Protestant State for Protestant People" (so der erste nordirische Premier im Jahre 1934); Katholiken sind für sie lediglich Bürger zweiter Klasse, die sich dem Willen der protestantischen Mehrheit zu fügen haben. Die "Souveränität" katholischer/nationalistischer Gebiete dürfe nicht geduldet werden. Mit Vorliebe werden für die Machtproben solche Gebiete ausgesucht, die einmal protestantisch waren, es heute aber nicht mehr sind. "Es

gibt keine katholischen/nationalistischen Gebiete in Nordirland. Es gibt nur Gebiete, die von Katholiken/Nationalisten vorrübergehend besetzt sind!" heißt es auf einem Wandbild im Belfaster Stadtteil Shankill, einer Hochburg der loyalistischen Paramilitärs.

Die "Marching Season" ist somit nicht zuletzt stets ein Kampf um Territorium. Katholiken werden aus mehrheitlich protestantischen Gebieten vertrieben, was in deutlich geringerem Ausmaß allerdings auch umgekehrt erfolgt. Wo katholische und protestantische Gebiete aneinanderstoßen, werden die Häuser entlang der Trennlinie mit Brandbomben traktiert, um das eigene Terrain zu markieren oder gar auszuweiten. Der sektiererische Terror hat dazu geführt, daß heute in Nordirland über 50% der Bevölkerung in Straßen und Vierteln wohnt, die entweder zu 90% protestantisch oder katholisch sind. Nur 7% leben in einer Nachbarschaft, in der die beiden Konfessionsgruppen in etwa gleich stark vertreten sind.

Die Märsche der Republikaner sind anderen Charakters als die der Orangeisten. Nicht nur, weil sie in der Regel demokratischen Forderungen dienen und keinen triumphalistischen Charakter haben. In der Vergangenheit haben sie sich stets auf die katholischen Viertel beschränkt. In den letzten Jahren wurden allerdings verstärkt Versuche unternommen, in die Stadtzentren gewisser Städte vorzudringen - gemäß dem Motto: Das Stadtzentrum gehört allen. Die Planung für die traditionelle "Anti-Internierungs-Demo" am 13. August in Belfast sah zunächst vor, die Republikaner aus dem Süden der Stadt durch den protestantischen Donegall Pass zum Ort der Abschlußkundgebung marschieren zu lassen; das hätte eine Abkehr von der bisherigen Praxis bedeutet. Doch nach Einwänden der dortigen Bewohner sowie Kritik moderater Nationalisten (SDLP, "Irish News") verzichtete Sinn Féin darauf. Ähnlich verhielt es sich auch bezüglich einer kleinen protestantischen Enklave in West Belfast (Black Road). Die ursprünglich vorgesehene Route hätte ca. 200 Meter an einer protestantischen Siedlung vorbeigeführt - wohlgemerkt vorbei, nicht hindurch. Auch hier lenkten die Organisatoren ein. Das schnelle Nachgeben Sinn Féins läßt darauf schließen, daß der Plan ohnehin nicht ernst gemeint war. Vermutlich wollte man den Loyalisten nur einen Spiegel vorhalten und die RUC auf eine Probe stellen. Trotzdem kam es am 13. August erneut zu schweren Auseinandersetzungen. Der Umzug der Republikaner wurde von Loyalisten angegriffen, die mit Steinen und Flaschen warfen.

Die "Marching Season" wurde von beiden Seiten auch als Test für die Politik der britischen Regierung betrachtet. Ein Teil der Loyalisten sucht bewußt die offene Konfrontation mit der anderen Community, um Regierung und Polizei in die Auseinandersetzung hineinzuziehen. Hierdurch soll der Dialog zwischen London und Sinn Féin torpediert werden, der mit großem Mißtrauen betrachtet wird. Viele Politiker der DUP, aber auch einige der moderateren UUP sind unverändert der Auffassung, daß der Waffenstillstand mit einem Ausverkauf ihrer Interessen korrespondiere, weshalb sie dem Status quo ante nachtrauern. Offensichtlich fürchten sie den Krieg weniger als den Frieden. Das Problem der Unionisten/Loyalisten ist, daß ihrerseits noch immer keine ausformulierte und kohärente Analyse des "Friedensprozesses" existiert. Letztendlich gibt es keine klare Vorstellung davon, was die neue Situation bedeutet und wie man mit ihr umzugehen hat. Die Märsche der Orangeisten sind deshalb letztendlich auch ein Ausdruck großer Unsicherheit darüber, welcher Status den Unionisten/Loyalisten im Nordirland und United Kingdom nach 25 Jahren der "troubles" und einem Jahr Waffenruhe zukommt. Umgekehrt versuchen die Republikaner auszutarieren, inwieweit sich die Politik von Regierung und "Sicherheitskräften" seit der Waffenruhe tatsächlich verändert hat.

Auch wenn Nordirland nach wie vor ein sektiererischer und repressiver Staat ist, so sind gewisse Veränderungen doch nicht zu leugnen. Sinn-Féin-Demonstrationen im Belfaster Stadtzentrum waren vor einigen Jahren noch undenkbar. Seit der Unterzeichnung des Anglo-Irischen-Abkommens (1985) haben die Auseinandersetzungen zwischen Loyalisten und der RUC zugenommen. Noch in den späten 60ern waren die Märsche des Orange Order eine staatliche Veranstaltung, heute erhalten sie bisweilen einen geradezu antistaatlichen Charakter. Vor allem aber hat die katholische Community auf allen Ebenen an Einfluß gewonnen - ökonomisch, politisch wie kulturell.

Frust über den Frieden

Auf republikanischer Seite wurde während der "Marching Season" auch viel Frust über den stagnierenden "Friedensprozeß" abgeladen. Inwieweit es hier Widersprüche innerhalb der Bewegung gibt, läßt sich nicht klar ausmachen. Fakt ist, daß die Waffenruhe bislang mit - wie Kommentatoren immer wieder mit Erstaunen und Anerkennung registrieren - eiserner Disziplin eingehalten wurde. Auch sogenannte "Hardliner" verspüren z.Zt. wenig Lust zur Neuaufnahme des bewaffneten Kampfes. Fakt ist des weiteren, daß dem Unmut über die

britische Untätigkeit im Sinn-Féin-Organ "An Phoblacht" viel Platz eingeräumt wird. Der Frust herrscht am stärksten in den katholischen Gettos, aber auch gemäßigte Kreise sind der Auffassung, der IRA-Waffenstillstand sei eine sehr großzügige Geste gewesen, auf die London - entgegen ursprünglicher Versprechungen - bis heute noch nicht adäquat reagiert habe.

Die Kommunikation zwischen Sinn Féin und der britischen Regierung ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams und sein Stellvertreter Martin McGuinness gehen im Stormont, dem ehemaligen Sitz des protestantischen/unionistischen Regimes, wo heute die britische Direktherrschaft residiert, wie selbstverständlich ein und aus, um sich mit Nordirlandminister Mayhew zu treffen; Sinn Féin-Vertreter treffen sich mit dem Department of Economic Development, um über die ökonomische und soziale Zukunft der urbanen Gettos und der ländlichen Grenzregionen zu diskutieren; und eine führende Politikerin Sinn Féins sieht man auf einer Frauenkonferenz in der Belfaster Queens University im Gespräch mit des Ministers Ehefrau.

Doch in der Praxis tut sich bislang relativ wenig, weshalb nicht wenige Republikaner den Verdacht hegen, die britische Regierung träume unverändert von einer militärischen Zerschlagung der republikanischen Bewegung. Die britische Untätigkeit sei eine Hinhaltetaktik, mit der eine Spaltung der Bewegung und die militärische Verrostung der IRA beabsichtigt werde. Der geschwächte Rest wäre dann nicht mehr imstande, einer politischen und militärischen Offensive standzuhalten.

Sinn Féin setzt dem die permanente Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft entgegen - sehr zum Unwillen der SDLP, Dublins und natürlich der Regierung in London, die sich dadurch gestört und unter Druck gesetzt fühlen. Betrieben wird diese Mobilisierung entlang der Forderungen "Auflösung der RUC", "Freilassung aller politischen Gefangenen" und "Sofortige Aufnahme von Allparteiengesprächen".

Die Armee bleibt mittlerweile zum überwiegenden Teil in den Kasernen. Einige hundert Soldaten wurden auch bereits abgezogen, das berüchtigte Fallschirmjägerregiment soll demnächst folgen, und in einem Falle (North Howard Street, Belfast) wurde mittlerweile auch mit dem Abbau einer Kaserne begonnen. Am stärksten sind die Aktivitäten der Armee noch im Grenzgebiet. Offensichtlich soll sie hier beobachten, ob noch immer Waffen nach Nordirland hineinkommen und dies gegebenenfalls verhindern. Natürlich ist auch auf Seiten Londons der Verdacht nicht ausgeräumt, daß die IRA den bewaffneten Kampf doch noch einmal aufnehmen könnte.

Die RUC hat ihre Panzerwesten und Maschinenpistolen abgelegt und verteilt mittlerweile Strafzettel für Falschparker. Reduziert wurde die RUC noch nicht, ihre Entwaffnung und Umwandlung in eine zivile Polizeitruppe steht ebenfalls noch aus. Aufgrund ihres sektiererischen und paramilitärischen Charakters bleibt sie für die Minderheit weiterhin unakzeptabel. Unverändert kommt es tagtäglich zur Belästigung und Einschüchterung von Katholiken/Nationalisten, vor allem in den Gettos. Wenn, wie erst kürzlich im Belfaster Oldpark-Distrikt geschehen, Häuser durchsucht werden, wobei auch Fußböden und Wände aufgeschlagen werden, bedeutet dies nichts anderes, als daß sich die RUC an den Waffenstillstand nicht hält.

Moderate Nationalisten begnügen sich mit der Forderung nach einer Angleichung der RUC an die Polizei im restlichen United Kingdom. Republikaner fordern hingegen unverändert ihre Auflösung, wenngleich es Anzeichen dafür gibt, daß man zu gewissen Kompromissen bereit wäre. So sprach Gerry Adams davon, daß nicht alle RUC-Mitglieder "schlecht" seien, was allerdings zunächst nicht mehr heißt, als daß in einer neuen Polizeitruppe wohl auch ein Teil der ehemaligen RUC zu finden sein könnten.

Der Verlauf der "Marching Season" dürfte der RUC mehr geschadet als genutzt haben. Der Versuch, sich als unparteiische Kraft zu präsentieren, erlitt einen herben Rückschlag. Die Bilder von Belfast und Derry erinnerten die internationale Öffentlichkeit stark an jene Szenen, die am Anfang der "troubles" standen. Hinzu kommt, daß sich die RUC nicht mehr länger als zwar nicht ganz unproblematische, aber wegen des Terrorismus nichtsdestotrotz leider notwendige Institution legitimieren kann.

Während die Republik Irland seit der Waffenruhe insgesamt 32 republikanische Gefangene freigelassen hat (29 Mitglieder der IRA und sechs der INLA befinden sich hier noch in Haft), zeigt sich London diesbezüglich noch immer unflexibel, was Dublin, die SDLP und die katholische Hierarchie stark beunruhigt. Denn die Gefangenen haben beim Zustandekommen des Waffenstillstands eine bedeutende Rolle gespielt. Wer die Hoffnungen der Gefangenen und ihrer Angehörigen enttäuscht, spielt deshalb mit dem Feuer. Ohne die

Zustimmung dieses Kreises, der immerhin aus mehreren tausend Menschen besteht, ist die Fortsetzung der Waffenruhe undenkbar.

Z.Zt. sitzen allein in den nordirischen Gefängnissen insgesamt (d.h. Republikaner und Loyalisten) ca. 1.200 politische Gefangene.

Selbst in der Frage des Transfers der englischen Gefangenen in nordirische Gefängnisse zeigt sich die Regierung bislang extrem unflexibel. Der an Krebs erkrankte IRA-Gefangene Patrick Kelly wurde zwar mittlerweile in ein Krankenhaus verlegt, allerdings nicht wie erwartet nach Belfast. Das Problem der Gefangenen bereitet Dublin und der SDLP besondere Sorge. Denn die Freilassung zumindest eines Teils der Gefangenen würde die Regierung politisch kaum etwas kosten, zumal wenn es sich dabei um Republikaner wie Loyalisten gleichermaßen handelt, wohl aber eine gewisse Entlastung bringen.

Die Aufnahme von "Allparteiengesprächen" scheitert aktuell noch daran, daß die britische Regierung die Entwaffnung der IRA als Vorbedingung fordert. In dieser Frage gibt sich Sinn Féin allerdings knallhart und erhält dabei auch Zustimmung von moderater Seite. Bei einer Veranstaltung in West Belfast erklärte der ehemalige südirische Premier Albert Reynolds, er hätte die Downing Street Declaration niemals unterzeichnet, hätte diese die Entwaffnung der IRA als Vorbedingung für eine Beteiligung Sinn Féins an "Allparteiengesprächen" enthalten. In seinen Gesprächen mit John Major sei von einer derartigen Vorbedingung niemals die Rede gewesen. Lediglich die Einstellung der bewaffneten Aktivitäten sei gefordert worden. Auch die "Irish News", die größte "katholische" Tageszeitung in Nordirland, die der SDLP nahesteht, äußerte sich in Reynolds' Sinne. Lediglich der rechte Flügel der SDLP (Eddie McGrady) vertritt hier eine andere Auffassung.

Für die Nichtbereitschaft der IRA, ihre Waffen abzugeben, gibt es eine Reihe von (guten) Gründen. Eine Entwaffnung der IRA zum jetztigen Zeitpunkt käme einer Kapitulation gleich und würde die Bewegung unweigerlich spalten. Möglicherweise haben Teile des britischen Establishments noch immer nicht kapiert, daß die IRA ihre Entscheidung vom 31.8.1994 nicht als Resultat einer Niederlage betrachtet, sondern als Dokument der Stärke. Die Sinn-Féin-Führung räumt der Aufrechterhaltung der Einheit der Bewegung allerhöchste Priorität ein. Daran ändert auch ihr authentischer Friedenswille nichts.

Auch die Sinn-Féin-Führung weiß, daß die Entwaffnung der IRA die Position der Partei in den Verhandlungen lediglich schwächen würde. Deutlicher wird dieser Zusammenhang anhand der politischen Parteien der protestantischen/loyalistischen Paramilitärs (UDP und PUP), die erheblich schwächer sind als ihr republikanisches Pendant. Daß diese Zusammenhänge derzeit im Kontext mit politischen Verhandlungen überhaupt eine Rolle spielen, haben sie einzig und allein den Waffenarsenalen ihrer militärischen Arme zu verdanken.

Der wichtigste Grund für die Nichtabgabe der Waffen ist allerdings ein anderer: Nie wieder soll die katholische/nationalistische Minderheit dem loyalistischen Mob und der RUC schutzlos gegenüberstehen, wie dies 1968/69 der Fall war. Der Alptraum von 1968/69 soll sich nie mehr wiederholen. Die "neue" IRA begann damals als eine Streitmacht, der die Verteidigung der katholischen Gettos zufiel. Ohne eine Entwaffnung nicht nur der loyalistischen Paras, sondern vor allem der RUC ist an eine Bereitschaft der IRA zur Waffenabgabe überhaupt nicht zu denken. Die Entwaffnung der IRA ist keineswegs, wie immer wieder behauptet wird, mit der Frage der politischen Gefangenen verkoppelt, sondern kann nur im Zusammenhang mit der RUC-Diskussion gelöst werden.

Es ist deshalb davon auszugehen, daß die IRA ihre Waffen noch sehr lange behalten wird. Bestenfalls wird sie dazu bereit sein, einen Teil ihres Arsenals abzugeben, was nicht mehr als eine symbolische Geste wäre; etwa solche Waffen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr einsetzbar sind. In den republikanischen Vierteln übt die IRA unverändert eine Polizeifunktion aus. Seit dem Waffenstillstand haben die IRA und die loyalistischen Paras in ihren Vierteln über 170 "Punishment-Beatings" (Bestrafungsaktionen) vorgenommen. Im August kam es erstmals wieder zum Schußwaffengebrauch, als einem "Delinquenten" die Ellenbogen durchschossen wurden. Auch hier lautet die Replik auf Kritiken, wie sie vor allem von der Organisation Families Against Intimidation And Terror (FAIT) vorgetragen werden, das Problem sei nur durch den Aufbau einer auch für die katholische Community akzeptablen Polizeitruppe zu lösen.

Da die britische Regierung seit dem Waffenstillstand bereits wiederholt ihre Position verändert hat, ist nicht auszuschließen, daß sie ihre Forderung nach einer einseitigen Waffenabgabe demnächst modifizieren wird. Denn ursprünglich war diese sogar Voraussetzung für das Stattfinden offizieller Gespräche zwischen London und Sinn Féin überhaupt.

Ein Problem sind die Widersprüche im britischen Kabinett. Dem rechten Flügel der Konservativen ist Nordirlandminister Mayhew bereits viel zu weit gegangen. Für weitere Konzessionen besitzen Major und Mayhew, wie letzterer unlängst einräumte, derzeit keinen Spielraum. Ihre Bewegungsfreiheit wird durch die nur knappe Mehrheit, über die Major und Co. im Parlament verfügen, und die damit verbundene Abhängigkeit von den Abgeordneten der nordirischen Unionisten zusätzlich eingeschränkt. Als Major im Juli seine innerparteiliche Machtprobe bestand, war das Aufatmen innerhalb der republikanischen Bewegung spürbar. Des weiteren mangelt es noch immer an einer Beziehung gegenseitigen Respekts und Vertrauens zwischen den Verhandlungsführern. Das Beispiel Südafrika zeigt aber, wie wichtig das für einen erfolgreichen "Friedensprozeß" ist.

Die Unionisten haben erklärt, daß sie sich auf gar keinen Fall mit Sinn Féin vor einer Waffenabgabe an einen Tisch setzen werden. Einige ihrer Repräsentanten scheinen einen Dialog sogar generell auszuschließen. Sinn Féin fordert deshalb, mit Gesprächen auch dann anzufangen, wenn diese nicht die Zustimmung der Unionisten/Loyalisten finden. Deren Vertreter könnten dann zu einem selbst gewählten Zeitpunkt hinzustoßen. Tatsächlich ist dies das einzige Vorgehen, das Fortschritte verspricht, denn alles andere bedeutet, den Unionisten/Loyalisten auch weiterhin ein Veto-Recht einzuräumen. Dieses schließt jedoch jegliche progressive Veränderung aus und ist dafür verantwortlich, daß sich das Denken der unionistischen/loyalistischen Politiker seit Ausbruch des Konflikts kaum weiterentwickelt hat. Die Zeche dafür hatten nicht nur die Katholiken, sondern auch die Protestanten zu bezahlen.

Allerdings gibt es durchaus Anzeichen dafür, daß die unionistische/loyalistische Politikerkaste nicht unbedingt die gesamte protestantische Community repräsentiert. Eine Umfrage kam unlängst zu dem Ergebnis, daß zwar eine große Mehrheit der Protestanten Gerry Adams mißtraut, aber gleichzeitig viele den Sinn-Féin-Führer für eine Schlüsselfigur bezüglich einer politischen Vereinbarung erachten. Eine Premiere ganz besonderer Natur ereignete sich anläßlich des bereits erwähnten Auftritts von Albert Reynolds in West Belfast. Neben Reynolds und dem SDLP-Politiker Mark Durkan saßen auch noch Sinn Féins Martin McGuinness und der UUP-Mann Roy Garland auf dem Podium in der Conway Mill. Ein UUP-Politiker auf einer Veranstaltung im republikanischen Herzen Belfasts, der IRA-Hochburg schlechthin; in einem Gebäude, in dem nach Auffassung vieler unionistischer/loyalistischer Politiker nur IRA-Leute hausen; und im Dialog mit einem Mann, der unter dem Verdacht steht, der Stabschef der IRA zu sein - die DUP lief Sturm, während sich die UUP bemerkenswert ruhig verhielt. Roy Garland, der im übrigen vom Publikum (der Saal war randvoll) mit großem Beifall empfangen wurde, rechtfertigte sein Erscheinen als persönliche Entscheidung. Allerdings sei er der Auffassung, daß es an der Zeit sei, mit Sinn Féin zu reden, womit er in seiner Partei keineswegs allein stehe. Tatsächlich wirkt die UUP derzeit ziemlich zerrissen. Ein Teil scheint auf einen Kurs einzuschwenken, der dem der DUP sehr ähnlich ist. Hierzu gehört der bereits erwähnte Unterhausabgeordnete David Trimple. Andere, wie etwa Ken Maginnis, sicherheitspolitischer Sprecher der UUP und ebenfalls im britischen Parlament, distanzieren sich von Trimple und Co., zum Teil sogar in sehr scharfer Form, zeigen bislang aber ebenfalls kaum Gesprächsbereitschaft. Wieder andere, wie eben Roy Garland, sind dazu bereit, über den Schatten der Vergangenheit zu springen. Es bleibt abzuwarten, welche Fraktion sich letztlich durchsetzen wird.

Wie weiter?

Gerry Adams hat auf der Demonstration am 13. August deutliche Worte an die Adresse der britischen Regierung gesprochen: Die IRA sei nicht verschwunden. Es war das erste Mal, daß Adams derart offen mit der Rückkehr zum bewaffneten Kampf drohte. Einige Tage zuvor hatte er bereits verkündet, wenn die Regierung noch immer glaube, sie müsse die Nationalisten besiegen, dann müßten halt die Nationalisten die Regierung besiegen. Als Sinn Féins Jim Gibney nach der Belfaster Straßenblockade (s.o.) von der "Irish News" gefragt wurde, ob innerhalb der republikanischen Bewegung Unmut existieren würde und ob er sich vorstellen könnte, daß einige Leute über die Rückkehr zum bewaffneten Kampf nachdenken würden, antwortete der Funktionär salomonisch: "Während des vergangenen Jahres haben die Republikaner den Waffenstillstand sehr diszipliniert eingehalten. Es gibt keine Bedrohung des Friedensprozesses von republikanischer Seite - aber er wird gefährdet durch die Position und das Verhalten der britischen Regierung." Bereits im Juni hatte die in

Dublin erscheinende "Sunday Tribune" behauptet, die Einheiten der IRA seien angewiesen worden, sich auf die Wiederaufnahme bewaffneter Aktivitäten vorzubereiten.

Trotzdem ist es z.Zt. eher unwahrscheinlich, daß die IRA von sich aus den bewaffneten Kampf wieder aufnimmt. Die Drohung erfüllt wohl (noch) primär die Funktion, London vor Augen zu führen, was die Regierung alles verlieren kann, wenn sie sich nicht endlich bewegt. Ökonomisch wäre die Wiederaufnahme militärischer Handlungen für London und die Provinz ein Desaster. Viele der Investoren, die man seit dem Waffenstillstand gewonnen hat, würden sich wohl wieder zurückziehen. Der Tourismussektor, der in diesem Jahr einen erheblichen Boom zu verzeichnen hatte und einen wichtigen ökonomischen (wie politischen) Faktor darstellt, würde einen erneuten Rückschlag erleiden. Die negative Reputation der Provinz wäre einmal mehr und nachhaltig bestätigt, und die Regierung müßte sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, durch ihre starre Haltung die einmalige historische Chance, einen jahrhundertealten Konflikt zu beenden, vertan zu haben. Internationale Schelte wäre ihr gewiß.

Die republikanische Führung scheint sich einiges vom Besuch des US-Präsidenten zu versprechen. Im Dezember kommt Bill Clinton nach Belfast und Dublin. Sinn Féin (und darüber auch die IRA) ist mittlerweile in ein politisches Internet eingebunden, das außer ihr noch aus der SDLP (deren Parteiführer John Hume der Architekt dieses Internet ist), Dublin und Washington besteht. Die Herstellung der Achse Sinn-Féin-SDLP-Dublin-Washington hat beim Zustandekommen des Waffenstillstands eine entscheidende Rolle gespielt. Konzertierter diplomatischer Druck sollte den bewaffneten Kampf überflüssig machen. Klagen der republikanischen Bewegung nehmen seither nicht selten den Umweg über Washington. Sinn Féin spekuliert nun darauf, daß der bevorstehende Clinton-Besuch auf die britische Regierung zusätzlichen Druck ausübt. Clinton selbst äußerte Anfang August in einem Interview mit der "Irish Times", daß er sich selbstverständlich sehr freuen würde, wenn die Allparteiengespräche zum Zeitpunkt seines Besuchs bereits im Gange wären. Auch würde er jede Maßnahme begrüßen, die zur Versöhnung in Nordirland beitrage, wobei er ausdrücklich das Problem der Gefangenen erwähnte.

Die Einmischung Clintons in den Friedensprozeß (bzw. eine "interne Angelegenheit" Großbritanniens) und seine Reise nach Belfast und Dublin dokumentieren, wie umstritten die britische Herrschaft über Nordirland längst ist. Kommentar Gerry Adams: "Ich hoffe, John Major hat genau zugehört."

Anmerkungen:

1) Der Orangeisten-Orden (Orange Order) wurde 1795 als exklusiver protestantischer Geheimbund gegründet. Der "große Tag" des Orange Order ist alljährlich der 12. Juli, an dem die Unionisten/Loyalisten den Sieg des protestantischen Wilhelm von Oranien über seinen katholischen Thronkonkurrenten James II. zelebrieren. Noch heute sind viele führende loyalistische Politiker Mitglieder des Ordens und bekleiden häufig sogar führende Positionen.

2) Apprentice Boys: Loyalistische Organisation, die alljährlich am 12. August die Befreiung Derrys von der Belagerung durch König James und seine katholischen Truppen (1689) feiert

Anmerkungen:

1) Der Orangeisten-Orden (Orange Order) wurde 1795 als exklusiver protestantischer Geheimbund gegründet. Der "große Tag" des Orange Order ist alljährlich der 12. Juli, an dem die Unionisten/Loyalisten den Sieg des protestantischen Wilhelm von Oranien über seinen katholischen Thronkonkurrenten James II. zelebrieren. Noch heute sind viele führende loyalistische Politiker Mitglieder des Ordens und bekleiden häufig sogar führende Positionen.

2) Apprentice Boys: Loyalistische Organisation, die alljährlich am 12. August die Befreiung Derrys von der Belagerung durch König James und seine katholischen Truppen (1689) feiert

21. Betr.: Antisemitismus und kurdischer Nationalismus

Autor: ak 379 · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:30

Wir dokumentierten in ak 379 das antisemitische Pamphlet "Spezialkrieg und Judentum" von A. Inanc (zuerst veröffentlicht in Özgür Ülke, 28. und 29.8.94). Jan Keetman kommentierte diesen Text. Nach Gesprächen mit Mitarbeitern von Özgür Ülke war unser Autor zu der Auffassung gelangt, "daß dieser Artikel nicht zu einer Diskussion unter kurdischen und türkischen Linken geführt" habe.

Selma Yeter bemängelt nun in einem Schreiben an die ak-Redaktion, daß diese Darstellung nicht "etwas bescheidener" formuliert worden und auch nicht die Einschränkung "soweit wir wissen" gemacht worden sei. Im weiteren Verlauf des - "mit zornig bolschewistischen Grüßen" unterzeichneten Briefes wird uns u.a. mitgeteilt:

"[...] hinsichtlich der Tatsachen liegt der ak-Schreiber dieses Artikels eben falsch. In Bolsevik Partizan wurde der Artikel von Inanc in der Nummer 92/1994 (Dezember) in einem Artikel vom 28.9.1994 scharf kritisiert. In deutscher Sprache haben wir diese Kritik in der Nummer 6 (März 95) der KommunistIn veröffentlicht, sowie den Text des Artikels von Inanc in Özgür Ülke in deutsch. In dieser Ausgabe haben wir auch alle Kritiken aus Interim etc. veröffentlicht und dazu kritisch Stellung genommen.) Aufgrund des Artikels in Bolsevik Partisan haben in der Türkei/Nordkurdistan in den verschiedensten Bereichen (Gewerkschaften, Vereine etc.) Debatten über dieses Thema stattgefunden. [...]

Entgegen den Aussagen, die im vorliegenden ak-Artikel suggerieren, daß der Inanc-Artikel ein Ausrutscher sei, haben wir in unseren Artikeln darauf verwiesen, daß der Antisemitismus keineswegs nur ein ‚Ausrutscher` in der Zeitschrift Özgür Ülke von einem Autor ist, sondern daß er ein Bestandteil der Politik, ein Teil der politischen Linie der PKK ist. Bereits in Artikeln 1990 haben wir diese grundfalschen Positionen angegriffen. Siehe Bolsevik Partizan Nr. 59/1990, S. 29: "A. Özcalan über die jüdische Religion". In diesem Artikel zeigen wir, daß in Stellungnahmen von A. Özcalan die jüdische Religion im Gegensatz zu anderen Religionen wie z.B. dem Islam als schlechter, als schädlich usw. eingeschätzt wird, mit allen Klischees, die der jüdischen Religion gegenüber denkbar sind - bis hin zur ‚Mitschuld` der Juden an ihrem Völkermord durch die Nazis.

Allerdings ist es sehr wichtig darauf hinzuweisen, daß der Antisemitismus nicht nur von der PKK, sondern von fast allen politisch-revolutionären Organisationen in der Türkei/Nordkurdistan (von den sich ‚sozialdemokratisch, sozialistisch` gebenden Parteien ganz zu schweigen, unglaublicher Weltmeister ist auf diesem Feld die Aydinlik-Gruppe) offensiv - natürlich mit Antizionismus verbrämt - vertreten wird.

Was die Verharmlosung des Völkermords der Hitlerfaschisten angeht, werden die Vergleiche zwischen dem Völkermord an dem kurdischen Volk und an der jüdischen europäischen Bevölkerung Europas durch den Hitlerfaschismus in verharmlosender Weise keineswegs nur von kurdischen, sondern genauso von türkischen Organisationen gezogen. (Siehe unseren Artikel in unserer 8. Mai-Zeitung in deutscher Sprache: ‚Der Genozid am jüdischen Volk und an den Roma/Sinti`.) [...]

Die im Text erwähnten Ausgaben - KommunistIn, Nr. 6, März 95, 3,50 DM; deutschsprachige Zeitung zum 8. Mai von Bolsevik Partizan, 2 DM - sind zu beziehen über: PLK Nr. 106606 C, 80074, München.

22. "Wir sind keine kurdische Partei ..." Interview mit Vertretern der Komala Iran

Autor: Thomas Uwer, WADI · Rubrik: Iran; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:08

Zur Rolle des Irans im Nordirak

Im befreiten kurdischen Nordirak gewinnt das iranische Regime zunehmend an Einfluß. Das bekommt vor allem die iranisch-kurdische Opposition zu spüren.

Am Morgen des zweiten Juni werden zwei wichtige Funktionäre der iranisch-kurdischen Komala (die Kurdistan Organisation der KP Iran) in Suleymaniyah im Nordirak auf offener Straße überfallen und regelrecht hingerichtet. Die beiden Täter werden wenige Stunden später von der Sicherheitspolizei der PUK (Patriotische Union Kurdistans) gefaßt; es handelt sich um irakische Kurden, die für den iranischen Geheimdienst Etelaat arbeiten. Wenige Tage später werden die beiden zusammen mit fünf mutmaßlichen Mittätern abgeurteilt und hingerichtet.

Die Eile, mit der die Sicherheitspolizei den Fall "erledigte", ist nicht zufällig. Unangenehme Kapitel der kurdischen Politik im Nordirak möchte man gerne schnell beendet sehen. Denn während Anschläge des Etelaat gegen Mitglieder iranischer Oppositionsparteien in Irakisch-Kurdistan zur Tagesordnung gehören, pflegen die irakisch-kurdischen Parteien einen immer engeren Kontakt mit dem benachbarten Iran. Nachdem die PUK dem Wunsch Teherans folgend im Frühjahr den Radiosender der kurdischen Demokratischen Partei/Iran geschlossen hatte, bot sich eine schnelle und harte Bestrafung der Attentäter als beschwichtigendes Zeichen gegenüber der iranischen Opposition an. Aber auch die brutale Hinrichtung der Täter kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die beiden großen irakisch-kurdischen Parteien im Kampf um die Vorherrschaft im Nordirak immer stärker um die Gunst der sie umgebenden Regierungen buhlen.

Als ein dem Irak verfeindeter Staat hatte der Iran schon vor der Befreiung des Nordiraks 1991 einen bedeutenden Einfluß auf den irakisch-kurdischen Widerstand: als Waffenlieferant und als Rückzugsmöglichkeit der kurdischen Verbände zum einen, durch die Intensivierung der strategischen Politik Irans gegen die Bagdader Zentralregierung zum anderen. (1) Seit der Befreiung eines Teils der kurdischen Gebiete im Nordirak richtete sich die Politik der Teheraner Regierung vorrangig gegen die Etablierung der kurdischen Eigenständigkeit. Im mittlerweile politisch zerrütteten Irakisch-Kurdistan bieten sich der iranischen Regierung viele Möglichkeiten, direkt auf das politische Geschehen dieser Region Einfluß zu nehmen und damit auch den Krieg gegen die eigene kurdische Opposition effizienter zu gestalten.

Bei den Waffenstillstandsgesprächen zwischen den beiden sich bekriegenden kurdischen Parteien, der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), spielte die iranische Regierung eine entscheidende Rolle. Mehrfach trafen sich Vertreter beider Parteien in Teheran, um den innerkurdischen Konflikt zu schlichten. Interessant ist, daß Teheran zu einem Zeitpunkt wieder verstärkt um eine solche Schlichtung bemüht war, zu dem international die Debatte über eine Aufhebung des Embargos gegen den Irak - durch die Berichte von UN-Berichterstatter, R. Ekeus, auf der einen und die Reaktion der US-Amerikanischen Vertreterin im UN-Sicherheitsrat, Allbright, auf der anderen Seite - erneut aufkam. Für die iranische Regierung, der viel an der Schwächung des Iraks gelegen ist, stellte sich zu diesem Zeitpunkt vorrangig das Problem, daß die anhaltenden innerkurdischen Kämpfe eine Anerkennung Saddam Husseins im Zweifelsfall nur beschleunigen können. Gleichzeitig startete das iranische Militär im vergangenen Jahr eine erneute heftige militärische Kampagne in den kurdischen Gebieten des Irans. Ziel dieser Kampagne ist es, die gesamte Grenzregion zu entvölkern und zum militärischen Sperrgebiet zu erklären, um die Rückzugsmöglichkeiten der Guerillaverbände zu zerstören. Eine effiziente Sicherung der Grenze allerdings ist nur durch die Kontrolle beider Seiten möglich.

Die Islamistische Bewegung in Irakisch-Kurdistan spielt eine große Rolle im Rahmen der Kurdistan-Politik der iranischen Regierung. Während die Islamistische Partei bislang über keinen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung verfügt (2), war sie durch ihre militärische Intervention während der Parteienkämpfe im Sommer 1994 in der Lage, sich in eine wichtige Verhandlungsposition zu spielen. Finanziert und militärisch ausgerüstet wird die Partei von der iranischen Regierung und von "einigen Freunden aus Saudi-Arabien" (3). Zusammen

mit der KDP kontrolliert die Islamistische Bewegung seit Sommer letzten Jahres die Grenzregion um Halabja, im ansonsten PUK-kontrollierten Süden. Innerkurdische Verhandlungen ohne eine Beteiligung der Islamistischen Partei sind seitdem undenkbar. Gleichzeitig gilt die Islamistische Partei als das Zentrum, von dem aus die Morde an iranischen Oppositionellen innerhalb Irakisch-Kurdistans durchgeführt werden. Die Islamistische Partei ist sowohl Operationsbasis als auch politische Vertretung der iranischen Regierung in Irakisch-Kurdistan. Die günstige Position, in die sich die Partei - und damit die iranische Regierung - gespielt hatte, beinhaltet die Kontrolle der Grenze ohne direkte militärische Intervention. Nach dem in Teheran ausgehandelten Waffenstillstand signalisierten die kurdischen Parteien Nordiraks der iranisch-kurdischen Opposition, daß militärische Operationen gegen den Iran sofort einzustellen seien.

Die vollkommen desolate Situation Irakisch-Kurdistans, die einem Ausverkauf an jedwedes interessierte Regime nahekommt, ist das Resultat der "humanitären Intervention" im Nordirak in den vergangenen vier Jahren. Erst die faktische Auflösung der Grenzen ermöglicht es den Regierungen des Irans oder der Türkei, derart offensiv in Irakisch-Kurdistan zu intervenieren. Da die befreiten kurdischen Gebiete über keinerlei Souveränität verfügen, ist jede Art der grenzüberschreitenden Intervention denkbar geworden. Wirtschaftlich interveniert der Iran seit der Befreiung: Die Abwanderung von sämtlichen Industrieanlagen, von lebenswichtigen Gütern und Waren aus Irakisch-Kurdistan in den Iran ist zweifelsfrei politisch gewollt und gefördert. Die Situation der kurdischen Parteien macht es dabei dem Teheraner Regime leicht, bei der Durchsetzung seiner Interessen auf eine militärische Intervention zu verzichten, die sicherlich nicht - wie im Fall der türkischen Invasion - auf Unterstützung aus dem westlichen Lager stoßen würde (4). Die beiden großen kurdischen Parteien sind in ihrem Kampf um das Recht, das Flüchtlingslager Irakisch-Kurdistan alleine verwalten zu dürfen, auf jede an der Region interessierte Macht angewiesen. Wie weit diese Abhängigkeit von der Gunst externer Regierungen reicht, zeigte die dankbare Haltung, die die PUK jüngst gegenüber der US-amerikanischen Regierung einnahm. Diese hatte im Juli in einem Brief die Parteien angehalten, ihre Kämpfe sofort einzustellen und ihr Anliegen mit unmißverständlichen Drohungen untermauert. Der US-Regierung ist unter den momentanen Bedingungen wenig an einer Rückkehr Saddam Husseins gelegen und sie versucht den unhaltbaren Status Quo Irakisch-Kurdistans aufrecht zu erhalten, ohne an einer Eigenständigkeit auch nur im entferntesten interessiert zu sein. Interessant ist, daß damit die US-Regierung von einem entgegengesetzten Standpunkt aus eine ähnliche Kurdistan-Politik betreibt wie die Teheraner Regierung und damit die Interventionspolitik des Irans fördert.

Die international bedeutungslosen irakisch-kurdischen Parteien spielen immer nur dann eine Rolle, wenn sie sich als Bündnispartner für die Interessen anderer hergeben. Die Oppositionsparteien des Irans oder die PKK sind wichtige Karten in diesem Spiel. Vor allem die iranisch-kurdischen Parteien werden immer stärker paralysiert, da sie weder über die militärische Stärke noch über die Geschlossenheit der PKK verfügen, sich über die Politik der irakisch-kurdischen Parteien hinwegzusetzen.

Ein wirkungsvoller Widerstand gegen das iranische Regime ist für die iranisch-kurdische Opposition in Irakisch-Kurdistan fast unmöglich geworden. Gleichzeitig wird der Druck durch den iranischen Geheimdienst immer stärker. Der Konflikt zwischen Opposition und iranischer Regierung wird damit auf die irakisch-kurdische Seite verlegt. In den vergangenen beiden Jahren führte der Etelaat mehr als vierzig Anschläge alleine gegen die Komala Iran durch.

Thomas Uwer, WADI e.V.

Anmerkungen:

1) Ein plötzlicher Kurswechsel der iranischen Regierung hatte 1975 zur größten Niederlage des kurdischen Widerstands im Nordirak geführt.

2) So wurden die Stützpunkte der Islamistischen Partei im vergangenen Herbst in Kalar und Kifri von der Bevölkerung geplündert und zerstört.

3) Mullah Ahmed, Mitglied des Politbüros der Islamistischen Partei in einem Interview, September 94.

4) In der Vergangenheit hat die iranische Regierung allerdings militärische Aktionen in Irakisch-Kurdistan durchgeführt. Mindestens zweimal überschritten iranische Soldaten die Grenze, immer wieder wurden die Stellungen der iranischen Opposition mit Artillerie beschossen.

"Wir sind keine kurdische Partei ..."

Interview mit Vertretern der Komala Iran

Frage: Obwohl ihr eine kurdische Partei seid, seid ihr Teil der Kommunistischen Partei Iran. Wie muß man sich das vorstellen?

Komala Iran: Zuerst einmal sind wir keine "kurdische Partei", sondern die Kurdistan Organisation der KP. Das heißt, daß wir assoziiert zur Kommunistischen Partei Iran eine Politik machen, die den Besonderheiten der Situation in den kurdischen Gebieten gerecht wird. Diese Besonderheiten haben historische, soziale, ökonomische Hintergründe. Deshalb machen wir keine "kurdische" Politik, denn diese Besonderheiten sind nicht "kurdisch", sondern kommunistische Politik in Iranisch-Kurdistan.

Heißt diese Unterscheidung zwischen kurdischer Partei und Kurdistan Organisation, daß sich Eure Politik auf eine inneriranische Lösung konzentriert entgegen eines nationalen kurdischen Konzepts, wie andere Parteien es vertreten?

Wir sehen eine große Gemeinsamkeit zwischen den Unterdrückungsmechanismen in allen kurdischen Gebieten. Nationalstaatliche Grenzen haben für uns keine große Bedeutung. Nachdem die Komala in den ersten Jahren nach ihrer Gründung im Untergrund sich sehr stark an maoistischen Ideen orientiert hatte, kam es Ende der siebziger Jahre zu einer Umorientierung. Das lag zum einen an dem Kurswechsel in China, zum anderen an der enormen Umwälzung der Verhältnisse hier im Nahen Osten. Die islamische Machtübernahme 1979 hat in der gesamten Region unglaubliche Auswirkungen gehabt. Der gesamte iranische Widerstand mußte umstrukturiert werden. Wir haben uns damals klar von der Idee einer nationalen Bewegung distanziert. Wir richten unsere Politik nicht nach Landesgrenzen aus, sondern nach den Klassenkonflikten innerhalb dieser Gesellschaften hier. Das heißt natürlich auch, daß - auch wenn wir eine Kurdistan Organisation sind - eine Beschränkung auf die Schaffung einer eigenständigen Nation Kurdistan für uns nicht in Frage kommt. Ein kurdischer Nationalstaat würde zwar einen Schutz vor der Verfolgung der Kurden bedeuten, die grundlegenden Bedingungen, die mit der ungleichen Ressourcenverteilung, der Abhängigkeit vom westlichen Lager und einem übersteigerten Nationalismus zusammenhängen, aber unberührt lassen. Gleichzeitig halten wir es für gefährlich, einen Unterschied zwischen einem ausgebeuteten, verfolgten und gedemütigten Menschen aus Kurdistan und einem solchen aus Teheran oder dem südlichen Osten des Irans oder einem Araber aus dem Irak zu machen. Eine solche Politik steht im Widerspruch zu einer kommunistischen Politik, die sich immer an Klassen, niemals aber an Ethnien orientiert.

Macht Eure Politik an der staatlichen Grenze halt, oder habt ihr politische Kontakte mit Parteien in Irakisch-Kurdistan?

Wir haben Kontakte zu einzelnen kommunistischen und linksradikalen Gruppen in Irakisch-Kurdistan, aber Verbindungen zu Parteien haben wir nicht. Das liegt allerdings an der politischen Situation in Irakisch-Kurdistan. Als iranisch-kurdische Partei werden wir hier zwar geduldet, wir unterliegen allerdings der Beschränkung, uns nicht in die inneren Belange der Region einzumischen. Als iranisch-kurdische Opposition sind aber die Möglichkeiten, die sich uns in Irakisch-Kurdistan bieten, wichtig. Wir haben ein großes Interesse an einer vernünftigen Entwicklung hier. Gleichzeitig müssen wir die kurdische Regierung oder das, was von ihr übrig ist, respektieren. Wir haben dies immer wieder deutlich gemacht. Zum Beispiel haben wir unsere Camps von der iranischen Grenze weg verlegt, weil es immer wieder zu militärischen Überfällen, zu Kämpfen und zu Artilleriebeschuß in der Gegend gekommen war. Darunter haben die Menschen, die dort leben, enorm gelitten. Natürlich kann man sagen, nicht wir, sondern die iranische Armee bombardiert Eure Dörfer, aber das ändert an der Situation nichts. Aus eigener Initiative haben wir die damals noch existierende kurdische Regierung gebeten, unsere Camps an andere geeignete Orte verlegen zu können, die außerhalb der direkten Reichweite des iranischen Militärs liegen. Es war immer schon die Politik des Regimes in Teheran, uns gegen die Irakisch-Kurdischen Parteien auszuspielen. Das wollen wir auf jeden Fall verhindern.

Ein großes Problem sehen wir in Irakisch-Kurdistan in der immer perspektivloseren Situation. Immer mehr Menschen verfallen einem stumpfen Nationalismus, der sicherlich auch das Resultat der Parteipropaganda ist. Die schiebt alle auch hausgemachten Probleme auf die Feinde von außen. Viele Menschen sind einer vernünftigen Analyse der Bedingungen, die zu der schlechten Situation und den Parteienkriegen geführt haben, nicht mehr zugänglich.

Wie stellt sich die Situation in Iranisch-Kurdistan nach Euren Informationen dar?

Wir haben einige aktive Verbände in Iranisch-Kurdistan. Das sind zum einen die Aktivisten, die in den Städten arbeiten, Zeitungen und Papiere verteilen, den Untergrund organisieren, zum anderen militärische Verbände, die tief in iranischem Gebiet arbeiten und Angriffe gegen militärische und staatliche Einrichtungen durchführen.

Die Situation im Iran allerdings ist katastrophal. Seit einigen Monaten führt die iranische Armee eine erneute großangelegte Kampagne gegen die kurdische Bevölkerung durch. Wir und alle anderen Parteien haben große Teile der ehemals befreiten Gebiete wieder verloren. Dörfer werden zerstört, ganze Regionen entvölkert. Wir halten es für wichtig, vor allem auch in den Städten zu arbeiten. Dort schimpfen die Menschen offen auf der Straße über die Mullahs, Frauen tragen den Schador nur noch locker um den Hals gewunden, etc. Was sie politisch kaum mehr halten können, versuchen sie im Norden durch enorme militärische Brutalität auszugleichen. Die gesamte Grenze wird entvölkert. Ein 12 bis 15 Kilometer breiter, militärischer Sicherheitsstreifen wird gerade errichtet. In ihrem maßlosen Zerstörungswahn haben die Militärs begonnen, einen Minengürtel entlang der gesamten Grenze anzulegen, und die nördliche Grenze des Irans ist lang. Das heißt nicht nur, daß es für uns immer schwieriger wird, militärische Verbände von hier in den Iran zu schleusen, sondern auch, daß es für die vielen Menschen, die aus ihren Dörfern und Städten fliehen müssen, keine Möglichkeit mehr gibt, sich auf die irakisch-kurdische Seite zu retten. Es ist zu einer Frage des Überlebens geworden, wie lange das iranische Regime noch solche Mengen an Waffen und Soldaten im Norden halten kann.

Wieviele Flüchtlinge aus Iranisch-Kurdistan leben nach Euren Information hier?

Eine exakte Zahl können wir nicht angeben. Wir schätzen die Zahl der Flüchtlinge auf 10-12.000. Wir betreuen ca. 1.000 Familien, die der Komala nahestehen. Die anderen Parteien und Verbände betreuen etwa genausoviele. Etliche Menschen fliehen auch in die nicht befreiten Gebiete. In Ramadi z.B. existiert ein großes Camp, in dem ca. 20.000 iranische Kurden leben. Die Situation ist schlecht. Die ganze Region ist ein einziger Flüchtlingsstrom. Im Südirak fliehen die Menschen vor Saddam in den Iran, aus dem Iran fliehen die Menschen in den Irak, aus der Türkei fliehen die Menschen nach Irakisch-Kurdistan. Hunderttausende, deren gesamter sozialer Hintergrund zerstört wurde.

Wie stellt sich Eure Politik unter den momentanen Bedingungen dar?

Es ist immer schwieriger für uns, politisch zu arbeiten. Hier in Irakisch-Kurdistan haben wir einige Möglichkeiten, unsere Infrastruktur auszubauen. Von hier betreiben wir unseren Radiosender, mit dem wir in den Iran hinein Nachrichten und Berichte über die Situation im Nahen Osten und vor allem im Iran senden. Im iranischen Rundfunk und Fernsehen wird man von morgens bis abends nur belogen. Es gibt keine Presse, keine unabhängige Berichterstattung. Daher ist diese Arbeit besonders wichtig und deshalb ist es auch eine Katastrophe, daß die Partei hier den Sender der KDP Iran geschlossen hat. Wir haben hier auch einen Verlag, in dem wir Bücher und Zeitungen drucken, die im Iran verteilt werden. Es gibt eine Zeitung für Irakisch-Kurdistan. Allerdings passen die Parteien hier genau auf, worüber in unserer Zeitung berichtet wird. Ein wichtiger Punkt ist die Organisierung sozialer Strukturen der Menschen, die aus dem Iran hierher gekommen sind. In unseren Camps und Dörfern gibt es Bibliotheken und Kurse, etwas, das die Menschen lange nicht hatten. Und dann haben wir hier ein militärisches Ausbildungscamp. Hier werden die Verbände geschult, die im Iran arbeiten sollen.

Wie wirken sich die Kontakte zwischen den kurdischen Parteien hier und der Teheraner Regierung auf Eure Arbeit aus?

Die jüngsten Verhandlungen haben unsere Arbeit vollkommen blockiert. Die Parteien hier haben uns verboten, die Grenze zum Iran zu übertreten. Es wird immer schwieriger, Kontakte zu den Genossen innerhalb des Irans aufrechtzuerhalten, und militärische Operationen von hier aus sind mittlerweile unmöglich geworden. Die Grenze ist damit vollkommen dicht. Wir sitzen hier wie in einem Gefängnis. Wir haben immer auf eine Kooperation mit den irakisch-kurdischen Parteien gebaut, obwohl wir ihre Politik kritisieren.

Jetzt sitzen wir hier fest und sind fast handlungsunfähig. Gleichzeitig hat der iranische Geheimdienst seine Stellungen in Irakisch-Kurdistan enorm ausgebaut. In Halabja, wo die Islamisten regieren, kann sich der

Etelaat frei bewegen. Auch die anderen kurdischen Parteien sind nicht daran interessiert, die Arbeit des iranischen Geheimdienstes ernsthaft einzuschränken, solange ihre Belange nicht berührt werden.

Interview: Oliver Marc Piecha/Thomas Uwer, WADI e.V.

23. Österreich und die Europäische Union: Neues Profil für die "Ostmark"

Von Hannes Hofbauer, Wien

Autor: Hannes Hofbauer, Wien · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:02

Die Folgen der EU-Integration Österreichs werden - logischerweise - erst nach dem erfolgten Beitritt zur Europäischen Union spürbar. Davor bot sich ein breiter Raum für Versprechungen und Spekulationen, den vor allem - aber nicht nur - die Regierungsparteien weidlich nutzten. Vor dem 1. Januar 1995 war viel von einer Beteiligung an der (west)europäischen Völkergemeinschaft, von wirtschaftlichen Vorteilen und sicherheitspolitischer Notwendigkeit die Rede. Und wenig von den Kosten. Diese dringen erst jetzt langsam ins Bewußtsein des Publikums. Unmittelbar zählbar sind die finanziellen Kosten des Beitritts; politische, soziale und kulturelle Auswirkungen lassen jedoch ebenfalls nicht lange auf sich warten.

Der gewaltige Schritt von der Mitte Europas in Richtung Westen bringt große Veränderungen mit sich: Vom außenpolitischen Funktionswandel der österreichischen Staatlichkeit bis zu den innenpolitischen Syndromen im Gefolge der neuen Vorposten-Identität befindet sich das Land auf dem Weg zur "Dritten Republik", deren Konturen freilich noch nicht endgültig gezogen sind.

Beginnen wir im Frühjahr 1995. Kraft zustimmendem Referendum war das Land ab 1. Januar Mitglied der EU geworden. Es schien alles seinen gewohnten sozialpartnerschaftlichen Gang zu gehen - bis zur ersten Bewährungsprobe der neu gewählten, alt-bewährten Koalition aus SPÖ und ÖVP. Der Budgetentwurf für das Jahr 1995 war ein innenpolitischer Schock. 30 Milliarden Schilling - 4,3 Mrd. DM - im Budgetjahr 1995, das sind etwa 7% aller Bundeseinnahmen, sollten laut Finanzminister eingespart werden. Und das jährlich, vier Jahre lang. 30 Milliarden - das ist akkurat jener Betrag, der im ersten Jahr nach dem Beitritt an Brüssel zu bezahlen ist und von dort weiter verwaltet wird.

Rasch einigten sich Sozialdemokraten und Volkspartei auf exklusiv ausgabenseitige Maßnahmen, um die insgesamt 120 Mrd. Schilling aufzubringen; Steuererhöhungen kamen für die bürgerliche ÖVP nicht in Frage. Die Medien schrieben vom "Sparpaket", das die große Koalition geschnürt hätte. 52 Punkte umfaßt der mittlerweile beschlossene Maßnahmenkatalog zur Budgetkonsolidierung. Soziale Errungenschaften wie beispielsweise das erhöhte Karenzgeld für alleinerziehende Mütter sollen rückgängig gemacht, Arbeitslosenunterstützungen gekürzt werden; ein vorübergehender Einstellungsstopp an den Universitäten wurde beschlossen und vieles mehr. Die Gesundheitsministerin bastelt - vorläufig noch ohne Erfolg - an einem Konzept zur Schließung von "unrentablen" Spitälern. Im Unterrichtsministerium ringt man mit Lehrern und Eltern darum, die Einheit einer Schulstunde auf 45 Minuten zu kürzen, um sich damit Lehrerposten ersparen zu können. Und die Gemeinden, die laut Finanzplan für ein Sechstel des österreichischen Beitrages nach Brüssel aufkommen müssen, müssen dafür Kindergärten und sonstige kommunale Einrichtungen schließen. "Wir haben den EU-Beitritt nicht bestellt", empörte sich der Geschäftsführer des Gemeindebundes im Januar 1995, als die Kommunen zur Kasse gebeten wurden.

Der Eintritt in die EU-Wirklichkeit war jedenfalls ernüchternd und forderte in Windeseile auch politisch seine Opfer. Allein die Ankündigung des Budgetentwurfes kostete den Finanzminister, den seit neun Jahren amtierenden Sozialdemokraten Ferdinand Lacina, die politische Karriere. Die Budgetrede geriet zu seiner letzten öffentlichen Wortmeldung, danach trat der als Kronprinz Gehandelte zurück. Auch Sozial-, Umwelt-, Unterrichts-, Außenminister und die Frauenministerin schieden bereits vier Monate nach der Regierungsbildung wieder aus ihren Ämtern. Die Hauptverantwortlichen für den EU-Beitritt, die noch im Juni 1994, aus Brüssel kommend, mit strahlendem Lächeln vor die heimischen TV-Kameras getreten waren, haben fast alle die politische Bühne verlassen, auf daß ihre Nachfolger für die Folgen nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können.

Von der Euphorie

zur Verunsicherung

Die Haupttriebfeder für den Beitritt zur Europäischen Union ist eine ökonomische. Es geht um die westeuropäische Konkurrenzfähigkeit im weltsystemischen Rahmen. Die führenden deutschen, französischen, italienischen und niederländischen Kapitalgruppen glauben sich gegen die pazifisch-amerikanische und die südostasiatische Konkurrenz nur mittels einer Homogenisierung des europäischen Marktes behaupten zu können. In ihrer Logik des internationalen Wettlaufes um profitablere Verwertungsbedingungen mögen sie damit recht haben. So entstand aus den Römischen Verträgen ein einheitlicher Markt, der schnell zur politischen, währungstechnischen und letztlich militärischen Union ausgebaut wird. Kosten für großräumig agierende Investoren und Händler, die aufgrund nationaler, durchaus bürgerlicher Interessen - wie unterschiedliche Zollbestimmungen und staatliche Subventionskriterien zum Schutz einheimischer Produzenten - früher angefallen sind, konnten mit Delors' EU-Konzept reduziert werden. Auch das Lobbying bei Brüsseler Entscheidungsgremien, die für den ganzen EU-Raum zuständig sind, ist billiger als ständiges politisches Intervenieren bei zwölf bis 15 relativ unabhängig voneinander handelnden Regierungen. Die bevorstehende Etablierung einer Währungsunion wird die Kosten der jeweiligen Branchenleader, die allein schon wegen ihrer hohen Produktivität Konkurrenzvorteile besitzen, weiter verringern.

Der Integrationsschub kennt freilich auch ökonomische Verlierer, zuallererst innerhalb der besitzenden Klasse. Denn wer am ungeschützten Weltmarkt nicht konkurrenzfähig ist und sich in der Brüsseler Bürokratie keine (west)europäischen Subventionen zu sichern vermag, geht unter. Kleinräumiges Wirtschaften ist unrentabel; um so mehr, als die wirtschaftliche Krise auch in der Europäischen Union eine Überproduktionskrise ist. In der Landwirtschaft überschwemmen Milchseen aus Irland und England, Fleisch aus Deutschland, Wein aus Spanien, Gemüse aus Holland die Märkte. Auch andere wirtschaftliche Bereiche funktionieren nach demselben Muster: EU-Förderungen für die stärksten westeuropäischen Erzeuger sichern ungebremsten Absatz zwischen Lissabon und Stockholm bei gleichzeitigem - relativem - Schutz vor ostasiatischer und nordamerikanischer, aber auch vor osteuropäischer Konkurrenz. Die Kleinen, Langsamen, teurer Produzierenden bleiben auf der Strecke.

So werden Österreichs Bauern und Gewerbetreibende, aber auch der Großteil der verstaatlichten Industrie, durch die großräumig agierenden westeuropäischen Marktführer hinweggeblasen werden. Ganze Branchen wie die Zucker- oder die Mühlenindustrie haben bereits ihre Fabriken zugesperrt. Zucker und Mehl werden in Österreich so gut wie nicht mehr produziert. Die Zucker- und Mehl-"Barone" im Umland von Wien verkaufen ihre Gerätschaft an polnische oder ungarische Betriebe und investieren in andere Sektoren.

Gemeinsam mit den im Vergleich zu westeuropäischen Marktleadern kleinen heimischen Unternehmern bleiben auch die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe auf der Strecke. Sie sind es vor allem, die der nationalen sozialen Einrichtungen bedürfen. Deren oben beschriebene finanzielle Ausdünnung trägt somit zur schrittweisen Verelendung eines Teils der Werktätigen bei. Mitten in der gründerzeitlichen Euphorie wegen der (west)europaweiten Verwertungsmöglichkeiten bricht sich also eine gesellschaftliche Verunsicherung Bahn, die bei fortgesetztem Sozialabbau zu weiterem politischen Rechtsruck führen wird.

Westwärts seit 1945

Der mit dem EU-Beitritt politisch endgültig umgesetzten westlichen Orientierung Österreichs geht eine lange Geschichte der Integration voraus, die unmittelbar nach Kriegsende begonnen hat. Ökonomisch rückte das kleine Land bereits als "Ostmark" unter der Herrschaft Hitlers nach Westen. Der mit Hilfe von Marshallplan-Geldern forcierte Wiederaufbau knüpfte an den Modernisierungen des großdeutschen Reiches an. Die im Zuge der Hitlerschen Kriegsrüstung aufgebauten industriellen Kapazitäten waren zwar großteils zerstört - die fast 4.000 mittleren und größeren Industriebetriebe produzierten ein Jahr nach Kriegsende bloß mit einer Kapazitätsauslastung von 40% -, der Marshallplan integrierte Österreich dennoch entsprechend der großdeutschen Wirtschaftsstruktur. Er verlängerte die zwischen 1938 und 1945 vollzogene Verschiebung von der Konsumgüter- zur Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und behielt auch die während des Anschlusses komplett geänderte Außenhandelsstruktur bei.

Die unter Hitler auf das "deutsche Kernland" orientierten Warenströme blieben nach 1945 das bestimmende Element österreichischer Handelsbeziehungen. Gab es vor 1938 in etwa gleichgewichtete Außenhandelskontakte zu Deutschland und der CSR sowie nicht unbedeutende Verbindungen zu Italien und Ungarn, so blieb Österreichs wirtschaftliche Integration nach 1945 "ostmärkisch", das heißt auf Deutschland ausgerichtet.

Die radikale Änderung der Eigentumsverhältnisse zwischen 1938 und 1945 zog tiefe Spuren: 83% (!) des österreichischen Bankwesens befand sich Anfang 1945 in deutscher Hand (1938 waren es bloß 6% gewesen). Im Bergbau gehörte deutschen Eignern vor 1938 ein Viertel der Betriebe, zu Kriegsende waren drei Viertel deutsch; die Metallindustrie, die vor 1938 nur zu 7% deutsch geführt war, wurde 1945 zu 64% von deutschen Firmen kontrolliert. Sämtliche Wirtschaftszweige von Bedeutung befanden sich zum Zeitpunkt der Befreiung in deutschen Händen. Die Hütte Linz ("Hermann-Göring-Werke", später VÖEST), die Chemie Linz, das Papier-und Zellstoffwerk Lenzing, die Aluminiumfabrik Ranshofen, Ybbs-Persenbeug u.a. waren als Eckpfeiler der deutschen Kriegsindustrie neu errichtet worden. Die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG), die Wiener Lokomotivfabrik, Simmering-Graz-Pauker, Waagner-Biró, Andritz, die Elin-Werke, Donau-Chemie, die ÖAF, Porr-AG, Steyr-Daimler-Puch, die Creditanstalt - so gut wie alle Großbetriebe erhielten deutsche Mehrheitsaktionäre.

Das Potsdamer Abkommen machte "Deutsches Eigentum" reparationsfähig, die Alliierten konnten es im Zuge der Wiedergutmachung requirieren. Zwei Verstaatlichungsgesetze 1946/47, mit Zustimmung der Westalliierten beschlossen, brachten die überdimensionierte, großbetriebliche Struktur unter staatliche Aufsicht. Im Osten des Landes negierte die Rote Armee, die sich konform zum Potsdamer Abkommen verhielt, die Verstaatlichungsgesetze und zwang die Betriebe in eine sowjetische Eigentumsform. Die großen Werke, die für Hitlers Kriegsmaschinerie Stahl gekocht hatten, lagen im US-amerikanischen Sektor und wurden mittels Marshallplan neuerlich auf- und ausgebaut. Sie gehörten zwar nicht mehr deutschen Eignern, lieferten aber durchaus billige Vorprodukte für die deutsche Metallwaren- und Autoproduktion. Weil Marshallplangelder fast ausschließlich in die Zonen der Westalliierten gepumpt wurden, entstand innerhalb Österreichs ein West-Ost-Gefälle, das bis zum heutigen Tag nachwirkt.

Zeitgleich mit dem US-Kreditplan für Westeuropa arbeiteten amerikanische Behörden die Grundlagen der Embargopolitik gegen Osteuropa aus. Alle Marshallplan-Teilnehmerstaaten wurden auf die Einhaltung von Embargolisten verpflichtet, die das sogenannte COCOM (Coordinating Committee) unter der Führung der USA ausgetüftelt hatte. Als Instrument der Embargopolitik diente das noch vor der Machtübernahme der Kommunisten in Prag verabschiedete Kontrollgesetz vom 31.12.1947, das für nahezu sämtliche US-Waren, die nach Europa gingen, Ausfuhrlizenzen erforderlich machte. 1.700 Warengattungen waren Anfang der 50er Jahre mit Exportverbot für Osteuropa belegt. Auswirkungen für die österreichische Wirtschaft blieben nicht aus. Stahlexporte der VÖEST an die Länder des Ostens waren beispielsweise verboten. Das verlockende Angebot aus Prag, Kohle für Hochöfen zu tauschen, scheiterte am Njet der Amerikaner. Der Außenhandel mit der CSR und mit Ungarn, der vor 1937 noch ein Drittel an den Gesamtexporten betragen hatte, sank im Jahr 1950 auf ein Zehntel. Und noch 1962, als sich die Kredithoheit über die Vergabe von Marshallplangeldern nach wie vor unter US-amerikanischer Kuratel befand, scheiterte der alte Traum einer österreichischen PKW-Produktion. Die Pläne für ein Skoda-Montagewerk im Oberen Waldviertel lagen fix und fertig in der Schublade. Es waren die Amerikaner, die erfolgreich dagegen Druck machten. In der vom Marshallplan fixierten westeuropäischen Arbeitsteilung war für einen österreichischen PKW - noch dazu hergestellt mit tschechischem Know-how - kein Platz.

Neutralität:

Instrument und Identität

War die Westintegration via Marshallplan trotz Anwesenheit der Roten Armee ökonomisch gelungen, so hüteten sich österreichische Regierung und US-Berater jahrzehntelang, diese auch politisch durchzusetzen. Ein erster zaghafter Vorstoß in Richtung Teilnahme am EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) im Jahre 1962, wurde von der Sowjetunion - die als Signatarmacht des 1955 abgeschlossenen Staatsvertrages Schutzmachtfunktionen für Österreich wahrnahm - brüsk zurückgewiesen.

Die politische und militärische Neutralität der Donau- und Alpenrepublik kam in der Folge zu internationalen Ehren. Österreich übernahm Mittlerfunktionen zwischen NATO und Warschauer Vertrag, aber auch im nahöstlichen Krisengebiet. In den 70er und 80er Jahren bot die Kreiskysche Außenpolitik der PLO und Ghaddafis Libyen, mit indirekter Zustimmung der USA, ein politisches Parkett in Wien, das diese zur Kontaktaufnahme mit westeuropäischen Regierungen nützten. Aber auch zu Hause fiel die internationale Mittlertätigkeit auf fruchtbaren Boden. Der neutrale Status wurde identitätsbildend, lukrative Geschäfte der verstaatlichten Industrie mit dem arabischen Raum bestätigten den politischen Kurs des kleinen Landes.

Im EG-Beitrittsansuchen an Ratspräsident Roland Dumas vom 14. Juli 1989 stellte Außenminister Alois Mock fest, daß "Österreich von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität ausgeht". Noch stand die Berliner Mauer, und die österreichische Bundesregierung hatte offensichtlich allen Anlaß zu glauben, der Neutralitätsvorbehalt wäre notwendig. Zwischenzeitlich haben sich RGW und Warschauer Vertrag aufgelöst, die Sowjetunion ebenfalls. Der Zusammenbruch Osteuropas hat den Integrationsprozeß im Westen beschleunigt, wie er auch die Desintegration der östlichen Hälfte des Kontinents vorantreibt.

Referendum pro

Europäische Union

Im Vorfeld der Volksabstimmung über den Beitritt zur EU, die am 12. Juni 1994 eine 66%ige Zustimmung fand, erlebte das Land heftige Debatten um Für und Wider einer westeuropäischen Integration. Aber auch ökonomischer Druck wurde spürbar. So drohten die Brüsseler Behörden den in Österreich mit öffentlichen Geldern geförderten Investoren mit Strafzöllen wegen der dadurch entstehenden Wettbewerbsvorteile. Prominente Konzerne wie Grundig, General Motors oder Chrysler mußten in die Tasche greifen, um die staatlichen Förderungen zumindest teilweise wieder rückgängig zu machen. Eigenständig von Wien aus betriebene ökonomische Regulierungen waren ab sofort nicht mehr möglich.

Auf der politischen Bühne setzten sich die EU-Kommissare Martin Bangemann und Jacques Delors für einen Verzicht auf die Einlösung des Neutralitätsvorbehaltes ein, wohl wissend, daß mit der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge die Wirtschaftsgemeinschaft de facto zu einer militärisch-politischen Union geworden war.

Unterstützung erhielten sie aus der österreichischen Industriellenvereinigung und der ÖVP, die zunehmend sicherheitspolitische vor wirtschaftlichen Aspekten als Beitrittsgrund nannte. Die SPÖ-Spitzen beharren bis heute auf dem neutralen Status des Landes, Meinungsumfragen scheinen ihnen recht zu geben. Die EU-Beitrittslosung der Sozialdemokraten stand unter dem Schlagwort vom "sozialen Europa". "Österreich darf vor einem EU-Beitritt keineswegs in einen provinziellen, rückwärtsgewandten Schlaf verfallen", textete einer ihrer Chef-Ideologen, Egon Matzner. Die EU schütze Österreich vor Jörg Haiders reaktionären und rassistischen Experimenten, lautete die Devise.

Es kam freilich anders. Liberale (west)europäische Offenheit ist durchaus mit gesellschaftlicher Provinzialität kompatibel. Wirtschaftlicher Liberalismus hindert nicht daran, daß auf politischer und insbesondere auch auf kultureller Ebene finstere Reaktion ihr Unwesen treiben kann. Haiders Freiheitliche sind dafür das beste Beispiel: Integrationsfreudig und europäisch im wirtschaftlichen Diskurs, restriktiv und ordnungsfanatisch im innenpolitischen Rahmen. Der Zick-Zack-Kurs des populistischen Nationalliberalen bestätigt diese Einschätzung. Vor allen anderen Parteien warb die FPÖ für eine Teilnahme am gemeinsamen (west)europäischen Markt, bis sie wegen innenpolitischer Opportunität knapp vor dem Referendum auf ein bedingtes Nein umschwenkte. Seitdem Österreich Mitglied der EU ist, war von Haider kein kritisches Wort mehr über die westeuropäische Integration zu hören. Und die militärische will er vorantreiben - die Forderung nach raschem NATO-Beitritt wurde zuallererst in der FPÖ erhoben.

Auch die Grünen schwankten zwischen pro und contra. Ihre Gegnerschaft zum Maastricht-Europa begründeten sie mit ökologischer Verantwortung: So manche Umweltgesetze, die in den vergangenen Jahren das österreichische Parlament passiert hatten, werden durch Brüssel nun wieder außer Kraft gesetzt oder zumindest unterlaufen. Das wußten die Grünen im voraus. Andererseits gehört ihre politische Klientel, die sich aus dem neuen Mittelstand rekrutiert, vornehmlich zu den Gewinnern des Beitritts - deshalb wagte es letztlich auch nur einer ihrer Abgeordneten im Parlament gegen den Beitrittsvertrag zu stimmen.

So blieb eine seltsame Allianz aus Bauernvertretern, Kommunisten, Haider-Gläubigen und sozial wie ökologisch Bewegten übrig, die sich konsequent gegen eine Mitgliedschaft aussprachen. Mit unerwartet mageren 33% der Stimmen gingen die Skeptiker allerdings beim EU-Referendum unter.

"Servus Europa!" titelte die auflagenstarke Tageszeitung "Kurier" am Tag danach. Europa, wir kommen, sollte es heißen - als Diener, folgt man dem tieferen Sinn des lateinischen Servus. Aus dem von Gorbatschow erträumten "gemeinsamen Haus Europa" ist ein gestärkter westeuropäischer Block geworden, der für die

schwächsten Menschen im sozialen Netz und für die peripherem Regionen abseits der Zentren nur wenig zu bieten hat und insofern auch die politische Rechtswende im Westen beschleunigt.

Wirtschaftlich liberal,

politisch reaktionär

Die Wende in Österreich nähert sich lauten Schritts. Nach fast 25jähriger sozialdemokratischer Kanzlerschaft - seit 1986 unter großkoalitionären Bedingungen - ist der einst mächtige Gewerkschaftsbund (ÖGB) zu einer unbedeutenden Kraft geworden. Die weitgehend von ihm kontrollierte, europaweit bestaunte Sozialpartnerschaft hat an Einfluß verloren. Vom "Sparpaket" des Jahres 1995 wurden die Gewerkschaftsbosse erst nach seiner Fertigstellung informiert. Korruptionsskandale - eine üble, wenn auch übliche Begleiterscheinung in Zeiten des enger werdenden Verteilungskampfes - tun ein übriges zur Diskreditierung von Arbeitervertretern.

Auf der bürgerlichen Seite radikalisieren sich die Deregulierungsvorstellungen. Zu ihrer Durchsetzung hat im Herbst 1988 der Rechtspopulist Jörg Haider die Führung der Freiheitlichen Partei (FPÖ) übernommen. Die mittlerweile in eine "Bewegung" überführte nationalliberale Organisation gibt seit Jahren die innenpolitischen Themen vor. Die FPÖ-Forderung nach einer restriktiveren Ausländerpolitik nutzte die große Koalition zur weiteren Teilung des Arbeitsmarktes, die Verunsicherung bei den 300.000 GastarbeiterInnen, aber auch bei einer Anzahl relativ ungesicherter österreichischer Lohnabhängiger auslöst. Die organisatorischen Säulen der Sozialpartnerschaft - Arbeiter-, Bauern- und Handelskammern - sind ständigen Attacken von rechts ausgesetzt. Und die alte, konservative Bürgerpartei ÖVP hält dem Druck der Freiheitlichen um Jörg Haider von Monat zu Monat weniger stand. Eine drohende Faschisierung, die vor wenigen Jahren undenkbar schien, ist heute nicht mehr auszuschließen. Der einzig möglichen parlamentarischen Alternative, einer rot-grünen Allianz, werden auf Bundesebene wahlarithmetisch wenig Chancen gegeben. In Wien wäre sie 1996 eventuell möglich.

Das innenpolitisch restriktiver werdende Klima, das seinen vorläufigen Höhepunkt in zwei neonazistischen Briefbombenserien und der Ermordung von vier burgenländischen Roma im Februar 1995 gefunden hat, ist nur das Spiegelbild geänderter internationaler Rahmenbedingungen, innerhalb derer Österreich als westeuropäischer Vorposten fungiert. Die Ostmarkfunktion im früher feudal begründeten römisch-deutschen, dann national begründeten deutschen Kontext wiederholt sich diesmal in einem deutsch-europäischen Projekt. Es geht, wie ehedem, gegen die "barbarischen Horden" im Osten - mögen sie osmanischer oder sowjetischer Provenienz oder schlicht wirtschaftlich verelendet sein. Und es geht um die Kontrolle der mit osteuropäischen Wirtschaftsministerien mühsam ausgehandelten Importquoten. Das Schutzbedürfnis der EU vor Einwanderern aus Osteuropa, die Beteiligung am mühsam zusammengerafften Wohlstand fordern, weist Österreich eine Abwehrrolle zu, die im Rahmen des Grenzschutzes zuerst zolltechnisch und politisch, letztlich auch militärisch zu bewerkstelligen sein wird.

Schengen - im Dienste der westeuropäischen "Solidargemeinschaft"

Das System trägt den Namen eines kleinen luxemburgischen Örtchens: Schengen. Die dort von ursprünglich fünf EG-Staaten im Juni 1985 getroffene Übereinkunft hat die umfassende Kontrolle aller Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenströme an den Außengrenzen der Europäischen Union zum Ziel. Für grenzübertrittswillige Personen bedeutet das einheitliche Einreisebestimmungen gegenüber "Drittausländern" - also Nicht-EU-Bürgern -, zwingende "fahndungstechnische Überprüfung" statt Stichproben, die Verpflichtung von Transportunternehmen zur unentgeltlichen Rückschiebung "illegal" Aufgegriffener usw. Schengen markiert also das Ende genau jener vier Freiheiten, die zum Schlagwort der Brüsseler Liberalität geworden sind. 1.500 Kilometer lang sind Österreichs Grenzen zu Nicht-EU-Ländern. Ihre Bewachung erfolgt seit September 1991 mit Hilfe des Bundesheeres, das 2.000 bis 3.000 Grundwehrdiener dafür abstellt. Über 30.000 Rumänen, Russen, Tamilen u.a. wurden in den vergangenen Jahren auf diese Weise im Feld aufgegriffen, arretiert und rückgeschoben. Ob es dabei zu tödlichen Zwischenfällen wie an der deutsch-polnischen Grenze kam und kommt, wird zumindest öffentlich nicht bekannt.

Mit Österreichs Beitritt zum Schengener Abkommen, der symbolhaft am 50. Jahrestag der Republiksgründung per innenministerieller Unterschrift besiegelt wurde, wird die Verteidigung der Festung professionalisiert. Um die Grundwehrdiener an der Pußta, im Marchfeld sowie im Wald- und Weinviertel zu ersetzen, baut das

Innenministerium eine eigene Grenztruppe auf, die 2.800 bis 4.000 Sonderbeamte an der tschechischen, slowakischen und ungarischen Grenze umfassen wird. Ausgerüstet mit Wärmebildkameras und Bodensensoren kommen ab 1997 auf je 60 Kilometer 30 Mann dieser Grenzschutztruppe, um potentiellen, nicht erwünschten Einwanderungen sowie Schmuggel vorzubeugen. Die Militarisierung der Grenzregionen wird auch kulturell ihren Niederschlag finden; die Bunkermentalität, durch eine Reihe von sogenannten Ausländergesetzen seit zwei Jahren ohnedies bereits verschärft, feiert traurige Urständ'.

Im Dienste der von den Granden der Europäischen Union immer wieder zitierten "Solidargemeinschaft" betreibt Wien damit nichts anderes als die Absicherung wirtschaftlicher Privilegien Westeuropas. Die frühere Brückenkopffunktion Österreichs ist damit der Stellung eines Vorpostens gewichen. Die Brüsseler Kommissare werden nicht müde zu betonen, daß dies alles im Sinne einer neuen europäischen Friedensordnung geschieht.

"Es muß die Aufgabe der neuen europäischen Ordnung sein, die Ursachen zu beseitigen, die in der Vergangenheit zu innereuropäischen Kriegen Anlaß gegeben haben. Der europäische Partikularismus muß überwunden werden." Was so schön friedfertig klingt, bezieht sich allerdings nicht auf die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, sondern auf das Völkermorden zwischen 1914 und 1918. Auch stammt der Satz nicht aus der Feder eines Brüsseler Bürokraten, sondern aus einer Denkschrift des Berliner Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines "Europäischen Staatenbundes" - vom 23. September 1943. Wenn die aktuellen friedenspolitischen Losungen ähnlich gemeint sind, stehen schwere Zeiten bevor.

24. Vom MSI zu Alleanza Nazionale - und nun? Zu den Perspektiven des Neofaschismus in Italien

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:04

Ende Januar war es soweit: Gianfranco Fini, Parteiführer mit dem Charisma eines Finanzoberinspektors, konnte das Ende der traditionsreichsten neofaschistischen Partei Europas verkünden. Aus dem Movimento Sociale Italiano (MSI) war Alleanza Nazionale (AN) geworden. Der ersten Phase der Öffnung der Partei zur Mitte in den Jahren 1970-77 soll nach dem Willen der Parteiführung eine zweite folgen, die die Integration der Neofaschisten als Teil des konservativen Lagers zum Ziel hat. Fini, inzwischen in den Meinungsumfragen auf der Liste der populärsten Politiker an der Spitze rangierend, hatte es aufgrund der vergangenen Wahlen leicht mit den Kritikern seiner Pläne. Die Umwandlung wurde fast ohne Widerspruch beschlossen.

Die "Sozialisten" verlassen wieder einmal den MSI

So störte es kaum, daß noch während des Parteitages Pino Rauti, eine der schillerndsten Personen der Parteigeschichte seit der Gründung und Exponent des "linken" Parteiflügels, seinen Austritt verkündete und erklärte, daß er MSI bleiben werde und das traditionelle Parteisymbol, die Flamme mit den Landesfarben, beanspruchte. Nichts Neues für die Delegierten: Schließlich hatte Rauti bereits 1956, als die Parteirechte unter Arturo Michelini uneingeschränkt dominierte, die Partei verlassen und den nationalrevolutionären Ordine Nuovo (Neue Ordnung) gegründet. Der leistete zwar wichtige ideologische Erneuerungsarbeit für den Neofaschismus, konnte aber nie zu einer ernsthaften Konkurrenz für den MSI werden und endete Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre im Terrorismus: Es waren die Jahre der "Strategie der Spannung" mit ihren Bombenanschlägen, begangen durch Geheimdienste und nationalrevolutionäre Gruppen.

Und schließlich war derselbe Rauti in der Ära des Parteizentristen Giorgio Almirante reumütig der Partei wieder beigetreten, um in deren Führung als stellvertretender Generalsekretär eine zweite Karriere zu starten. Zur Zeit der Krise des MSI Ende der 80er und zu Beginn der 90er, die durch die neugegründete rechte Konkurrenz - die föderalistischen norditalienischen Ligen - mitverursacht wurde, konnte er nach dem Tod von Almirante für kurze Zeit sogar Führer der Partei werden, als der von Almirante als sein Nachfolger auserwählte Gianfranco Fini zunächst die erhoffte Konsolidierung der Partei nicht schaffte.

Doch schon nach einer kurzen Interimsführung wurde Rauti wieder durch Fini abgelöst, da der von ihm eingeleitete neue Kurs das Desaster nur noch verschlimmert hatte. Rautis Versuch, dem MSI neue Wählerschichten durch stärkeres Aufgreifen sozialer Probleme, der Ökologie und regionalistischer Ansätze zuzuführen, hatte nicht nur der Partei keine Überläufer aus anderen Lagern gebracht, sondern vielmehr die bisherigen Stammwähler noch zusätzlich verunsichert. Seine Ankündigung, notfalls auch mit Grünen, Sozialisten und Kommunisten koalieren zu wollen, war für die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Wähler eine Horrorvision: Der jahrzehntelang propagierte Antikommunismus war für sie allemal wichtiger als ein noch so taktisch gemeinter "Antikapitalismus". Unter Rautis Ägide drohte die Krise des MSI zur Schwindsucht zu werden.

Der Weg aus der Krise

Nach dem vorläufigen Tiefpunkt bei den Europawahlen 1989, die neben einem weiteren Stimmenrückgang auch eine internationale Isolierung zum Resultat hatte - der erfolgreiche Front National zog die bundesdeutschen Republikaner dem MSI als Bündnispartner vor - gelang es Rautis Vorgänger und Nachfolger Fini dagegen nicht nur, die Lage wieder zu konsolidieren. Er schaffte es sogar, den MSI erstmals in seiner mehr als vierzigjährigen Parteigeschichte landesweit über die 10%-Marke zu bringen. Geschickt nutzte seine Partei die durch zahllose Korruptionsaffären bedingte Krise des parlamentarischen Systems. Die dauerregierenden Christdemokraten und die Sozialisten verschwanden nahezu in der Bedeutungslosigkeit, der MSI dagegen avancierte zur drittstärksten Partei des Landes nach Berlusconis "Forza Italia" und dem ex-kommunistischen PDS.

Diese Entwicklung konnte Fini dem durch ihn gestützten Kurs einer Integration in das konservative Lager zuschreiben. Der eigentliche Stratege hinter den Kulissen ist allerdings Giuseppe Tatarella, der bereits 1953 erstmals den MSI im Parlament vertrat. Tatarella steht im Gegensatz zu vielen anderen aus der alten Garde

des MSI nicht in der Tradition der "linksfaschistischen" Republik von Salò, der Endphase des historischen Faschismus in Italien, sondern gilt als Vertreter eines großbürgerlich-konservativen Kurses. Seit langem stand bei ihm die Kritik am parlamentarischen System im Mittelpunkt der Agitation. Italien mit seiner Vielzahl von Parteien sei letztlich unregierbar und auf Dauer instabil, die Wahlrechtsreform nicht weitgehend genug. Als möglichen Ausweg propagiert er eine präsidiale Republik. Das mit Berlusconi geschlossene Bündnis, "Polo della Libertà", nennt sich nun "Centro-Destra" (Mitte-Rechts). Tatarellas Fraktion im MSI erfuhr durch die Entwicklung eine deutliche Stärkung.

Die Anhänger Rautis dagegen gerieten innerparteilich immer mehr in die Defensive. Vergebens beschworen sie die Tradition der Partei, die es zu bewahren gelte. Sogar Mauro Nobilia, der Generalsekretär der neofaschistischen Gewerkschaft CISNAL, die traditionell dem "linken" Parteiflügel nahesteht, betonte, daß die Kontinuität des Kerns der Aussagen wichtiger sei als das Festhalten an Symbolen und Ritualen. Damit liegt er ganz auf der Linie von Fini, der bei seiner ersten Wahl beim Parteikongreß 1987 in Sorrent erklärt hatte: "Ich lehne vom Faschismus das ab, was angeschimmelt ist: römische Grüße, schwarze Hemden, aber das Wort Faschismus macht mir keine Angst." Wohl wahr: Finis Fraktion steht eher für schwarze Anzüge als für schwarze Hemden.

Rautis Blick zurück im Zorn

In der Vergangenheit hatte die "linke" Strömung des MSI bei Parteitagen stets mindestens 20% der Stimmen für ihre Plattform erhalten. Auf genau dieses Spektrum spekulierte Rauti, als er nach dem Parteitag von Ende Januar erklärte, er erwarte, daß sich ihm ein Fünftel der Mitgliedschaft anschließen werde. Eine vergebliche Hoffnung, wie sich nur zu bald herausstellte.

Rauti hätte aus seinen eigenen Erfahrungen mit dem "Ordine Nuovo" lernen können, der nie über ein Splittergruppendasein hinausgekommen war, obwohl seine Gruppierung zum Zeitpunkt der Abspaltung 1956 wesentlich stärker war als heute. Damals, beim V. Parteikongreß in Mailand, war die "linke" Plattform nur knapp 307 zu 314 Stimmen gegen das Bündnis aus Mittelfraktion und Parteirechter unter dem Gespann De Marsanich und Michelini unterlegen. Trotzdem hatte sich die überwiegende Mehrheit der Partei"linken" zum Verbleib in der Partei, da der MSI "ihr ganzes Leben" sei.

Damals wie heute hatte Rauti die Beharrungskraft in der Mitgliedschaft unterschätzt. Die Bindung der Mitglieder des MSI an ihre Partei ist traditionell wesentlich stärker als bei der Mehrzahl der anderen Parteien. Doch Rauti hätte für seine historische Lektion gar nicht so weit zurückgehen müssen. Erst 1991 hatte sich gezeigt, daß die Trennung vom MSI in die Bedeutungslosigkeit führt. Damals hatte der Traditionalist Giorgio Pisanò aus Protest gegen Finis Kurs die Abspaltung "Fascismo e Libertà" gegründet und feststellen müssen, daß das Beharrungsvermögen der Wählerschaft größer war als der Wunsch nach ideologischer Reinheit.

Tatsächlich dürfte Pino Rauti Realist genug sein zu wissen, daß er wohl wieder einmal nur der Führer einer ideologisch reinen, aber kleinen Gruppe sein wird. Seine Hoffnung beruht darauf, daß die Strategie des Gespanns Fini/Tatarella letztlich entweder zum Scheitern verurteilt sein wird, da die Widersprüche zwischen Konservatismus und Neofaschismus auf Dauer zum Bruch des Bündnisses führen werden; oder aber darauf, daß die neue Alleanza Nazionale in einem Anpassungsprozeß ununterscheidbar vom konservativen Partner werden wird und damit ihre Existenzberechtigung verliert. Für diesen Fall wäre Rauti der natürliche Erbe. Doch das sind noch Zukunftsträume.

Destra Nazionale: der Vorläufer von Alleanza Nazionale

Doch auch dafür, daß solche Träume Realität werden können, hat Rauti historische Erfahrungen vorzuweisen. Bereits einmal war nämlich eine Öffnung des MSI versucht worden, die aus einem Wahlbündnis mit den in Italien traditionell relativ starken Monarchisten, ehemaligen Militärs und Geheimdienstleuten sowie Überläufern aus anderen Parteien, besonders von den stark rechtslastigen Liberalen, eine neue Bewegung mit dem MSI als Kern entstehen lassen sollte. Auch der damalige Versuch war zunächst vom Erfolg gekrönt.

Beim Parteikongreß 1971 bezeichnete sich der MSI erstmals als "Destra Nazionale" (Nationale Rechte) und signalisierte damit offen ein Lagerdenken, das dem bisherigen Ausschluß aus dem politischen System ein Ende bereiten sollte. In der Tat glaubte der MSI, auftrumpfen zu können. Nach Jahren des Niedergangs, in denen die Partei mehr mit internen Querelen, die oftmals bei Parteitagen in heftigen Schlägereien

untereinander endeten, als mit der Bekämpfung des politischen Gegners beschäftigt gewesen war, hatten die Regionalwahlen vom Juni 1970 erstmals wieder einen deutlichen Aufschwung gebracht. 1971 ließ sich der Christdemokrat Giovanni Leone mit den Stimmen des MSI zum Staatspräsidenten wählen. Schließlich kam es im Gefolge des Stimmenzuwachses bei den Regionalwahlen erst zu zahlreichen Übertritten vom monarchistischen PDIUM, der seine einstige Bedeutung fast völlig eingebüßt hatte, und danach sogar zur Fusion.

Dies war die Ausgangsbasis dafür, dem MSI nun den offiziellen Namenszusatz "Destra Nazionale" zu geben. Zu denjenigen Kräften, die sich nun dem MSI-DN für die vorgezogenen Neuwahlen anschlossen, gehörten u.a. der ehemalige Generalstabschef der Luftwaffe, der Chef der Marineflieger, der monarchistische General De Lorenzo und der Admiral Birindelli, ehemaliger Kommandant der NATO-Streitkräfte im zentralen Mittelmeerraum. Aber auch der Monarchistenführer Alfredo Covelli, der jahrzehntelang an der Spitze dieser Strömung gestanden hatte, und der neapolitanische Großreeder Achille Lauro stießen zum MSI. Mit der Gewinnung monarchistischer Leitfiguren konnte der MSI die Erwartung verknüpfen, deren Partei bei der bevorstehenden Wahl weitgehend als Konkurrenten auszuschalten. Personen wie Achille Lauro sollten im Großbürgertum und Unternehmerlager werben und außerdem für die notwendigen Finanzen sorgen.

Besonders wichtig war in diesen Jahren nach 1968 die Gewinnung von Militärs, Geheimdienstleuten und hohen Polizisten, um den Anspruch des MSI zu demonstrieren, eine Kraft mit der Fähigkeit zu sein, Ruhe und Ordnung gegen die "rote Subversion" wiederherstellen zu können. In manchem Fall erwies sich das als zweischneidiges Schwert. Der Neuzugang Giovanni De Lorenzo beispielsweise, ehemaliger Chef des militärischen Geheimdienstes, war bereits 1967 entlassen worden, da seine Urheberschaft an dem unter dem Namen "piano solo" bekanntgewordenen Putschplan aus dem Jahre 1964 bewiesen worden war.

Der MSI wieder solo - die Konservativen verlassen den MSI

Der Erfolg gab der Parteiführung zunächst recht. Mit 8,7% der Stimmen wurde 1972 das beste Wahlergebnis in der Parteigeschichte erreicht. Der erhoffte Durchbruch allerdings war ausgeblieben. Das gemeinsame Resultat bewegte sich im Rahmen dessen, was MSI und Monarchisten zuvor getrennt eingefahren hatten. Zugkraft ins konservative und rechtsliberale Lager hinein hatte offensichtlich nicht entwickelt werden können. So mehrten sich besonders in der Parlamentsfraktion bald Stimmen, die erklärten, die Öffnung der Partei sei nicht weit genug gegangen, und die einen Abschied vom faschistischen Vorbild forderten. Zu einem solchen Schritt war die Mehrheit nicht bereit.

Ein Teil der Kräfte, die erst kurze Zeit zuvor zum MSI gestoßen waren, verließ die Partei deshalb Ende 1976 wieder und gründete Anfang 1977 zusammen mit einzelnen Repräsentanten des MSI wie Mario Tedeschi, der 1949 die MSI-Studentenorganisation FUAN mit ins Leben gerufen hatte, die neue Formation "Democrazia Nazionale", die schon von der Namensgebung her Nähe zu den regierenden Christdemokraten suggerieren sollte. Diese Gruppe verschwand jedoch bald wieder in der Bedeutungslosigkeit. Die erhofften Kontakte zu Konservativen hatten fast nur im Ausland, besonders zur CSU und zur Paneuropa-Union des Otto Habsburg und ähnlichen Gruppen, hergestellt werden können. Die Treue zur Partei hatte sich wieder einmal als stärker erwiesen als Bestrebungen zur Reform der Partei. Das Experiment "Destra Nazionale" aber war gescheitert. Der MSI agierte wieder solo.

Ein neuer Anlauf

Rauti sieht hier durchaus Parallelen zur heutigen Situation. Er weiß, daß in der Alleanza Nazionale die Mitglieder des ehemaligen MSI zahlenmäßig weitaus stärker vertreten sind als die der Klubs, die vor der Vereinigung die Basis der konservativen Verstärkung des MSI waren. Das Delegiertenverhältnis von zwei zu eins für den MSI beim Vereinigungsparteitag kam den Neuzugängen deutlich entgegen und bevorteilte diese, ohne daß die Gefahr bestanden hätte, daß diese alleine die Mehrheit hätten bilden können. Zugleich aber bot ihre Zahl die Gewähr dafür, daß der rechte Parteiflügel um Tatarella problemlos seine Positionen gegen die Partei"linke" durchsetzen konnte. Sollte aber dieser Parteiflügel zuviel von der Substanz des MSI aufgeben, so spekuliert Pino Rauti, könnte sich das Beispiel der "Destra Nazionale" wiederholen und ein Selbstreinigungsprozeß stattfinden, der ihn als denjenigen dastehen ließe, der schon immer gewarnt hat, und der es ermöglicht, daß er als Garant der Parteitraditionen wieder die Bühne betreten kann.

Bisher spricht jedoch alles dafür, daß die Pläne der Parteiführung wesentlich besser funktionieren als bei der historischen Destra Nazionale. Die jüngsten Regionalwahlen brachten trotz der Sezession von Rauti und Co. nicht nur keine Schwächung gegenüber den letzten Parlamentswahlen, sondern sogar eine leichte Verbesserung im Landesdurchschnitt. Auffällig bei diesen Wahlen war, daß nicht nur die bisherigen Hochburgen im Süden gehalten werden konnten, sondern auch Zuwächse im industriellen Norden zu verzeichnen waren. Der Abstand gegenüber dem größeren Koalitionspartner Forza Italia wurde verringert. Das Gewicht des ehemaligen MSI innerhalb des Bündnisses "Polo della Libertà" hatte sich ohnehin bereits zuvor durch das Ausscheiden der Mehrheit der Lega Nord vergrößert. Alleanza Nazionale befindet sich offensichtlich im Aufwind.

Fini und seinen Parteistrategen reicht dies natürlich noch nicht aus. Jetzt gilt es, Nutzen aus der Beliebtheit des Parteiführers zu ziehen, der auch davon profitiert, daß Berlusconis Verstrickung in den Korruptionssumpf für anhaltende negative Schlagzeilen sorgt. Natürlich weiß die Parteiführung, daß die Werte für die Glaubwürdigkeit des italienischen politischen Systems während Berlusconis Regierungszeit einen Tiefststand erreicht hatten und sich erst nach der Ablösung durch den parteilosen "Techniker" Lamberto Dini wieder nach oben bewegten. Der MSI dagegen kann für sich beanspruchen, daß er vom Affärenkarussell wesentlich weniger betroffen ist als die Mehrzahl der anderen Parteien. Sein jahrzehntelanger Ausschluß von der politischen Macht zahlt sich nachträglich aus.

Zudem wirkt es sich jetzt positiv aus, daß sich der MSI zwar immer als katholische Partei bezeichnet hatte, aber es stets vermieden hatte, in den Ruf klerikaler Abhängigkeit zu kommen. Dies ganz im Gegensatz zu den ehemaligen Christdemokraten, die jetzt zwischen dem Ansehen einer reinen Postenverschaffungsorganisation und dem eines bloß ausführenden Organs des Vatikans schwanken. Ohne jede Abhängigkeit, von wem auch immer, aber rechtgläubig - so präsentiert sich Alleanza Nazionale. Das Image einer katholischen Partei ist in Italien von ungebrochener Wichtigkeit. Auch dies wirkt sich momentan wieder negativ für den konkurrierenden Bündnispartner Forza Italia aus. Allgemein bekannt ist Berlusconis Mitgliedschaft in der Freimaurerloge P-2, ein Makel, der auch andere Mitglieder von Berlusconis Mannschaft trifft. Um das Maß des Übels vollzumachen, wurden in letzter Zeit auch noch Verbindungen zu Anthroposophenkreisen im Umfeld von Berlusconi bekannt. Die Anthroposophen sind in Italien wesentlicher offener rechts orientiert als in Deutschland, wo sich ihre Mehrheit ein grünes Mäntelchen umgehängt hat.

Die geschilderten Entwicklungen machen es verständlich, daß Alleanza Nazionale es wesentlich weniger eilig mit Neuwahlen hat als ihr Koalitionspartner Forza Italia. Sie hofft darauf, daß die Zeit für sie arbeitet - und sie könnte damit sogar recht haben.

Das Umfeld als Garant des Erfolges

Zu den für AN günstigen Faktoren gehört selbstverständlich auch ein intaktes und gut ausgebautes Umfeld. An erster Stelle ist dabei die korporatistischen Traditionen verpflichtete neofaschistische Gewerkschaft CISNAL zu nennen. Nach eigenen Angaben hat sie inzwischen mehr als zwei Millionen Mitglieder und behauptet, daß für den Zugang in jüngster Zeit auch zahlreiche Übertritte aus der ehemals kommunistisch-sozialistisch dominierten Gewerkschaft CGIL, noch immer die größte des Landes, sowie von Rifondazione Comunista verantwortlich seien. Ersteres ist durchaus vorstellbar: Da besonders der PDS mit seiner Stützung der Regierung Dini sozialpolitische Kröten geschluckt hat und nicht in der Lage erscheint, Alternativen zum Abbau des Sozialstaates zu formulieren oder gar durchzusetzen, schlägt dies auch auf seine faktischen Nebenorganisationen wie die CGIL durch. Die Zahl mutmaßlicher Dissidenten aus dem nicht unbedeutenden nationalbolschewistischen Flügel von Rifondazione Comunista dürfte geringer zu veranschlagen sein.

Die CISNAL hatte dagegen den Vorteil, sich schon während der Regierungsbeteiligung des MSI als Opposition in der Regierung darstellen zu können. Die Verantwortung für den beabsichtigten Kahlschlag des Sozialstaates wurde ausschließlich dem Koalitionspartner zugeschoben. Auf diese Weise deckte die CISNAL die bourgeoise Fraktion in der Partei, die diesen Kahlschlag mit vorantrieb. Öffentlich erklärte die CISNAL, was durchgesetzt werden könne, hänge schließlich auch vom Kräfteverhältnis in der Regierung ab. Um den Kahlschlag zu verhindern, sei also eine Stärkung des MSI notwendig. Die CISNAL versuchte also, den MSI als soziale Komponente des Bündnisses zu verkaufen.

Dies ist sicherlich ein wichtiger Erklärungsfaktor für den Aufschwung dieser gelben Gewerkschaft, die 1968, entsprechend dem damals maroden Zustand der Mutterpartei, auf einem Tiefststand von 300.000 Mitgliedern angelangt war. Fünf Jahre nach der Gründung 1950 hatte der italienische Arbeitsminister der Internationalen Arbeitsorganisation noch eine Mitgliederzahl der CISNAL von mehr als 900.000 gemeldet. Den größten Einfluß hatte sie schon immer in der öffentlichen Verwaltung, während ihre Bedeutung in den größten Konzernen des Landes verschwindend gering ist.

Als wichtigste Organisation, die Sympathisanten an die Partei zu binden in der Lage ist, kam der CISNAL stets ein erhebliches Gewicht innerhalb des MSI auch bei der Ideologieformulierung zu. Traditionell war sie dem "linken" Parteiflügel verbunden, der sich auf das Erbe des Faschismus aus der "Kampfzeit" vor dem Marsch auf Rom und auf die Repubblica Sociale mit ihren korporatistischen Positionen berief. So ergaben sich natürliche Berührungspunkte mit neofaschistischen Kräften auch außerhalb der Partei. Dies waren zunächst die Nationalrevolutionäre, später dann auch die "Neue" Rechte.

"Pagine libere" -

vom Anarchosyndikalismus zur "Neuen" Rechten

"Pagine libere", die ansprechend und aufwendig gestaltete Monatszeitschrift der CISNAL, ist ein Beispiel für die historische Tradition und für die beabsichtigten Konvergenzen. Sie erhielt ihren Titel nach dem gleichnamigen, 1906 gegründeten Blatt des revolutionären Syndikalisten Angelo Oliviero Olivetti. Dieser war einer der Hauptvertreter derjenigen Gruppe der revolutionären Syndikalisten Italiens, die später an der Gründung der faschistischen Partei führend mitwirkten und den Faschismus der Frühphase entscheidend mitprägten. Hier finden die CISNAL und ihr Blatt "Pagine libere" ihre historischen Bezugspunkte.

Folgerichtig fühlt sich "Pagine libere" besonders für die Theoriebildung verantwortlich. Die bekanntesten journalistischen Köpfe des italienischen und ausländischen Neofaschismus schreiben für die Zeitschrift. Dabei befleißigt sich das Blatt durchaus eines rechten Pluralismus, der allerdings die konservative Variante ausschließt. So schrieben für die "Pagine libere" in den letzten Jahren u.a. Gianfranco de Turris, der sonst auch für "Futuro Presente", der italienischen Entsprechung der "Nouvelle Ecole", tätig ist; Vintila Horia, ein Exil-Rumäne, der führend in der dortigen faschistischen "Eisernen Garde" war und dem Gedankengut von Julius Evola nahesteht; oder auch Maurizio Blondet, der zwischen dem "integralen Traditionalismus" Evolas und der "Neuen" Rechten pendelt. Franco Freda, der Verleger aus Padua, der in den siebziger Jahren als intellektueller Kopf des Rechtsterrorismus galt, gab dem Blatt 1992 ein Interview.

Paradestück des Blattes und zugleich Aushängeschild der CISNAL sind allerdings die "wissenschaftlichen" Kolloquien der "Pagine libere". Hier reicht in der Tat ein führender Vertreter der "Neuen" Rechten das Mikrofon an den nächsten weiter. So referierten beim 4. Symposium im Juni 1993:

- Prof. Francesco Coppellotti, italienischer Übersetzer der Werke von Ernst Nolte;

- Prof. Michel Maffesoli, einer der Hauptvertreter der postmodernen Ausrichtung der Soziologie;

- Prof. Carlo Gambescia, der vielfältig auch journalistisch für die unterschiedlichsten Blätter der "Neuen" Rechten in Italien tätig ist:

- Luca Leonello Rimbotti, ein Spezialist für den Nationalbolschewismus und den "Links"faschismus;

- Dr. Giano Accame, in Deutschland bekannt durch seine Aufsätze u.a. in "Criticón" und außerdem bereits seit 1970 Mitglied im Patronatskomitee der "Nouvelle Ecole";

- Günter Maschke, deutscher Spezialist für den Staatsrechtler Carl Schmitt und den katholischen Konterrevolutionär Juan Donoso Cortés; und - last but not least -

- Alain de Benoist, der wohl nicht weiter vorgestellt zu werden braucht.

Weder die Autoren des Blattes noch seine Referenten bieten Anzeichen dafür, daß die CISNAL widerstandslos bereit wäre, den konservativen Schwenk der Parteiführung einfach hinzunehmen. Deren eigentlicher Wortführer Tatarella und seine Freunde haben Augen zum Lesen und wissen, daß auch nach dem Ausscheiden von Pino Rauti zumindest ein beträchtlicher Teil von dessen Freunden in der gewendeten Partei verblieben ist. Und diese teilen sicherlich die Meinung von Rautis Lehrer der frühen Jahre, Julius Evola, der

schon zu Beginn der fünfziger Jahre seinen jugendlichen Anhängern erklärt hatte: "Eure Führer sind Dummköpfe." Giorgio Almirante (Parteisekretär von 1969-87), der von diesem Urteil ebenfalls betroffen gewesen war, hinderte dies nicht, Evola nach dessen Tod zu "unserem Marcuse" zu verklären.

"L'Italia settimanale" - ein Massenblatt als Aushängeschild

Ein Anhänger von Julius Evola leitet auch die wichtigste Zeitschrift im Umfeld des ehemaligen MSI. 1978 veröffentliche Marcello Veneziani seinen Band "La ricerca dell'Assoluto in Julius Evola" ("Die Suche nach dem Absoluten bei Julius Evola"). Danach wandte er sich allmählich von der intellektuellen Elite der lesenden Basis als Zielgruppe zu. Seit 1992 leitet er das Hochglanzmagazin "L'Italia settimanale" mit einer Auflage von angeblich ca. 300.000 Exemplaren wöchentlich. In der Zeitschrift selbst findet sich kaum Werbung. Dafür gibt es monatlich eine separate Beilage, die prall voll mit Anzeigen auch offizieller und offiziöser Stellen ist. Die Finanzierung des dem MSI lediglich inhaltlich nahestehenden Blattes ist also nicht abhängig von der Konjunkturlage der Partei. Ein Schicksal wie das der parteieigenen Tageszeitung "Il secolo d'Italia", die zeitweise aus Geldmangel nicht erscheinen konnte, wird ihm folglich erspart bleiben.

Auch inhaltlich macht sich das Blatt nicht von der Parteiführung abhängig. Man versteht sich nicht als Sprachrohr oder als Verlautbarungsorgan, was die Gefahr der Monotonie zu groß werden ließe. Hier wird Wert auf Vielfalt der Themen gelegt, und der Bereich der Kultur nimmt breiten Raum ein. Durchgängig farbig gestaltet, versucht das Magazin eine ernsthafte Konkurrenz für die alteingesessenen politischen Wochenzeitschriften "L'Espresso" oder "Panorama" zu werden. Zwar wird die Nähe zum MSI nicht verborgen, doch wird von Fall zu Fall auch Kritik an der Partei oder einzelnen ihrer Fraktionen geübt.

Auffällig sind die vielfältigen personellen Verflechtungen mit den "Pagine libere". Tatsächlich scheint zwischen den beiden Blättern eine Art Aufgabenteilung zu bestehen. Während die "Pagine libere" den Part eines Theorieorgans übernehmen, fungiert "L'Italia settimanale" als aktuelles Nachrichtenmagazin mit Hintergrundberichten, die sie deutlich von der untereinander recht ähnlichen Konkurrenz abheben. Auf diese Weise können unterschiedliche Publikumsgruppen angesprochen werden, aber auch gegenseitige Unterstützung gewährt werden. Insgesamt sind beide besser geeignet, potentielle Sympathisanten an die Partei heranzuführen, als dies direkten Parteiblättern möglich wäre. Allerdings ergibt gleichzeitig die Problematik für die Parteiführung, daß die Politik der Blätter durch sie nicht steuerbar ist. Die Unterstützung oppositioneller Strömungen wie in den vorliegenden Fällen ist also nicht zu verhindern.

Gesunde Finanzen! -

Rosige Zukunft?

In der Vergangenheit war der MSI für seine häufigen Finanzsorgen bekannt. Auch dieser Mangel ist inzwischen behoben. Zum 31. März mußten die italienischen Parteien ihren Finanzbericht für das vergangene Jahr vorlegen. Der MSI konnte stolz auf eine konsolidierte Finanzlage verweisen. Einnahmen in Höhe von ca. 25 Milliarden Lire standen Ausgaben von nur knapp 12 Milliarden gegenüber. Damit konnte die beste Bilanz aller rechenschaftspflichtigen Parteien präsentiert werden. Der Überschuß von 13,5 Milliarden Lire (ca. 11,7 Millionen DM) läßt Alleanza Nazionale beruhigt den Kosten des kommenden Parlamentswahlkampfes entgegensehen.

Auch politisch muß der Ex-MSI nicht befürchten, daß die nächsten Wahlen einen Rückschlag bringen könnten. Berlusconi kann es sich nicht leisten, das Bündnis mit Alleanza Nazionale zu lösen, denn das italienische Wahlsystem (Mehrheitswahlrecht für 75% der zu vergebenden Mandate) würde damit seine eigenen Chancen ebenfalls minimieren. Der von ihm erhoffte Zuwachs durch den rechten Flügel der ehemaligen Christdemokraten kam nicht zustande, denn die Regionalwahlen brachten diesem kaum mehr als 3%. Die Gefahr, unerwartet ausgebootet zu werden, besteht für Alleanza Nazionale also nicht. Zudem ist zu berücksichtigen, daß die bei den Regionalwahlen erzielten 14% nicht die tatsächliche Stärke der Neofaschisten widerspiegeln, denn in einigen Provinzen, die zu ihren Hochburgen zählen, z.B. Sizilien, ist nicht gewählt worden. Ein weiterer wichtiger Verbündeter Finis ist der Faktor Zeit. Je mehr davon vergeht, desto stärker glaubt er von dem Imageverlust Berlusconis profitieren zu können. Insofern kommen ihm auch gegenwärtig diskutierte Überlegungen entgegen, die geplanten Neuwahlen statt, wie ursprünglich vorgesehen, im Herbst erst im kommenden Frühjahr durchzuführen.

Und noch einmal der Skeptiker

Auf den Faktor Zeit spekuliert allerdings auch der ins Abseits gestellte Pino Rauti. Viel mehr als einigen Zulauf aus seiner Hochburg Rom und möglicherweise eine Fusion mit dem Dissidenten Pisanò kann er momentan nicht erwarten. Doch sein Lehrer Julius Evola hat ihm sicher die Lektion beigebracht, daß nicht die Zahl allein über Sieg oder Niederlage entscheidet. Er weiß, daß es vorwiegend der Erfolg ist, der die Masse der Parteimitglieder an Finis Kurs bindet. Auch nach seinem Austritt ist sein innerparteilicher Einfluß noch erheblich. Zwar spricht der Binnenzustand der Rechten in Italien für Finis Strategie, doch was passiert, wenn der Trend der Regionalwahlen anhält und das Mitte-Links-Bündnis sich nicht nur konsolidiert? Was, wenn Bossis Lega Nord sich diesem Bündnis anschließt, um ein weiteres Absacken in der Wählergunst zu verhindern?

Rauti weiß, daß Fini momentan über die besseren Karten verfügt. Er weiß aber aus langjähriger Erfahrung auch, daß das Blatt sich schnell wenden kann. Er erwartet, daß die Integration von Alleanza Nazionale in das politische System Italiens durch Fini so weit vorangetrieben wird, daß sie zwar für neue Wählerschichten akzeptabel wird, aber die eigenen Mitglieder sich nicht mehr mit der Partei identifizieren, da diese selbst ihre Identität verloren hat. Für diesen Fall stünde Rauti als Hüter der reinen Lehre bereit.

Jean Cremet

25. "Normalität ist unser Ziel." Italiens Linksdemokraten drohen mit der "liberalen Revolution"

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:14

Anfang Juli hielten die aus der kommunistischen Partei (PCI) hervorgegangenen Linksdemokraten (PDS) in Mailand ihren Kongreß ab. Die Personalentscheidungen waren schon vorher gefallen. PDS-Sekretär ist und bleibt Massimo D'Alema, der Nachfolger des glücklosen PCI-Liquidators Achille Occhetto; sein im Kampf um das höchste Amt der Partei unterlegener Konkurrent, Walter Veltroni, zieht an der Seite des parteilosen Spitzenkandidaten des Mitte-Links-Bündnisses, Romano Prodi, in den bevorstehenden Wahlkampf. So konnte der PDS denn einen "thematischen" Parteitag abhalten. Für Aufregung sorgten die Kongreßplakate, aber nicht etwa wegen des nichtssagenden Mottos "Eine sichere Zukunft für Italien". Es war die von der Werbeagentur gewählte Illustration dieser sicheren Zukunft, die auf Mißfallen stieß: zwei nackte Kindlein beim Spiel mit Bauklötzen. Mit Hilfe eilends hinzu gefälschter Klötzchen konnte die Blöße verdeckt werden - wenn das in der Politik auch so einfach möglich wäre, stünde der PDS um einiges besser da.

Das auf dem Mailänder Parteitag ständig wiederholte (und kaum variierte) Thema war die "liberale Reform" bzw. "liberale Revolution" des Landes. Der Ultra-Liberale Silvio Berlusconi gilt D'Alema, Prodi und Veltroni als Schwindler, der die lauthals geforderten Privatisierungen in Wahrheit gebremst habe, während seine Partner von Alleanza Nazionale die "starke und direkte Präsenz des Staates in der Wirtschaft" offen verteidigen würden. Der von den Protagonisten des Centro-sinistra (Mitte-Links-Bündnis) geforderte "schlanke Staat" müsse allerdings "Markt und Solidarität" "kompatibel" machen, und die "Schwachen" und "Benachteiligten" schützen - eine Floskel, die sich in dieser Unverbindlichkeit auch im Programm von Forza Italia wiederfindet. (vgl. nebenstehenden Artikel "Ansichten des Kandidaten Prodi")

"Normalität" und

"Dialog mit der Rechten"

In Mailand bereicherte Massimo D'Alema das Arsenal der einprägsamen Slogans um einen weiteren Merksatz: "Unser Ziel ist es, aus Italien ein ‚normales Land` zu machen"; die "Normalität" müsse von der Linken "erobert" werden. Worin für D'Alema und die Seinen diese "Normalität" besteht, erklärt das ehemalige PCI-Zentralorgan L'Unità (7.7.) seinen LeserInnen und warnt gleichzeitig vor übertriebenen Erwartungen: "Die ‚Normalität` einer Demokratie des Wechsels, einer Demokratie westlichen und europäischen Typs, ist das Maximum dessen, was heute an Wandel möglich ist".

Den Propagandisten der "Normalität" muß eines zugute gehalten werden: Im Unterschied zu allen anderen westeuropäischen Demokratien hat es in Italien von 1944 bis 1993 niemals einen Regierungswechsel gegeben. Es regierte, wenn auch mit wechselnden Bündnispartnern, eine stramm konservative Quasi-Staatspartei, die Democrazia Cristiana, die auch durch die größte kommunistische Partei außerhalb des RGW, den PCI (Rekordwahlergebnis 1976: 34,4%), nicht gestürzt werden konnte: Der Große Bruder in Übersee hätte "sozialistische Experimente" im wichtigsten NATO-Land des Mittelmeerraums niemals zugelassen.

Auch von der tiefen Krise des italienischen Parteiensystems, ausgelöst durch die Korruptionsskandale von "Tangentopoli" (der imaginären Stadt der tangenti, der Schmiergelder), konnte die Linke nicht entscheidend profitieren. Den vorübergehenden Sieg Berlusconis erklärt Umberto Eco - etwas vereinfacht, aber nicht unzutreffend: "Der Fall der Berliner Mauer veranlaßte die Linken in der ganzen Welt zu einer Revision ihrer eigenen Prinzipien, einer Revision, die noch nicht abgeschlossen war, als sich, mit den Prozessen von Tangentopoli, die Parteien der Mitte praktisch aufgelöst hatten, während der Protest der Lega radikales Mißtrauen in die traditionelle Parteienherrschaft verbreitet hatte. Ein riesiges Loch tat sich auf. Berlusconi hatte, mit unzweifelhafter Geschicklichkeit, das Versprechen abgegeben, dieses Loch zu füllen. Eine seit dem Ende des Krieges konfuse Wählerschaft, die mangels Besserem (oder Schlechterem) bei der Democrazia Cristiana zusammenströmte, ging dorthin, wohin das Herz sie führte - oder die Einbildung eines schnellen

Vorteils. Das Fernsehen hatte geholfen, aber ohne dieses Loch und ohne diese Verwirrungen hätte es wenig ausgerichtet." (L'Espresso, 9.6.1995)

Eco hat, wie andere demokratische Intellektuelle auch, aus der politischen Schwäche der Linken und der Bedrohung durch Berlusconi und Fini den Schluß gezogen, Prodi zu unterstützen. Der PDS, der über den keiner linken Neigung verdächtigen Spitzenkandidaten ziemlich glücklich ist, hat unterdessen im Kampf um "Normalität" neue Maßstäbe gesetzt. Über die friedliche Koexistenz mit der "neuen Rechten" doziert L'Unità (Direktor: Walter Veltroni): Aus den Veränderungen der letzten Jahre sei auch eine "neue, immer noch gefährliche, aber starke Rechte hervorgegangen - argumentiert D'Alema - mit der wir zusammen zu leben lernen müssen, mit der wir rechnen müssen, ohne ‚Dämonisierungen`. Um vielleicht sogar ihre Vitalität und Originalität, auch ihre Fähigkeit zu politischer und sozialer Intuition zu verstehen. Bis hin dazu, sich ihr zu nähern, um die richtigen Antworten zu erarbeiten."

Sichtbares Zeichen der "Entdämonisierung" der Rechten waren die Einladungen an Berlusconi und Fini, als Gäste am PDS-Parteitag teilzunehmen. Beide nahmen dankend an; Berlusconi durfte sogar eine Rede halten. Während die PDS-Delegierten zur Höflichkeit ermahnt worden waren und auf Mißfallenskundgebungen verzichteten, hob Berlusconi das Trennende der beiden politischen Lager hervor. Genüßlich erinnerte er an die schauerliche Geschichte der "internationalen kommunistischen Bewegung". Zwar erkenne der PDS inzwischen die "wirtschaftlichen Freiheiten" von Markt und Profit an; in seinem Verhalten gegenüber dem freien Unternehmertum (personifiziert durch ihn selbst) sei aber immer noch die "alte Feindseligkeit" vorherrschend. Ausdrücklich weigerte er sich, Romano Prodi als "Leader" des Centro-sinistra anzuerkennen; das Mitte-Links-Bündnis mit dem freundlichen parteilosen Spitzenkandidaten ist für ihn nur ein hinterhältiger Trick der nicht wirklich wandlungsfähigen Kommunisten.

Veltronis rhetorisch brillante Replik wurde von den Delegierten bejubelt; La Repubblica urteilte anerkennend, nach dieser Rede dürfe der zweite Mann des PDS nicht länger als "Kennedy für Arme" verhöhnt werden. Politische Alternativen konnte und wollte auch Veltroni nicht bieten; das Kampfziel "Normalität" ist in der PDS-Führungsriege unumstritten. Selbst ehemalige Dissidenten mochten die Harmonie nicht stören und stimmten der Hauptresolution zu; so z.B. Aldo Tortorella, 1991 noch Wortführer der "Front des Nein", die sich der Umwandlung des PCI in den PDS widersetzt hatte. Politische Auseinandersetzungen fanden weitgehend hinter verschlossenen Türen statt. In Nachtsitzungen der politischen Kommission wurde schließlich vereinbart, die im ursprünglichen Resolutionsentwurf in die Rubrik "Bürgerrechte" abgedrängte "soziale Frage" etwas stärker hervorzuheben.

Rifondazione Comunista gespalten

Die Linkspartei Rifondazione Comunista (RC) hätte genügend Ansatzpunkte, aus dem Drang des PDS zur Mitte auch weiterhin politisches Kapital zu schlagen. Bei den Regionalwahlen im April 1995 erreichte die Partei 8,4% der Stimmen (gegenüber 6% bei den nationalen Wahlen im März 1994). Mit dem Austritt von 24 Mitgliedern der Parlamentsfraktionen von Senat und Abgeordnetenhaus im Juni wurde die Zerrissenheit der Partei deutlich. Anlaß waren Meinungsverschiedenheiten über die Stellung von RC zur Übergangsregierung Dini. Die DissidentInnen ermöglichten, um Schlimmeres zu verhindern, Dini das Weiterregieren und stellten sich damit gegen Beschlüsse der Partei, in denen Rifondazione auf klare Opposition gegen die Regierung festgelegt worden war.

Der Streit geht nicht allein um taktische Fragen. Zum einen verstießen die Abweichler mit ihrem Votum gegen das Statut; zum anderen haben sie offenkundig grundsätzlich abweichende Vorstellungen von den politischen Aufgaben der Partei. Sie wollen sich dem Mitte-Links-Bündnis anschließen oder zumindest nähern und bei einem Wahlsieg auch an der Regierung beteiligen. Verbunden wird diese Zielsetzung mit der Hoffnung, im Bündnis den PDS wieder nach links drängen zu können. Auch Parteisekretär Fausto Bertinotti erneuerte Mitte Juli sein Bündnisangebot an das Centro-sinistra; im Unterschied zu den "Koalos" um den ehemaligen RC-Sekretär Sergio Garavini will er einen Regierungseintritt allerdings von politischen Bedingungen abhängig machen.

Auf dem linken Flügel der Partei wird auch Bertinottis Kurs mit Mißtrauen betrachtet. Ebenfalls Mitte Juli publizierten 200 nationale, regionale und lokale Funktionäre der Partei einen Offenen Brief an den Sekretär. Marco Ferrando, Mitglied der nationalen Leitung von RC, faßte die Grundpositionen der Parteilinken

gegenüber der Presse so zusammen: "Der Eintritt von Rifondazione in zahlreiche lokale Mitte-Links-Koalitionen unter der Führung der popolari (der "linke" Teil der ehemaligen Christdemokraten) oder der pattisti (Patto Segni, die Gruppierung des ehemaligen Christdemokraten Mario Segni; Anm. Js.) und das Fallen jeglicher Vorbehalte gegen die Lega Nord rufen in immer bedeutenderen Teilen der Partei tiefgehende Befürchtungen hervor." Zwar könnte RC, um die Kandidaten der Rechten zu schlagen, "in einigen Wahlkreisen technische Absprachen mit dem PDS treffen." Unverzichtbar sei aber das eigenständige Auftreten der Kommunisten bei den Wahlen, in Konkurrenz nicht nur zum Centro-sinistra insgesamt, sondern auch zum PDS.

Mit der Feststellung, daß eine Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi den unsozialen Kurs Dinis bruchlos fortsetzen werde, hat Ferrando zweifellos recht. Weniger überzeugend - weil allzu fern der Realität - ist allerdings die von ihm vorgeschlagene politische Alternative einer "strategischen Kandidatur" mit dem Ziel, "die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen und damit auch die Hegemonie im Kampf gegen die Rechte" zu erobern. (La Repubblica, 16.7.1995) Der hierzulande noch nicht vergessene Kampf zwischen grünen "Fundis" und "Realos" erlebt innerhalb von RC eine Neuauflage. Ob die seinerzeit in der Hamburger GAL erfundene "Tolerierungspolitik" - Wahl sozialdemokratischer Regierungen bei Erfüllung einiger weniger linker Forderungen - den italienischen Kommunisten als Kompromißlinie dienen könnte, ist mehr als zweifelhaft. Die immer wieder als "orthodox", "dogmatisch" oder gar "stalinistisch" verunglimpfte Partei ist in Wahrheit ein Sammelbecken unterschiedlicher politischer Kulturen.

Gerade die "eurokommunistische" Linie des langjährigen PCI-Sekretärs Enrico Berlinguer - der von vielen RC-Militanten nach wie vor hoch verehrt wird - implizierte immer auch den Drang zur Übernahme von "Regierungsverantwortung". Der "historische Kompromiß", das von Berlinguer durchgesetzte Bündnis des PCI mit der Democrazia Cristiana Moros und Andreottis, scheiterte schließlich nicht etwa an maximalistischen Forderungen des PCI, sondern an der Weigerung der Christdemokraten, dem PCI die in Aussicht gestellten Ministerposten auch wirklich zu überlassen.

Js.

Quellen: L'Espresso, il manifesto, La Repubblica, L'Unità, Vorwärts (Zürich)

Ansichten des Kandidaten Prodi

Romano Prodi, seit Anfang des Jahres als Spitzenkandidat des Mitte-Links-Bündnisses für die kommenden Wahlen ausersehen, wurde auf dem Mailänder PDS-Kongreß von der größten und dominierenden Partei des Centro-sinistra nun auch formell bestätigt. Bei seiner Rede wurde er - die Berichterstatter von L'Unità haben es genau gezählt - 37mal von Applaus unterbrochen. Am Ende gab es "drei bis vier Minuten lang" stehende Ovationen. Auch der als Gast anwesende Genosse Scharping war überzeugt: "Mit Prodi kann Italien seinen Weg finden, mit Berlusconi wird es Europa Lebewohl sagen."

Romano Prodi, 1939 in der norditalienischen Provinz Reggio Emilia geboren, ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bologna. Internationales Ansehen erwarb er an der London School of Economics und als Visiting Professor in Harvard. 1978/79 war er kurzzeitig Industrieminister unter Giulio Andreotti, zwischen 1982 und 1989 und noch einmal in den Jahren 1993/94 hatte er die Leitung der Staatsholding IRI ("Istituto per la ricostruzione industriale"), zu der u.a. die Großbetriebe Alitalia, Banca Comerciale Italiana, Banco di Roma, Rai-TV, SIP gehörten. Der ehemalige Christdemokrat ist heute parteilos. Symbol seiner Ein-Mann-Partei ist der Olivenbaum. Die Presse bezeichnet das von Prodi angeführte Bündnis gern kurz und knapp als "l'Olivo", nicht zu verwechseln mit "la Quercia" (die Eiche), dem Symbol des PDS, das ebenfalls als Synonym für die ganze Partei gebraucht wird.

"Governare l'Italia" ("Italien regieren") - Romano Prodis im März dieses Jahres erschienenes "Manifest für den Wechsel" enthält auf 40 Seiten die wesentlichen Vorstellungen des Kandidaten, der (fast) allen gefällt: Im Anhang finden sich lobende Aufsätze von Indro Montanelli (lange Jahre ein Gefolgsmann Berlusconis, im Vorwort präsentiert als "Rechtsliberaler"), von Pater Bartolomeo Sorge ("katholisches Zentrum") und von Paolo Flores d'Arcais, den die Herausgeber der "libertären Linken" zurechnen. In der Einleitung drückt Prodi die Hoffnung aus, daß seine Wählerschaft mindestens genauso pluralistisch sein möge. Insbesondere diejenigen WählerInnen des Rechtsblocks will er zurückgewinnen, die sich im März 1994 "von den Progressiven beunruhigt fühlten" und - wegen des Mehrheitswahlrechts - in einer Stimmabgabe zugunsten der

chancenlosen "Mitte" keinen Sinn sahen. Die Linke müsse lernen, daß bei Neuwahlen die "Gemäßigten" den Ausschlag geben werden. Statt "radikaler politischer und ökonomischer Experimente" sei die Verständigung auf ein Programm notwendig, "das allen Italienern vorgeschlagen werden kann, in der Weise, daß die soziale Sensibilität einer wirklich modernen Linken sich mit dem Liberalismus einer Mitte trifft, die fähig ist, den Bedarf unseres Landes an Modernität effektiv zu interpretieren."

Diesem Programm als Leitmotiv vorausgeschickt wird die Kritik "an der übertriebenen staatlichen Präsenz", die "in fast allen Ländern" geäußert werde. Der "schlanke" Staat ("Lo Stato leggero") ist für Romano Prodi "das fundamentale Element jeder modernen Wirtschaftspolitik". Berlusconi habe das Privatisierungsprogramm entgegen seinen Ankündigungen gestoppt, während sein Bündnispartner Alleanza Nazionale immer noch für die "direkte Präsenz des Staates in der Wirtschaft" eintrete.

Aus den folgenden 13 Abschnitten sollen hier - in typisch linksradikaler Unausgewogenheit - die schlimmsten Auswüchse der von Prodi angeführten (und von D'Alema propagandistisch begleiteten) "liberalen Revolution" zusammengetragen werden:

- Oberste Priorität hat die Bekämpfung der Staatsverschuldung. Soziale Leistungen für die Benachteiligten sind wünschenswert, solange sie "kompatibel" sind mit der "gebührenden Verpflichtung der Einzelnen gegenüber dem Staat und mit dem nötigen Ausgleich der öffentlichen Haushalte". Der Begriff der "Kompatibilität" taucht in Prodis Programm überall dort auf, wo es um soziale Forderungen geht. Kapitalisten alter Schule drückten denselben Gedanken volkstümlicher aus: Der Schornstein muß rauchen, bevor die Erträge verteilt werden können.

- Fast ebenso oft wie den Begriff "compatibilità" verwendet Prodi zur Kennzeichnung seiner Ziele ein anderes Reizwort: "il modello tedesco" - das deutsche Modell ist für ihn ein Beispiel, dem nachgeeifert werden soll. Richtungweisend findet er u.a. den Föderalismus, die Sondersteuer mit dem sympathischen Namen "Solidaritätszuschlag" und die innerdeutsche Ostpolitik, "bei der die Bundesregierung für die Entwicklung der östlichen Regionen sicherlich entscheidend ist, aber immer auf der Grundlage von Direktiven und Orientierungen, die mit den betroffenen Regionen diskutiert und abgestimmt sind".

- Anders als unter dem Maulhelden Berlusconi soll kräftig privatisiert werden: Schulen und Universitäten ebenso wie Krankenhäuser, natürlich nur zum Besten aller Betroffenen. Daß dabei "zwei Gesundheitssysteme" entstehen würden, "eines für die Reichen und ein anderes für die Armen", findet Prodi natürlich eine ganz schreckliche Vorstellung.

- Eher noch schlimmer ist für ihn aber die "wahre Tragödie", daß Italien, "wegen einer Welle emotionaler und nicht gerechtfertigter Proteste" nicht "den Mut gefunden hat", in der wissenschaftlichen Forschung "eine enge Zusammenarbeit von Universitäten und Privatbetrieben" zu organisieren. Hier hätten "alle anderen fortgeschrittenen Länder" einen erheblichen Vorsprung, den Italien dringend aufholen müsse.

- Auch andere Passagen seines Manifests erinnern an das Programm von Forza Italia. Mehrfach wird auf den nicht nur in der ärmeren Bevölkerung beliebten Brauch hingewiesen, sich auf nicht ganz legale Weise Nebeneinkünfte zu verschaffen. Den unverhältnismäßig hohen Anteil von Menschen, die eine Invaliditätsrente erhalten, will Prodi durch verschärfte Kontrollen reduzieren. Auch in Italien soll wieder länger gearbeitet werden. Die beschäftigungspolitischen Vorstellungen des neuen Hoffnungsträgers sind dabei peinlich nebulös. Als Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit nennt er bessere Ausbildung, "Entbürokratisierung" und mehr "Flexibilität". Arbeitszeitverkürzung - die vom PDS immerhin gefordert wird - kommt in seinem persönlichen Programm nicht vor.

- Brandgefährlich sind Prodis außenpolitische Vorstellungen, die allerdings nur am Rande Erwähnung finden. Wegen der "immer schwierigeren und spezialisierteren internationalen Verpflichtungen" will er ein "kleines, aber gut vorbereitetes Berufsheer" schaffen. Statt der Wehrpflicht soll eine zivile Dienstpflicht für Männer und Frauen Gesetz werden.

Das kleine Büchlein, in dem das alles steht, ist in jedem größeren italienischen Supermarkt erhältlich. Daß keiner aus der PDS-Führungsriege es gelesen hat, ist kaum vorstellbar. Woraus zu folgern wäre: Die Ansichten des Kandidaten Prodi sind - wenn auch nicht verbindliches Programm des Mitte-Links-Bündnisses - mit diesem Programm "kompatibel".

Js.

Romano Prodi: Governare l'Italia. Manifesto per il cambiamento; Rom (Donzelli editore) 1995, 77 Seiten, 10.000 Lire

26. Zwei Völker - zwei Staaten. Uri Avnery über Israel und Palästina

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:35

Der israelisch-palästinensische Konflikt gehört zu den komplexesten und entsprechend schwer durchschaubaren Prozessen der Gegenwart. Dies hat zum einen Gründe, die mit dem Konflikt direkt zusammenhängen: Zwei Völker streiten um das selbe kleine Stück Land; zwei Kulturen, zweierlei Politikverständnis prallen aufeinander. Dies hat aber zum anderen auch einen Grund, der zwar mit dem eigentlichen Konflikt ursächlich nichts zu tun hat, jedoch insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland Diskussionen zu diesem Thema alsbald - ist Israel-Solidarität nicht schlicht anti-arabischer Rassismus (1) - in ein emotionales Dickicht führt: die Tatsache, daß der Völkermord an den europäischen Juden von Deutschland ausging und von (vor allem) Deutschen verübt wurde. Eine Tatsache, hinter der oft verschwindet, daß der Konflikt zwischen den beiden Völkern nicht 1967 mit der Besetzung von u.a. Westbank und Gazastreifen begann, nicht 1948 mit der Staatsgründung Israels, auch nicht in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre mit dem arabischen Aufstand. Der Konflikt begann - unabhängig vom guten oder bösen Willen der Beteiligten - mit der zionistischen Kolonisierung Palästinas in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Ein jüdischer Staat war - zionistischen Praktikern spätestens um 1910, 1920 bewußt - nur um den Preis des "Verschwindens" der palästinensischen Bevölkerung zu haben.

Alexander Flores schrieb in diesem Zusammenhang 1988: Es nütze "Israel nicht, wenn man ihm mit dem Argument beispringt, es sei der Staat der Überlebenden des Holocaust. Der Holocaust und sein Fortwirken in der israelischen Erinnerung kann manche Züge der israelischen Mentalität und Politik verstehen helfen. Entschuldigen kann er nichts." Man müsse vielmehr "seine Argumente auf die heutige Realität am Ort beziehen", nicht aber die Geschichte punktuell nach Belegen für seine Spezialdoktrin durchforsten. "Mit vorgefaßten ideologischen Schablonen aber ist keine wirkliche Solidarität möglich - weder mit den Palästinensern noch mit den Israelis. Der oft geäußerte Verdacht, viele Deutsche engagierten sich vornehmlich in Nahost, um mit ihrer individuellen oder nationalen Vergangenheit fertigzuwerden, hat viel für sich. Und jeder hat natürlich das Recht, sich mit seiner Vergangenheit zu beschäftigen, soviel er will. Aber man sollte Vergangenheitsbewältigung dann auch beim Namen nennen und ihr nicht das Etikett der Solidarität aufkleben." (2)

Vom Terroristen

zum Friedensaktivisten

Uri Avnery, mit dem der Journalist und Palmyra-Verleger Georg Stein Anfang April ein langes Gespräch über Israel und Palästina geführt hat, das seit Juni in Buchform vorliegt, verfügt als israelischer Friedensaktivist seit fast einem halben Jahrhundert nicht allein über sehr genaue Kenntnisse der geschichtlichen Entwicklung des Konfliktes und seines aktuellen Stands. Er hat, obwohl im Konflikt engagiert wie wenige andere Israelis, gleichzeitig die seltene Fähigkeit, auch das eigene Handeln kritisch zu reflektieren: "Ich verstehe die Palästinenser ziemlich gut, weil ich mich darauf eingelassen habe, meine eigene Erfahrung als ehemaliger Freiheitskämpfer oder Terrorist mit dem zu vergleichen, was die Palästinenser tun."

Im zweiten Teil des Buches (den der Rezensent zuerst zu lesen empfiehlt) erzählt Avnery seine Lebensgeschichte, aus der manches erst verständlich wird, was er im ersten Teil des Buches zu den Hintergründen und Folgen des Oslo-Abkommens ausführt.

Uri Avnery, damals noch Helmut Klostermann, wurde 1923 in einer deutsch-jüdischen Familie im westfälischen Beckum geboren, ging in Hannover zur Schule. Der Vater, von Jugend auf Zionist, entschloß sich - eine große Ausnahme unter den deutschen Juden - schon im November 1933, Nazi-Deutschland mit der Familie zu verlassen und nach Palästina zu emigrieren. Das kleine Vermögen war dort bald aufgebraucht. Uri Avnery verließ mit dreizehn Jahren die Schule, um zum Familieneinkommen beizutragen. Er arbeitete bei einem Rechtsanwalt in Tel Aviv, wurde mit knapp 15 Jahren Freiheitskämpfer (oder - je nach Sichtweise - Terrorist) in der Irgun, trennte sich aber nach ein paar Jahren von dieser Gruppe, da er mit deren Antisozialismus, ihrer Verachtung für Kibbuzim und Arbeiterbewegung nicht einverstanden war.

1946 gründete Avnery die Gruppe "Junges Palästina", in dem der Gedanke propagiert wurde, daß die Juden in Palästina ein neues Volk seien, eine "hebräische Nation, um sie vom jüdischen Volk zu unterscheiden. [...] Diese neue hebräische Nation sollte zum Nahen Osten gehören und sich mit den Arabern zusammen zu einer neuen Welt in diesem Raum verbünden, gegen die Imperialisten, Engländer und Franzosen, die damals den Nahen Osten beherrschten; wir fühlten uns den Arabern verwandt." Mit dem Beginn des ersten jüdisch-arabischen Krieges 1947/48 hatte dieses Konzept keine Chancen mehr. (3) Da eine Niederlage die physische Vernichtung der Juden in Palästina bedeuten würde, entschied sich das "Junge Palästina" zur Teilnahme am Krieg. Das unmittelbare Erleben auf dem Schlachtfeld und "gewisse Grundtendenzen" des jungen Staates brachten Avnery zu der Überzeugung, daß Frieden unmöglich sei, solange nicht erkannt werde, daß auf dem Boden des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina zwei Völker leben, die beide ihren eigenen Staat brauchen. Für dieses Ziel lebt, arbeitet und kämpft Avnery - häufig unter hohem persönlichen Risiko auch für Leib und Leben - seit fünfzig Jahren. Was im einzelnen in der hier angezeigten Publikation nachzulesen ist.

Oslo und die Folgen

Der erste Teil des Buchs enthält eine Analyse des Oslo-Abkommens und der folgenden Geschehnisse bis zum Frühling dieses Jahres. Mit informativen Rückblicken auf die vorgängigen Entwicklungen (der Weg der PLO zum Zwei-Staaten-Modell, die Rolle der Intifada und deren Auswirkung auf die israelische Gesellschaft, u.ä.), mit Porträts von Rabin und Arafat, die aus genauer Kenntnis dieser Personen verfaßt sind, mit einer Darstellung der unterschiedlichen Gruppen der Palästinenser in Palästina und der Diaspora und den daraus resultierenden "Regierungsproblemen" Arafats, wird auch den LeserInnen, die den Konflikt und den Friedensprozeß bisher nur am Rande zur Kenntnis genommen haben, ein Licht aufgesteckt. Und selbstverständlich bezieht Avnery "seine Argumente auf die heutige Realität am Ort".

Merklich frustriert ist Avnery, daß Rabin und Peres (zusammen mit Arafat) mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. Ist Avnery auch sonst kokette Eitelkeit nicht ganz fremd, ist seine Enttäuschung hier sehr berechtigt: Vor Rabin und Peres hätte dieser Preis einer Anzahl anderer Israelis zugestanden, darunter gewiß nicht zuletzt Uri Avnery. (Ihm wurde jetzt im Juni in Osnabrück der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis verliehen.)

Bedauerlich ist, daß Avnery, wie schon in seinem Buch Mein Freund, der Feind, die Friedensbemühungen von linken, von nicht-zionistischen Gruppierungen und von Organisationen, an denen er nicht beteiligt war, kaum erwähnt, obwohl z.B. die Verbindungen der israelischen KP zur PLO seinen eigenen um mehrere Jahre vorangingen. (4)

Rudolf Augstein, der im Alter von neun Jahren mit Uri Avnery in Hannover eine Schulbank teilte, hat ein unerhebliches Vorwort geschrieben. Das sollte aber vom Kauf dieses fast einschränkungslos empfehlenswerten Buches nicht abhalten.

Klaus Mellenthin

Quellen

(1) Alexander Flores: Intifada, Aufstand der Palästinenser. Westberlin (Rotbuch) 1988, 1. Aufl., S. 12.

(2) Vgl. Arnold Hottinger über den "Israel- Faktor", in Verena Klemm / Karin Hörner (Hg.): Das Schwert des "Experten". Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild. Heidelberg (Palmyra) 1993, S. 193 ff.

(3) Vgl. ausf. zum Konzept der "semitischen Region", der "Pax Semitica" Uri Avnery: Israel ohne Zionisten. Gütersloh (Bertelsmann) 1968, S. 211-221.

(4) Uri Avnery: Mein Freund, der Feind. Bonn (Dietz) 1988. - Rezension in ak 295 (30.5.88). In dieser Ausgabe ist auch ein ak-Gespräch mit Avnery über Intifada und israelische Friedenskräfte enthalten.

Uri Avnery: Zwei Völker - zwei Staaten. Gespräch über Israel und Palästina. Heidelberg (Palmyra) 1995. 193 S., 19 Fotos, 29,80 DM.

Uri Avnery stellt das Buch vor zwischen dem 15. und 23.10. in Frankfurt, Mainz, Schorndorf, Heidelberg, Bonn, Bad Münstereifel, Dorsten, Dortmund, Marl, Ahlen. Veranstaltungsorte und -zeiten sind zu erfragen beim Palmyra-Verlag, Tel. 06221-165409.

27. "Germany is our problem". Die Morgenthau-Legende - Buchvorstellung

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:03

Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen ist der Name Henry Morgenthau untrennbar mit einem politischen Programm verbunden, das nie verwirklicht wurde: dem "Morgenthau-Plan", einer im August 1944 zusammengestellten Denkschrift, deren Kurzfassung den bemerkenswert deutlichen Titel trug: "Programm, um Deutschland davon abzuhalten, einen Dritten Weltkrieg zu beginnen". Das geheime Papier, das Morgenthau, seit 1933 Finanzminister unter Franklin Delano Roosevelt, am 9. September 1944 seinem Präsidenten übergab, wurde - wahrscheinlich von Mitarbeitern des Kriegsministeriums - gezielt der Presse zugespielt und verursachte ungeheuren Wirbel. Die Washington Post sprach von einem "Urteil, das für etliche Millionen Deutsche den Tod oder Hungersnot bedeuten würde". Im Nazi-Reich nahmen Goebbels und die von ihm gelenkte Presse den Ball dankbar auf: Der "Jude Morgenthau" wolle Deutschland in einen "riesigen Kartoffelacker" verwandeln; "der Jude Morgenthau singt die gleiche Melodie wie die Juden im Kreml"; zusammen würden sie den "größten Massenmord aller Zeiten" vorbereiten, bei dem angeblich 40 Millionen Deutsche umkommen sollten.

Auch Jahrzehnte nach Kriegsende existiert die "Morgenthau-Legende" fort, am Leben gehalten von rechten Historikern und Publizisten und reproduziert von den gängigen Nachschlagewerken. So heißt es beispielsweise in dem 1966 erschienenen 20bändigen dtv-Lexikon ebenso kurz wie falsch: "Der ... (M.-Plan) wurde von Roosevelt und Churchill auf der 2. Konferenz von Quebec paraphiert. Der Plan empfahl u.a. die Zerstörung aller dt. Industrien und des dt. Bergbaus ..." In der DDR galten Morgenthaus Vorschläge als "imperialistische Machtpolitik in Reinkultur", die auf die "Vernichtung Deutschlands als Nation" abgezielt hätten.

Bernd Greiner, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat mit seinem kürzlich erschienenen Buch "Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans" eine grundlegende Neubewertung Henry Morgenthaus vorgenommen. Über dessen Motive schreibt er im Vorwort: "Wir haben in Henry Morgenthau jr. einen Politiker vor uns, der von den Katastrophen des 20. Jahrhunderts umgetrieben wurde. Aggressoren wollte er durch die Stillegung ihrer Rüstungsindustrien zähmen, eine neue Weltorgansisation sollte - im Unterschied zum Völkerbund - mit allen Befugnissen ausgestattet werden, um kriegsträchtige Konflikte einzudämmen oder Kriege rasch zu beenden." (S.9)

Auf den mehr als 400 Seiten des Buches wird dieses Urteil durch eine Vielzahl von Fakten belegt. Mitarbeiter des Finanzministeriums werden ebenso zitiert wie Widersacher innerhalb der Regierungsapparate, die Morgenthaus Politik auf unterschiedlichste Weise hintertrieben, und politische Gegner, die mehr oder weniger offen antisemitische Ressentiments gegen den entschiedenen Nazi-Gegner mobilisierten.

Greiners Arbeit ist nach seinen eigenen Worten eine "verborgene Geschichte des Zweiten Weltkriegs", rekonstruiert aus Morgenthaus Handakten und seinen mehr als 900 Bände umfassenden Tagebüchern. "Morgenthau wußte 1941 über die Verquickung von Industrie und Nazi-Staat Bescheid, er erfuhr bereits im November 1942, daß SS, Einsatzgruppen und Wehrmacht mit der Vernichtung der europäischen Juden begonnen hatten, und er setzte vielfältigen Widerständen zum Trotz ein Hilfsprogramm für jüdische Einwanderer durch. Je länger er sich diesen Fragen widmete, desto deutlicher wurde ihm, wie stark die Lobby der amerikanischen Freunde Deutschlands war, die nur darauf warteten, am Ende des Krieges ein ‚business as usual` einfädeln zu können. Mit seiner Denkschrift vom September 1944 wollte er die politische Notbremse ziehen." (S.10)

Morgenthau sah sich "nicht in der Rolle des Vermittlers, sondern des Provokateurs, der den Eklat heraufbeschwört, um eine politische Bresche zu schlagen." (S.175). In seinem "briefing book" schlug er vor, das Ruhrgebiet, die deutsche Rüstungsschmiede, "für die überschaubare Zukunft" (nach Greiners Ansicht für 50 Jahre) zu entindustrialisieren; die Kohlegruben sollten geschlossen werden; die "Errichtung oder Expansion von Schlüsselindustrien, die die Grundlage für das deutsche Militärpotential bilden", sollte durch internationale Kontrolle verhindert, das Saarland an Frankreich abgetreten werden.

Roosevelt war mit Morgenthaus Vorschlägen zunächst einverstanden: Es sei ein "Irrtum, daß Europa ein starkes industrielles Deutschland braucht", betonte der Präsident; er würde Deutschland lieber "wieder zu einem Agrarland machen." (S. 182)

Auf dem US-amerikanisch-britischen Gipfeltreffen von Quebec wurde am 15.9.1944 eine erheblich moderatere Erklärung beschlossen. Danach sollte Deutschland nach Kriegsende zwar ein Land mit "vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter" sein; von Entindustraliserung aber war nicht die Rede. Konkrete Festlegungen über die Kontrolle industrieller Produktion im Nachkriegsdeutschland wurden nicht beschlossen; die Kohlegruben sollten in Betrieb bleiben. Morgenthau war dennoch zufrieden - immerhin hatte auch Churchill der "Entwaffnung der deutschen Industrie" zugestimmt.

Daß die Erklärung von Quebec vor allem propagandistischen Wert hatte, zeigte sich wenig später. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf wurde Henry Morgenthau von der republikanischen Opposition zur Haßfigur gemacht. Aber auch Kriegsminister Stimson und sein Staatssekretär McCloy machten Stimmung gegen die in Quebec beschlossene Politik, deren Verwirklichung nach McCloys Worten ein "Verbrechen gegen die Zivilisation" darstellen würde. Im "erbittertsten Wahlkampf der amerikanischen Geschichte" (der stellvertretende Justizminister Littell) rückte Roosevelt eilends von seinen bisherigen deutschlandpolitischen Überzeugungen ab. Am 12. April 1945, ein halbes Jahr nach seiner Wiederwahl, starb er.

Sein Nachfolger Harry S. Truman drängte Morgenthau aus dem Amt. Am 6. Juli, kurz vor Beginn der Potsdamer Konferenz, erklärte Morgenthau seinen Rücktritt. Noch im selben Jahr erschien sein politisches Vermächtnis: ein Buch mit dem Titel "Germany Is Our Problem" - Deutschland ist unser Problem.

In der Truman-Administration wurde das anders gesehen: Der neue Hauptfeind war die Sowjetunion. Am Rande der Konferenz von Potsdam riet Kriegsminister Stimson seinem Präsidenten dringend, die deutsche Wirtschaftselite ungeschoren zu lassen: "Die Politik der Russen zwingt uns unweigerlich, in enger Abstimmung mit den Briten die Wirtschaft in Westdeutschland in Schuß zu halten." Eine konsequente Entnazifizierung schien nicht opportun. Diejenigen Teile der US-Verwaltung in Deutschland, die sich für eine Bestrafung auch der Schreibtischtäter in den Chefetagen der Konzerne einsetzten, standen auf verlorenem Posten. Nur wenige den Nazis ergebene Industrielle wurden verurteilt und dann nach kurzer Zeit amnestiert.

Im zweiten Teil seines Buches zeichnet Greiner zum einen die gescheiterte Entnazifizierung nach. Daneben beschreibt er die ergebnislos verlaufenen - teils von oben abgewürgten, teils von den Deutschen sabotierten - Bemühungen um eine Entflechtung der westdeutschen Wirtschaft. Das letzte Kapitel behandelt die Hexenjagd, der die "Morgenthau-Boys" Ende der vierziger Jahre ausgesetzt waren. In den USA verbreitete der von Senator Joseph McCarthy geleitete Parlamentsausschuß für "unamerikanische Aktivitäten" Angst und Schrecken unter Liberalen, Antifaschisten und Linken. Auch "Rooseveltianer" waren verdächtig. Der Antisemitismus hatte Hochkonjunktur. Die besondere Aufmerksamkeit McCarthys galt der angeblichen "Siegerjustiz" der USA gegenüber Nazi-Deutschland: Die deutschen Verbrechen sollten in Vergessenheit geraten. Im Mai 1949 wurde die BRD gegründet - der bevorzugte Partner der US-Politik in Europa, deren Fundament fast ein halbes Jahrhundert lang in der Androhung des atomaren Erstschlags bestand.

Eine endgültige Bewertung der von Henry Morgenthau vorgeschlagenen Deutschlandpolitik gibt Bernd Greiner nicht: "Auch 50 Jahre und 50.000 Sprengköpfe später wissen wir nicht, ob Henry Morgenthaus Politik zu einem besseren Ende geführt hätte. Sie hatte ja nie eine Chance." (S. 408) Abschließend zitiert er den linksliberalen Journalisten Max Lerner, der im Wahlkampfherbst 1944 ein späteres positives Urteil der Geschichtsschreibung erhofft hatte: "Wenn die Historiker einmal die Geschichte aufschreiben, wie tragisch ungeschickt sich das englische und amerikanische Volk bei der Regelung des deutschen Problems angestellt haben, werden sie vielleicht sagen, daß der Morgenthau-Plan der Anfang einer realistischen Diskussion war." (S.408)

Js.

Bernd Greiner: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans; Hamburg (Hamburger Edition) 1995, 441 Seiten, DM 48,-

28. Ganz normale MigrantInnen. Balsero-Krise: Kuba und die USA einigen sich am Verhandlungstisch

Autor: kuk · Rubrik: US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:09

Die beiden Hauptursachen für die sogenannte balsero-Krise (siehe auch aks 369, 371) lagen zum einen in dem wirtschaftlichen Niedergang, unter dem Kuba seit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers leidet, zum anderen in der Migrationspolitik der USA. Leere Geschäfte, eine nahezu wertlose heimische Währung, Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten bei der Lebensmittelbeschaffung usw. ließen nach 1989 viele KubanerInnen daran zweifeln, ob sie in ihrem eigenen Land noch eine Perspektive haben.

Ähnlich den BewohnerInnen anderer zentralamerikanischer und karibischer Staaten sahen und sehen viele KubanerInnen den Ausweg in der Migration in die USA (siehe aks 366, 367). Während für Salvadorenos oder MexikanerInnen der Grenzübertritt zwar keinesfalls risikolos, aber doch relativ unspektakulär verläuft, ist dies bei Inselstaaten anders. Boat people wie in Vietnam und Haiti oder die kubanische Variante der balseros riskieren beim illegalen Verlassen des Landes ihr Leben. Die Dramatik solcher Bilder und die Erwartung des Umsturzes eines als sozialistisch eingeschätzten Gesellschaftssystems rückten Kuba schlagartig ins Rampenlicht - und genauso schlagartig erlahmte das Interesse, als Castro nicht stürzte und als die balsero-Krise auf diplomatischem Weg gelöst wurde. Eine Zusammenfassung der Ereignisse bis zum heutigen Tag zeigt, daß sich die politisch bedeutsamen Entwicklungen am Verhandlungstisch ergaben - wenig beachtet von den Medien. Hierüber und über das Schicksal der davon am meisten Betroffenen, der balseros, soll im folgenden berichtet werden.

Illegalität zahlt sich aus

1987 erneuerten Havanna und Washington das Emigrationsabkommen von 1984, wonach jährlich 20.000 KubanerInnen - und darüber hinaus 3.000 politische Gefangene samt deren Familienangehörigen - ihren ständigen Wohnsitz in den Staaten nehmen dürfen. Doch diese Quote ist nie ausgeschöpft worden. Statt der zugesagten 140.000 Emigrationsvisa wurden zwischen 1987 und 1993 nur 20.000 ausgestellt. (1) Im Gegensatz zu der bevorzugten Behandlung illegaler Flüchtlinge (der Cuban Adjustment Act von 1966 garantiert allen kubanischen "Flüchtlingen" automatisch politisches Asyl, zahlreiche Eingliederungshilfen und nach fünf Jahren die amerikanische Staatsbürgerschaft) hält das amerikanische Einwanderungsgesetz für diejenigen, die einen legalen Antrag stellen, mehr Einschränkungen bereit als für BewohnerInnen anderer Staaten. So werden kubanischen Geschwistern amerikanischer StaatsbürgerInnen ebensowenig Visa ausgestellt wie SpezialistInnen oder Berufstätigen, denen in den USA Beschäftigung garantiert wird. (El Pais, 1.9.1994) Seitens Kuba wird im Prinzip jeder/m die Ausreise gestattet, der/die das Land verlassen will. (ND, 30.5.1994) Da die legale Ausreise nur wenigen offenstand, wählten Jahr für Jahr mehr KubanerInnen den Weg über das Meer (1992: 2.257; 1993: 3.541; 1. Halbjahr 1994: 4.500; Latin American Weekly Report, 9.6.1994 und ND, 9.8.1994).

Andere entschieden sich für den kürzeren Weg zum amerikanischen Militärstützpunkt Guantanamo, der am Ostzipfel der Insel in der gleichnamigen Provinz liegt. Da die Landgrenze schwer bewacht wird und vermint ist, müssen die MigrantInnen versuchen, den Stützpunkt schwimmend zu erreichen. Zwischen 1988 und 1993 haben 650 Personen auf diese Weise politisches Asyl erhalten. Der Weg nach Guantanamo ist jedoch nicht ungefährlich. So behaupten amerikanische Stellen, daß die kubanische Küstenwache mit Schußwaffen und Handgranaten Jagd auf schwimmende MigrantInnen gemacht und dabei vier Menschen getötet habe. (FR, 10.7.1993) Von kubanischer Seite wird dies zurückgewiesen. Tatsächlich seien zwischen dem 19. und 27. Juni 1993 34 Personen bei Fluchtversuchen festgenommen, aber niemand getötet worden. Am 1.9.1994 werden drei Kubaner, die das Sperrgebiet zu Fuß überwinden wollen, bei der Detonation einer Mine verletzt. (El Pais, 2.9.1994)

Doch geschossen wird bei illegalen Migrationsversuchen von beiden Seiten. 1992 werden zwei Soldaten von MigrantInnen auf brutale Weise getötet, im Juli 1993 erschießen kubanische Polizisten drei Personen, die gerade im Begriff sind, mit einem amerikanischen Schnellboot das Fischerdorf Cojimar zu verlassen. Der US-Menschenschmuggler wird am Bein getroffen. Obwohl amerikanische wie kubanische Gesetze dies verbieten, hat die Aussicht, mit einem Transport bis zu $ 10.000 zu verdienen, zu einem regen

Menschenschmuggel per Schnellboot geführt. Von Januar bis Juli 1993 werden allein 16 dieser Boote aufgebracht. (FR, 10.7.1993)

Die Migrationskrise eskaliert

Ende Mai 1994 spitzt sich die Lage in Havanna zu. 124 KubanerInnen begeben sich am 28.5. in die belgische Botschaft und beantragen politisches Asyl. (2) Am 13.6. durchbrechen 18 Frauen und drei Männer mit einem aus Staatsbesitz geklauten LKW das Zugangstor der deutschen Botschaft und bitten um Asyl. (ND, 15.6.1994) Am 15.6. beantragen neun Personen im chilenischen Konsulat in Havanna politisches Asyl. Castro lehnt es ab, den Botschaftsflüchtlingen die direkte Ausreise zu gestatten. Bei freiwilligem Verlassen wird jedoch Straffreiheit in Aussicht gestellt. Davon ausgenommen sind die 21 aus der deutschen Botschaft. Nach und nach geben die meisten BesetzerInnen auf. Das chilenische Konsulat gibt am 24.6. Entwarnung, die belgische Botschaft am 30.6. Etwas anders stellt sich die Situation bei den von Strafverfolgung bedrohten BesetzerInnen der deutschen Vertretung dar. Am 11.9.1994 werden immer noch sieben "unfreiwillige Gäste" beherbergt. (3)

Ende Juli, Anfang August kommt es zu mehreren gewaltsamen Schiffsentführungen (siehe Kasten). Am 5.8.1994 werden das Hafengebiet und Teile der Altstadt von Havanna durch Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen erschüttert. Was war geschehen? Eine Version besagt, daß die Jugendlichen durch Gerüchte in das Hafengebiet gelockt worden seien, wonach Pendlerfähren Kurs auf die USA genommen hätten. Als die Polizei versucht habe, die Jugendlichen zu zerstreuen, seien Steine geflogen. (ND, 8.8.1994) (4) Es bilden sich spontane Demonstrationen, auf denen der Ruf nach "Freiheit" zu hören war. Angriffe auf Touristenhotels und Plünderungen der Devisenshops werden beobachtet, bis nach etwa zwei Stunden Polizei und Arbeitermilizen die Lage wieder unter Kontrolle bekommen. Nach offiziellen Angaben hat es dabei 35 Verletzte, darunter zehn Polizisten, und 275 Verhaftete gegeben. (ZEIT, 12.8.1994) Die offizielle kubanische Version, veröffentlicht in der Zeitung Juventud Rebelde am 7.8., weicht davon leicht ab: Freitag morgen hätten sich 300 bis 400 Menschen im Hafengebiet versammelt, die von Polizeikräften auseinandergetrieben worden seien. Anschließend seien 21 Menschen bei dem Versuch, einen Schlepper zu kapern, festgenommen worden. Daraufhin hätten sich bis Mittag erneut etwa 700 Menschen im Hafen versammelt, aus deren Mitte dann die Unruhen ausgebrochen seien. Die FR (8.8.94) schreibt von Tausenden von Regimegegnern, die sich Straßenschlachten mit der Polizei und militanten Castro-Anhängern geliefert hätten. Sie gibt Meldungen der mexikanischen Nachrichtenagentur Notimex wieder, wonach Schüsse auf die Menge abgegeben und mehrere Menschen schwer verletzt worden seien.

Fidel Castro beschuldigt am folgenden Tag die USA, die Atmosphäre auf Kuba anzuheizen. Sie würden illegal ins Land kommende MigrantInnen als Helden empfangen und ihnen sofort Asyl gewähren, die legale Einreise in die USA hingegen behindern. Wenn die USA nicht damit aufhörten, zur illegalen Einreise zu ermuntern, werde Kuba die illegale Ausreise nicht weiter zu verhindern versuchen. Die Ankündigung, die Grenzen einfach zu öffnen, muß angesichts der Insellage Kubas als unverantwortlich bezeichnet werden. Zwar erweist sie sich als ein geeignetes Mittel, den innenpolitischen Druck zu senken und die USA an den Verhandlungstisch zu zwingen (dies wäre auf andere Weise wohl nur um den Preis der Kapitulation möglich gewesen), doch dabei wird der Tod vieler KubanerInnen in Kauf genommen, die sich - wie in einer Massenpsychose - in den folgenden Tagen aufs Meer wagen.

Wegen der Bedeutung dieser Frage soll auf die Begründung und den Inhalt jener Anordnung eingegangen werden, mit der Castro seine Drohung wahr macht und am 12.8.1994 die kubanischen Grenztruppen anweist, bezüglich der illegalen MigrantInnen größtmögliche Flexibilität an den Tag zu legen. Castro begründet die Anordnung am 25.8. im kubanischen Fernsehen damit, daß durch die doppelzüngige Migrationspolitik der USA und durch die gehäuften gewalttätigen Zwischenfälle bei illegalen Grenzüberschreitungen eine unerträgliche Situation für Kuba entstanden sei: "Wir werden nicht länger die schärfsten Verteidiger der nordamerikanischen Küste sein, während die USA fortfahren, die Verletzung ihrer eigenen Migrationsgesetze zu ermutigen." (El Pais, 26.8.1994) Da die Vereinigten Staaten am 12.8. erklärt hätten, ihre Politik gegenüber den illegalen MigrantInnen nicht zu ändern, habe Kuba am selben Tag Anweisung erteilt, diese nicht länger an ihrem Vorhaben zu hindern. Konkret heißt es:

- Die Ordnungskräfte sollen diejenigen, die sich in gefährlichen und nicht seetüchtigen Fahrzeugen auf das Meer begeben wollen, noch an Land durch Überzeugung von ihrem Vorhaben abbringen.

- Gegen diejenigen, die das Land auf geeignetem Wege zu verlassen versuchen, dürfen keine Schußwaffen eingesetzt werden. Dies gilt auch für gestohlene Schiffe, sofern sie sich bereits auf hoher See befinden.

- Gegen Menschenschmuggler wird nicht mehr eingeschritten.

- In Seenot geratenen balseros sei jede Hilfe zu gewähren.

In der besagten Fernsehansprache erklärt Castro, daß die kubanische Küstenwache bereits 1.500 Personen gerettet habe. Am 28.8., auf dem Höhepunkt der balsero-Krise, ordnet er an, daß Polizei und Küstenwache Boote und Flöße mit Minderjährigen an Bord am Ablegen hindern sollen. (FR, 29.8.)

Migrationsdruck löst

Verhandlungsbereitschaft aus

Die US-Regierung ist von Anfang an entschlossen, eine massenhafte Einreise in ihr Land zu verhindern. Nachdem Castro seine Landsleute zur Flucht über das Meer quasi ermutigt hat, liegt das Gesetz des Handelns in Washington. Als Haupthindernis erweist sich der Cuban Adjustment Act, der folgerichtig am 18.8. durch die Erklärung von US-Justizministerin Janet Reno außer Kraft gesetzt wird, wonach ab sofort alle balseros in Sammellagern festgesetzt werden. (taz, 20.8.1994) Damit endet nach 28 Jahren die Sonderstellung illegaler kubanischer MigrantInnen. Zwei Tage später kündigt US-Präsident Clinton weitere Sanktionen an, angeblich, um Castro zur Beendigung der Massenflucht zu zwingen. Devisenüberweisungen von ExilkubanerInnen nach Kuba werden untersagt, (5) der Flugverkehr nach Kuba drastisch reduziert, die anticastristischen, von Miami sendenden Rundfunkanstalten Radio Martì und TV Martí erweitern ihre Sendezeit und vergrößern ihre Reichweite. Außerdem will Clinton eine Verurteilung Kubas durch die UN-Vollversammlung erwirken.

Tatsächlich sollen diese Maßnahmen den Gesichtsverlust Clintons bemänteln, der seine ursprüngliche Ankündigung, die USA ließen sich ihre Migrationspolitik nicht von Kuba vorschreiben, nicht einhalten kann. Der Präsident spielt den starken Mann, der sich nichts gefallen läßt und leitet gleichzeitig eine völlige Kehrtwendung gegenüber den illegalen kubanischen MigrantInnen ein. Der amerikanische Küstenschutz startet die operation rescue, in deren Verlauf 60 Wasserfahrzeuge und ein knappes Dutzend Flugzeuge und Hubschrauber eingesetzt werden, um die balseros aufzusammeln. Ihnen wird unmißverständlich klargemacht, daß ihr Weg keinesfalls in den USA, sondern in Guantanamo enden werde. Angesichts der beschränkten Kapazität des Militärstützpunktes nehmen die USA Gespräche mit 12 Regierungen der Region auf, um Sammellager auch in dritten Ländern errichten zu können. Am 21.8. erklärt der Stabschef des US-Präsidialamtes, Leon Panetta, man erwäge sogar eine Seeblockade, um die ausreisewilligen KubanerInnen auf der Insel festzuhalten. Die Aufregung um diese Äußerung legt sich in Washington erst, als das Weiße Haus, das Verteidigungs- und das Staatsministerium zwei Tage später in einer gemeinsamen Erklärung feststellen, die Seeblockade sei zwar eine Option, sie habe aber keinen Eingang in die eigenen Pläne gefunden. (El Pais 24.8.1994)

Unterschiedliche

Verhandlungsziele

Bereits am 11.8. fordert Fidel Castro Bill Clinton zu "sofortigen, ernsthaften Verhandlungen" auf, um die durch die illegalen Ausreisen entstandene Krise zwischen beiden Ländern zu beenden und alle das Verhältnis belastende Fragen zu klären. Castro hofft, das amerikanische Wirtschaftsembargo zum Verhandlungsthema machen zu können, um zumindest Aufweichungen zu erreichen. Dies lehnt Clinton am 18.8. ab, erteilt aber seine Zustimmung zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über Emigrationsfragen. Zwischen 1984 und Dezember 1993 trafen sich zweimal jährlich Beamte der unteren Ebene beider Länder, um über Wanderungsfragen zu beraten. Bis Ende August beharren beide Seite auf ihrem Standpunkt. Als Bill Clinton am 26.8. andeutet, die US-Einwanderungspolitik gegenüber KubanerInnen zu überprüfen, gibt Havanna einen Tag später bekannt, daß man die Gespräche über Emigrationsfragen wieder aufzunehmen bereit sei, auch wenn man sich davon keine Lösung der Fluchtursachen verspreche.

Am 1.9. beginnen in der UN-Vertretung der USA in New York die amerikanisch-kubanischen Gespräche über Emigrationsfragen. Verhandlungsleiter der USA ist Michael Skol, stellvertretender Direktor für Lateinamerikanische Angelegenheiten. Für Kuba sitzt der frühere Außenminister Ricardo Alarcón, heute

Präsident der Nationalversammlung, am Verhandlungstisch. Die amerikanische Regierung bietet an, die Zahl der Visa auf bis zu 27.000 jährlich zu erhöhen, bürokratische Hindernisse zu beseitigen und die Voraussetzungen für eine Visaerteilung (familiäre Bindungen, politische Beweggründe) zu erleichtern. (El Pais. 2.9.1994) Kuba fordert zu Beginn der Verhandlungen, die Zahl der jährlichen Visa auf 100.000 zu erhöhen. (6)

Am 9.9. liegt das Verhandlungsergebnis vor. Die USA verpflichten sich, pro Jahr mindestens 20.000 Visa für eine Niederlassung in den Staaten auszustellen. Hinzu kommen Visa, die gemäß Gesetzgebung an direkte Verwandte amerikanischer StaatsbürgerInnen kubanischer Herkunft ausgestellt werden müssen. Zusätzlich - und als einmaliger Akt - erhalten die 6.000 KubanerInnen, die den Emigrationsanforderungen entsprechen und auf einer Warteliste stehen, ein Visum. Kuba verpflichtet sich, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um unsichere Migrationswege zu verschließen, wobei in erster Linie mit Überzeugung gearbeitet werden soll. In der Vereinbarung wird das gemeinsame Interesse beider Regierungen betont, riskante Migrationswege, bei denen Menschenleben in Gefahr geraten, zu verschließen. Menschen, die auf dem Meer aufgegriffen werden, sollen in Flüchtlingsunterkünften außerhalb der Vereinigten Staaten untergebracht werden. Die provisorische Aufnahme nach dem Gesetz von 1967 wird für alle KubanerInnen, die illegal in die USA gelangen, abgeschafft. Beide Regierungen wollen gemeinsam gegen illegalen Menschentransport in die USA vorgehen. Sie werden geeignete Maßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die Flugzeuge und Schiffe mit Gewalt auf einen Kurs Richtung Florida zwingen. Balseros, die freiwillig von Guantanamo oder Panama nach Kuba zurückkehren wollen, soll dies über diplomatische Kanäle ermöglicht werden. Über das Schicksal der nicht Rückkehrwilligen steht nichts in dem Abkommen. Unmittelbar nach Unterzeichnung fordern die kubanischen Behörden ihre "Bürger, die mit eigenen Mitteln und ohne Formalitäten ins Ausland reisen wollen", dazu auf, dies zu unterlassen. Innerhalb einer Frist von 72 Stunden müssen alle schwimmfähigen Fahrzeuge von den Stränden entfernt werden. Nach Ablauf dieser Frist wird der Aufbruch von der Küste notfalls auch mit Gewalt unterbunden, die dazu vorgesehenen Fahrzeuge werden konfisziert. (ALAI, 29.9.1994) Die von Bill Clinton am 20.8. verhängten Sanktionen bleiben in Kraft. Es wird vereinbart, sich nach 45 Tagen erneut zu treffen, um über die Umsetzung der Vereinbarung zu beraten.

Noch am selben Tag verkündet die kubanische Regierung, daß sie ab dem 13.9., 12 Uhr mittags, gegen jeglichen Versuch, die Insel illegal zu verlassen, vorgehen wird. Der Transport von Booten, Flößen und Baumaterialien zu den Stränden ist ab dem 11.9. verboten. Ordnungskräfte, die bei der Durchführung dieser Maßnahmen angegriffen werden, dürfen ihre Schußwaffen einsetzen. (El Pais, 11.9.1994) Die Kubaner erfüllen ihren Teil der Verpflichtung vorbildlich. Die Polizeipräsenz an den Stränden wird deutlich erhöht, die Flöße verschwinden von den Ufern. Die Zahl der von der US-Küstenwache aufgefischten balseros sinkt gegen Null. Sie meldet nach Abschluß der operation rescue eine Gesamtzahl von über 31.000 aufgenommenen KubanerInnen. (El Pais, 15.9.1994) Während an der Küste relative Ruhe einkehrt, herrscht vor der US-Vertretung in Havanna Gedränge. Bereits drei Tage nach Abschluß des Abkommens haben etwa 10.000 KubanerInnen ihren Namen auf eine provisorische Liste gesetzt, die von Ausreisewilligen aufgesetzt wurde. (El Pais, 13.9.1994)

Uneinigkeit besteht nach wie vor in der Embargofrage. Während Kuba über ein Ende der Wirtschaftsblockade verhandeln möchte, lehnen die USA dies solange ab, wie kein deutlicher Wandel auf Kuba sichtbar werde. Wenn ein Reformprozeß in Gang käme, seien die USA bereit, mit Kuba in gleicher Weise über Demokratisierung zu reden, wie über Emigration. Die amerikanische UN-Botschafterin Madeleine Albright weist in diesem Zusammenhang auf den Cuban Democratization Act hin, der von Castro die Durchführung von Wahlen und die Zulassung der im Lande arbeitenden Oppositionsgruppen fordert. (El Pais, 12.9.1994) Es wird jedoch bekannt, daß weitere Gespräche über "technische Fragen" (direkte Telefonverbindungen, gegenseitige Zulassung von Korrespondentenbüros amerikanischer bzw. kubanischer Tageszeitungen) vereinbart wurden. (El Pais, 10.9.1994) Manche politischen Beobachter erwarteten eine Reihe nachfolgender Gespräche, mit denen die Auswirkungen der Blockade nach und nach gemildert werden, ohne heftige Protestreaktionen der ExilkubanerInnen auszulösen.

Anpassung der

Migrationsbestimmungen

Am 23.8. gibt das kubanische Außenministerium das Inkrafttreten neuer Migrationsbestimmungen bekannt, mit denen eine Reihe von Erleichterungen des Reiseverkehrs verbunden sind. So wird das Mindestalter für

Personen, die einen Antrag auf zeitweiligen Auslandsaufenthalt stellen können, von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt. (8) Die Zeitdauer für einen zeitweiligen Auslandsaufenthalt aus persönlichen Gründen wird von sechs auf elf Monate heraufgesetzt. Falls die Rückkehr nicht innerhalb dieser Frist erfolgt, wird davon ausgegangen, daß die betreffende Person dauerhaft im Ausland bleibt. Die dritte Verbesserung betrifft KubanerInnen, die das Land auf legalem Wege (mit kubanischem Paß und Einreisevisum für die USA) dauerhaft verlassen haben. Sie können unter Beachtung der normalen konsularischen Vorschriften jederzeit die Insel besuchen. Bisher galt für diese Personen ein fünfjähriges Einreiseverbot. Personen, die über ein zeitlich begrenztes Aufenthaltsrecht im Ausland verfügen, können nach Kuba einreisen, ohne eine entsprechende Erlaubnis beantragen zu müssen oder vorher mit den kubanischen Migrationsbehörden Kontakt aufgenommen zu haben. Ausgeschlossen von dieser Maßnahme sind die balseros, Funktionäre und Geschäftsleute, die sich auf Auslandsreisen abgesetzt haben, sowie Personen, die in einem anderen Land politisches Asyl gewährt bekommen haben.

Die vierte und letzte Maßnahme betrifft ältere AuslandskubanerInnen, die sich wieder definitiv in Kuba niederlassen wollen. Dies wird in Zukunft unter bestimmten Bedingungen möglich sein, sofern die Betroffenen im Ausland nicht gegen die Stabilität und Sicherheit des Landes gearbeitet haben und sofern sie einen zukünftigen Wohnsitz sowie ein geregeltes Einkommen nachweisen können. (El Pais 24.8.1994)

Guantanamo

Am 22.8. treffen die ersten 2.000 balseros in Guantanamo ein. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich dort bereits 15.000 haitianische boat people. Das für die Kubaner vorgesehene Lager liegt drei Kilometer von dem der Haitianer entfernt und ist für 10.000 Menschen angelegt. Doch diese Planung erweist sich schnell als überholt. Am 28.8. sind bereits 11.000, am 8.9. schon 23.000 balseros dort interniert. (El Pais, 8.9.1994) Die Enge des Lagers und die Frustration, nicht in die USA gelassen zu werden, führen laut kubanischen Quellen schon in der dritten Augustwoche zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und Bewachern. (El Pais, 21.8.1994) Die Unterzeichnung des Emigrationsabkommens führt zu weiteren Protesten, in deren Verlauf Verletzte durch Bajonettstiche zu beklagen sind. (El Pais, 12.9.1994) 2.000 Marineinfanteristen und Fallschirmjäger werden zusätzlich nach Guantanamo abkommandiert, um der wachsenden Unruhe Herr zu werden. (ND, 20.1.1995) Neben der Frustration leiden viele Flüchtlinge, vor allem Kinder, an Bronchitis, Lungenentzündung und Durchfallerkrankungen. (ND, 14.11.94)

Von der Möglichkeit, nach Kuba zurückzukehren, machen nur wenige Gebrauch. Am 7.10. wird die erste Gruppe Rückkehrwilliger (17 Personen) mit einem US-Flugzeug nach Havanna geflogen. Die kubanischen Behörden sind bereit, diejenigen wieder aufzunehmen, die Kuba nach dem 19.8. verlassen haben (an diesem Tag erklärte Clinton, illegal Einreisende nicht mehr ins Land zu lassen), sofern deren Rückkehrwunsch auf Freiwilligkeit beruht und wenn vorher mittels einer Namensliste eine Identifizierung erfolgt ist. Das Innenministerium weist darauf hin, daß Kuba unter den gegenwärtigen Umständen zu einer massenhaften Wiedereingliederung nicht in der Lage sei. (El Pais, 9.10.1994) Am 24.10. sind erst 42 Menschen von Guantanamo aus repatriiert worden, etwa 1.000 haben ihren Rückkehrwunsch geäußert. Von 275 Personen liegen den kubanischen Behörden die erforderlichen Dokumente vor. (ND, 24.11.1994) Von Repressalien gegenüber den Zurückkehrenden wird vorerst nichts bekannt. Allerdings werden sie zunächst in keine der gesellschaftlichen Organisationen aufgenommen. (ND, 14.11.1994)

Da der Weg in die USA versperrt ist und da an eine schnelle Rückkehr nach Kuba nicht zu denken ist, versuchen immer wieder Menschen, das Lager ohne Erlaubnis zu verlassen. Zwischen dem 1.9. und dem 7.10. gelingt dies 107 Personen, schwimmend oder auf dem Weg durch die Minenfelder. Bei Explosionen verlieren zwei Personen ihr Leben, einer dritten muß das Bein amputiert werden. (El Pais, 9.10.1994) Am 6.11. überwinden etwa 100 KubanerInnen den doppelten Stacheldrahtverhau ihres Lagers und stürzen sich ins Meer, um schwimmend den Militärstützpunkt zu verlassen. 39 erreichen kubanisches Hoheitsgebiet. (Lateinamerika Nachrichten 246) (7) ND meldet am 24.11., daß weitere 31 Menschen schwimmend den US-Stützpunkt verlassen haben. (El Pais, 24.10.1994) Im März 1995 sind etwa 2.000 KubanerInnen aus Guantanamo geflohen oder in kleinen Gruppen - 20 bis 30 pro Tag - regulär überführt worden. Nach amtlichen Angaben haben 60 Menschen ihr Leben in den Minenfeldern gelassen. (junge welt, ?? 1995)

Panama Kanalzone

Die Regierung Panamas erklärt Ende August ihre Bereitschaft, maximal 10.000 MigrantInnen für die Dauer von sechs Monaten aufzunehmen. Am 7.9. errichtet die US-Regierung eine Luftbrücke (Operation Sichere Zuflucht), um balseros von Guantanamo nach Panama zu fliegen. Dort ist in aller Eile ein Zeltlager für 10.000 Menschen errichtet worden. Auch hier werden Fluchtversuche (27.10.: 21 Personen; 8.12.: 1.000 Personen) unternommen. Bei dem Massenausbruch werden 196 amerikanische Soldaten verletzt. (FAZ, 10.12.1994) Zwei Kubaner ertrinken im Panamakanal. Die Flüchtlinge werden wieder eingefangen. Als die panamaische Regierung erklärt, daß die Aufenthaltsdauer der balseros keinesfalls über den 6.3.1995 hinaus ausgedehnt werden darf, starten die USA die "Operation Sichere Tagesreise": Seit dem 1.2. werden die Internierten (7.815), z.T. mit Ketten an Fußknöcheln, Handgelenken und um die Hüften, in Schüben nach Guantanamo zurückgeflogen. Von den ursprünglich 10.000 Menschen haben 700 eine Einreiseerlaubnis in die USA, 70 für Spanien, etwa 60 für Venezuela, Costa Rica und Honduras erhalten. 1.416 kehrten nach Kuba zurück. (ND, 20.1.1995)

Weitere Verhandlungen

Am 24.10. treffen sich Vertreter der amerikanischen und der kubanischen Regierung in Havanna, um über die Einhaltung des Abkommens vom September zu beraten. Die US-Delegation wird diesmal von einem höherrangigen Beamten angeführt, dem Chef des Büros für kubanische Angelegenheiten beim Außenministerium, Dennys Hays. Ricardo Alarcón beklagt im Vorfeld das langsame Tempo bei der Visaerteilung durch die US-Behörden. Ein US-Sprecher räumt ein, daß aus Mangel an geeignetem Personal seit Inkrafttreten des Abkommens nur 500 Visa ausgestellt worden seien. Mit der ab 1.11. geplanten Aufstockung des Personals in Havanna um 10 Personen könnten dann gut 500 Visa pro Woche (9) ausgestellt werden. (El Pais, 24.10.1994) Weitere Gesprächsthemen auf dem für zwei bis drei Tage anberaumten Treffen sind das bewaffnete Eindringen eines exilkubanischen Kommandos am 15.10., (10) sowie das weitere Schicksal der in Guantanamo und anderswo internierten balseros.

Über Themen und Ergebnisse des zweiten Nachfolgetreffens, das am 18.1.1995 in New York beginnt, wird nichts bekannt. Am 7.2. beklagt Christine Shelley, Sprecherin des US-Außenministeriums, daß die kubanischen Auswanderungsbehörden von Ausreisewilligen Gebühren in Höhe von bis zu $ 1.000 verlangen. $ 700 sind für medizinische Gutachten, Paß und Ausreisevisum zu zahlen, $ 250 kostet das Flugticket nach Miami. (ND, 21.7.1995)

Wie kaum anders zu erwarten, machen sich auch weiterhin Menschen auf den Weg über das Meer. Am 16.2. meldet ND, daß die US-Küstenwache erneut 60 balseros aufgegriffen habe. Die für die Clinton-Regierung wichtigste und gleichermaßen brisanteste Frage ist daher, wie Internierungen zukünftig verhindert werden können. Zur Klärung dieser Frage verständigt sie sich mit Kuba auf eine Geheimdiplomatie, von der selbst Regierungsbeamte ausgeschlossen sind, die ausdrücklich mit den Beziehungen zur Nachbarinsel befaßt sind. Während auf dem dritten Nachfolgetreffen (18.-19.4.1995) bekanntgegeben wird, daß über das Schicksal der in Guantanamo Internierten gesprochen werde, und Ricardo Alarcón im Vorfeld der Gespräche warnt, daß die von Jesse Helms ins Gespräch gebrachte weitere Verschärfung des US-Embargos (11) zu einem neuerlichen Flüchtlingsstrom führen würde, trifft sich eben jener Alarcón etwa zur selben Zeit in New York und Toronto zweimal mit Peter Tarnoff, Staatssekretär im US-Außenministerium. (taz, 18.4.95) Sie verständigen sich auf ein neuerliches Abkommen, das am 2. Mai wie eine Bombe einschlägt: Ab sofort werden alle, die Kuba illegal verlassen haben, von der US-Küstenwache an deren kubanische Kollegen übergeben und sofort auf die Insel zurückgeschafft. Im Gegenzug lassen die USA mindestens 15.000 der 21.253 in Guantanamo Internierten in Schüben von 500 pro Woche in die Staaten einreisen. Internierte, die über keine Personaldokumente verfügen, die "mentale Schäden" aufweisen, die keine Verwandten in den USA nachweisen können oder die während der Internierung straffällig wurden, werden in kleinen Gruppen nach Kuba zurückgebracht. (12)

Dieser Deal löst scharfe Reaktionen aus: Dennys Hays und seine Stellvertreterin Nancy Mason bitten um ihre Versetzung, Sprecher der Republikanischen Partei und der ExilkubanerInnen kritisieren den Regierungsbeschluß. Jesse Helms wirft Clinton Komplizenschaft mit Fidel Castro vor. Die Kubanisch-Amerikanische Stiftung, die Clinton im September noch die Treue hielt, nennt es unerträglich, daß die Regierung den "Flüchtenden" das Recht auf politisches Asyl entziehe. (jw und taz vom 4.5.1995)

13 balseros, die am 3.5. von dem amerikanischen Kreuzfahrtschiff Majesty of the Sea aufgenommen werden, sind die ersten "Opfer" der neuen Anweisung. Sie waren bereits am 18.4. an der Südküste der Insel in See

gestochen. Während ihrer 14tägigen Irrfahrt durch die Karibik wird das kubanisch-amerikanische Abkommen geschlossen. Folgerichtig werden sie am 9.5. von einem Schiff der US-Küstenwache in den Hafen von Cabañas, etwa 79 km westlich von Havanna, gebracht. Die sie in Empfang nehmenden Behörden erklären, daß die RückkehrerInnen nach Feststellung ihrer Personalien in ihre Heimatdörfer zurückgebracht würden. (ND, 11.5.1995) Am 12.5. wird eine zweite Gruppe von neun balseros, die am 10.5. von einem sinkenden Floß gerettet worden war, nach Cabañas geschafft. (El Pais, 13.5.)

Zu der fünften Runde in Havanna, die am 17.7. beginnt und zwei Tage dauert, erscheint mit Anne Peterson, Ressortleiterin für Mittelamerika, die Karibik und Kuba im Außenministerium, die ranghöchste US-Regierungsvertreterin seit 15 Jahren. Patterson gibt bekannt, daß in den vergangenen zehn Monaten 24.000 Emigrationsvisa für kubanische BürgerInnen ausgestellt worden seien (18.000 von der vereinbarten Jahresquote und 6.000 von der Warteliste). Weitere 2.000 würden in den kommenden zwei Monaten ausgestellt werden. Seit dem Ende der balsero-Krise seien nur einige Dutzend illegale Ausreisen zu verzeichnen gewesen, von denen 60 zurück nach Kuba gebracht wurden.

Im Vorfeld dieser Gesprächsrunde war aus Washington zu hören, daß man über mögliche Repressalien gegenüber den Zwangsrepatriierten reden wolle. Es seien allerdings bisher erst zwei kritische Fälle bekannt geworden: Ein Universitätsprofessor, der seine StudentInnen wegen seiner illegalen Ausreise drei Wochen allein ließ, habe seine Anstellung verloren, und ein junger Mann sei unter bisher ungeklärten Verhältnissen geschlagen und von der Polizei verhaftet worden. (El Pais, 19.7.1995) Die USA sprachen die hohen Visagebühren an (siehe oben), Kuba brachte vor, daß die von Clinton am 20.8.1994 verhängten Sanktionen immer noch in Kraft seien. Auf der Abschlußkonferenz sagte Anne Patterson, man habe über viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesprochen. Ricardo Alárcon nannte als mögliche Beispiele den Umweltschutz im Golf von Mexiko und den Drogenhandel. (ND, 21.7.1995)

Bescheidener Erfolg

Beurteilt man die Emigrationsvereinbarungen anhand der anfänglich von kubanischer Seite erhofften Ergebnisse, dann fällt die Bilanz negativ aus. Die wesentliche Fluchtursache, das US-Wirtschaftsembargo, ist um keinen Millimeter verrückt. Ob das Kontingent von etwa 20.000 Visa zu einer "Migrationsnormalität" führen wird, hängt von den Zukunftserwartungen der KubanerInnen und damit von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ab. Wenn sich die amerikanische Regierung an die vereinbarte Quote hält (13), darf man unter den gegenwärtigen Bedingungen davon ausgehen, daß sich die balsero-Krise nicht wiederholen wird.

Politische Beobachter sehen einen Erfolg Kubas darin, nach 10jähriger Pause wieder Verhandlungen mit den USA aufgenommen zu haben. Andere betonen, daß die Migrationspolitik endlich entpolitisiert worden sei. Da weitere Gespräche fest vereinbart sind, rechnet man damit, daß partielle Verbesserungen im bilateralen Verhältnis erreicht werden können. Die Novemberwahlen in den USA (8.11.) haben die Rahmenbedingungen für kubanisch-amerikanische Gespräche auf Parlamentsebene allerdings verschlechtert. Die Demokraten Claiborne Pell, Vorsitzender des Ausschusses für ausländische Beziehungen des Senats, und Lee Hamilton, Vorsitzender des entsprechenden Ausschusses des Repräsentantenhauses, die sich für einen verstärkten Dialog mit Havanna eingesetzt hatten, werden ab Januar 1995 von den Republikanern Jesse Helms und Benjamin Gilman ersetzt, die jegliches Entgegenkommen ablehnen.

Da vom Kongreß keine Initiativen zu erwarten sind, können diese nur von der Regierung ausgehen. Daß sich die Clinton-Administration mit den abgeschlossenen Migrationsabkommen den Zorn der republikanischen Opposition und der ihr bisher freundlich gesonnenen exilkubanischen Gemeinde zuzieht, hat weder mit einer verhohlenen Kubafreundlichkeit noch mit masochistischen Anwandlungen zu tun. Es handelt sich vielmehr um eine berechnende Geste angesichts einer in der US-Bevölkerung frappierend gewachsenen Feindlichkeit gegenüber MigrantInnen. Meinungsumfragen von Gallup ergaben, daß 65% der NordamerikanerInnen für eine drastische Reduzierung der Einwanderungszahlen eintreten. In Staaten wie Texas, Kalifornien oder Florida, die durch ihre Grenznähe besonders viele MigrantInnen aufnehmen müssen, ist (Anti-)Migrationspolitik zu einem entscheidenden Faktor für Wahlerfolge geworden. Wegen der Bedeutung, die diese Staaten bei Präsidentschaftswahlen haben, überbieten sich die designierten Kandidaten mit immigrationsfeindlicher Propaganda. Kongreß und Regierung erarbeiten gegenwärtig eine Gesetzesinitiative, wonach die Zahl der jährlich Aufzunehmenden von derzeit 830.000 auf 550.000 gesenkt werden soll. Betroffen sein werden vor

allem die beruflich wenig oder gar nicht Qualifizierten. Angesichts dieser Rahmenbedingungen nimmt Clinton den Bruch mit den ultrarechten Kubafeinden in Kauf und profiliert sich als ein Präsident, der mit Immigrationsproblemen fertig wird.

kuk

Anmerkungen:

1) Für die Zahl der Visaerteilungen liegen unterschiedliche Angaben vor: Fidel Castro nennt für 1991 1.376 und für 1993 964. (El Pais, 26.8.1994) Leo Burghardt (ND, 30.5.1994)spricht von 1.600 für 1993, El Pais (31.8.1994) von 2.700 für das gleiche Jahr.

2) Dies war der massivste Versuch einer Botschaftsbesetzung seit 1980, als Tausende in der peruanischen Botschaft Asyl beantragten und damit "Mariel" auslösten.

3) Über ihr weiteres Schicksal habe ich in den Medien nichts gefunden.

4) Abweichende Schilderungen z.B. in der taz vom 8.8.1994

5) Bis dato war es gestattet, aus den USA vierteljährlich Sendungen im Wert von maximal $ 300 auf die Insel zu schicken. Auf diese Weise gelangten 1993 Geld und Waren im Wert von $ 450 Mio. nach Kuba. Zukünftig soll für jede Sendung eine spezielle Erlaubnis des Finanzministeriums eingeholt werden, die nur für Medikamente, Lebensmittel und humanitäre Hilfsmittel ausgestellt wird. (El Pais, 21.8.1994)

6) Andere Quellen sprechen davon, daß Kuba ein einmaliges Kontingent von 100.000 Visa gefordert habe, um die aktuelle Situation zu entspannen. (LAWR, 22.9.1994)

7) Der Artikel von Hinnerk Berlekamp schildert detailliert die Lebensbedingungen der haitianischen und kubanischen Internierten in Guantanamo.

8) Falls ganze Familien das Land verlassen wollen, können auch Kinder mitgenommen werden. (ND, 26.8.1994)

9) Damit käme man auf eine jährliche Kapazität von 26.000 Visa. Für 1994 kommen allerdings nicht viel mehr als 2.500 zusammen.

10) Am 15.10. " ... landete ein siebenköpfiges paramilitärisches Kommando, bis an die Zähne bewaffnet, auf dem Straßendamm zwischen der Küste bei Caibarien und dem Inselchen Santa Maria. Es kam mit einem Motorboot aus Florida. Einen Kubaner, der im Morgengrauen vom Damm aus angelte, erschossen die Eindringlinge, als er sich weigerte, ihnen freiwillig sein Auto abzutreten. Stunden später waren sie festgenommen." Leo Burghardt im ND, 24.10.1994.

11) Helms will eine Gesetzesinitiative starten, wonach ausländischen Firmen, die mit Kuba Geschäftsbeziehungen unterhalten, der Handel mit den USA untersagt und deren MitarbeiterInnen die Einreise in die Staaten verweigert wird.

12) Neben der Angst vor neuen Unruhen und dem Wunsch, das balsero-Problem endgültig zu lösen, werden von den USA auch finanzielle Gründe für den Abschluß des Abkommens angeführt. Die Versorgung der Internierten kostet täglich $ 1 Mio., der Bau fester Unterkünfte für die Internierten hätte weitere $ 100 Mio. gekostet. Als Trittbrettfahrer betätigt sich das britische Außenministerium. Ein Sprecher erklärt am 2.5., daß in Zukunft alle balseros, die auf den unter britischer Hoheit stehenden Cayman-Inseln landen, unverzüglich nach Kuba repatriiert werden. (ND, 4.5.1995)

13) Falls dies politisch gewollt wäre, könnte über eine Verschärfung der US-Emigrationsvorschriften die tatsächliche Zahl der erteilten Visa stark gesenkt werden. Da bereits heute viele migrationswillige KubanerInnen nicht die Kriterien für die Erteilung eines Einreisevisums erfüllen, wird es auch in Zukunft balseros geben.

Ereignisse im Vorfeld der balsero-Krise

13. Juli: Ein entführter Schlepper mit 63 Menschen an Bord sinkt sieben Meilen vor der kubanischen Küste, nachdem er abgefangen wurde; 32 Personen ertrinken.

26. Juli: Eine Passagierfähre mit 30 Personen wird in der Bucht von Havanna entführt und später von einem Schiff der US-Küstenwache aufgebracht.

3. August: Eine Passagierfähre mit 173 Personen wird in der Bucht von Havanna entführt und später von einem Schiff der US-Küstenwache abgefangen. 73 Personen kehren nach Kuba zurück, etwa 100 beantragen Exil in den USA.

4. August: Bei der Entführung der Pendlerfähre "Baraguas" wird der Polizist Gabriel Lamoth getötet. Wegen Treibstoffmangels wird das Schiff zwei Tage später von der kubanischen Küstenwache aufgebracht. (1)

8. August: Bei der Entführung eines Schiffes im Hafen von Mariel wird ein Marineoffizier getötet. Das Schiff wird am folgenden Tag von der US-Küstenwache aufgebracht, die 23 Entführer werden vorläufig festgenommen.

14. August: Etwa 500 Menschen entern im Hafen von Mariel einen Tanker und fordern, außer Landes gebracht zu werden. Am nächsten Tag gelingt es, sie von ihrem Vorhaben abzubringen.

Quelle: Latin American Weekly Report, 1.9.94

Anmerkung:

1) Im Januar findet in Havanna der Prozeß gegen den Hauptbeschuldigten am Tod des Polizisten statt. Die Staatsanwaltschaft fordert für Ramon Basulto Garcia die Todesstrafe. (ND, 21./22.1.95)

29. Südafrika nach dem Ende der Apartheid

Von Neville Alexander/Kapstadt

Autor: Neville Alexander, Kapstadt · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:21

Diesen Redebeitrag hielt Neville Alexander auf einer Veranstaltung, die unter dem Titel "Südafrika nach den Wahlen" am 7.2.95 in den Räumen des hessischen Landtags stattfand. Einzelne Passagen wurden leicht gekürzt, andere Passagen aus weiteren Veranstaltungen mit N. Alexander (alle im Februar im Rhein-Main-Gebiet) eingefügt. Die Zusammenstellung des folgenden Artikels erfolgte - mit freundlicher Genehmigung von N. Alexander - durch A.Kollmeier/Eltville.

Zu N. Alexander: Er studierte 1953-63 in Kapstadt und Tübingen, wurde 1963 in Südafrika verhaftet und 1964 zu 10 Jahren Haft auf Robben Island verurteilt. 1974 wurde er entlassen, unterlag aber bis 1979 Berufsverbot und Arrest. Schwerpunkte seiner Arbeit in Südafrika sind Projekte zur nichtrassistischen Erziehung in Südafrika und dem afrikanischen Kontinent. Seit Dezember 1994 leitet er die panafrikanische Konferenz zur Bildungsreform im postkolonialen Afrika. 1993 war er Mitbegründer der "Workers List Party".

(...)

Meine Kritik am ANC, das möchte ich vorwegschicken, kommt von links. Ich behaupte, daß der ANC zu früh und zu billig ... Kompromisse geschlossen hat und daß aus diesem Prozeß für die Schwarzen viel mehr hätte herausgeholt werden können. Wie ich aber später noch betonen werde: Der Mittelpunkt der Strategie des ANC, der ANC-Führung und der jetzigen Regierung der Nationalen Einheit ist die Vermeidung des Bürgerkrieges. Man versteht alles, was in Südafrika vor sich geht, wenn man sich diesen Punkt vor Augen hält. Sie wollen keine Situation wie in Bosnien, sie wollen vor allem keine Situation wie in Ruanda. Und solche Situationen sind in einem Land wie Südafrika durchaus denkbar, wenn die Führung der bürgerlichen Parteien keine - sagen wir ruhig - "weise" Politik verfolgen würde. Die Kontinuitäten von Apartheid- zu Postapartheid-Südafrika sind vorherrschend. Es gibt Diskontinuitäten, es gibt sehr wichtige Änderungen, ... aber die Kontinuitäten herrschen vor.

Mit anderen Worten: Eine Machtverschiebung hat nicht stattgefunden. Die wirtschaftliche Macht, die militärische Macht, auch die polizeiliche Macht, die Macht des Staatsapparates überhaupt, wird noch immer von den gleichen Leuten, den gleichen Schichten ausgeübt. Ein Amtstransfer hat stattgefunden, kein Machttransfer. Zum Beispiel ist der Verteidigungsminister ein Schwarzer und Mitglied des ANC. Aber er weiß oft gar nicht, was in seinem eigenen Apparat vorgeht. Ich bin persönlich der Meinung, daß einer wie General Viljoen (1) vielmehr Autorität in der Armee hat als Mandela selbst. Das heißt, daß das Oberkommando der Armee, wenn es darauf ankommt, eher einem Viljoen, nicht mal einem deKlerk, gehorchen wird als einem Mandela. Die neuen ANC-Mitglieder werden nur in der Armee bleiben, wenn sie die Disziplin der Armee akzeptieren und gleichgeschaltet sind.

Die Regierung ... hat vor den Wahlen viel versprochen: alle würden Arbeitsplätze bekommen, alle Familien würden eine Wohnung bekommen, es würde zehn Jahre Schulpflicht geben, freie Gesundheitsversorgung etc. Und all dies ist einfach nicht machbar, weil die Ressourcen dafür fehlen. Ein Beispiel aus der Bildungspolitik: zehn Jahre Schulpflicht sind versprochen worden, aber bereits im Dezember letzten Jahres hat der Erziehungsminister dies zurückgenommen. (...) Erst in sieben oder acht Jahren wäre es möglich, diese Schulpflicht für alle Kinder in Südafrika einzuführen. Aber die Leute haben große Erwartungen, und diese Erwartungen sind durch die ANC-Führung selbst angefacht worden. Und jetzt fragen die Leute: "Was passiert...? Warum gibt es keine Schulen, gibt es keine Lehrer? Warum gibt es keine Klassenzimmer, keine Bücher, warum können diese Kinder nicht in die Schule?"

Um das Beispiel des Wohnungsbauprogramms zu nehmen: Laut Programm will man 1 Mio. Wohnungen in den nächsten fünf Jahren bauen. Man müßte also 200.000 oder 250.000 Wohnungen pro Jahr bauen. In Wirklichkeit werden in Südafrika zur Zeit etwas mehr als 100.000 Wohnungen pro Jahr gebaut. Es fehlen Ressourcen und ausgebildete Kräfte. Vor allem aber fließen die Investitionen nicht in das Land hinein.

Das ist ein Beispiel. Ich könnte das Beispiel Grund und Boden nehmen, wo die Machtverhältnisse praktisch unverändert dastehen: 60 000 weiße Farmer und Aktiengesellschaften besitzen fast die ganze Agrarfläche Südafrikas. Die Regierung hat versprochen, daß etwa 30% des Bodens, des Ackerlandes, umverteilt würden; natürlich mit Kompensation. Aber gerade weil Kompensation gezahlt werden wird oder werden muß, glaube ich, (...) daß keine solche Umverteilung stattfinden wird. Sie haben einfach nicht das Geld dafür. Vielleicht sollte ich das ganz klar sagen: Eine solche Umstrukturierung der Wirtschaft, die tatsächlich der großen Masse der Bevölkerung zugute käme, (...) wäre nur im Kontext einer Art "Marshall-Plan" möglich. (...) Aber leider gibt es keinen "Kalten Krieg", keinen Feind mehr, der vielleicht die Situation ausnützen würde. Deswegen fehlt - im Sinne des Westens - die Dringlichkeit eines solchen Plans.

Wenn es einen solchen Plan nicht geben wird, dann ist die brasilianische Situation meiner Ansicht nach die einzige wirtschaftliche Alternative für Südafrika, d.h. eine Art 50%-Gesellschaft, in der 50% der Menschen für die Wirtschaft und für die Gesellschaft überflüssig sind, wo die Leute am Rande der Gesellschaft verkommen. Es ist jetzt schon so, daß 50% der Südafrikaner, die Arbeit wollen, keine Arbeitsplätze haben und vor allem kurzfristig keine Aussicht auf Arbeitsplätze haben. Die Klassenkonflikte werden intensiver. Und für diese Frage hat Mandela keine Antwort. Das hat für ihn überhaupt keine Priorität. Ich habe schon gesagt: Für ihn hat es Priorität, den Bürgerkrieg zu vermeiden, damit das Land stabil bleibt, damit Investitionen in das Land fließen und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der "historische Kompromiß"

Die jetzige Aussicht heißt Stagnation. Es sieht nicht so aus, als würde sich Südafrika in der nächsten Zeit sehr schnell vorwärts bewegen, vor allen Dingen auf wirtschaftlichem Gebiet. Vor zwei Wochen war der Erste Vizepräsident Südafrikas, Thabo Mbeki, hier in Deutschland. Er hat sich vor allem mit der Großwirtschaft, Bankiers usw. getroffen und darum gebeten, daß man in Südafrika investieren solle. Die großen Geldleute in der Welt verhalten sich gegenüber Südafrika skeptisch und zurückhaltend, weil man noch nicht sicher ist, daß die Stabilität tatsächlich dauerhaft ist. Es ist zwar richtig, daß der Übergang zu einer demokratischen Situation in Südafrika erstaunlicherweise relativ friedlich war, wenn man die Situation mit Ruanda oder Somalia vergleicht. Aber wenn man sie mit Situationen wie in Bosnien (...) vergleicht, dann war der Übergang in Südafrika viel schlimmer. Bis vor einigen Monaten sind in den Konflikten Südafrikas pro Tag mehr Leute ermordet worden als in Bosnien. Innerhalb von vier Jahren sind etwa 18.000 Menschen ermordet worden. Das ist schon ein sehr gewaltsamer Übergang. Trotzdem: Es war nicht die große Katastrophe, es war nicht der große Bürgerkrieg, den alle vorausgesagt hatten. Und der eigentliche Grund dafür war - sagen wir es ganz kraß - die Haltung der Generäle.

Die meisten Generäle sind schon in den Ruhestand getreten, es sind aber selbstverständlich Leute, die alle sehr großen Einfluß auf die Armee, vor allen Dingen aber auf die Polizei haben. Diese Leute hätten, wenn sie vom ANC keine Garantien bekommen hätten, wahrscheinlich den großen Krieg in Südafrika ausgelöst. Und dies obwohl General Viljoen, der eigentliche Mittelpunkt dieser Allianz der Militärs, mehrmals gesagt hat, daß es keinen Sinn hat, in Südafrika einen Bürgerkrieg auszulösen, denn die Weißen könnten nur verlieren.

Der ANC hat ganz klare Versprechen gegeben, daß das System selbst nicht untergraben und daß das marktwirtschaftliche System weiterbestehen wird. Es sollte die Rolle der Nationalen Partei in dieser Regierung sein, die Wirtschaft, die Großwirtschaft zufriedenzustellen. (...) Was in der Tat passierte, hat niemand erwartet, auch ich nicht. Der ANC, bzw. die ANC-Führung, konnte sich gut mit der Großwirtschaft verständigen und die Vermittlerrolle der Nationalen Partei wurde überflüssig. Deswegen verschwand dann auch die Hebelkraft der Nationalen Partei. (...) Und da spielen diese globalen Entwicklungen, die Wende, der Mauerfall, das Ende der ehemaligen Sowjetunion usw. eine sehr wichtige Rolle.

Es ist jetzt so, daß eine antikapitalistische Bewegung in Südafrika, obwohl sie durchaus denkbar ist - und ich werde auf die Gewerkschaften noch zu sprechen kommen - kurzfristig überhaupt keine Chance hat. (...) Aber natürlich: Man kann niemals "nie" sagen in der Politik. Der ANC ist keine monolithische Organisation, aber die gemäßigte Mitte übt die Hegemonie aus und die ganz winzige linke Fraktion im ANC spielt keine öffentliche Rolle. Die kommunistische Partei muß sehr vorsichtig sein und kann sich nicht großtun, so als wäre sie irgend etwas anderes als der ANC. Und deswegen spielt sie auch keine linke Rolle.

Jetzt sollte ich die Frage stellen, ob von der organisierten Arbeiterschaft in Südafrika die Lage so akzeptiert werden wird. Dort hat eine wichtige Entwicklung stattgefunden und zwar ein Rutsch zur Mitte hin. Der Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit wird von fast allen in der Führung der Gewerkschaftsbewegung akzeptiert. Eine Art Korporatismus, wo also das Kapital, die Arbeit und der Staat zusammen über die Wirtschaftsstrategie entscheiden, obwohl letzten Endes selbstverständlich das Großkapital entscheidet, was passiert; aber die anderen haben Mitsprache und können Einfluß nehmen auf diese Entscheidungen.

Dieses Modell, das auch in Deutschland sehr bekannt und sogar von dort übernommen worden ist, scheint sich zu verfestigen. Eine der Folgen ist, daß in den Gewerkschaften, vor allem unter den Vertrauensleuten und Organisatoren, die noch an den Traditionen von gestern, an der basisdemokratischen Tradition der Gewerkschaften festhalten, ganz große Auseinandersetzungen stattfinden. Die Gewerkschaften sind in einer relativ schwachen Position, weil es eine große Arbeitslosenrate gibt, weil so viele Menschen miteinander um Arbeitsplätze konkurrieren. Deshalb können diese Bewegungen die sozialdemokratische Politik der Gewerkschaftsführung nicht grundsätzlich ändern. In der Tat haben sich viele linksradikale Gewerkschaften mit einigen tausend Anhängern von den größeren Gewerkschaften abgespalten und kleinere Gewerkschaften gegründet. Eine Strategie, die nicht unbedingt gewünscht ist und nicht unbedingt erfolgreich sein wird, aber zur Zeit von der Situation selbst erzwungen wird.

Das neue Südafrika

Ich habe jetzt im Grunde sehr negativ über Südafrika gesprochen, (...) weil ich der Meinung bin, daß man keine Illusionen verbreiten soll. Andererseits haben in Südafrika große Veränderungen stattgefunden, die für die ganze Bevölkerung wichtig sind, nicht nur für die Mittelklasse, z.B. auf der psychologischen und symbolischen Ebene. Die Bedeutung dieser Wende liegt darin, daß die Apartheidsgesellschaft tatsächlich eine Sklavengesellschaft war. Für die große Mehrheit der Bevölkerung gab es keine Bewegungsfreiheit, keine Eigentumsrechte. Schwarze waren nicht "Bürger zweiter Klasse", sondern "Nicht-Bürger". Nur wenn man den Vergleich mit der Sklavenbefreiung anstellt, kann man verstehen, welche Folgen das allgemeine Wahlrecht auf der Ebene des Bewußtseins, des Selbstbewußtseins, des Selbstvertrauens der Menschen hat. Die Leute wissen jetzt, daß sie nicht unbedingt zu den Waffen greifen müssen. (...)

Wir haben jetzt das Recht zu mobilisieren, zu protestieren, Lobbies zu bilden usw. Das sind Rechte, die in einem Land wie Südafrika noch nicht so ausgenutzt sind, daß man nicht mehr daran glaubt, wie z.B. in vielen europäischen Ländern. Die Leute glauben noch, daß es möglich ist, auf diesem Wege die Situation, sogar das System in Südafrika, ändern zu können. Es heißt, daß wir es in dieser Periode (...) mit einer Übergangsregierung (...), einem experimentellen Feld zu tun haben, wo verschiedene soziale und wirtschaftliche Experimente durchgeführt werden können. Ich sehe die Lage unter diesem Gesichtspunkt.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Mandela und die ANC-Führung den wichtigen Zweck haben, einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Sie wollen eine Kultur, eine Tradition verfestigen, die die Gewalt ausschließt, die ein demokratisches Ethos verbreitet. Sie sind bereit, alles andere einfach geschehen zu lassen, laissez-faire. Ich glaube, nur so kann man diese Politik verstehen. Sie hoffen selbstverständlich, daß nach den Wahlen 1999 die erste Mehrheitsregierung in Südafrika an die Macht kommen wird. Sie haben überhaupt keinen Zweifel, ich glaube mit Recht, daß der ANC die Mehrheitsregierung bilden wird und daß dann eben andere Bedingungen in Südafrika herrschen könnten. Wenn sich ein solches Ethos verbreitet hat, hoffen Leute wie Mandela, - das sind ganz konventionelle, traditionelle Führer, die im Sinne der englischen Tradition groß geworden sind - daß eine bürgerliche Demokratie wie in England auch in Südafrika möglich sein wird.

Ich glaube, daß es ganz anders sein wird. Dieses demokratische Ethos ist tatsächlich sehr wichtig. Aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten werden die Leute dazu zwingen, nicht nur diese Methoden zu benutzen. Die südafrikanische Regierung, auch eine Mehrheitsregierung, geht einer konfliktbeladenen Zukunft entgegen. Ich glaube schon, daß es in bestimmten Bereichen Verbesserungen geben wird, z.B. in der Bildungspolitik, in der Sprachenpolitik, Curriculumentwicklung, Stadtplanung usw. Wir müssen das ganze Schulsystem entghettoisieren. Die Leute müssen aus den schwarzen, weißen, farbigen und indischen Wohnvierteln herauskommen. Die Schulen müssen anderswo eingerichtet werden, damit der Teufelskreis eines trennenden, rassistisch definierten Bildungssystems durchbrochen werden kann. Die Regierung wird das alles ohne weiteres bejahen, aber sie wird die Ressourcen nicht haben, es sofort durchzuführen.

Wir haben, was Mehrsprachigkeit angeht, ein ganz großes Problem in den Schulen. Südafrika hat elf große, wichtige Sprachen, und die einheimischen Sprachen, die Bantusprachen, haben jetzt den gleichen amtlichen Status wie Englisch und Afrikaans. Das heißt, daß wir in der nächsten Zeit auf sämtlichen Ebenen sehr viel tun müssen, um diesen Gleichheitsstatus tatsächlich zu realisieren. Es ist für die schwarze oder weiße Mittelklasse sehr einfach, sich für Englisch zu entscheiden. Das hat man in anderen afrikanischen Ländern z.T. gemacht. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist dann von der Macht ausgegrenzt, marginalisiert, weil sie eben dieses wichtige Instrument nicht beherrscht. Wir müssen eine andere Lösung in Südafrika finden. Auch auf anderen Gebieten gibt es jetzt Gelegenheiten, bestimmte Sachen zu probieren, vor allen Dingen in der Jugendbildungspolitik außerhalb der Schulen. Es ist möglich, bestimmte Arbeits- oder Schulungsprojekte zu starten, obwohl die Frage der Ressourcen wiederum eine Rolle spielen wird. Kirchen und Gewerkschaften versuchen, dieser Jugend, der sogenannten "lost generation", irgendwie zu helfen, diesen Übergang ohne großes Trauma zu bewältigen - eine sehr schwierige Unternehmung.

Eine nicht-rassistische Nation Südafrika

Ich möchte abschließend noch einen Vergleich mit Deutschland ziehen. Es finden parallele Entwicklungen und Prozesse in Südafrika statt. Die Wiedervereinigung - viele Leute sprechen von der "Einverleibung" Ostdeutschlands - dieser beiden Teile Deutschlands hat dazu geführt, daß ähnliche Prozesse wie in Südafrika stattfinden. Nationbildung, die Frage der nationalen Einheit, der verschiedenen Kulturen usw. Diese Fragen führen zu ganz ähnlichen Auseinandersetzungen und Debatten. Natürlich sind die Bedingungen in Deutschland ganz andere. Es besteht eine lange Tradition des deutschen Nationalismus, was in Südafrika nicht der Fall ist. Der historische Kompromiß der gegenwärtigen Regierung der nationalen Einheit ist ein Kompromiß zwischen schwarzem und weißem Nationalismus. Das Ziel, eine Nation aus der differenzierten Bevölkerung Südafrikas aufzubauen, ist ein sehr schwieriges und widersprüchliches Ziel. Aber die politische Führung in Südafrika ist fest entschlossen, daß eine antirassistische, vielsprachige Nation in Südafrika entstehen soll.

Ob es wirklich so werden wird, wie die Elite das will, ist eine ganz andere Frage. Es gibt separatistische Bewegungen wie die Inkatha oder die Volksstaatsbewegung (2) der afrikaanssprechenden Weißen. Potentiell könnten aus diesen beiden Bewegungen zwei Kleinstaaten entstehen. Aus verschiedenen Gründen glaube ich, daß das Ziel einer einheitlichen Nation, eines Einheitsstaates, für die große Mehrheit der Bevölkerung ein sehr positives Ziel ist. Im Prinzip hat sich der ANC gegen einen Bundesstaat ausgesprochen. In der Praxis ist er aber einen Kompromiß mit der Nationalen Partei und der Inkathapartei eingegangen und hat eine Dezentralisierung eingeleitet. Wir haben neun Provinzen mit eigenen Regierungen und eine zentrale nationale Regierung. Ich glaube, daß die Dezentralisierung der Verwaltungsmacht weiter ausgebaut werden wird. Es ist möglich (...), daß dann Verteilungskonflikte unter den jeweiligen Provinzen stattfinden werden.

Separatistische Bewegungen wie die Inkathapartei und die Volksstaatsbewegung haben kein Territorium, worauf sie sich stützen können. Auch das sogenannte Zululand ist eine Erfindung des britischen Reiches, was nicht heißt, daß es deswegen illegitim ist. Aber viel wichtiger ist die Tatsache, daß die große Mehrheit der zulusprachigen Bevölkerung diesen Separatismus ablehnt. Auch die afrikaanssprachigen Weißen, die sogenannten Buren, sind sich nicht einig. Zur Zeit ist es eine Minderheit, die den Volksstaatsgedanken akzeptiert. Der Separatismus hat meiner Ansicht nach kurzfristig keine großen Chancen. (...)

Humanitas, Menschlichkeit, ist ein wichtiges kulturelles Moment bei schwarzen Südafrikanern. In der Persönlichkeit von Menschen wie Mandela kommt das immer wieder zum Vorschein. Ich möchte auch jetzt wieder betonen, daß die Großzügigkeit der Schwarzen im Rahmen dieses Kompromisses zu Tage tritt. Wenn es eine Revolution gegeben hätte, wäre diese Großzügigkeit auch ans Tageslicht gekommen. Aber im Rahmen dieses Kompromisses gibt es überhaupt keine entsprechende Geste von Seiten der weißen Minderheit. (...) Als konkretes Beispiel nenne ich immer wieder die Möglichkeit, daß z.B. einer oder mehrere weiße Führer aufgestanden wären und gesagt hätten: "Wir, die Nutznießer der Apartheid, sind bereit, in den nächsten fünf Jahren, in den nächsten zehn Jahren, vielleicht mehr an Steuergeldern abzugeben, damit ein Fond gegründet werden kann, um den benachteiligten Schwarzen damit zu helfen". Viele Leute sagen, daß dies utopisches Denken ist. Vielleicht ist es das. Aber im Rahmen eines solchen Kompromisses glaube ich, daß diese Geste durchaus denkbar und nachvollziehbar gewesen wäre. Ich möchte damit aufhören. Es gibt natürlich noch sehr viele Fragen, die ich nicht mal angeschnitten habe. Ich habe gar nicht über das südliche

Afrika gesprochen, über das deutsch-südafrikanische Verhältnis usw. Aber Sie werden verstehen, daß es unmöglich ist, das alles an einem Abend zu besprechen.

Anmerkungen:

1) General Viljoen ist ehemaliger Oberkommandierender der südafrikanischen Armee.

2) Rassistische Bewegung mit dem Ziel, einen unabhängigen, weißen Staat in der Provinz Oranje zu gründen

30. "Der demokratische Prozeß darf nicht stehenbleiben". Gespräch mit Jeremy Cronin vom Politbüro der Südafrikanischen KP

Hanna Ndlovu im Gespräch mit Jeremy Cronin vom Politbüro der Südafrikanischen KP

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:32

Welche Aufgaben hat sich die Südafrikanische Kommunistische Partei für die Zukunft gestellt?

Als Partei identifizieren wir uns vollkommen mit dem demokratischen Durchbruch für Südafrika, den wir mit den Aprilwahlen 1994 erzielen konnten. Unsere wichtigste Zukunftsaufgabe ist es, dieses Ergebnis zu halten und weiter zu entwickeln. Der demokratische Prozeß in unserem Lande darf nicht stehenbleiben, wir wollen ihn fortführen, vertiefen und verteidigen.

Der Durchbruch in Südafrika war das Resultat einer Verhandlungslösung, ein Balanceakt der internationalen, regionalen und nationalen Kräfte zu unseren Gunsten. Das birgt auch Gefahren in sich, vor allem die, daß wir unseren Sieg zu sehr genießen und uns - der ANC und die Partei - zu sehr an den positiven Seiten des enormen Wandels in Südafrika erfreuen, an der weltweiten Unterstützung und Sympathie für unser Land und insbesondere an den Lobpreisungen für Nelson Mandela.

Mit den globalen Veränderungen in unserer Welt, insbesondere durch den Kollaps der Sowjetunion fühlte sich das Apartheid-Regime und die hinter ihm stehende imperialistische Weltwirtschaft sicher, so sicher, daß man glaubte, den Veränderungsprozeß in Südafrika wagen und steuern zu können. Das birgt auch einen negativen Aspekt für uns, negativ auch für den bereits in der ganzen südafrikanischen Region begonnenen demokratischen Prozeß einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten afrikanischer Souveränität, der jetzt wieder ein Roll-Back erfährt. ...

Obwohl der ANC gegenwärtig international hofiert wird, gibt es einen starken Druck auf den ANC, insbesondere hinsichtlich der Frage der Zusammenarbeit mit unserer Partei und den Gewerkschaften. Da das Vergangenheitsziel, den ANC zu beseitigen, nicht zu verwirklichen war, soll er jetzt umgewandelt werden, damit die alten Kräfte mit ihm arbeiten können, ohne wirklich zu verlieren. Es geht dabei um den üblichen Neokolonialismus, den Aufbau und die Kultivierung einer schwarzen Elite innerhalb des ANC, die in den bisher herrschenden Block eingebaut werden kann und sich mit ihm verfestigt, so daß gleiche Interessen aufgebaut werden können. Dabei wird eine gewisse limitierte Liberalisierung erlaubt. Die Demokratie, die in Südafrika im Entstehen ist, soll in für das internationale Kapital erträgliche Formen gelenkt werden. Genau das wollen wir verhindern. Wir haben nicht umsonst an dem 90-Seiten-Dokument des neuen Rekonstruktions- und Entwicklungsplanes für unsere Gesellschaft mitgearbeitet. Wir wollen ihn auch Praxis werden lassen.

Auf dem jüngsten ANC-Kongreß im Dezember 1994 in Bloemfontein wurde die Allianz zwischen dem ANC und der SACP erneut bekräftigt. Warum ist diese Allianz für die Partei so wichtig?

Bereits in den 20er Jahren war es in der Partei klar, daß der ANC in Südafrika historisch gesehen die Schlüsselposition einnimmt. Demokratische und sozialistische Veränderungen sind nur mit den Massen zu erreichen. Deshalb waren wir immer für die Allianz und sind das weiter. Im Augenblick ist diese Orientierung eine sehr kritische Herausforderung für unsere Partei. Wir müssen uns allerdings vor zwei Illusionen hüten, die es jetzt in der Partei dazu gibt.

Die einen sagen, wir bleiben bei unserer Strategie, weil sich in Südafrika, vom klassenkämpferischen Standpunkt aus gesehen, nichts geändert hat. Die anderen wollen die Allianz, weil sie die Veränderungen überschätzen und meinen, die Welt liebe Südafrika, und mit dem ANC werde uns der soziale Fortschritt zumindest in dem Maße, wie er in den Industrieländern erkämpft wurde, geschenkt. Auf dem Parteitag müssen wir uns mit diesen Auffassungen auseinandersetzen und sie korrigieren. ...

In vielen kommunistischen Parteien Ost- und Westeuropas hat es, beginnend mit der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch sowjetische Truppen 1956, im Zusammenhang mit dem Mauerbau in Berlin 1961, den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 und zuletzt dem Afghanistan-Krieg mehr oder weniger heftige

ideologische Auseinandersetzungen um die totalitäre Linie der KPdSU und die innerparteiliche Demokratie in allen kommunistischen Parteien gegeben. Gab es in der SACP auch solche Diskussionen? Sind Genossen wegen anderer Meinungen zu bestimmten Fragen ausgegrenzt oder als Dissidenten verfolgt worden?

Die enge Anlehnung unserer Partei an die KPdSU hatte einen historischen Hintergrund. In unseren Reihen waren Genossen, die persönliche Beziehungen zur russischen Szene hatten, aus der Kommunistischen Internationale kamen und die Oktoberrevolution mit großer Begeisterung feierten. In der Tat, die russische Revolution inspirierte uns, unsere Partei zu gründen. Später gab uns die Sowjetunion immer die Supermachtunterstützung, die wir in unserem Kampf um die Befreiung Südafrikas von der Apartheid benötigten. Für uns als kleine Partei war die Freundschaft mit der KPdSU ein wichtiger politischer und auch psychologischer Faktor.

Man muß dabei berücksichtigen, daß wir 40 Jahre in tiefer Illegalität arbeiten mußten, unter einem enormen Druck unserer Feinde. Niemand außer der Sowjetunion und ihren Verbündeten gab uns Hilfe. Wir hatten einfach ein zu großes Verlangen nach Sicherheit in der großen sozialistischen Familie, um Kritik aufkommen zu lassen. Es ist auch Teil unserer afrikanischen Kultur, für etwas, was uns gegeben wird, eine Gegengabe zu haben. Das war der Preis, den wir zahlten. Aus heutiger Sicht war das natürlich falsch. Aber damals haben wir das nicht erkannt. Ausgegrenzt wurde bei unseren wenigen Mitgliedern niemand und verfolgt schon gar nicht. In der tiefen Illegalität, in der wir uns befanden, wurde außerdem auch kaum diskutiert. Unser Kampf in Südafrika verlangte unsere ganze Kraft und Konzentration. Wir mußten den Problemen unserer Verfolgung und der Infiltration unserer Reihen durch das Pretoria-Regime begegnen. Das hatte Vorrang vor allem. ...

Werden die Fehler der Vergangenheit jetzt offen in der Partei diskutiert und welche Rolle spielt diese Diskussion in der gegenwärtigen politischen Strategiefindung der SACP?

Diese Frage führt hin zu unserem ersten SACP-Parteitag nach Rückkehr aus Illegalität und Exil in das legale politische Leben Südafrikas. Auf diesem Kongreß im Dezember 1991 haben wir mit dem komplexen Prozeß der Erneuerung und Selbstfindung hinsichtlich unserer Aufgaben im neuen Südafrika begonnen. Das war schwieriger als erwartet, denn fiel doch unser Sieg mit der bisher größten Niederlage der Idee des Sozialismus/Kommunismus überhaupt zusammen. Es gab heftigste Auseinandersetzungen. Fast das gesamte alte Zentralkomitee trat zurück. So hart dieser Einschnitt damals erschien, heute besehen erscheint er eher logisch. Seit dem Verbot unserer Partei 1950 hatten wir nie mehr eine so offene Bestandsaufnahme machen können. ...

... innerhalb unserer Partei waren zu viele Fragen nicht mehr gestellt und diskutiert worden. Viele unserer Getreuen hatten mit den Jahren andere Vorstellungen über den südafrikanischen Weg entwickelt. Der Sieg, die Angebote zur Versöhnung, die zu erwartende Regierungsverantwortung des ANC verwirrten ebenso wie die Niederlage unserer großen sozialistischen Freunde in Übersee. Viele hielten die Partei für von der Geschichte überrollt und ihre Ideen nicht mehr für zukunftswert. Es wurde auch formal gestritten, ob wir in all unseren Dokumenten die Formulierung marxistisch-leninistisch streichen oder durch demokratisch ersetzen sollten. Schließlich erfolgten keine Umformulierungen, denn Marxismus-Leninismus und Demokratie schließen einander nicht aus.

Die Auffassungen, wie weit eine Vergangenheitsdiskussion gehen soll, und ob es nicht sinnvoller ist, uns ausschließlich auf unsere immensen Gegenwartsprobleme zu konzentrieren, differieren. Die aus dem Exil zurückgekehrten Genossen waren sehr kritisch gegenüber den Fehlern der ehemaligen Sowjetunion und fordern eine eigene Aufarbeitung und Befreiung von übernommenen Dogmen. Für diejenigen, die Südafrika nie verlassen haben, die Untergrundkämpfer oder ehemaligen politischen Häftlinge, ist diese Auseinandersetzung kein Thema. Auch unsere neuen Mitglieder interessieren sich in erster Linie für unsere Zukunftsvision. Sie haben das kapitalistische System von seiner schlimmsten Apartheidsseite erlebt und betrachten das neugepriesene Marktwirtschaftsmodell eher skeptisch und keinesfalls als Alternative zum Marxismus.

Wie ist die Zusammenarbeit zwischen der SACP und den Gewerkschaften, insbesondere dem Dachverband COSATU, der ebenfalls mit dem ANC eine Allianz bildet?

Südafrika ist eine urbane Gesellschaft. Die meisten Menschen leben in Städten. Wir haben eine starke Arbeiterklasse, die sich aus allen Gruppen - Afrikanern, Weißen, Farbigen und Asiaten - zusammensetzt. Die

Arbeiterklasse ist politisch gebildet und kampferprobt. Wir sehen in ihr unsere Hauptstütze. Deshalb gehören bei uns Partei- und Gewerkschaftsarbeit immer zusammen.

Unsere Genossen sammeln oft ihre ersten politischen Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit. Südafrikanische Kommunisten waren oft Begründer und Führer von Gewerkschaften. Wir leiteten die ersten großen Streiks schon in den 20er Jahren, organisierten die ersten Maikundgebungen, waren immer bei Tarifkämpfen, Auseinandersetzungen um Lohnerhöhungen, Arbeitsplatzsicherung und bessere Arbeitsbedingungen dabei. Das soll auch so bleiben. Wir haben wesentlich zur Gründung des Kongresses der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) beigetragen. Generalsekretär Sam Shilowa ist ein bekannter Kommunist und Mitglied des Zentralkomitees. Wir haben mit COSATU bilaterale Treffen zu den verschiedensten aktuellen Fragen.

Trotz mancher Kritik an der SACP und dem praktischen Scheitern so vieler kommunistischer Parteien mit ihren Gesellschaftsmodellen scheint in Südafrika die Partei im Aufwind. Ihre Mitgliederzahl wächst und sie hat über die Allianz mit dem ANC viele ihrer Aktivisten in der neuen Regierung, im Parlament und in anderen wichtigen Positionen im Lande. Wie ist das zu erklären?

Ich möchte die Erfolge nicht zu hoch bewerten, wir sind immerhin noch eine sehr kleine Partei. Unser populäres Terrain sind weiterhin die Städte und Industriegebiete, die afrikanischen Townships, die Minen, die Fabriken, Schulen und Universitäten. Daher kommen unsere Mitglieder. Sie sind oft auch noch zusätzlich im ANC und in der Gewerkschaft. Das soll so bleiben, denn wir wollen uns nicht isolieren, suchen den Durchbruch zu allen progressiven Kräften. Wir arbeiten immer mittendrin. Das hat uns vor totalitären Auffassungen, Führungsansprüchen und Dogmatismus weitgehend bewahrt.

Wir wollten immer Sozialismus mit Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Der Antiapartheidskampf hatte Vorrang, denn er war die Voraussetzung für ein sozialistisches Gesellschaftsmodell. Gleichzeitig war das auch ein Kampf für Mehrparteiendemokratie, freien Parlamentarismus, Presse-, Rede- und Bürgerfreiheit, für die Achtung der Würde aller Menschen in unserem Land. Wir begründen unseren sozialistischen Weg aus unserer eigenständigen Kultur und Vergangenheit heraus. Wir wollten nicht kopieren. Unsere Vorgehensweise ist auch heute eher pragmatisch. Vorrang hat die Verbesserung der sozialen Lage der Massen. Im ersten Schritt wollen wir die schlimmsten Übel unseres Landes angehen, die hohe Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Bildungs- und Gesundheitsdefizite. ... Auf unserem Parteitag wollen wir weiter über unseren Platz in der neuen südafrikanischen Gesellschaft diskutieren, unser Programm und unsere Strategie konkretisieren, unsere Organisationsstruktur verbessern. Ich hoffe, daß es uns gelingt, danach noch besser zu arbeiten.

Hanna Ndlovu ist Journalistin und lebt in Johannesburg.

Südafrikas Kommunisten diskutierten auf ihrem 9. Kongreß, der im vergangenen April in Soweto, dem an Johannesburg angrenzenden Satellitentownship, stattfand, ihre künftigen Aufgaben. Drei Tage lang wurde dabei in heißen Debatten beraten und gestritten, sich sowohl mit den Fehlern der Vergangenheit auseinandergesetzt, auf die Herausforderungen der Gegenwart geantwortet und Strategien für die Zukunft festgelegt. Einmütig bekannten sich die Delegierten dabei zum Bündnis mit dem ANC und dem COSATU. Die Südafrikanische Kommunistische Partei kämpfte 40 Jahre lang in der Illegalität. Sie ist die älteste kommunistische Partei auf dem afrikanischen Kontinent, wurde 1921 gegründet und 1950 vom Apartheidregime verboten.

Auf dem Parteitag wurden sowohl das Politbüro als auch das Zentralkomitee neu gewählt. Neuer Vorsitzender der SACP nach dem Tode von Joe Slovo wurde der 75jährige Raymond Mhlaba, der auch Ministerpräsident der östlichen Kap-Provinz ist. Mhlaba war mit Nelson Mandela im Rivonia-Prozeß 1963 zu lebenslanger Haft verurteilt worden und kam mit ihm nach 27 Jahren 1990 frei. Wie Mandela stammt auch Mhlaba aus der Transkei. Er gehört der Partei seit 1943 an und wurde 1944 Mitglied des ANC. In den 50er Jahren wurde Mhlaba als einer der Führer des gewaltlosen Widerstandes in und um die Hafenstadt Port Elisabeth am Ostkap landesweit bekannt.

Zur gegenwärtigen Situation in der SACP und ihren Zukunftsaufgaben sprach Hanna Ndlovu in Johannesburg mit Jeremy Cronin (45), Mitglied des Politbüros der SACP und Mitglied des Nationalen Exekutivrates des ANC. Cronin gehört zur neuen Generation südafrikanischer Kommunisten, hat in Kapstadt und Paris studiert und war Universitätsdozent. Er war wegen seines aktiven Anti-Apartheid-Kampfes sieben Jahre im Gefängnis.

Das Interview ist ungekürzt erschienen in der SOFO-Sozialistisches Forum, Nr.41, Mai/Juni 1995.

31. Etappensieg: Hinrichtungstermin aufgeschoben. Der Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal geht weiter

Autor: mi. · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:31

Am 7. August 1995, nur zehn Tage vor dem vorgesehenen Termin 17. August, hob der zuständige Richter in Philadelphia den Hinrichtungsbefehl gegen Mumia Abu-Jamal auf und verschob damit das Datum auf unbestimmte Zeit. Die Begründung: Abu-Jamal soll mehr Zeit bekommen, um seinen Antrag auf Wiederaufnahme seines Verfahrens ausreichend zu begründen. Der 41jährige afroamerikanische Journalist und frühere Aktivist der "Black Panthers" wurde 1982 wegen angeblichen Polizistenmordes in Philadelphia zum Tode verurteilt und sitzt seitdem in der Todeszelle (siehe ak 380 vom 1.7.95).

Der Aufschub des Hinrichtungstermins ist ein großer Erfolg der Solidaritätsbewegung mit Abu-Jamal, die in den USA und im Ausland entstanden ist. Dennoch ist das Todesurteil selbst noch nicht aufgehoben. Wenn die Rechtsmittel ausgeschöpft sind, ist Abu-Jamals Leben erneut akut bedroht.

Seit Mitte Juli läuft in Philadelphia eine Anhörung, mit der entschieden werden soll, ob der ursprüngliche Mordprozeß aus dem Jahre 1982 wiederaufgerollt werden soll. Die Anhörung läuft vor demselben Richter, der Abu-Jamal damals verurteilte. Daß derselbe Richter darüber entscheiden kann, ob beim ersten Prozeß Verfahrensfehler vorlagen, die einen Wiederaufnahmeprozeß rechtfertigen, ist an sich schon ein Skandal, aber in den USA nicht unüblich. Richter Sabo ist außerdem als besonders blutrünstig bekannt: Er hat mehr Todesurteile (31) gefällt als jeder andere Richter in den USA. Mit einer Fax-Kampagne hatten UnterstützerInnen erfolglos versucht, den 74jährigen Richter Sabo dazu zu bewegen, die Anhörung abzugeben.

Im Laufe der Anhörung konnte die Verteidigung mehrere ZeugInnen präsentieren, die massive Zweifel an den Ermittlungs- und Verhandlungsmethoden beim 1982er-Prozeß aufwarfen. So sagte ein früherer Tankstellenpächter aus, daß die Polizei seine entlastende Augenzeugen-Aussage buchstäblich in den Papierkorb geworfen habe. Die Polizei habe später den Zeugen so lange bedroht und auf seiner Tankstelle randaliert, bis er in einen anderen Bundesstaat umgezogen sei. Der Zeuge wurde beim ersten Prozeß nie vernommen. Das Boulevardblatt "Philadelphia Daily News" berichtete über diese Zeugenaussage auf der gesamten Titelseite: "For Mumia ... Best Comes Last".

Am 11. September will Richter Sabo einen weiteren Zeugen vernehmen und die Plädoyers von Verteidigung und Staatsanwaltschaft hören. Danach wird er über die eigentliche Wiederaufnahme des Verfahrens entscheiden. Bei einer Ablehnung kann die Verteidigung in die nächste Instanz gehen - ein Verfahren, das viele Monate dauern kann. Genug Zeit also, um eine noch stärkere Bewegung für die Freilassung von Abu-Jamal aufzubauen.

Proteste in den USA

Seit der konservative Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, am 1. Juni 1995 den Hinrichtungsbefehl gegen Abu-Jamal unterzeichnete, hat der Kampf um das Leben des Journalisten eine unerwartete Intensität erreicht. In zahlreichen Städten der USA gab es (zum Teil militante) Demonstrationen. Politische Gefangene in US-Knästen und ihre UnterstützerInnen organisierten einen Staffel-Hungerstreik. Einzelne liberale Kommunalparlamente verabschiedeten Protestresolutionen. Prominente Kulturschaffende erklärten ihre Unterstützung für Abu-Jamal. Der Bürgerrechtler und ehemalige demokratische Präsidentschaftsbewerber Jesse Jackson besuchte demonstrativ die Anhörung. Der katholische Kardinal von Philadelphia bat den Gouverneur, einen gläubigen Katholik, die Hinrichtungsbefehle gegen Abu-Jamal und andere Gefangene zurückzunehmen.

Bürgerliche Massenmedien berichteten kritisch über Anhörung und forderten eine Aufhebung des Hinrichtungsbefehls, teils weil sie (wie die "New York Times" und die "Washington Post") prinzipiell die Todesstrafe ablehnen, teils aus "taktischen" Überlegungen. Die "Philadelphia Daily News" brachte es am

21.7.95 auf den Punkt: "Abu-Jamal in einen Märtyrer zu verwandeln, an dem sich eskalierende Unruhen entzünden könnten, würde niemandem nützen."

Allerdings blieb auch die Gegenseite nicht untätig. Die Staatsanwaltschaft hält weiterhin an ihrer Version fest, Abu-Jamals Schuld sei zweifelsfrei bewiesen. Die rechte PolizistInnen-Gewerkschaft Fraternal Order of Police, die schon seit 13 Jahren die Hinrichtung des vermeintlichen "Cop-Killers" fordert, organisiert Aktionen gegen Pro-Mumia-Veranstaltungen. So demonstrierten im Juli rund 500 PolizistInnen vor dem Gewerkschaftshaus der Gesundheitswesen-Beschäftigten in Philadelphia, während dort eine Benefizveranstaltung für Abu-Jamal stattfand.

Die Rolle der internationalen Solidarität

Bis vor wenigen Monaten bestand die merkwürdige Situation, daß Abu-Jamals Name im Ausland (vor allem in Deutschland) bekannter war als in den USA selbst. In der BRD hatten sich zunächst fast nur Leute aus dem autonomen Spektrum um den Fall gekümmert und in langwieriger Kleinarbeit begonnen, Solidarität zu organisieren. Dies hat Früchte getragen: Auch hierzulande hat es seit der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls unzählige Aktionen vor US-Konsulaten und anderen US-amerikanischen Einrichtungen gegeben. Am 22. Juli demonstrierten in Berlin mehrere tausend Menschen gegen die drohende Hinrichtung. In den Knästen beteiligten sich politische und andere Gefangene an einem dreitägigen Soli-Hungerstreik. Presse und Fernsehen berichteten relativ ausführlich, selbst die FAZ berichtete mehrmals mit deutlicher Sympathie für Abu-Jamal. Die IG-Medien startete eine Postkartenaktion. Ex-Bundespräsident von Weizsäcker und Außenminister Kinkel wandten sich an US-Behörden mit der Bitte, die Hinrichtung auszusetzen.

In Italien unterzeichneten rund 100.000 Menschen einen Appell gegen Abu-Jamals Hinrichtung. Über 500 AutorInnen schlossen sich einem Aufruf des internationalen Schriftstellerparlaments in Straßburg an. In der kommunistischen Gewerkschaft CGT organisierte französische Hafenarbeiter verabschiedeten eine Resolution für das Leben Abu-Jamals, etc.

Ob internationale Proteste einen unmittelbaren Druck auf die Verantwortlichen in Pennsylvania (z.B. Gouverneur Ridge und Richter Sabo) ausüben, darüber läßt sich nur spekulieren. Zweifellos hat die ausländische Solidarität aber dazu beigetragen, daß Abu-Jamals Fall in der US-Öffentlichkeit überhaupt zur Kenntnis genommen wurde. Die meisten Hinrichtungen werden gerade noch in den jeweiligen Lokalzeitungen erwähnt und ansonsten ignoriert. Zunächst äußerten US-Zeitungen offene Verwunderung über die große internationale Aufmerksamkeit für einen US-amerikanischen Todesstrafengefangenen, dann machten sie sich an eigene Recherchen und berichteten relativ ausführlich über die laufende Anhörung und die Hintergründe.

Schon allein die Tatsache, daß Abu-Jamals Verteidigung überhaupt einen Wiederaufnahme-Antrag einreichen konnte, ist zum Teil der internationalen Solidarität zu verdanken. Vorausgegangen waren jahrelange Recherchen (z.T. mit Hilfe eines Privatdetektivs), um die ursprünglichen Augenzeugen von 1981 ausfindig zu machen, neue medizinische und ballistische Gutachten anzufertigen, etc. Die immensen Kosten dafür wurden auch in der BRD aufgebracht. Zu einer Zeit, als die Abu-Jamal-Solidarität noch kaum über das autonome Spektrum hinausreichte, wurden hierzulande rund 100.000 Mark gesammelt und in die USA überwiesen.

Andere Hinrichtungen in den USA

Unterdessen läuft die staatliche Tötungsmaschinerie in den USA weiter. Am 16. August 1995 wurde in Pennsylvania der Gefangene Leon Moser per Giftspritze hingerichtet. Moser war im Januar 1986 wegen Mordes an seiner Ex-Ehefrau und seinen beiden Kindern zum Tode verurteilt worden. Er hatte es abgelehnt, gegen seinen Hinrichtungsbefehl Rechtsmittel einzulegen. Nach einer 33jährigen Pause, in der in Pennsylvania die Todesstrafe nicht mehr vollstreckt worden war, ist Leon Moser der zweite Gefangene, der in dem Bundesstaat hingerichtet wurde (der erste war am 2. Mai 1995 Keith Zettlemoyer, der sich ebenfalls nicht mehr gegen seine Tötung gewehrt hatte).

Zwei weitere Gefangene hätten im August exekutiert werden sollen, ihre Hinrichtungstermine wurden jedoch bereits im Juli wieder außer Kraft gesetzt. Im Moment stehen in Pennsylvania keine weiteren Hinrichtungstermine an. Dies kann sich jedoch schnell wieder ändern, wenn der Gouverneur wieder "Flagge" zeigen will und weitere Hinrichtungsbefehle unterzeichnet.

Unterdessen wird in anderen US-Bundesstaaten weiter exekutiert. Insgesamt befinden sich in den USA 3009 Gefangene (Stand Anfang August) in den Todeszellen. Zur Zeit gibt es landesweit etwa 30 Hinrichtungen im Jahr, mit steigender Tendenz. Die nächste ist in Texas für den 29. August geplant (weitere Details sind dem Autor nicht bekannt). Am 31. August soll im Bundesstaat Arkansas ein Gefangener hingerichtet werden, an dessen Schuld massive Zweifel bestehen.

In Texas, dem Staat mit den meisten vollstreckten Todesurteilen, hätte am 17. August, also am selben Tag wie Abu-Jamal, der Gefangene Thomas Miller-El hingerichtet werden sollen. Anfang August erhielt er jedoch einen zweimonatigen Aufschub bis zum 17. Oktober. Auch Miller-El will eine Wiederaufnahme seines Prozesses erreichen. In den vergangenen Jahren hat er sich bei der Zeitschrift "Endeavor" engagiert, die von Todesstrafen-Gefangenen herausgegeben wird (siehe taz vom 1.6.95).

Wie weiter?

Unmittelbares Ziel ist die Wiederaufnahme des Mordprozesses gegen Abu-Jamal. Nach einer Ablehnung durch Richter Sabo entscheidet darüber der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania. Das Antirepressionsprojekt Equal Justice bittet, Faxe an den Obersten Richter zu schicken: Chief Justice Robert Nix, Faxnummer: 001-215-560-2551. Möglicher Text: Dear Sir, We demand a new trial for Mumia Abu-Jamal. Sincerely,...

Für die Solidaritätsbewegung wird es darauf ankommen, ob sie auch ohne den "Show-down" einer bevorstehenden Hinrichtung über genug langen Atem verfügt, um Abu-Jamals Freilassung durchzusetzen. Das wird weitere Öffentlichkeitsarbeit, Faxkampagnen, Prozeßbeobachtungs-Delegationen und Protestaktionen erfordern. Zu hoffen ist, daß die internationale Aufmerksamkeit nicht auf einen prominenten Todesstrafenfall beschränkt bleiben wird.

Der Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal kann den Blick auch für die anderen Todesstrafengefangenen und für andere revolutionäre Gefangene in den US-Knästen öffnen. Informationen über "Urgent Actions" (internationale Brief- und Fax-Kampagnen) gegen drohende Hinrichtungen gibt es bei amnesty international (Bonn), Tel.: 0228/983730. Informationen über andere revolutionäre Gefangene in den USA, die oft zu langjährigen Haftstrafen verurteilt sind gibt es beim Archiv '92 (Bremen), Tel. 0421/354029.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Weg mit der Todesstrafe!

mi.

Der Buchtip zu Mumia Abu-Jamals Essays "... aus der Todeszelle - Live from Death Row" befindet sich auf Seite 32.

Buchtip:

Live from Death Row ... aus der Todeszelle

"Mumia Abu-Jamal, das wird oft vergessen, fordert die Revolution." (ZDF-Auslandsjournal, 7. August 1995)

Die Unterstützungskampagne für Abu-Jamal konzentrierte sich (zu Recht) darauf, das Leben des Verurteilten zu retten. Wer darüber hinaus etwas über Mumia Abu-Jamal und seine politischen Auffassungen erfahren will, sollte die Essays des afroamerikanischen Journalisten lesen. Die englische Originalfassung des Sammelbandes erschien im Mai 1995 in den USA (siehe ak 380) und befindet sich bereits in der dritten Auflage (über 50.000 verkaufte Exemplare). Das Buch wurde zu einem wichtigen Instrument der US-Unterstützungsbewegung.

Der Bremer Kleinverlag AGIPA-Press hat das Buch jetzt auf deutsch herausgebracht und mit einem Nachwort über die Todesstrafe und die Organisation MOVE, mit der Abu-Jamal sympathisiert, versehen. Trotz einzelner kleiner Fehler (so handelt es sich z.B. bei der US-amerikanischen "social security" nicht um "Sozialfürsorge" (S.85), sondern um die allgemeine Rentenversicherung) ist die Übersetzung ausgezeichnet und läßt auch im Deutschen spüren, wie wortgewandt und ausdrucksstark Abu-Jamal schreibt.

Die rund 40 Essays schildern u.a. das "Leben" in der Todeszelle, das rassistische und menschenverachtende Justizsystem und Abu-Jamals Erinnerungen an seine frühere Black-Panther-Genossen. Das Buch eignet sich hervorragend für eine Solidaritätsarbeit, die nicht ausschließlich humanitär argumentieren, sondern Abu-Jamal auch als politischen Menschen zeigen will. Die Essays können auch hierzulande helfen, eine revolutionäre Kritik an Rassismus und Klassenjustiz zu entwickeln.

mi.

Mumia Abu-Jamal: "... aus der Todeszelle - Live from Death Row", Bremen 1995, 298 Seiten, 28 Mark.

(Mehr zu Mumia Abu-Jamal auf S. 36)

32. Buchbesprechung: Antifaschisten - Unbequeme Zeugen

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:10

Dieses Buch handelt von den Mühen des aufrechten Gangs. Es handelt von den erstaunlichen Varianten staatlich organisierter Niedertracht in Nazideutschland, aber auch in den sich antifaschistisch begreifenden Staaten. Es stellt vierzehn Menschen vor, die sich widersetzten.

Die neun Männer und fünf Frauen, die der Rostocker Historiker Karl Heinz Jahnke jeweils mit einer biografischen Skizze, mit Fotos und Texten der Portraitierten vorstellt, gehörten zum kommunistisch geprägten antifaschistischen Widerstand. Sie lebten oder leben in Großbritannien, Italien, Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und den beiden deutschen Staaten. Die meisten haben studiert oder wollten studieren, wurden aber durch politische Umstände daran gehindert.

Elfriede Paul, die sich am Widerstand der "Roten Kapelle" beteiligt hatte, wurde kurz nach der Befreiung vom Faschismus zunächst Ministerin in Niedersachsen und später Medizin-Professorin in der DDR. Der britische Kommunist Allan Merson war als Offizier der britischen Armee mehrere Jahre in der Westzone tätig. Später war er viele Jahre lang Hochschullehrer für Geschichte in Southampton. Max Oppenheimer, ein jüdischer Kommunist aus Baden, durfte unter den Nazis nicht studieren und machte im Exil in England eine Ausbildung als Schlosser. Im Pensionsalter promovierte er an der Universität Bremen.

Der Tscheche Bohdan Rossa, der als Student am Widerstand beteiligt war, begann nach dem Krieg ein Medizinstudium, das er wegen der Übernahme von Parteifunktionen abbrach. Jewgeni Kirsch aus Moskau wurde bei einem Versorgungsflug für die sowjetischen Partisanen abgeschossen und über mehrere Lager-Stationen ins KZ Buchenwald verschleppt. Er überlebte das Lager nur dank der Solidarität von Mithäftlingen. Die sowjetische Partisanin Nora Smirnowa wurde als Zwangsarbeiterin nach Deutschland gebracht und konnte mit Hilfe von deutschen Antifaschisten fliehen. Sie wurde aber erneut gefangen und kam in ein Außenlager des KZ Ravensbrück. Erich Jungmann und seine Frau Rosl arbeiteten unter den Emigranten in Mexiko an der Schaffung eines antifaschistischen Bündnisses. Ernst Buschmann kämpfte als Offizier der Internationalen Brigaden in Spanien gegen Franco und später in der Resistance, die nicht nur "französisch" war.

Es sind also Biografien, die stellvertretend für einige Facetten des Widerstands gegen den Faschismus stehen. Die besondere Leistung des Buches liegt darin, nicht nur entscheidende Erlebnisse der vorgestellten Personen im Faschismus und im antifaschistischen Widerstand darzustellen, sondern auch zu zeigen, wie mit ihrer Zeugenschaft nach 1945 umgegangen wurde.

Die vorgestellten Menschen sind in der Tat unbequeme Zeugen. Ihr Zeugnis ist manchmal regelrecht unerwünscht. Das Buch von Allan Merson über den kommunistischen Widerstand in Deutschland erschien in Großbritannien und in den USA. Aber nicht in Deutschland (Ost und West), war es doch für die DDR-Geschichtsschreibung zu kritisch und für die BRD-Geschichtsschreibung zu parteiisch. Das Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen war aber noch die harmloseste Variante des Umgangs mit den unbequemen Zeugen.

Bodhan Rossa und seine jüdische Frau wurden während des Schauprozesses gegen Rudolf Slansky in Prag mit dem "antizionistisch" getarnten stalinistischen Antisemitismus konfrontiert. Die Art, wie dabei angebliche Kollaboration mit der SS zum Anklagepunkt gegen einzelne, meist jüdische Antifaschisten gemacht wurde, gehört zu den traurigsten Kapiteln der tschechischen Nachkriegsgeschichte.

Die KPD zwang zu Beginn der 50er Jahre Jungmann und Buschmann wegen ihres Exils im "Westen" zur Niederlegung ihrer Funktionen in der Partei und verlangte ihre Übersiedlung in die DDR. Beide beugten sich der Parteidisziplin. Sie mußten in der DDR in untergeordneten Positionen arbeiten und wurden nach dem 20. Parteitag der KPdSU klammheimlich rehabiliert. Jungmann war vielleicht wegen der jüdischen Herkunft seiner Frau aufmerksamer für die Nazi-Verbrechen gegen die Juden. Im mexikanischen Exil forderte er in einem Zeitungsartikel die vorrangige Entschädigung der Juden in einem antifaschistischen Deutschland. Daraus

machte die SED 1952: "Die von den Genossen Alexander Abusch ... und Erich Jungmann in Mexiko herausgegebene Zeitschrift `Freies Deutschland' entwickelte sich immer mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen." (zitiert nach Jahnke, S. 46)

Max Oppenheimer lehnte die angeordnete Übersiedlung in die DDR ab und verlor seine Anstellung bei der KPD. Arbeitslosigkeit war die Folge, später eine unqualifizierte Arbeit in der Stadthalle in Wiesloch. Ab 1957 folgte dann eine führende Tätigkeit in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

Die Niedertracht aus den eigenen Reihen muß moralisch ungleich schwerer zu verarbeiten gewesen sein als das, was den Betroffenen von den feindlichen Nazis widerfuhr. Den Nazis konnten sie ihre (internationale) Solidarität entgegensetzen. Den Anschuldigungen aus den eigenen Reihen waren sie machtlos und isoliert ausgesetzt. Über die Gefühle in solchen Situationen erfährt der Leser recht wenig.

Die eindrucksvolle Grafik auf dem Buchdeckel betont stark das Leiden der Antifaschisten. Ein Titelbild, das den Aspekt des Kampfes betont, wäre angemessener gewesen. Denn auch das wird in den biografischen Skizzen deutlich: Fast allen vorgestellten Antifaschisten ist es gelungen, ihre Erlebnisse und Erfahrungen in Ausstellungen, Büchern und Gesprächen weiterzugeben. Ihr Kampf war zumindest teilweise erfolgreich.

Jedes einzelne Portrait, oft in einer etwas "offiziellen" Sprache geschrieben, gewinnt durch die Zusammenstellung mit den anderen Portraits. Der Leser fühlt sich zu Vergleichen eingeladen und kann einiges über die politische Kultur des jeweiligen Landes erfahren. Was den Umgang mit Geschichte und mit den Zeitzeugen angeht, schneiden Polen, Italien und Großbritannien am besten ab.

Im Vorwort, in dem er auf die spezifischen Versäumnisse der Geschichtsschreibung in beiden deutschen Staaten eingeht, gibt der Autor ein Resümee: "Diejenigen, die überlebten, hatten es auch nach dem Sturz des Dritten Reiches nicht leicht. Die meisten von ihnen erfuhren wenig Dank und Anerkennung, als sie aus dem Untergrund, der Haft oder dem Ausland heimkehrten. Dies hängt sicher damit zusammen, daß sie sich anders verhalten hatten als die große Mehrheit ihrer Landsleute."

Karl Heinz Jahnke verlor wegen "mangelnden Bedarfs" 1991 seine Professur für deutsche Geschichte der Neuesten Zeit an der Universität Rostock. So sind also selbst diejenigen, die den unbequemen Zeugen Gehör verschaffen, unbequem. Kann man ihnen ein besseres Kompliment machen?

Dietrich Marquardt

Karl Heinz Jahnke: Antifaschisten - Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1994, 231 S., 29,90 DM.

33. Gesamtschule im Gegenwind

Autor: Phylax · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:19

Durch den deutschen Blätterwald ging Anfang des Jahres ein Rauschen: 25 Jahre Gesamtschule. "Die Gesamtschule als rotes Tuch" (Süddeutsche Zeitung 15.3.95), "Die richtige Schule für alle?" (Focus 27.3.95), "Gesamtschulen sind nicht zu retten" (taz 28.1.95), "Attacke auf Gesamtschule" (Frankfurter Rundschau 28.1.95) titelten die Zeitungen.

Die neuerliche Debatte über die Gesamtschule wurde losgetreten durch die vier Thesen des pensionierten Oberstufenkoordinators Ulrich Sprenger aus Recklinghausen. Sprengers Fazit ist eine vernichtende Kritik an den Gesamtschulen: Sie seien eine pädagogische Fehlkonstruktion und nicht mehr zu reformieren. 30 KollegInnen aus Gesamtschulen schlossen sich dieser Ansicht des Kollegen Sprenger an, wollten aber aus Angst vor Schikanen und dienstlichen Nachteilen an ihrer Schule ihre Namen nicht nennen. Die Hauptkritik der Thesen richtet sich gegen das Fachleistungsprinzip der Gesamtschulen, durch das fächerübergreifende, konstante Lerngruppen verhindert würden. Der stabile Klassenverband werde aufgelöst und die SchülerInnen in unterschiedliche Leistungsniveaus atomisiert. Lohnt es sich für Linke, das Gesamtschulsystem gegen diese massive Kritik offensiv zu verteidigen? Welche Argumente können überzeugen gegen die Kritik, die aus dem Innenleben des Schulalltags kommt, unterstützt wird von den Medien, unwidersprochen bleibt von der SPD, den Grünen und der von Selbstzweifeln geplagten GEW.

Rufen wir uns die Entwicklung noch einmal in Erinnerung: das Konzept Gesamtschule bildet sich im Zusammenhang der radikaldemokratischen Massenbewegung, der APO, Ende der 60er Jahre heraus. Die Gesamtschule entstand in scharfer Auseinandersetzung mit dem dreigliedrigen Schulwesen, das durch seine Struktur bis heute Arbeiterkinder vom Hochschulstudium und damit einem sozialen Aufstieg ausschließt.

Die bisher praktizierten autoritären Erziehungsmodelle, die frühe Selektion beim dreigliedrigen Schulwesen und die überholten Inhalte des Gymnasiums schälten sich als Fortsetzung der Kritik an der verkrusteten Universität heraus. "Unter den Talaren der Muff von 1.000 Jahren" lautete die Parole gegen die bestehenden Verhältnisse an den Universitäten. "Für eine demokratische Schule mit gleichen Bildungschancen für alle" - das war die konsequente Forderung der APO bezogen auf die Schule. Tausende LehramtsstudentInnen machten sich auf zum Marsch durch die Institutionen und beteiligten sich an der Gründung der ersten Gesamtschulen. Viele reformerische Illusionen waren damit verbunden. Die SPD verhielt sich zunächst abwartend, nahm sich dann aber dieser bildungspolitischen Reformansätze an und förderte sie in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen und den beiden Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen und Hessen. Viele Gesamtschul-AktivistInnen der ersten Stunde wurden so in die SPD integriert und machten Karriere bei ihrem Marsch durch die Institutionen. Auch die GEW bildete während dieser Zeit ihr Profil heraus und wurde für viele Linke attraktiv.

CDU gegen demokratische Schule

Die CDU und die Springerpresse liefen Sturm gegen die Gesamtschule und die hinter ihr stehende radikaldemokratische Massenbewegung. Entgegen der Behauptung der CDU beinhaltete das Gesamtschulkonzept nie die Überwindung sozialer Klassenschranken durch Gleichmacherei. Vielmehr sollte es bessere Voraussetzungen für eine demokratischere Schule schaffen, in der Lernen Spaß macht. Der CDU wollte der linken Gesamtschulbewegung eine Niederlage bereiten und die beteiligten LehrerInnen, Eltern und Sektoren der Hochschulen zur Anpassung und Resignation zwingen. Die Argumente glichen im Kern den heutigen Thesen des pensionierten Lehrers Sprenger. Die CDU hatte in den 70er Jahren keinen Erfolg mit ihrer Kampagne, im Gegenteil: auch Bayern und Baden-Württemberg richteten zwei Versuchsgesamtschulen ein, erklärten allerdings 1988 den Schulversuch für beendet.

Anfang der 80er Jahre behauptete sich die Gesamtschulbewegung, wesentlich gestützt durch innovative LehrerInnen, die GEW, Eltern, die an pädagogischen Fragen interessiert waren, und HochschullehrerInnen. Sie wurde von der SPD in den Bundesländern, in denen sie die Mehrheit hatte, geduldet. Von der Gesamtschule gingen viele curriculare Impulse aus zur Modernisierung der Fächer und Unterrichtsmethoden, wie z.B. Projektwochen. Diesen Neuerungen konnte sich auch das altehrwürdige Gymnasium nicht entziehen. Es übernahm manche Modernisierung und entstaubte seinen Wissenskanon von altsprachlichem, überholtem

Bildungsballast. Die Oberstufe wurde reformiert, mehr Wahlmöglichkeiten wurden eingeführt. Ein technisches Gymnasium entstand. Die Gründungsphase der Gesamtschule wurde 1982 mit der Kultusministerkonferenz zur gegenseitigen Anerkennung der Schulabschlüsse abgeschlossen.

Bayern drohte damals damit, Schulabschlüsse aus SPD-regierten Ländern mit Gesamtschulen nicht anzuerkennen, wenn diese nicht bestimmte Anforderungen erfüllten. Damit setzte die CDU/CSU der Gesamtschule erneut die Daumenschrauben an und verunsicherte Eltern und SchülerInnen. Die SPD-Länder lenkten ein, die Kernfächer Deutsch, Mathematik und Englisch bekamen mehr Gewicht, und die Differenzierung spätestens ab Klasse 7 wurde festgeschrieben. Trotz Fesseln gelang es der Gesamtschulbewegung, durch Eltern-, LehrerInnen- und Kommuneninitiativen weitere Schulen zu gründen und sich auszudehnen. In Nordrhein-Westfalen besuchen 16%, in Hamburg und Westberlin jeweils 30% der SchülerInnen die Gesamtschule. So erfreulich diese Ausdehnung der Gesamtschule in den 80er Jahren auch war, so muß gleichzeitig festgestellt werden, daß das Gymnasium als Hauptkonkurrent seine Anmeldezahlen auf 35% bis über 40% gesteigert hat.

Trend zum Gymnasium

Das Gymnasium hat also die Nase vorn. Der Gesamtschule ist es nicht gelungen, sich als Regelschule durchzusetzen. Wie ist diese Situation entstanden? Während der 80er Jahre veränderte sich das wirtschaftliche Klima zuungunsten der sozial benachteiligten Schichten. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über drei Millionen, nach der Wiedervereinigung auf über vier Millionen. Die Armut wuchs. Betroffen sind vor allem Haushalte mit Kindern und hier wiederum besonders alleinerziehende Frauen. 12% der Kinder in den alten Bundesländern und 20% in den neuen Bundesländern wachsen mit Sozialhilfe auf.

Härtere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zerstörte den ausgleichenden, kompensatorischen Anspruch der Gesamtschule. Der aufstiegsorientierte Mittelstand, der sich um die Berufschancen seines Nachwuchses schon vor dessen Geburt sorgt, wählt den Weg zum Abitur über das Gymnasium, wie das Wahlverhalten der Eltern zeigt. In NRW werden in ländlichen Gebieten weite Schulwege in Kauf genommen, damit die Kinder das entferntere Gymnasium statt der nahegelegenen Gesamtschule besuchen können. Die Folge ist, daß die Gesamtschule nicht mehr Schule für alle, sondern Schule zweiter Wahl wird und unter diesen Bedingungen den Konkurrenzkampf mit dem dreigliedrigen Schulwesen, insbesondere mit dem Gymnasium, aufnehmen muß.

Trotz dieser Widrigkeiten konnte sich die Gesamtschule durch SPD-Regierungswechsel im Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz weiter ausdehnen, so daß sie bundesweit 7% der SchülerInnen erreicht hat. D.h. von insgesamt 12 Millionen SchülerInnen besuchen etwas mehr als 800.000 Gesamtschulen. Die SPD schleicht sich leise von der Förderung und Duldung der Gesamtschule davon, wie das aktuelle Beispiel des Wahlkampfes in NRW zeigt. Dort möchte die SPD nicht über dieses Thema diskutieren. In Hamburg hat die SPD 1977 den Eltern die Entscheidung über die Schulart überlassen und in den 80er Jahren das Ziel, die Gesamtschule als Regelschule einzuführen, aus dem Schulverfassungsgesetz gestrichen. Die Grünen äußern sich nur sehr verschwommen zum Thema und lehnen "große Mammutschulen" ab. Die LehrerInnenschaft und die GEW als Hauptbündnispartner der Gesamtschulbewegung sind in diesem Prozeß mürbe und müde geworden. "Zwischen Selbstbewußtsein und Selbstzweifel" titelte die GEW-Zeitung Erziehung & Wissenschaft.

Nach der Angliederung der DDR konnte die Gesamtschule durch die neuen Bundesländer ab 1990 nicht profitieren. Die polytechnische Einheitsschule der DDR wurde nicht in ein Gesamtschulsystem überführt, sondern zerschlagen und in den CDU-regierten Ländern durch das dreigliedrige ersetzt. Nur das Land Brandenburg hat flächendeckend 300 integrierte Gesamtschulen eingerichtet, so daß 55% aller SchülerInnen der Klassenstufe 7 diese Schulart besuchen.

Gesamtschule verteidigen!

Die Bedingungen, die Gesamtschule gegen die neuerlichen Anwürfe und gegen den Sparkurs der öffentlichen Haushalte zu verteidigen, sind nicht sehr günstig. Die Gesamtschulbewegung ist angesichts resignierter, altgewordener LehrerInnen und ambivalenter Positionen von Grünen, SPD und Gewerkschaften in der Defensive. Es lohnt sich aber nach wie vor, einige Errungenschaften der Gesamtschule zu verteidigen.

Allerdings muß man sich auch aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse einstweilen von der Vorstellung verabschieden, daß die Gesamtschule eine Schule für alle ist oder wird.

Das lange Offenhalten der Schullaufbahn, das die integrierte Gesamtschule gewährleistet, kommt vor allem ausländischen SchülerInnen oder SpätentwicklerInnen zu gute, die als QuereinsteigerInnen ihre Chancen auf einen möglichst guten Schulabschluß wahren können. Ausländische SchülerInnen erreichen im Gesamtschulsystem bessere Schulabschlüsse. Die Gesamtschule ermöglicht eine bessere Integration als das selektive dreigliedrige Schulsystem.

Die Gesamtschulbewegung muß sich offensiv der Konkurrenz zum Gymnasium stellen. Die Gesamtschule ist innovativer und hat modernere Inhalten. Sie ist der Berufswelt gegenüber aufgeschlossener als das Gymnasium mit seinen überholten Methoden und Inhalten. An diesem Punkt kann sich die Gesamtschule mit dem Gymnasium messen und das Gymnasium als Schulform offensiv kritisieren. Das Gymnasium hat viel von der Gesamtschule kopiert. Die Kritik, daß das Leistungsniveau der Gesamtschule niedriger als am Gymnasium ist, ist nachrangig angesichts dessen, daß das Gymnasium für manche das Rückläuferproblem als soziale und menschliche Härte produziert. Von einem Gymnasium abgeschult zu werden wegen mangelhafter Leistungen und als VersagerIn zu gelten, wirkt sich in den meisten Fällen negativ auf das Selbstbewußtsein der SchülerInnen aus. Das Gesamtschulsystem ist sozialer, es gibt kein Sitzenbleiben und nur wenige Schüler verlassen die Schule aufgrund von mangelhaften Leistungen.

Hochschulen beklagen die mangelnde Studierfähigkeit der AbiturientInnen. Das Studium dauert zu lange. Die berufliche Ausbildung und Fachhochschulen sollen gegenüber dem Abitur aufgewertet werden. Auch in diese Diskussion könnte die Gesamtschulbewegung durch das Propagieren des Kollegschulsystems aus NRW "Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung" einsteigen. Diese Ausbildung ermöglicht eine Doppelqualifizierung (Abitur und Beruf) in der Oberstufe nach vier Jahren.

Die Gesamtschule sollte sich nicht einigeln und nur das Erreichte verteidigen, sondern die Kritik aufnehmen, sie vereinzele die SchülerInnen durch das Differenzierungssystem und die Auflösung des stabilen Klassenverbandes. Die Gesamtschule sollte nach Wegen suchen, mehr persönliche und kollektive Kontinuität herzustellen. Im Gegensatz zu den KritikerInnen aus NRW meine ich, daß das Gesamtschulsystem sehr wohl reformierbar ist. Die Grenze der Wandlung für die Gesamtschule ist da erreicht, wo einige KritikerInnen das Gesamtschulsystem von innen her aushöhlen und dem dreigliedrigen Schulwesen wieder angleichen wollen. Dies wird inzwischen an einigen Gesamtschulstandorten diskutiert, um sich für die Mittelschichten attraktiver zu machen und als Sparmodell dem staatlichen Primat der Ökonomie entgegen zukommen.

All das sind kleine und mühsame Schritte. Sie sind der Schwäche der momentanen Gesamtschulbewegung angemessen. Das Ziel ist, sich nicht vom dreigliedrigen Schulwesen angesichts des finanziellen Kahlschlages im Bildungsbereich dominieren zu lassen und eine Restauration des dreigliedrigen Schulwesens zu verhindern. Gesamtschule als Regelschule oder als zweigliedriges Schulsystem neben dem Gymnasium ist wohl in dieser Republik unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht machbar, aber als konkrete Utopie bewahrenswert.

Phylax (Hamburger Lehrer)

34. Die kleinste Minderheit der Welt. Zum Gedenken an Alexander Langer

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:06

Am 3. Juli hat sich Alexander Langer, einer der Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament, in der Nähe seines Hauses in Florenz das Leben genommen. Einen Tag später wurde er gefunden, erhängt an einem Aprikosenbaum. Auf mehreren Zetteln hatte er das Motiv für die Tat zu erklären versucht: Er sei "verzweifelter denn je" und halte "die Belastungen" nicht mehr aus. Die in den Medien kolportierte These, Langer sei "wegen Bosnien" gestorben, wurde von Freunden zurückgewiesen. Sowohl Adriano Sofri als auch Reinhold Messner widersprachen, hoben aber Langers Engagement für eine Beendigung des Krieges in Ex-Jugoslawien als seine wichtigste politische Aktivität der letzten Jahre hervor. Langers Tod soll Anlaß sein, seine politischen Überzeugungen und Leistungen - ebenso die Enttäuschungen und Niederlagen - in Erinnerung zu rufen.

Alexander Langer wurde am 22. Februar 1946 in Sterzing/Vipiteno (Südtirol) geboren. In Florenz, Bonn und Trento studierte er Rechtswissenschaften und Soziologie. Er unterrichtete an Gymnasien in Südtirol und Rom, später an den Universitäten Trento, Klagenfurt und Urbino. Deutschsprachigen StudentInnen der Erziehungswissenschaft wurde der Name Alexander Langer ab 1970 geläufig. Zusammen mit Marianne Andre hatte er ein antiautoritäres Kultbuch der siebziger Jahre übersetzt: "Die Schülerschule", der 1967 entstandene Brief von SchülerInnen der Scuola di Barbiana an ihre Lehrerin. In der selbstorganisierten Schule, in der es keine Zensuren gab, unterrichteten ältere Schüler "diejenigen, die weniger wissen als sie", vor allem in Italienisch und Fremdsprachen. Sprachunterricht wurde als Mittel internationaler Solidarität verstanden: "Wir möchten, daß alle Armen der Welt Sprachen lernen, um sich untereinander verstehen und zusammenschließen zu können. So gäbe es keine Unterdrücker mehr, und keine Vaterländer und keine Kriege." (1) Alexander Langer hat sich diesen träumerischen Lehrsatz der SchülerInnen von Barbiana zu eigen gemacht. Er, der mehrere europäische Sprachen beherrschte, mußte allerdings erkennen, daß Kommunikationsfähigkeit allenfalls eine Voraussetzung für Völkerverständigung ist.

Politisch orientierte Langer sich Ende der sechziger Jahre ganz nach links. Er wurde führendes Mitglied der 1969 entstandenen Organisation Lotta continua (LC) und Herausgeber der 1971 gegründeten gleichnamigen Zeitung. Die militante maoistische Gruppierung zog seit dem "Heißen Herbst" 1969 auch die kämpfenden ArbeiterInnen an, denen die kommunistische Partei (PCI) nicht radikal genug war. Auch nördlich der Alpen schlug manches Herz höher, wenn von "Lotta" die Rede war. Der 1971 gegründete Kommunistische Bund (KB) war einige Jahre lang bevorzugter Bündnispartner der italienischen GenossInnen. Gastredner auf mehreren KB-Veranstaltungen war Alexander Langer, der seine ZuhörerInnen mit kluger Analyse und rhetorischer Kunst begeisterte. In Hamburg sprach er u.a. zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus (Mai 1975) und - als Teilnehmer einer Delegation linker italienischer Intellektueller (Januar 1978) - auf einer Veranstaltung, auf der die These von den Stammheimer "Selbstmorden" im Oktober 1977 angezweifelt wurde.

Ende der siebziger Jahre, Lotta continua war zerfallen, orientierte Alexander Langer sich neu. Nach der Giftgas-Katastrophe von Seveso (1977) entstand auch in Italien eine grüne Bewegung. Langer war Kopf der Südtiroler Liste Neue Linke (später "Alternative Liste für ein anderes Südtirol") und fast neun Jahre lang deren Landtagsabgeordneter. Die Einigung der italienischen Grünen kam jahrelang nur schleppend voran, trotz Langers unermüdlicher Reise-, Vortrags- und Organisationstätigkeit im ganzen Land. In einem 1990 geschriebenen Artikel über die "Entwicklung der grünen Bewegung" Italiens (2) notierte Langer auch seine eigenen Vorstellungen von grüner Politik: "Trasversali`, das heißt lager-unterlaufend zu sein, gehört zu den erklärten politischen Intentionen der italienischen Grünen"; entsprechend "haben sich die italienischen Grünen schon bald als unkonventionelle Bündnispartner für verschiedene Koalitionen entpuppt". Ihr "Trend zur ‚Realpolitik`" war in den achtziger Jahren noch erheblich stärker ausgeprägt als bei der westdeutschen Schwesterpartei. Anders als diese "konnten es sich die italienischen Grünen leisten, nicht alle Anliegen und Bedürfnisse politischer Minderheiten auf sich zu nehmen" - in den Ohren hellhöriger Linksradikaler klingt das provozierend "rechts".

Tatsächlich hätte Langer sich in den achtziger Jahren - wäre er Mitglied der bundesdeutschen Grünen gewesen - eher auf dem rechten Flügel der Partei heimisch gefühlt. Dennoch ist sein Weg vom Linksradikalen zum Realo ohne politische "Berührungsängste" nach rechts nur bei oberflächlicher Betrachtung mit der

Karriere eines Joschka Fischer vergleichbar. Daß er - wie der vom militanten Sponti zum Staatsmann mutierte deutsche Machtpolitiker - wegen der Regierungsfähigkeit der Grünen oder gar wegen der persönlichen Karriere seine Grundüberzeugungen verleugnet hätte, ist unvorstellbar. Karrierismus war ihm fremd; er war "für viele der einzige Politiker nationaler Bedeutung, der nicht in Machtkämpfe und -spiele verstrickt war", schreibt Karl-Ludwig Schibel und fährt fort: "Das mußte Aggressionen auslösen, gerade auch in den eigenen Reihen. Niemand ist ungestraft ein derart guter Mensch, allemal nicht, wenn er mit zerstreuter Gleichgültigkeit gegenüber allen Privilegien nicht zuletzt den Kollegen aus dem progressiven Lager die Wonnen der Macht vergällt. Die Versuche der politischen Gegner, ihn als zwar ehrenwerten, aber weltfremden, utopischen Spinner abzutun, finden ihr häßliches Pendant in den eigenen Reihen, wo die devote Unterwerfung unter das Realitätsprinzip zunehmend als Kennzeichen von Politikfähigkeit gilt." (3)

Auch die von Langer angemeldete Kandidatur für das Amt des Bozener Bürgermeisters hatte nichts mit Postenjägerei zu tun. Es war eine politische Demonstration gegen den "ethnischen Proporz" zwischen "Deutschen" und "Italienern" in Südtirol und gegen die Dominanz der Südtiroler Volkspartei (SVP) und der Neofaschisten (MSI/AN) in den jeweiligen Volksgruppen. Da Langer die per Gesetz vorgeschriebene Zugehörigkeitserklärung zu einer der ethnischen Gruppen stets verweigert hatte, wurde er von der Kandidatenliste gestrichen. Einem machtgeilen "Realpolitiker" wäre das nie passiert.

Langers jahrzehntelanger Kampf gegen die "ethnischen Käfige" in Südtirol ist seine herausragende politische Leistung, auch wenn greifbare Erfolge kaum zu verzeichnen sind. Greifbar und nachlesbar sind Langers aktuelle Kommentare zur italienischen Innenpolitik, die seit vielen Jahren Monat für Monat in der Kommune erschienen sind. Manche gelungene Formulierung wurde auch den ak-Leserinnen zugänglich gemacht; darüberhinaus verdanke ich diesen knappen Texten manche Anregung, manche Hilfe beim Verstehen zunächst unbegreiflicher Vorgänge. Für diese journalistisch brillante Nachhilfe gibt es auch in anderen deutschsprachigen Blättern keinen Ersatz.

So leicht es fällt, Langers politische Leistungen zu würdigen - die Umstände seines Todes sind auch für Menschen, die ihm weder persönlich noch politisch nahe standen, entsetzlich und bedrohlich zugleich. Wenn er, der allen seinen Freunden so stark erschien, schließlich keine Kraft zum Weiterleben mehr hatte - "was machen dann diejenigen, die keinerlei Unterstützung haben?" Die Frage des grünen Abgeordneten Marco Boato richtet sich an all jene, die nach Jahren unermüdlichen Kampfes für eine bessere Welt die ernüchternde Bilanz ihrer Anstrengungen ziehen. Über die persönlichen Motive, die bei Langers Entscheidung für den Freitod zusätzlich eine Rolle spielten, soll hier nicht spekuliert werden. Für Reinhold Messner steht fest, daß Alexander Langers Selbstmord auch eine Reaktion auf seine politische Isolierung war, die ihn, der "immer Minderheit" war, schließlich zur "kleinsten Minderheit der Welt" (4) werden ließ.

Js.

Anmerkungen:

1) Scuola die Barbiana. Die Schülerschule. Brief an eine Lehrerein; Westberlin (Wagenbach) 1970, S. 25

2) in: Michaela Namuth: Modell Italien? Neues aus dem Land der Traditionen; Stuttgart (Hirzel) 1990, S. 91ff.

3) Kommune 8/1995

4) La Repubblica, 7.7.1995

35. "Das verstummte Gespräch". Der Kulturbund feiert sein 50jähriges Bestehen

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:01

Die einen sehen in ihm eine Tarnorganisation der KPD bzw. einen Transmissionsriemen für die SED-Politik; die anderen verstehen ihn als Interessenvertretung der Intelligenz und als kulturpolitischen Gemischtwarenladen für die Bedürfnisse der Basis. Wie ist der Kulturbund einzuschätzen? Welche politischen und kulturellen Ansprüche formulierten seine Gründungsväter, und welche Möglichkeiten unterschiedlicher Interessenvertretung bot der Kulturbund seinen Mitgliedern vor allem in der Frühphase?

Diesen Fragen gingen sieben WissenschaftlerInnen aus den neuen und alten Bundesländern auf einem Symposion des Kulturbundes nach. "Das verstummte Gespräch" war der Titel der Veranstaltung in der ehemaligen Akademie der Künste der DDR, mit der der Verein Anfang Juli sein 50jähriges Bestehen feierte.

Am 3. Juli 1945 waren über 1.000 Intellektuelle im Berliner Rundfunkhaus in der Masurenallee zusammengekommen, um der Öffentlichkeit die Ziele des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands vorzustellen: die Vernichtung der Naziideologie auf allen Lebens- und Wissensgebieten, die Bildung einer überparteilichen Einheitsfront von Künstlern und Wissenschaftlern und die Wiederentdeckung und Förderung der freiheitlichen, humanistischen Traditionen Deutschlands. Die Gründungsmitglieder kamen aus den unterschiedlichsten sozialen, politischen und konfessionellen Gruppierungen. Zu den ersten Aufgaben gehörte die Organisierung eines Gesprächs zwischen den zurückkehrenden Emigranten und den in Deutschland verbliebenen Intellektuellen, zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien und Weltanschauungen. Daß dieses Gespräch in den ersten Jahren der Kulturbundtätigkeit möglich war, darin stimmten alle ReferentInnen überein.

"Der frühe Kulturbund war keine Tarnorganisation der KPD", betonte der Berliner Literaturwissenschaftler Dieter Schiller, der die Rolle von Johannes R. Becher für den jungen Verband untersuchte. Becher wollte die Scheidung von innerer und äußerer Emigration überwinden und aktive Gegner des Nationalsozialismus mit Angehörigen der "alten Intelligenz" zusammenführen, um diesen Selbstkritik und die Überwindung der Isolierung zu ermöglichen. Das setzte die Überparteilichkeit des Kulturbundes ebenso voraus wie das Recht auf eigene Meinung.

Bis 1948 sei der Kulturbund tatsächlich eine "pluralistische, demokratische Organisation" gewesen, meinte Friedrich K. Kahlenberg (Koblenz), der die Nachlässe einiger Gründungsmitglieder gesichtet hat.

Auch die soziale Zusammensetzung des Verbandes war zunächst nicht einseitig. Das zeigte Günther Wirth (Berlin), der die Bedeutung von bürgerlichen Literaten vor allem der "zweiten Reihe" für den Kulturbund hervorhob. Das Bürgertum, dessen Bedeutung für die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone immer unterschätzt wird, war bis 1948 "Partner im verstummten Gespräch".

Etwas andere Akzente setzte Magdalena Heider, Historikerin aus Mannheim. Sie beschrieb den wachsenden personellen und inhaltlichen Einfluß der SED auf den Bund, der zunehmend dafür herhalten mußte, gegen "westliche Dekadenz" (Jazz, Jeans und Ringelsöckchen) zu kämpfen und den sozialistischen Realismus zu propagieren. Die deutschlandpolitische Wende der SED, die den Aufbau des Sozialismus beschloß und damit die Spaltung Deutschlands festschrieb, wurde im Kulturbund mitvollzogen, wenngleich man sich verbal weiterhin zur Einheit Deutschlands und einer gesamtdeutschen Nationalkultur bekannte. Schließlich veränderte die 1949 verordnete Aufnahme von Naturschutz- und Heimatgeschichtsvereinen Mitgliederstruktur und Aktivitäten des Kulturbundes: Er wurde zu einem "kulturpolitischen Gemischtwarenladen", der kulturelle Veranstaltungen organisierte und unter seinem Dach Aquarien- wie Philatelistenvereine versammelte. Von der Bevölkerung wurde er daher, so die abschließende These von Magdalene Heider, als weitgehend unpolitische Organisation wahrgenommen; er konnte deshalb, im Gegensatz zu anderen Massenorganisationen, die DDR überleben und die sogenannte "DDR-Mentalität" stark prägen. Einige Zuhörer aus der Ex-DDR hörten das sehr gerne. Andere haben wohl eher schmerzlich über das ironische Lob für die braven Zierfischzüchter und Briefmarkensammler gelächelt, die ein wenig Farbe in das Grau der "Zone" bringen sollten und angeblich noch heute ein Merkmal für "DDR-Mentalität" sind. Dabei hatte der Kulturbund - zumindest in seinen ersten Jahren -

auch in der Provinz anderes zu bieten. Benno Pubanz (Güstrow) zeigte das in seiner Untersuchung über den frühen Kulturbund in Mecklenburg-Vorpommern.

Den mit Abstand längsten Vortrag hielt der Berliner Zeithistoriker Siegfried Prokop. Er provozierte mit einem nur scheinbar akademischen Thema: Er sprach über die Periodisierung der Kulturbundgeschichte und setzte, im Gegensatz zu den KollegInnen seiner Zunft, neue Zäsuren: Für ihn endet die Frühgeschichte des Kulturbundes (die er allerdings in zwei Phasen unterteilt) erst 1956/57 und nicht 1948. In der ersten Phase, d.h. von 1945 bis 1947/48, war der vom Volksfrontgedanken inspirierte Kulturbund offen für die unterschiedlichsten Strömungen. Dann begann die Stalinisierung (so deutlich in der Wortwahl wurde nur Prokop). Trotzdem blieb der Kulturbund seiner Meinung nach auch von 1947/48 bis 1957, in der zweiten Phase seiner Frühgeschichte, eine Sammelbewegung der Intelligenz mit gesamtdeutscher Orientierung. Prokop unterschlug keineswegs, daß in dieser Zeit der Druck auf den Kulturbund wuchs: 1951 stand er kurz vor dem Verbot, 1952 wurde er organisatorisch umstrukturiert und weitgehend in das zentralistische System eingegliedert. Aber ein "Transmissionsriemen der SED-Politik" war er auch dann noch nicht. Die Mitgliedschaft war freiwillig, und der Bund vertrat die Interessen der Intellektuellen. Antistalinistische Oppositionelle, wie z.B. Ernst Bloch, konnten hier ihre Kritik öffentlich äußern. Auch die Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka operierte auf dem Boden des Kulturbundes. Sie setzte sich vor allem aus MitarbeiterInnen des kulturbundeigenen Aufbau-Verlags und des "Sonntag" zusammen, der Zeitschrift der Organisation; Harich selbst (das ist in der ost- wie westdeutschen Forschung weitgehend unbekannt) gehörte zudem zu den Gründern des Verbandes. Mit den Prozessen gegen Janka und Harich im Jahre 1957 endet für Prokop die Frühphase des Kulturbundes: Ende Oktober 1957 distanzierte Becher sich von der Harich-Janka-Gruppe und bestätigte die führende Rolle der SED. Das Gespräch verstummte, der hohe Anspruch wurde aufgegeben.

Leider konnten die anderen Redner nicht auf Prokops Thesen eingehen, denn die Organisatoren des Symposions hatten keine Zeit für Diskussionen eingeplant. Prokop - einer der Unterzeichner des Aufrufs der 38 - hätte die "DDR-Mentalität" vermutlich ganz anders definiert als Magdalena Heider. Ebenso der Musikwissenschaftler Gerd Rienäcker (Mühlenbeck), der ebenfalls die Sicht auf die Jahre nach 1948/49 erweiterte und über "Errungenschaften und Probleme klassizistischer Kunstkonzepte" sprach. Rienäcker kritisierte die Ablehnung des Jazz und anderer Musiktraditionen in der DDR: Selbst Komponisten wie Hanns Eisler und Paul Dessau hätten einen Teil der Wirklichkeit verfehlt, weil sie sich vorwiegend auf Musik aus der Zeit der vorindustriellen Produktion bezogen. Trotzdem zeigte Rienäcker auch für die klassizistischen Kunstkonzepte Sympathie, die er ein wenig in die Nähe des von ihm durchaus geschätzten Kitsches rückte: Schon in der Klassik mit ihrer Forderung nach Harmonie sei der Realismus abgeschwächt, aber immerhin scheine hier Utopie hervor - ähnlich wie im Kitsch unabgegoltene Sehnsüchte artikuliert würden. Auch für die in SBZ und DDR "verordnete Hochschätzung" der Kunst hatte Rienäcker trotz der damit verbundenen Gängelei einiges übrig. Denn immerhin wurde hier die Arbeit der KünstlerInnen nicht in "gallertartige abstrakte Arbeit" verwandelt wie im Kapitalismus, wo heute vor allem Gleichgültigkeit gegen Kunst zu beobachten sei.

Auf Gleichgültigkeit stößt auch die derzeitige Arbeit des Kulturbundes, wenn nicht gar auf Feindseligkeit. In ihrer Eröffnungsrede benannte Marianne Piehl, die Präsidentin des Vereins, deutlich die Schwierigkeiten: Da die Bundesbehörde für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben über das Vermögen des Kulturbundes verfügt und dessen Konten gesperrt hält, sind die Aktivitäten des vor allem durch ehrenamtliche Arbeit getragenen Vereins sehr eingeschränkt. Der Dialog, der 1945 eröffnet wurde, ist heute nicht mehr möglich. Dabei wäre ein Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschen über gemeinsame kultur- und gesellschaftspolitische Probleme bitter nötig.

Angela Martin

36. Tunnelmenschen

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak381/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:17

Jennifer ist Reporterin. Angeregt durch Gerüchte über sogenannte "Maulwurfsmenschen", die in den U-Bahntunneln von New York leben sollen, beginnt sie zu recherchieren. Da anfangs von Behörden, Polizei und auch von offiziellen Hilfsorganisationen für Obdachlose die Existenz von wohnungslosen Menschen im Untergrund geleugnet wird, begibt sie sich selbst nach unten.

In der Los Angeles Times erscheinen bald darauf ihre ersten Reportagen über das Leben unter New Yorks Straßen. Sie räumt darin auf mit der offiziellen Leugnung dieses sozialen Phänomens, aber auch mit verschiedenen Horrorstorys, die über "Maulwurfsmenschen" kursieren. Sie schildert detailliert ihre eigenen Ausflüge in die Welt der Tunnel, läßt aber auch die "Tunnelmenschen" selbst zu Wort kommen; schildert ihre Biographien und wie sie in diese Lage gerieten. Die Artikel erregen Aufsehen, rufen Anfeindungen hervor. Nachdem Jennifer mehrfach Morddrohungen erhalten hat, verläßt sie New York.

Nun hat sie nach monatelangem Nachdenken ein Buch über ihre Erlebnisse vorgelegt, nicht zuletzt wohl auch, um mit dem Alptraum "Tunnelwelt" fertig werden zu können. Ihre Recherchen sind zweifellos dadurch beeinträchtigt, daß sich Jennifer zwischen den Tunneln und der Oberwelt bewegt hat. Denn in den Tunneln gelebt hat sie nie. Wie tief sie bei ihren Besuchen in die Welt unter New Yorks Straßen auch eindrang, sie wußte stets, daß oben eine Wohnung und ein Bett auf sie wartete. Für die meisten, die unten hausten, gab es jedoch nie einen Weg zurück. Ohne Jennifers Wanderungen zwischen Oberwelt und Tunneln hätte dieses Buch jedoch nie in dieser Form entstehen können.

Wie viele Menschen in New Yorks Untergrund leben, ist umstritten. Die Behörden neigen generell dazu, ihre Zahl zu bagatellisieren. Doch auch Schätzungen von Sozialarbeitern oder den Tunnelbewohnern selber sind stark subjektiv geprägt, zumal viele Wohnungslose als sog. "Pendler" tagsüber oben leben und nur zum Schlafen in die Tunnel kommen. Die Zahlen schwanken zwischen 5.000 und 25.000. Den Ausgangspunkt bildeten die U-Bahnhöfe. Zahlreiche Obdachlose nutzten schon in den 60er Jahren die Bahnsteige zur Übernachtung. Um den Schikanen und Vertreibungen durch Polizei und Transportbehörden zu entgehen, fanden einige einen besseren Schlafplatz unterhalb des Bahnsteiges, zwischen Gleis und Tunnelwand. War dieser irgendwann vollständig belegt, wanderten die ersten, dem Gleisbett folgend, in die Tiefe der Tunnel hinein. Jetzt, in den 90er Jahren, ist der größte Teil des sieben Etagen tiefen unterirdischen Labyrinthes bewohnt. Gruppen von Wohnungslosen haben stillgelegte Eisenbahnabschnitte und nicht mehr genutzte U-Bahnstationen besetzt, bis hinunter zu einem natürlichen Höhlensystem, das sich durch das Schiefergrundgestein Manhattans zieht.

Die Mehrzahl der Tunnelbewohner lebt nicht allein, sondern in mehr oder weniger fest organisierten Gemeinden, der oft sogar eigene "Bürgermeister" vorstehen. Hier, wo keinerlei staatliche Autorität greifen kann, ist die Gemeinde oft der einzige Schutz vor Räubern, Mördern, Vergewaltigern. Die Sterberate in den Tunneln ist hoch, zumal die hygienischen Zustände jeder Beschreibung spotten: Viele Bewohner sind krank, AIDS-infiziert, alkohol-und/oder drogensüchtig. Die Transit Police führt in dem zugänglichen Teil der Unterwelt regelmäßig Streifengänge durch - um Tote zu bergen und Lebende durch "sanften" Druck zu bewegen, wieder nach oben zu kommen. Oft sind solche Polizeieinsätze mit der Zerstörung der Behausungen und dem Raub der geringen Habe der Tunnelbewohner verbunden. Allein im Jahre 1990 wurden auf diese Weise 7.000 Menschen aus den Tunneln wieder nach oben gebracht und in staatlichen Obdachlosenunterkünften einquartiert. Kaum jemand kommt freiwillig dorthin - diese Heime sind wegen zahlreicher Morde und Vergewaltigungen verrufen. Drogenkonsum ist dort nicht gestattet. Die meisten Heimbewohner landen irgendwann wieder unten - in der Welt der Tunnel.

Es gibt Tunnelgemeinden, in denen sich unter Führung eines energischen "Bürgermeisters" soziale Beziehungen herausgebildet haben, die den Leute ein erträgliches Dasein ermöglichen. Der Konsum harter Drogen ist dort verpönt. Aus Lebensmittelspenden der Obdachlosenfürsorge wird eine regelmäßige Versorgung organisiert. Kranke werden betreut, kriminelle Vergehen mit Ausschluß aus der Gemeinde geahndet. Es gibt sogar Tunnelbewohner, die in Familienzusammenhängen leben, Kinder zur Welt bringen

und aufziehen. Einzelne schaffen es - meist mit Unterstützung der Gemeinde - aus dem Tunneldasein auszusteigen und in der Oberwelt wieder ein "normales" Leben zu beginnen. Doch das sind Ausnahmen.

Es gibt jedoch auch andere Gemeinden, die sich kaum um ihre schwächsten Mitglieder kümmern, Gemeinden, die sich komplett von der Außenwelt abschotten. Und es gibt einzelne und Gruppen von Tunnelbewohnern, mit denen der Kontakt lebensgefährlich ist. Jennifer Toth hat bei ihren Ausflügen zahlreiche Menschen kennen-, viele auch schätzen gelernt. Ihre drastische Schilderung läßt die Umstände, die viele Leute in das Nischendasein unterhalb der Straßen treibt, aber auch die Hoffnungsfunken an Freundschaft und Fürsorge, die diese finstere Welt erhellen, deutlich werden.

Gerd Bedszent

Jennifer Toth "Tunnelmenschen - Das Leben unter New York City". Christoph Links Verlag, Berlin, 1994, 264 S., DM 48,-.

37. Quelldatei 13.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak381/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:13

Linke Alternativen

Liebe Leute vom ak,

(...) ein paar Bemerkungen zur Zukunft des ak. Seit über zwanzig Jahren (seit 1972?) bin ich Leser des ak, allerdings mit langen Unterbrechungen. Als ich 1992 nach Brasilien umgesiedelt bin, habe ich mir lange überlegt, welche Zeitung ich abonnieren soll. Ich habe mich für den ak entschieden, der, neben den Lateinamerikanachrichten, die einzige Zeitung ist, die ich aus der BRD beziehe. Ich habe meine Entscheidung nicht bereut, trotz mancher Zweifel. Die letzte Nummer (Juli) hat mir auch Hoffnung gegeben, daß es sich weiterhin lohnen wird, den ak zu lesen. Artikel wie der von Türmer Rohr und der über Join Implemantation sind der Grund dafür. Letzterer ist ein Beispiel, daß über ökologische Themen gut und kritisch informiert werden kann, ohne gleich mit Schaum vor dem Mund den "Ökoimperialismus" zu entlarven, leider eine Tendenz einiger Artikel, die ihr in letzter Zeit zu dem Thema gebracht habt (die Satire zu den NGOs anläßlich Kopenhagen fand ich köstlich). Nun, was erwarte ich vom ak? Ich habe ihn abonniert, weil ich eine bestimmte Grundeinstellung habe (früher hätte es man wohl Weltanschauung genannt) und will im ak nicht dazu überzeugt oder agitiert werden. Deshalb erwarte ich weniger "Entlarvungsartikel" als vielmehr Hintergrundanalysen und Debatten. Ich will nicht (nur) wissen, welche Schweinereien die Faschisten wieder anstellen, sondern eher, welche Debatten über neue Entwicklungstendenzen im Kapitalismus geführt werden. Ihr habt mich gut über das Apartheidsregime und die Opposition gegen selbiges informiert, weniger gut werde ich nun über die Regierung Mandela informiert. Im Mittelpunkt sollte doch stehen, welche Perspektiven, Handlungsspielräume die Linke heute in einer (scheinbar) alternativlosen Welt hat. Dazu gehört auch eine ernsthafte Debatte über alle Ansätze, in der Linke noch versuchen, Politik zu betreiben oder durch die Verhältnisse dazu gezwungen werden.

Der ak ist für mich auch wertvoll, weil er über die Debatte innerhalb der Linken berichtet. Das sollte er weiter tun, und dabei die Grünen (noch?) nicht ganz rechts liegen lassen. Gut gefällt mir auch, daß der ak über Themen berichtet, die sonst kaum zu finden sind: Befreiungsbewegungen in Papua, Ost-Timor, Mls in Nepal, ja und ruhig mehr. Und vergeßt bitte den Fußball nicht!

Also, viel Erfolg beim Weitermachen. Ein dickes Lob für Euren Vertrieb, die Zustellung des ak klappt wirklich bisher tadellos.

Viele Grüße

Thomas Fatheuer

Regenwald?

Betr.: Global & lokal handeln, ak 380

Liebe Leute,

die Verknüpfung des globalen Kampfes gegen die Klimakatastrophe mit dem Überlebenskampf indigener Völker - so wichtig dieser konkrete Ansatz ist - stellt bei mir immer die Frage nach dem Bewußtsein der BRD-Öffentlichkeit - auch der kritischen - zum Bereich "Regenwald".

Beim Lesen des ak-Artikels wurde mir wieder eine beeindruckende Erfahrung des September '94 bewußt: eine Studienreise nach Brasilien. In unserem Zielort, Bundesstaat Rondonia im Nordwesten Brasiliens, war zunächst einmal überrascht. Das europäische Klischee verbindet das Amazonasgebiet mit Regenwald, Indigenas und - vielleicht - Flußbewohnern.

Wir kamen aber in einer jungen Stadt (1979) mit 20.000 Einwohnern an. Unsere Besuche bei verschiedenen Gruppen (u.a. Kleinbauern, Kautschuksammlern, Umweltschützern/ECOPORE ...) machten deutlich: Hier hat sich - im "früheren Regenwald"!! - eine städtische Kultur entwickelt. Vor über einem Jahrzehnt setzte eine Wanderungsbewegung vom brasilianischen Süden in den Norden ein. Die Regierung versuchte, den sozialen Druck der Verarmung und der Landlosenbewegung durch geförderte Ansiedlung u.a. in Rondonia zu

entschärfen. Regenwaldgebiet wurde zur Ausschlachtung angeboten. Die anfängliche Euphorie der Menschen, Wohnort und einen Arbeitsplatz gefunden zu haben - in erster Linie durch Abholzung - ist Ernüchterung gewichen.

Nach meinem Eindruck diskutieren dort heute nicht nur Umweltschützer, wie ohne Naturausbeutung das eigene wirtschaftliche Überleben der Bewohner gesichert werden kann. Denn diese Menschen haben die konkrete Erfahrung gemacht, daß ein Niederwalzen kurzzeitig Profite bringt - vor allem für Großgrundbesitzer - und eine gesicherte Existenz so nicht zu erreichen ist. Ein fast klassisches Beispiel für den Zusammenhang von sozialer Frage und Ökologie.

Zumindest die Linke sollte deshalb die Diskussion zum Klimabündnis erweitern um folgende Ansätze:

- Lösung der Landfrage: um weitere Wanderungen von Süd- nach Nordbrasilien zu vermeiden,

- Hilfe für die Gruppe der Kautschuk- und Paranußsammler, die die nachhaltige Nutzung des Regenwaldes bereits praktizieren,

- Kleinbauern unterstützen, z.B. eigene Vertriebswege unter Ausschaltung von Zwischenhändlern durch Genossenschaftsgründung (in Rondonia gibt es hierzu erfolgversprechende Projekte) aufbauen,

- im städtischen Raum: Erwerbsmöglichkeiten für frühere Kleinbauern, für Handwerker etc. Diese können nicht aus dem Amazonasgebiet verjagt werden!!!

Marcus Schwarzbach, Kassel

Betr.: Abo

Liebe Leute,

Eure Initiative zur Zusammenarbeit linker Zeitschriften sowie die gute Qualität der Beiträge in Nr. 379 (die ich mehr zufällig in die Hand bekam) und Eure Aussagen über geplante bzw. angestrebte inhaltliche Erweiterung haben mich veranlaßt, ak wieder zu abonnieren.

Liebe Grüße aus der Provinz

M.L.

38. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak381/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:34

Kalender

Bombodrom Wittstock

Achtzig Kilometer nördlich von Berlin, direkt neben der Rheinsberger Seenplatte, will die Bundeswehr ein Wald- und Heidegelände von 142 Quadratkilometern, ehemals Militärgebiet der Sowjetarmee, zum größten Bombenabwurfplatz Europas machen. Dort sollen Kampfeinsätze und Bombardements geübt werden, um "Krisenreaktionskräfte" für den Kriegseinsatz zu trainieren. Berliner und Potsdamer Gruppen arbeiten seit zwei Jahren mit der BürgerInneninitiative FREIe HEIDe zusammen, um Protest und Widerstand gegen das Bombodrom in die Öffentlichkeit zu tragen. Bisher wurde u.a. eine Gedenkstätte in der Mitte des Bombodroms für die dort während der letzten Stunden des Zweiten Weltkrieges Erschossenen errichtet, fanden Protestwanderungen mit je 500 bis 5.000 TeilnehmerInnen statt, wurde ein Open Air Festival veranstaltet, wurden Unterschriften gesammelt und Kommandanturen besetzt oder blockiert. Im Mittelpunkt der antimilitaristischen Sommertage stehen ein gewalfreies Aktionstraining mit Arbeitsgruppen und Veranstaltungen sowie die Einübung und Durchführung praktischer, gewaltfreier Aktionen auf und um den Platz.

21.-28.8.95, Zeltplatz in Schweinrich am Dranser See. Der Teilnahmebeitrag beträgt 60/30 DM (alles inklusive - aber: komplette Campingausrüstung selbst mitbringen). Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel können gegen Beleg erstattet werden. Info: FREIe HEIDe Berlin / Potsdam, c/o Anarchistischer Laden, Rathenowerstr. 22, 10559 Berlin. Tel. 030 - 4013426.

Jugoslawien

Das ZAS-Projekt (Zwischen Allen Stühlen), eine Initiative von Linken in der GAL Hamburg und Ehemaligen, hat Andreas Buro, Mitbegründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie, zum Vortrag über "oppositionelle Projekte für eine zivilgesellschaftliche Alternative im ehemaligen Jugoslawien" eingeladen.

28.8.95, 20 Uhr. Evangelische Akademie, Esplanade 15, Hamburg.

Video-Forum

Beim diesjährigen (insgesamt neunten) Freiburger Video-Forum sind laut Mitteilung der Veranstalter zu sehen: "Vielschichtige, lebendige Videoporträts, u.a. der Kerzenzieher, Beatlesfilmhersteller und Alleinunterhalter Klaus Beyer, der Straßenbahnnetz-Besessene Matthias Hintzen, die Hip-Hop-Redakteurin und Sängerin ‚sista cheefa` in Paris, der ‚wild boy` Philipp, die Butoh-Tänzerin Carlotta Ikeda, der sowjetische Revolutionskünstler Kazimir Malevic, Jura Soyfer und seine Zeitgenossen im roten Wien, der deutsche Amtskommissar Hohenstein im besetzten Polen 1940-1942."

30.8.-3.9.95, Freiburg. Info: Freiburger Video-Forum, Urachstr. 40, 79102 Freiburg. Tel. 0761 - 709594.

Jüdische Geschichte und Gegenwart

Die Volkshochschule Hamburg hat das Spektrum der Themen zu jüdischer Geschichte und Gegenwart beträchtlich erweitert. In der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule werden im neuen VHS-Jahr (September 95 - Juni 96) insgesamt 22 Kurse, Wochenendseminare, Einzelveranstaltungen, dazu eine Anzahl von Stadtgängen zur Geschichte der Juden in Hamburg, angeboten. Der Hamburger Rabbiner Dov-Levy Barsilay erläutert an fünf Abenden, was "Jüdischsein" heißt; seine Frau führt in die koschere Küche ein. Über "Juden in Preußen" referiert Andrea Ajzensztejn, zur Geschichte der Hamburger Frauen im Zeitalter der jüdischen Emanzipation Ursula Randt. Stephan Braese und Amir Eshel gehen der Widerspiegelung des Nahost-Konflikts in der Gegenwartsliteratur Israels nach. In einem Wochenendseminar, geleitet von Andrea Ajzensztejn und Erika Hirsch, der Leiterin der Gedenkstätte, wird das Leben der jüdischen Gemeinden in Deutschland nach 1945 vorgestellt. Gleichzeitig eine Einführung in die (klassische) jiddische Literatur und eine Kritik des weitverbreiteten romantisierten Bildes vom sog. Ostjudentum bieten an zwei Abenden die Jiddistin Dorothea Greve und Klaus Mellenthin. Schließlich enthält das Programm rund sechzig Jahre (häufig vernachlässigte) jüdische Sozialgeschichte "im Paket": Zwei Seminare über die jüdische Arbeiterbewegung in

Osteuropa bzw. in den USA (jeweils 1880-1940), geleitet von Klaus Mellenthin, zwischen diesen beiden Seminaren eine Wochenendveranstaltung von Erika Hirsch über den frühen Zionismus und die ersten Jahrzehnte der Einwanderung nach Palästina. Über das - hier nur auszugsweise benannte - Themenangebot, Modalitäten der Anmeldung, Teilnahmegebühren (gering!) informiert genauer das Hamburger VHS-Programm (Stadtbereich Mitte). Ein Programm aller Veranstaltungen in der Gedenkstätte kann angefordert werden bei:

Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, 20357 Hamburg. Tel. 040 - 34972175.

Antifa

Seit anderthalb Jahrzehnten dient das auf Initiative des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger gegründete "Studienzentrum Weikersheim" in Stuttgart als Scharnier zwischen Konservativismus und Neofaschismus. Ausführliche Informationen über dieses Zentrum enthält die Broschüre "Patrioten, Pfaffen und Politiker" (gegen Vorauszahlung von 2 DM plus Versandkosten zu bestellen bei: Antifa A, c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 70199 Stuttgart). Die Broschüre dient auch der Vorbereitung der Demonstration unter dem Motto "Den Knoten zwischen Konservativismus und Faschismus zerschlagen. Gegen das Studienzentrum Weikersheim vorgehen!"

24.9.95, 12 Uhr, Bahnhof Weikersheim (Stuttgart).

Antirassismus

Zur Konferenz der "Woodpeckers on the Fortress Europe" lädt der Veranstalter, UNITED for Intercultural Action, das europäische Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von Einwanderern und Flüchtlingen, diesmal nach Budapest. Im Mittelpunkt der Konferenz wird die Situation in Mittel- und Osteuropa stehen. Daneben werden u.a. erörtert die Strategien der Leugner der Schoah, die Organisierung des Schutzes von Flüchtlingen sowie unmittelbar praxisbezogene Themen wie der Umgang und die Erfahrung mit e-mail.

8.-15.10.95. European Youth Centre, Budapest, Ungarn. Info: UNITED, Postbus 413, NL 1000 AK Amsterdam, Niederlande. Tel. 0031-20-6834778.

Friedrich Engels

Anläßlich des 100. Todestags von Friedrich Engels bietet die Theoriezeitschrift "Z." eine wissenschaftliche Tagung an: "Engels fragt, wir antworten - Engels antwortet, wir fragen." Fragen stellen und Antworten geben im Block I der Konferenz - Privatökonomie, Nachhaltigkeit und Nutzeffekte des Wirtschaftens - H. Jung, R. Czeskleba-Dupont und D. Düe; im folgenden Block II - Sinn und Grenzen der Naturwissenschaften und Naturerkenntnis für die Gesellschaftslehre - A. Griese und G. Pawelzig; und im abschließenden Block III - Die Entstehung von menschlicher Gesellschaft, privater Familie und staatlicher Politik - L. Lambrecht, M. Tjaden-Steinhauer, K.H. Tjaden.

21.10.95, 11-17 Uhr. Haus der Jugend, Deutschherrenufer, Frankfurt/Main. Info: ISMF e.V., Kölner Straße 66, 60327 Frankfurt.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 382 ist der 12.9.95.

39. Anschläge

Betrifft:

CD-Datei: daten/aksuche/ak381/pkkakt2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:381:pkkakt2

Während des Hungerstreiks kam es Ende Juli zu einer Serie von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen - zunächst in sechs Städten in Baden-Württemberg, in der Nacht darauf an weiteren zehn Orten in Hamburg, Hessen, Niedersachsen und NRW. Auch in den folgenden Nächten hielt die Kette von Brandanschlägen an. Die Ziele reichten von türkischen Reisebüros über Gebetshäuser, Vereins- und Kulturzentren bis hin zu Gaststätten und Gemüseläden. Zum Teil gab es erhebliche Sachschäden. Daß nur wenige Menschen verletzt wurden, dürfte glücklichen Zufällen zu verdanken sein, da in einigen Fällen Brände in mehrstöckige Wohn- und Geschäftshäuser gelegt wurden.

Obwohl es kaum Hinweise auf die jeweiligen Täter gibt, wurde von Polizei und Presse ein "fremdenfeindlicher Hintergrund" in aller Regel pauschal ausgeschlossen und die PKK als Urheberin vermutet. Dagegen teilte das BKA mit, "es gebe lediglich Spekulationen darüber, daß die PKK die Anschläge verantworte". Außer der Gleichzeitigkeit gebe es auch "keine Hinweise auf eine Steuerung". (FR, 1.8.) Daß dennoch nicht erkennbar gegen rechts ermittelt wurde, macht bereits deutlich, wie gelegen die Anschläge zur Entlastung der BRD vom Neonazi-Geruch kommen.

Die PKK/ERNK selbst lehnt jede Verantwortung für die Anschläge ab. Ein Sprecher des Berliner Hungerstreikkomitees meinte sogar, die Anschläge würden dem Anliegen der Hungerstreikenden schaden. Komme es zu Gewalt, so sei diese "von türkischen Agenten" geschürt. (Tagesspiegel, 1.8.) Als offiziellen Sprecher zitiert der "Spiegel" (31/95) den Brüsseler ERNK-Funktionär Cevdet Amed dagegen mit der Aussage, "die Angriffe auf türkische Geschäfte würden zumeist von jugendlichen Kurden verübt, die von der PKK nicht zu kontrollieren seien". Früher schon war in ähnlichem Zusammenhang von "kurdischen Patrioten" die Rede gewesen. Woher die "kurdischen Jugendlichen" außerhalb der Kontrolle der PKK auf einmal kommen sollen, wie sie zeitlich eng koordiniert über die gesamte BRD verstreut Aktionen gegen ähnliche Ziele durchführen können, warum überall in gleicher Weise auf politische Aussagen und Bekennerschreiben verzichtet wurde, bleibt ohne jegliche Erklärung.

Tatsächlich vermeidet die PKK/ERNK sorgsam jede Kritik oder Verurteilung der Aktionen - und demonstriert damit ihrem Potential, daß sie die Anschlagserie zumindest als der kurdischen Sache dienlich bewertet.

Sie könnte das allenfalls in dem Sinne sein, daß sie die Unfähigkeit sowohl der deutschen wie der türkischen Regierung demonstriert, die Angegriffenen wirksam zu schützen, und der Bundesregierung darüberhinaus mit einem eskalierenden Nationalitätenkonflikt eigenen Land droht.

Rein instrumentellen Druckes wegen - zum Beispiel mit Blick auf die Auslieferung des PKK-Sprechers Kani Yilmaz - die Folgen eines derartigen Konflikts für die hier lebenden Menschen in Kauf zu nehmen spricht für eine extrem bornierte Sichtweise. Die Möglichkeiten, unter der türkischen Bevölkerung in der BRD für eine politische Lösung des Krieges in Kurdistan zu werben, reduzieren sich durch die Anschläge fast auf Null. Nicht zuletzt wird die politische Ausstrahlungskraft der Hungerstreiks dadurch erheblich geschwächt.

Die Gemeinsamkeit der Anschlagsziele liegt allein in der Nationalität ihrer Träger bzw. Besitzer. (Selbst wenn in einigen oder sogar einer Vielzahl von Fällen "Graue Wölfe" hinter einem türkischen Cafe hier, einer Altenbegegnungsstätte dort stecken sollten, wird das nirgends offenbar.) Hinzu kommt, daß häufig Menschen gefährdet wurden, die sich einer wie auch immer gearteten politischen Feinddefinition entziehen.

Von ihren Zielen wie auch von ihren Methoden her sind die Anschläge damit faktisch nicht unterscheidbar von denen deutscher Faschisten. Allein das macht sie unvereinbar mit jedem Anspruch fortschrittlicher und emanzipatorischer Politik.

j., Hamburg